

Voit

**UNSERE LÖSUNGEN FÜR
BADEN-WÜRTTEMBERG**



**PROGRAMM ZUR
LANDTAGSWAHL 2026**



Volt Baden-Württemberg
Reutlinger Strasse 128, 70597 Stuttgart
voltbw.org

Vorstand: Jennifer Maahs, Oliver Barz, Karolin Werkmann, Jan Dessila

Redaktion: Dominique Roller, Anita Schallenberg, Jeremy Zimmermann, Jennifer Maahs

Verfasser:innen: Andreas Zwickl, Anita Marinovic-Matičević, Anita Schallenberg,
Benjamin Hueber, David Elias Knäple, Dhana Aengenheyster, Diethard Peter,
Dominic Zedler, Dominik Boden, Dominik Seitz, Dominique Roller, Felix Steffen Meier,
Florin Joos, Frederik Reif, Friedrich Laistner, Henrik Heinlein, Henrik Metje, Jennifer Schein,
Jeremy Zimmermann, Loris Graf, Ly Arthur Pham, Marcel Cisek, Marius Dettki,
Matthias Wüst, Maximilian Herold, Maximilian Kress, Michaela Schneider-Wettstein,
Mike Frank, Mike Matthes, Neo Langner, Nils Carstensen, Patrick Fischer,
Patrick Kulinski, Philipp Denke, Raphael Fehlen, Rebecca Frank, Regine Neuweiler-Tran,
Simon Oberdörffer, Sonja Storz, Adrian Nantscheff, Stefan Freitag, Susanne Wieland,
Sven Schmidt, Tillmann Bollow, Torsten Hopf, Yannick Buck

Fotografie: Sabine Watzko, Conny Geiger, Adrian Nantscheff

Gestaltung und Satz: Adrian Nantscheff

Volt Baden-Württemberg ist ein Landesverband von Volt Deutschland,
das nationale Chapter von Volt Europa A.I.S.B.L.
Copyright © Volt Deutschland Landesverband Baden-Württemberg

Vorwort

Baden-Württemberg steht vor großen Entscheidungen. Unser Land ist voller Talent, Vielfalt und Innovationskraft, und doch erleben viele Menschen eine wachsende Unsicherheit: gesellschaftlich, wirtschaftlich, technologisch, geopolitisch. Wir spüren, dass sich die Welt schneller verändert, als wir uns manchmal anpassen können. Das verunsichert, macht vorsichtig und verhindert oft das offene Gespräch, das wir für eine starke Demokratie brauchen.

Viele Menschen sagen heute weniger, als sie denken. Nicht weil sie nicht dürfen, sondern weil sie die sozialen Kosten fürchten: Missverständnisse, Konflikte, digitale Gegenreaktionen. Das schafft eine Distanz zwischen uns, zwischen verschiedenen Milieus und Lebensrealitäten. Während wir uns zurückziehen, gewinnen Stimmen an Gewicht, die spalten, verunsichern und einfache Antworten versprechen.

Volt tritt an, um einen anderen Weg zu zeigen: einen Weg der konstruktiven, mutigen und menschlichen Politik.

Wir glauben daran, dass Demokratie stark ist, wenn wir miteinander sprechen. Wenn wir Konflikten begegnen und zuhören, wenn wir offen benennen, was schwierig ist. Wenn wir Soziale Gleichberechtigung und eine politisch aktive Bürgerschaft schaffen und wenn wir das Fundament unserer Gesellschaft, die Verfassung, die Menschenwürde, die Freiheit jedes Einzelnen, nicht nur verteidigen, sondern aktiv leben.

Das geht nur gemeinsam. Deswegen ist dieses Wahlprogramm eine Einladung:

Wir laden dich ein, mit uns eine Zukunft zu gestalten, die mutig, gerecht, offen und menschlich ist. Eine Zukunft, die zeigt, dass Politik Hoffnung machen und Baden-Württemberg weiter vorangehen kann: für Deutschland, für Europa, für die nächsten Generationen.

Volt glaubt an eine positive Zukunft. Und wir laden dich ein, sie mit uns wahrzumachen.

Jennifer Maahs, Oliver Barz, Karoline Werkmann, Jan Dessila

INHALT

UNSERE VISION FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG	11
WIRTSCHAFT	12
WIRTSCHAFT AM SCHEIDEWEG	14
Produktion in der Region	14
Landesprogramm: „Fit für den EU-Binnenmarkt“	15
Europäische Digitale Infrastruktur sicher	15
Europäische Innovationsräume schaffen	16
Wirtschaftsdemokratie und Beteiligung stärken	17
TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFT	17
Kreislaufwirtschafts-Cluster	18
Kreislaufwirtschaft zur Regel machen	19
Dekarbonisierung der Grundstoffindustrie	20
Zukunft gestalten statt Überforderung	20
STAKEHOLDER-WIRTSCHAFT, DIE ALLEN NÜTZT	21
Berufliche Sicherheit durch Anerkennung und Weiterbildung	22
Förderung der Tariftreue	23
Teilhabe und Arbeit in Behindertenwerkstätten	23
Zeiterfassung für alle	24
KRISE ÜBERWINDEN, CHANCEN NUTZEN	24
Förderung von Innovation und Start-ups	25
Transformationsfonds zur Förderung von Klimafreundlichen Unternehmensinvestitionen	26
Transformationsfonds zu Qualifizierungsoffensiven für Beschäftigte	26
Regionale Strukturhilfen und Sozialpartnerschaften	27
Innovationsräume schaffen	27
STÄRKEN VON MITTELSTAND UND HANDWERK	28
Mehr und qualifizierte Fachkräfte	29
Sofortprogramm: Chancen schaffen nach Kündigung	30
One-Stop-Shop: Gründen in 24 Stunden	30
Mehr Freiheit im Einzelhandel	31
Nachfolge sichern, Betriebe erhalten	31
KLIMASCHUTZ & ENERGIE	33
ENERGIEWENDE JETZT	35
Saubere Energie für alle	36
Fairere Flächenverteilung für Windkraft	36
Stabile Netze und Speicher	37

INHALT

Unabhängig und krisenfest	37
Europa vernetzt	38
Energie & Rohstoffe aus der Region	38
Biogas intelligent nutzen	39
WÄRMEWENDE	39
Kommunale Wärmeplanung	40
Kommunale Wärmewende	41
Dekarbonisierung der Wärme statt Effizienz um jeden Preis	41
Gebäude energetisch sanieren	41
KLIMAAANPASSUNG	42
Vorbereitet auf Extremwetter	43
Gesund bleiben trotz Hitze	44
Land- und Forstwirtschaft im Wandel	44
WOHNEN & STADTENTWICKLUNG	45
BEZAHLBARER WOHNRAUM ALS GRUNDRECHT	47
Wohnungstausch und gemeinschaftliches Wohnen fördern	47
Förderung von kommunalem und genossenschaftlichem Wohnungsbau	48
Anreize für innovative Konzepte schaffen	48
LEBENSWERTE NACHBARSCHAFTEN	48
Leerstand vermeiden	49
Regionale Identität und Baukultur erhalten	49
Quartiere ganzheitlich entwickeln	49
ORTE DER ZUKUNFT	50
Resiliente Städte und Dörfer	50
Digitale Klimaanpassungsplattform für Bürger:innen und Kommunen	51
Versiegelung reduzieren	51
BILDUNG & FORSCHUNG	52
FRÜH FÖRDERN STATT SPÄTER AUFHOLEN	54
Ein Platz für jedes Kind	54
Mehr Zeit für Kinder	55
Beste Chancen von Anfang an	55
HOLEN WIR DIE SCHULEN ENDLICH INS 21. JAHRHUNDERT	56
Faire Chancen statt frühe Sortierung	56
Lernhäuser Baden-Württemberg	57
Starke Lehrkräfte	58

INHALT

Religionsunterricht reformieren	58
Gerechter Übergang in die Schule der Zukunft	58
Multiprofessionelle Teams	59
Individuelle Förderung & psychische Gesundheit	59
Schule und Beruf verbinden	60
Hochschulreife über Fachprofilkombinationen	61
Landesgremium für Bildungssystemsteuerung	61
Kontrollierter Übergang ins neue Lernen	61
DIGITALE BILDUNG	62
Digitale Ausstattung für alle	63
Zukunftskompetenzen für Schüler:innen	63
Digitale Unterstützung & Beratung	64
Lehrkräfte digital stark machen	64
BERUFSAUSBILDUNG & LEBENSLANGES LERNEN	65
Berufsausbildung sichtbar machen	65
Starke Berufsschulen als Lebens- und Lernorte	66
Transparente Wege & Anerkennung für alle	66
Lebenslanges Lernen	67
GESUND AUFWACHSEN	68
Stark fürs Leben	68
Jede Woche Zeit für uns	69
Gesundheit lernen	69
Täglich in Bewegung	70
Besser essen, besser lernen	70
SCHULE OHNE ANGST	71
Sichere Schule für alle	71
FREI FORSCHEN, FREI STUDIEREN	72
Wissenschaftsfreiheit und Spitzenforschung	73
Arbeiten und Forschen in Baden-Württemberg	73
Unternehmergeist fördern	74
GESUNDHEIT	75
Gesundheit jetzt : Prävention und Versorgung sichern	77
Flächendeckende medizinische Versorgung	77
Schnell zum Arzt, gut versorgt	77
Vorsorge und Prävention fördern	78
Medizinische Notfallversorgung	79

INHALT

Ambulante Notfallversorgung	80
Psychologische Notfallversorgung	80
Gerechtigkeit für Beitragszahlende	81
Medizinstudium und Akademisierung nicht-ärztlicher Berufe	81
Ergo-, Logo- und Physiotherapie stärken	82
Blut- und Organspende	83
Passgenaue Medizin für alle	83
MOBILITÄT & VERKEHR	85
PERSONENVERKEHR AUF DEM LAND	87
Mobilität, die auf dem Land ankommt	87
So ermöglichen wir nachhaltigen Autoverkehr auf dem Land	87
So sichern wir die Gäubahn und stärken den Regionalverkehr	88
Mobilität für die Stadt von morgen	88
Sicher unterwegs mit dem Rad in der Stadt	89
Zuverlässiger Nahverkehr in der Stadt	89
Sicher zu Fuß in der Stadt	90
Umsteigen leicht gemacht	90
MOBILITÄT BEZAHLBAR MACHEN	91
City-Maut ab 100.000 Einwohnenden	91
Parkgebühren-Abgabe zur Finanzierung des Deutschlandtickets	92
Güterverkehr neu denken, Versorgung sichern und Infrastruktur entlasten	92
Saubere Lieferwege sichern unsere Versorgung	93
Güterverkehr auf dem Land stärken	93
INNERE SICHERHEIT & RECHTSSTAATLICHKEIT	94
RECHT UND SICHERHEIT IM ALLTAG	96
Femizide verhindern	96
Sicherheit im öffentlichen Raum verbessern	97
Polizeigewalt transparent aufklären	97
FREIE ZIVILGESELLSCHAFT, FREIZÜGIGKEIT & DIGITALE SOUVERÄNITÄT	98
Grenzkontrollen an deutschen Grenzen beenden	99
Anti-SLAPP	99
Taskforce gegen Desinformation	100
Keine Abhängigkeit von US Konzernen	100
EINSATZKRÄFTE & KATASTROPHENSCHUTZ	102
Arbeit der Einsatzkräfte erleichtern	102
Elektroschockpistolen als zusätzliche Ausrüstung	103

INHALT

Vorbereitet sein auf die Katastrophen von morgen	104
STARKE JUSTIZ	104
Justizwesen stärken	105
Digitalisierung der Justiz	106
Jurastudium reformieren	106
Justizvollzugsanstalten sanieren	107
WO DEMOKRATIE LEBT, BRAUCHT SIE KRAFT	107
Solidarische Vermögenssteuer für die Landeshaushalte	108
Kein Platz für Korruption	110
Landes-Investitionsfonds für kommunale Infrastruktur	110
Konnexitätsgesetz BW	111
Steuern und Kostenträger zusammen bringen	111
Kommunalkompakt 2030++	112
Standardisierte Förderverfahren & digitale Verwaltungsplattformen	112
Landesstrategie für kommunale Fachkräftegewinnung	113
Digitale Kompetenzzentren für kommunale Verwaltung	113
SOZIALES	114
QUEERES LEBEN & VIELFALT	116
Sichtbarkeit & Gesundheit	116
Diversität & Bildung	116
Recht & Gleichstellung	117
GEMEINSAM SOZIAL	117
Inklusion im Arbeitsmarkt	117
Dritte Orte	118
Jugendhilfe	119
Jugendparlament	119
Freiwilliges Engagement und Ehrenamt	120
Altenpflege und Lebensqualität im Alter	121
MIGRATION & INTEGRATION	122
MIGRATION NACH BADEN-WÜRTTEMBERG	125
Sprache, Werte und Teilhabe von Anfang an	126
Arbeiten dürfen statt Warten	126
Faire Asylverfahren	127
Zuwanderung statt Fachkräftemangel	127
Kommunen stark machen	128
Sicherheit und Vertrauen	128

INHALT

Behördenkultur verändern	129
DIGITALISIERUNG	130
VERWALTUNG FÖRdert WIRTSCHAFT & MENSCHEN	132
Digitale Verwaltung nach estnischem Vorbild	132
Eine digital-kompetente, offene Verwaltung	134
DIGITALE SOUVERÄNITÄT FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG UND EUROPA	135
Europäische KI-Infrastruktur aufbauen	135
Flächendeckende digitale Infrastruktur	136
Datenschutz und IT-Sicherheit	137
Asyl-Campus für digitale Souveränität & Transformation	137
Freier und gleichberechtigter Zugang zur vernetzten Welt für alle	138
Digitale Freiheit heißt Wahlfreiheit	138
Nachhaltige IT-Infrastruktur	139
BÜRGER:INNENBETEILIGUNG & TRANSPARENZ	140
POLITIK ZUM MITMACHEN	142
Zugänglichkeit als Standard	142
Zugängliche Wahlen	143
Entscheidungen: Mit uns statt über uns	143
LÜCKENLOSE TRANSPARENZ, DIE UNS IN UNSEREM ALLTAG ERREICHT	144
Informationspflicht für Regierung und Verwaltung	144
REFORM DER POLITIK IN KREIS UND LAND	145
Trennung von Kontrolle und operativer Verwaltung	146
Vielfalt und Repräsentanz stärken	146
Direktwahl des Landrats	147
Reform der Landtagswahl	147
RAUM FÜR KULTUR UND DISKURS	148
EUROPÄISCHE INTEGRATION & INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT	150
EUROPA ERLEBBAR MACHEN	152
Europe Direct ausbauen & Infobus für Schulen, Jugendzentren und Gemeinden	152
Europa in den Unterricht bringen	153
Der 9. Mai als Feiertag für Europa	153

INHALT

Europajahr für junge Menschen	154
Institutionelle Kompetenz ausbauen	155
EUROPÄISCHER EXZELLENZCAMPUS AM RHEIN	155
Asyl-Campus für digitale Souveränität & wirtschaftliche Transformation	156
Arbeiten, Forschen und Leben	157
Interdisziplinarität und Handwerk als Schlüssel für echte Innovation	158
Zugang für alle, Förderung für Talente	159
Forschung trifft Praxis	159
EUROPÄISCHE MOBILITÄT	160
Baden-Württemberg-Takt Plus	161
Einheitliches Euro-Ticket	161
EuroRail BW	162
UMWELTSCHUTZ	163
UMWELTSCHUTZ JETZT: NATUR BEWAHREN, ZUKUNFT GESTALTEN	165
Renaturierung & Ökosystemschutz	165
Lichtverschmutzung	166
Gewässerqualität	167
Moore	167
Biodiversität	167
LANDWIRTSCHAFT	168
ERNÄHRUNG, NATUR UND HÖFE FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN	170
Sicherheit für Höfe trotz Wetterextremen	170
Neue Züchtungsmethoden für eine widerstandsfähige Landwirtschaft	170
Landwirtschaft und Energie gemeinsam auf einem Feld	171
Digitale Helfer für klügere Landwirtschaft	171
Lebensmittel wertschätzen statt wegwerfen	171
Mehr Freiheit für Hofläden und Direktverkauf	172
TIERSCHUTZ	173
FÜR EINE MODERNE TIERPOLITIK: SCHUTZ, GERECHTIGKEIT, FORTSCHRITT	175
Tierfreie Bildungseinrichtungen schaffen und fördern	175
Verbot der Haltung von Meeressäugtieren	176
Keine Geschäfte mit Wildtieren	176
Feuerwerk stoppen	176
Exotische Wildtiere in Privathand	177
Landwirtschaftliche Tiere	177
Tierschutz im öffentlichen Raum	178
Haustierschutz	178
Innovationen ohne Tierleid	179

UNSERE VISION FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Unsere Politik beginnt mit einer positiven Vision: einer Gesellschaft, in der Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern einander stärken. Wir sehen eine Politik, die nicht Angst schürt, sondern Zuversicht vermittelt. In dieser Zukunft zeigt Baden-Württemberg, wie moderne Demokratie aussehen kann: transparent, nahbar, evidenzbasiert und innovativ.

In einer Zeit, in der Meinungen und Fakten untrennbar durcheinandergeraten, ist es entscheidend, eine gemeinsame Grundlage zu definieren, von der aus wir Politik gestalten können. Fakten schaffen Orientierung. Sie ermöglichen es, politische Maßnahmen transparent zu begründen und nachvollziehbar zu machen. Ohne eine gemeinsame Ausgangsbasis verlieren Diskussionen ihre Richtung und Politik ihre Glaubwürdigkeit.

Das ist unsere Grundlage, auf der wir Politik und unser Programm gestalten möchten:

- Jeder Mensch besitzt einen eigenen Wert, unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit.
- Der menschengemachte Klimawandel ist real und fordert uns heraus.
- Technologische Entwicklungen verändern unseren Alltag rasant, und wenn wir nicht mithalten können, werden wir abgehängt.
- Vielfalt macht unsere Gesellschaft stärker.
- Eine offene Demokratie braucht Menschen, die mitmachen.

Dies ist die Basis aller Diskussionen, die wir mit euch führen möchten. Denn Herausforderungen sind gestaltbar, wenn wir ihnen mit Mut begegnen. Und Mut beginnt mit Ehrlichkeit: zu uns selbst und miteinander.

Volt will eine Politik, die Menschen einlädt. Eine Politik, die verständlich ist. Eine Politik, die transparent macht, wie Entscheidungen entstehen. Eine Politik, die zeigt, dass gute Politik nicht in Hinterzimmern entsteht, sondern in einem offenen, gemeinsamen Prozess.

Mit unserem Programm wollen wir Baden-Württemberg zu einem Ort machen, an dem jeder Mensch die Chance hat, sich einzubringen und zu entfalten. Wo wir technologische Innovation nutzen, ohne Menschen zurückzulassen. Wo die öffentliche Debatte wieder Raum für Nuancen hat. Wo Protest nicht destruktiv, sondern konstruktiv wird.

WIRTSCHAFT

**MIKE
MATTHES**
WIESLOCH
LISTENPLATZ 2

**ANITA
MATIČEVIĆ**
ESSLINGEN
LISTENPLATZ 3

„Baden-Württemberg lebt von seiner **starken Wirtschaft** innovativem Mittelstand, der Automobilbranche und Hightech-Startups.

Wirtschaftspolitik ist der Schlüssel für sichere Arbeitsplätze, Wohlstand und Zukunftschancen für alle. Mein Ziel ist es, dass wir **mutig investieren**, **Innovation fördern** und die **Transformation so gestalten**, dass niemand zurückgelassen wird.“

WIRTSCHAFT

FÜR EIN SOUVERÄNES BADEN-WÜRTTEMBERG

Unsere Wirtschaft muss zwei Versprechen zugleich halten: Menschen verlässlich versorgen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Wichtig ist uns dabei, dass niemand unter ein soziales Minimum fällt und wir keine ökologischen Grenzen überschreiten. Das ist der sichere Raum, in dem Wohlstand, Freiheit und unternehmerische Initiative gelingen.

Wir müssen Abhängigkeiten reduzieren, gerade dann, wenn sie schädlich werden können. Wir können unsere Werte und den Wohlstand der Menschen nur halten, wenn wir uns nicht auf ein Wettrennen mit denen einlassen, die Menschen ausbeuten oder die Lebensgrundlagen zerstören. Mit der Europäischen Union haben wir einen der größten Wirtschaftsräume der Welt geschaffen, um mit gemeinsamen Standards, fairen Regeln und stabilen Partnerschaften, gerade kleinen und mittleren Unternehmen Orientierung und Zugang zu Märkten zu ermöglichen.

Wachstum heißt für uns Lebensqualität: bezahlbare Energie, gute Arbeit, starke Daseinsvorsorge. Der Weg dorthin ist eine tiefgreifende, gerechte Transformation, die sektorenübergreifend, planbar und sozial abgefedert ist. Verteilung ist kein Nachgedanke, sondern ein Versprechen der sozialen Marktwirtschaft: Wohlstand für alle, geringere Arbeitszeiten bei steigender Produktivität sowie Sicherheit und Teilhabe.

Kurz: Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss allen Beteiligten dienen: den Unternehmen, dem Staat und dem Souverän: den Menschen.

WIRTSCHAFT AM SCHEIDEWEG

ZEIT FÜR EINEN PLAN STATT ABHÄNGIGKEIT

Baden-Württemberg steht heute an einem wirtschaftlichen Scheideweg. Unsere Schlüsselindustrien – vor allem Automobil- und Maschinenbau – geraten durch den weltweiten Technologiewandel, sinkende Exportzahlen und internationale Konkurrenz unter Druck. Politisch wird viel reagiert, aber wenig gestaltet: Fördergelder versanden, Infrastruktur stagniert, und bei Zukunftstechnologien überlassen wir anderen das Feld. Cloud-Lösungen, Betriebssysteme oder Plattformdienste stammen meist von US-amerikanischen oder chinesischen Konzernen. Das führt zu Abhängigkeiten, gefährdet die Datensicherheit und lässt Wertschöpfung abfließen. Damit verlieren wir nicht nur Kontrolle über unsere Daten, sondern auch über unsere Zukunft.

Die Folge: Wachsende Unsicherheit in Unternehmen, Angst vor Arbeitsplatzverlust, Fachkräftemangel, und ein Gefühl, dass die Politik weder klare Ziele noch einen langfristigen Plan hat. Wer jetzt noch glaubt, dass

„der Markt das schon regelt“, übersieht, dass Untätigkeit uns teurer zu stehen kommt als entschlossenes Handeln. Dabei bietet der EU-Binnenmarkt, als einer der größten Märkte überhaupt, stabile Partnerschaften, gemeinsame Standards und sichere Absatzmärkte. Vor allem bietet der Binnenmarkt große Wachstumschancen, da viele EU-Staaten noch weit hinter Deutschland oder Frankreich zurückliegen. Die Politik hat das Potenzial bisher kaum genutzt, vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wurden damit allein gelassen.

Volt setzt für Baden-Württemberg auf einen anderen Weg: Mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit durch eine starke Verankerung im europäischen Binnenmarkt, gezielte Förderung regionaler Produktion und Innovation, sowie eine sozial-ökologische Transformation, die Wohlstand sichert und gerecht verteilt. So machen wir Baden-Württemberg widerstandsfähig und beenden das Prinzip „Abhängigkeit auf Risiko“.

Produktion in der Region

Wertschöpfung vor unserer Haustür sichern

Mit einem europäisch koordinierten Programm holen wir strategische Produktion zurück nach Europa und bauen regionale Produktionscluster auf, besonders in strukturschwachen EU-Regionen. Baden-Württemberg übernimmt dabei eine Vorreiterrolle. Unser Fokus liegt auf kleinen und mittleren Unternehmen, GreenTech und kritischer

Infrastruktur kombiniert mit klaren Nachhaltigkeitszielen wie klimafreundlicher Fertigung.

Wir möchten im Land ein europäisches Förderprogramm initiieren, das strategische Produktionen in die EU zurückverlagert, mit dem Ziel, regionale Produktionscluster in strukturschwachen EU-Regionen zu errichten.

Landesprogramm „Fit für den EU-Binnenmarkt“

Chancen vor der Haustür nutzen

Viele kleine und mittlere Unternehmen blicken mit Sorge auf die Abhängigkeit von Märkten außerhalb Europas. Wenn Lieferketten reißen oder politische Spannungen zunehmen, trifft das nicht nur die Betriebe, sondern auch die Beschäftigten und ihre Familien. Unser Wunsch ist, dass Arbeitsplätze, Einkommen und Perspektiven nicht mehr von Krisen in Übersee abhängen. Ein starker europäischer Binnenmarkt sorgt für Sicherheit, Stabilität und neue Chancen für Handwerkende, Gründende und Beschäftigte. Ein Europa, das Wohlstand und Nachhaltigkeit verbindet, schafft ein gutes Leben für alle.

Mit dem Landesprogramm „Fit für den EU-Binnenmarkt“ machen wir Baden-Württembergs

Unternehmen fit für Chancen direkt vor der Haustür. Wir unterstützen kleine und mittlere Betriebe, Handwerk, Start-ups und Genossenschaften beim Aufbau neuer Zulieferungs- und Vertriebsketten in Europa. Konkret heißt das: Wir helfen bei der Suche nach Partnerunternehmen in anderen EU-Staaten, erleichtern den Zugang zu europäischen Fördermitteln und begleiten bei der Anpassung an gemeinsame Standards. Durch gezielte Kooperationen mit europäischen Regionen wird unsere Wirtschaft krisenfester und gleichzeitig innovativer. So wird die EU nicht nur zu einem sicheren Absatzmarkt, sondern auch zu einem Raum, der nach unseren Werten wirtschaftet – fair, nachhaltig und unabhängig von äußeren Einflüssen.

Europäische digitale Infrastruktur sichern

Unsere Daten, unsere Kontrolle

Wir wollen, dass Menschen, Unternehmen und Verwaltungen in Baden-Württemberg digitale Lösungen nutzen können, die vertrauenswürdig sind. Daten sollen geschützt sein, Systeme stabil und unabhängig und niemand soll sich Sorgen machen müssen, dass sensible Informationen in den Händen weniger globaler Konzerne landen. Digitale Souveränität bedeutet Sicherheit im Alltag, Innovationskraft für Unternehmen und eine faire, wertengeleitete Digitalisierung für alle. Baden-Württemberg soll ein Vorreiter europäischer digitaler Souveränität werden. Bürger:

innen, Verwaltungen und Unternehmen sollen digitale Angebote nutzen können, die unseren europäischen Standards entsprechen, Transparenz schaffen und unsere Demokratie stärken.

Wir geben europäischen Cloud-Lösungen und KI-Systemen Vorrang und erleichtern Unternehmen und Verwaltungen den Umstieg. Open-Source-Software wird aktiv in Schulen, Behörden und Betrieben gefördert, damit digitale Werkzeuge unabhängig, überprüfbar und flexibel bleiben. Das Land soll die Software nutzen und sich über finanzierte

Projekte aktiv an der Weiterentwicklung der Open-Source-Lösungen beteiligen. Mit regionalen Rechenzentren, die europäischen Sicherheitsstandards genügen, entsteht eine verlässliche Infrastruktur direkt vor Ort. Gleichzeitig vernetzen wir Hochschulen, Start-ups und KMU, damit neue europäische Digitalprodukte wachsen können. Landesprogramme unterstützen den Umstieg auf europäische

Alternativen, während EU-Fördermittel wie der Resilienzfonds und das „Digital Europe Programme“ gezielt eingebunden werden. So sichern wir Arbeitsplätze, setzen Innovationsimpulse und sorgen dafür, dass digitale Wertschöpfung hier in Europa bleibt. Wir arbeiten für eine Digitalisierung, die mehr Sicherheit, Freiheit und Vertrauen in unsere Zukunft schafft.

Europäische Innovationsräume schaffen **Wirtschaftscluster strategisch vernetzen**

Wir möchten, dass eine starke Vernetzung in Europa zu einer besseren Wirtschaft für die Menschen führt. Unternehmen in Baden-Württemberg sollen die europäischen Cluster kennen und genau wissen, wie sie diese nutzen können – für neue Partner, kürzere Wege von der Idee zum Markt und stabile Arbeitsplätze vor Ort. Für die Gesellschaft bedeutet das: Innovationen, die echten Mehrwert bringen – von wirksamen Klimaschutzlösungen bis zu besseren Gesundheitsdiensten.

Wir schaffen eine Landesagentur für europäische Innovationsräume, die Baden-Württembergs Hochschulen, Start-ups und Mittelstand gezielt mit europäischen Partnern verbindet. Diese Agentur macht bestehende Plattformen wie die European Cluster Collaboration Platform oder das Enterprise Europe Network praktisch nutzbar: Sie identifiziert passende Cluster, vermittelt Kooperationen und übersetzt Förderprogramme in konkrete Angebote. So wissen Unternehmen nicht nur, wo die Chancen

CLUSTER BÜNDELN AUSBILDUNG, ARBEIT UND INNOVATION AN EINEM ORT

Ein Cluster entsteht, wenn in einer Region viele Akteure aus demselben Bereich eng zusammenarbeiten – zum Beispiel in Baden-Württemberg die Automobilindustrie. Dort gibt es große Fabriken, Zulieferer, Werkstätten und Hochschulen, die Fachkräfte ausbilden.

Der Vorteil ist klar: Fachkräfte finden direkt passende Jobs, neue Ideen können schnell getestet und umgesetzt werden, und Unternehmen profitieren voneinander, weil alles nah beieinander liegt. So zieht ein Cluster weitere Firmen an und macht eine Region wirtschaftlich stark.

liegen, sondern können sie auch tatsächlich nutzen. Baden-Württemberg wird damit zur Hub- und Testregion für Innovationen, die nachhaltige, resiliente und soziale Technolo-

gien in den Mittelpunkt stellen. Am Ende steht eine vernetzte Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert, Wertschöpfung in Europa hält und den Menschen spürbare Verbesserungen bringt.

Wirtschaftsdemokratie und Beteiligung stärken

Unternehmen zum Wohl der Gesellschaft

Wir möchten eine Wirtschaft, die stabilisiert, wo der Markt nicht funktioniert oder kritische Abhängigkeiten bestehe. Dies ist der Fall in der Energieversorgung, bei Pflegeleistungen oder in der digitalen Infrastruktur. In diesen Bereichen darf die Gesellschaft nicht abhängig von wenigen Konzernen oder externen Akteuren sein. Stattdessen wollen wir, dass genossenschaftlich organisierte Unternehmen im Wettbewerb mit privaten Unternehmen Verantwortung übernehmen und langfristige Stabilität schaffen. Für die Menschen in Baden-Württemberg bedeutet das sichere Jobs, Mitspracherecht im Betrieb und eine Wertschöpfung, die vor Ort bleibt. So entsteht eine resilientere und gerechtere Wirtschaft, die im Interesse der Gesellschaft arbeitet.

Volt will die Gründung von Genossenschaften, Sozialunternehmen und Belegschaftsbeteiligungen gezielt fördern. Wir schaffen Bera-

tungsstellen, die Mitarbeitende bei der Übernahme von Betrieben in Nachfolgesituationen unterstützen, und öffnen Landes- sowie EU-Fördermittel für diese Modelle. Gleichzeitig vernetzen wir solche Betriebe europaweit, um Austausch und gemeinsame Stärke aufzubauen. Besonders wichtig: In Bereichen, in denen Märkte nicht funktionieren oder kritische Abhängigkeiten drohen, muss das Land die Möglichkeit haben, Organisationen zu gründen, die diese Lücken füllen. Diese Organisationen sollen bevorzugt genossenschaftlich organisiert sein und dürfen sich am Wettbewerb beteiligen, ohne jedoch wirtschaftlich bevorzugt zu werden. So entstehen Strukturen, die krisenfester, nachhaltiger und gerechter sind. Wenn Beschäftigte mitbestimmen und Bürger:innen beteiligt sind, handeln Unternehmen langfristiger, innovativer und verantwortungsvoller – zum Nutzen aller.

TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFT

WETTBEWERBSFÄHIG DURCH NACHHALTIGKEIT

Baden-Württemberg ist wirtschaftsstark und innovationsfähig, aber seine Industrie funktioniert wie eine Einbahnstraße: Ressourcen

werden genommen, verarbeitet, genutzt und entsorgt. Das verschärft Abhängigkeiten von unsicheren Lieferketten, treibt Kosten und

gefährdet Arbeitsplätze. Gleichzeitig zwingt die Klimakrise zum schnellen Handeln. Unternehmen (vor allem KMUs) stehen unter Druck, neue Standards einzuhalten, verfügen aber häufig nicht über das Know-how oder die Ressourcen. Die Transformation stockt: Initiativen sind fragmentiert, rechtliche Vorgaben widersprüchlich, Fortschritte zu langsam.

Als Schlüsselregion für Deutschlands und Europas Industrie hat Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung: Hier entscheidet sich, ob die Transformation gelingt oder ob wir unsere Innovationsführerschaft verlieren. Nachhaltigkeit ist längst nicht nur ein ökologisches Gebot, sondern auch ein Standortvorteil: Sie schafft regionale Wertschöpfung, sorgt für eine stabile Wirtschaft. Während Europa mit dem Green Deal das Ziel

verfolgt, bis 2050 klimaneutral zu werden und klare Ziele vorgibt, droht Baden-Württemberg ins Hintertreffen zu geraten. OEMs¹, Forschung und Start-ups sind stark, aber die Transformation gelingt nur, wenn Politik die gesamte Wertschöpfungskette steuert und unterstützt.

Wir möchten, dass Baden-Württemberg Vorreiter einer sozial-ökologischen Wirtschaft wird, die den Menschen dient und gleichzeitig wettbewerbs- und widerstandsfähig ist. Als neues Musterlände bei Ressourcenschonung wird Baden-Württemberg attraktiver für Investitionen und neue Geschäftsmodelle werden geschaffen. Nachhaltige Geschäftsmodelle schaffen neue Arbeitsplätze, senken die Lebenshaltungskosten² sichern Wohlstand und erhöhen die Lebensqualität³.

„KREISLAUFWIRTSCHAFT“ UND „CIRCULAR ECONOMY“

Die Circular Economy verzichtet auf den Verbrauch von Ressourcen, dazu erhalten Unternehmen klare Rahmenbedingungen, Standards und Anreize für nachhaltiges Wirtschaften. Circular Economy ist mehr als Recycling: Ziel ist es, Produkte, Materialien und Ressourcen so lange wie möglich im Umlauf zu halten, Abfälle zu vermeiden und Wertschöpfung durch Wiederverwendung, Reparatur, Aufbereitung und innovative Geschäftsmodelle zu sichern. Auch wenn Circular Economy mehr ist als Kreislaufwirtschaft, verwenden wir zur Vereinfachung beide Begriffe für dasselbe Konzept.

Kreislaufwirtschafts-Cluster **Unabhängigkeit von Rohstoffimporten**

Menschen sollen langlebige Produkte nutzen können, die sich reparieren lassen und deren Materialien nicht aus unsicheren Importen

stammen. Dabei darf sich niemand Sorgen machen, dass steigende Rohstoffpreise oder geopolitische Krisen den Alltag verteuern.

Baden-Württemberg hat das Potenzial, zur Modellregion für eine echte Kreislaufwirtschaft zu werden. Mit Produkten, die nachhaltiger sind, günstiger repariert werden können und die regionale Wirtschaft stärken.

Wir bauen zirkuläre Innovationszentren und fördern die Bildung von Kreislaufwirtschafts-Clustern nach europäischen Best Practices wie in Belgien. Dort arbeiten Unternehmen, Forschung und Kommunen gemeinsam an

Lösungen, die Abfallströme minimieren und Stoffkreisläufe schließen. Diese Cluster werden zu Anlaufstellen für neue Geschäftsmodelle⁴, Kooperationen und technologische Innovationen. Sie helfen Betrieben, zirkuläre Prozesse umzusetzen und machen Kreislaufwirtschaft vom abstrakten Konzept zur greifbaren Realität. So entsteht eine regionale Wertschöpfung, die uns unabhängiger von Rohstoffimporten macht und Arbeitsplätze sichert.

KREISLAUFWIRTSCHAFT-CLUSTER

Auch "industrielle Symbiose" genannt. In Flandern (Belgien) gibt es dazu einige sehr bekannte Beispiele, z. B. im Hafen von Antwerpen oder in Gent, wo Unternehmen ihre Stoff- und Energieströme miteinander koppeln: Abwärme des einen Betriebs wird als Energiequelle für einen anderen genutzt. Abfälle oder Nebenprodukte eines Unternehmens dienen als Rohstoff für andere. Gemeinsame Infrastrukturen (z. B. Wasseraufbereitung, CO₂-Netze) werden geteilt. Das bekannteste internationale Vorbild ist Kalundborg (Dänemark), wo dieses Prinzip seit den 1970ern praktiziert wird.

Kreislaufwirtschaft *Nachhaltigkeit zur Regel machen*

Wir möchten, dass nachhaltige Produkte nicht teurer oder schwerer zugänglich sind als Wegwerfware. Menschen wünschen sich verlässliche Qualität, Reparaturen zu fairen Preisen und das gute Gefühl, dass Ressourcen sinnvoll genutzt werden. Was langlebig, reparierbar und ressourcenschonend ist, muss sich für Verbrauchende und Unternehmen lohnen.

Wir modernisieren die gesetzlichen Vorgaben für die Nutzung von Recyclingmaterialien und ermöglichen die Wiederverwendung ganzer

Produktkomponenten. Öffentliche Ausschreibungen und Förderprogramme werden so angepasst, dass gebrauchte, reparierte oder wiederaufbereitete Produkte bevorzugt berücksichtigt werden. Gleichzeitig schaffen wir steuerliche Anreize für Unternehmen, die auf zirkuläre Prozesse, bioökonomische Innovationen oder besonders langlebige Produkte setzen, damit Nachhaltigkeit im Regal nicht mehr teurer ist. Über digitale Rückverfolgbarkeitssysteme wie Catena-X stellen wir sicher, dass Lieferketten transparent und rechtssicher

sind. Und wir setzen europäische Vorgaben ambitioniert ins Landesrecht um. So entsteht ein klarer Rechtsrahmen, der Kreislaufwirt-

schaft fördert, faire Wettbewerbsbedingungen schafft und Baden-Württemberg zu einem echten Vorbild macht.

Dekarbonisierung der Grundstoffindustrie ***Klimaschutz bei Stahl, Zement und Chemie***

Die Grundstoffindustrie (Stahl, Zement und Chemie) ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, verursacht aber auch einen erheblichen Teil der Emissionen in Baden-Württemberg. Menschen wünschen sich, dass wir Klimaschutz und Industrie zusammenbringen: ein stabiles Klima, sichere Arbeitsplätze und Produkte, die ohne massiven Ressourcenverbrauch entstehen. Für Verbrauchende bedeutet das klimafreundliche, für Unternehmer:innen neue Märkte und technologische Chancen und für die Gesellschaft insgesamt eine zukunftsfähige Industrie, die die regionale Wirtschaft stärkt.

Baden-Württemberg soll Vorreiter für klimafreundliche Technologien in der Grundstoffindustrie werden. Ein zentraler Schritt ist der Einsatz von Recyclingbeton nach Schweizer Best Practice: Abbruchmaterial wird hochwertig aufbereitet und als RC-Beton in

Neubauten genutzt. Dafür bauen wir rechtliche Hürden ab, von angepassten Bau- und Normenregelungen bis hin zu klaren Haftungsregeln für Architekt:innen und Bauunternehmen.

Darüber hinaus fördern wir innovative Technologien in allen Grundstoffbereichen: CO₂-freie Zementalternativen mit neuen Bindemitteln, sowie Verfahren zur CO₂-Abscheidung und -Nutzung (CCU), die ausschließlich in der Zementindustrie benötigt werden, sowie eine grüne Wasserstoffinfrastruktur für die Stahlproduktion. In der Chemie setzen wir auf grünes Ammoniak, biobasierte Verfahren und den Einsatz von Rezyklaten, um fossile Rohstoffe zu ersetzen. Mit dieser Mischung aus neuen Materialien, klugen Regelungen und Investitionen in Infrastruktur wird Baden-Württemberg zum internationalen Vorbild für eine klimaneutrale Grundstoffindustrie.

Zukunft gestalten statt Überforderung ***Orientierung zur nachhaltigen Transformation***

Wir machen Baden-Württemberg zur Schlüsselregion für die sozial-ökologische Transformation von Unternehmen – und damit zentral für das Ziel der Klimaneutralität bis 2045. Nachhaltigkeit ist hier nicht nur Pflicht, sondern auch eine riesige Chance: Sie schafft

Innovation, neue Arbeitsplätze und resiliente Lieferketten. Doch viele Unternehmen, vor allem kleine und mittlere Betriebe, fühlen sich überfordert. Ihnen fehlen Zeit, Fachkräfte, Know-how und staatliche Unterstützung. Wenn Regeln uneinheitlich oder schwammig

sind, wie bei den wechselnden EU-Schwellenwerten, führt das zu Unsicherheit und Verzögerung. Unser Wunsch ist, dass nachhaltiges Wirtschaften nicht länger als Last gesehen wird, sondern als Weg in eine stabile, zukunftsfähige Wirtschaft, die allen nutzt: den Betrieben, den Beschäftigten und der Gesellschaft.

Volt baut die Hemmnisse für nachhaltige Unternehmen gezielt ab und stärkt die Chancen. Dafür schaffen wir kostenlose Beratungs- und Austauschformate, in denen KMU voneinander lernen und Doppelarbeit vermeiden. Wir fördern die enge Vernetzung von Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen, sodass Innovation schneller in die Praxis kommt. Mit einer Offen-

sive für Nachhaltigkeitsberufe unterstützen wir Studiengänge, Ausbildungsplätze und Umschulungen, die die Fachkräfte von morgen hervorbringen. Forschungsgelder machen unsere Universitäten für internationale Talente attraktiver, während Start-ups durch Coaching, Förderung und den Zugang zu Investor:innen schneller wachsen können. Über nachhaltige Innovationsfonds finanzieren wir gezielt klimafreundliche Projekte und Technologien. Gleichzeitig beenden wir schrittweise klimaschädliche Subventionen und lenken die Mittel in echte Zukunftsinvestitionen. So wird Baden-Württemberg zum Vorbild: Unternehmen handeln nachhaltig, Lieferketten werden stabiler, Arbeitsplätze sicherer – und die Wirtschaft insgesamt klimafreundlich und widerstandsfähig.

NASSKLASSIERUNG

Prozess, bei dem Abbruchmaterial mechanisch und ggf. mit Wasser gereinigt, gesiebt und sortiert wird, um homogene, hochwertige Fraktionen wie Sand, Kies oder Betongranulat zu gewinnen. Ziel ist es, Ressourcen wiederzuverwenden, Abfälle zu reduzieren und die Qualität der recycelten Baustoffe sicherzustellen. In Deutschland und besonders in Baden-Württemberg wird diese Technologie bisher nur vereinzelt angewendet. Es fehlt an flächendeckender Umsetzung, an normativen und rechtlichen Rahmenbedingungen, sowie an ausreichend Pilotprojekten, sodass das Potenzial für hochwertiges Betonrecycling noch lange nicht ausgeschöpft ist.

STAKEHOLDERWIRTSCHAFT **EINE WIRTSCHAFT, DIE ALLEN NÜTZT**

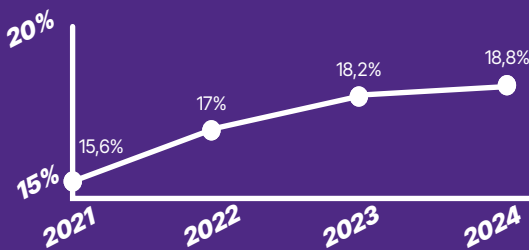
In Baden-Württemberg haben wir bei der Armutsquote mittlerweile einen Höchstwert erreicht. Immer mehr Menschen in Baden-

Württemberg arbeiten hart, können aber kaum von ihrem Einkommen leben. Noch schlimmer sieht es für Menschen aus, die nach

einem harten Arbeitsleben in Rente sind. Tarifbindung und Mitbestimmung sinken, Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Gleichzeitig macht der wirtschaftliche Wandel in den Schlüsselindustrien vielen Angst: Statt Chancen auf bessere Arbeit sehen sie Unsicherheit und Arbeitsplatzverluste.

Diese große Ungleichheit schwächt den sozialen Zusammenhalt, gefährdet demokratische Stabilität, Innovationsfähigkeit und schädigt die Wirtschaft. Zudem sorgt es für Frustration bei den Menschen, die trotz harter Arbeit kaum an dem wirtschaftlichen Fortschritt profitieren und treibt diese in die Hände von Extremisten.

VON ARMUT ODER SOZIALER AUSGRENZUNG BEDROHTE BEVÖLKERUNG⁵:



Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient. Durch faire Löhne, starke Mitbestimmung, flexible Kinderbetreuung und lebenslange Weiterbildung schaffen wir neue Chancen für alle. Digitalisierung gestalten wir so, dass sie Sicherheit bringt und Teilhabe ermöglicht. Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg, das bis 2035 zu einem europäischen Vorbild für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Innovation wird und in dem die Menschen gut und gerne leben können.

Berufliche Sicherheit stärken

Anerkennung und Weiterbildung

Niemand soll in prekären Jobs festhängen, nur weil ein Berufsabschluss fehlt oder eine frühere Ausbildung nicht mehr zum heutigen Arbeitsmarkt passt. Wir wollen, dass Menschen neben dem Job und ohne Angst vor finanziellen Hürden ihre Chancen verbessern können. So schaffen wir bessere Einkommen und mehr Perspektiven für die Zukunft.

Wir führen ein landesweites Verfahren zur Anerkennung beruflicher Kompetenzen ein,

damit praktische Erfahrungen in Teilqualifikationen umgewandelt werden können. Berufsbegleitende, modulare Weiterbildungskurse sollen flexibel und auch digital angeboten werden: mit finanzieller Unterstützung durch zinslose Kredite und Beteiligung von Land und Arbeitgebende. Zudem erleichtern wir die Anerkennung von Abschlüssen aus anderen EU-Ländern und fördern gezielt lebenslanges Lernen, vor allem in digitalen und grünen Berufen.

Förderung der Tariftreue

Gute Arbeit verdient gute Löhne

Wer arbeitet, soll sich auf faire Löhne und verlässliche Arbeitsbedingungen verlassen können. Doch in Baden-Württemberg gilt das nur für knapp die Hälfte der Beschäftigten. Die andere Hälfte arbeitet ohne Tarifvertrag, oft länger, für weniger Geld und mit unsicheren Bedingungen. Gute Arbeit darf nicht von Glück oder Branche abhängen, sondern muss zur Selbstverständlichkeit werden. Tarifbindung bedeutet: höhere Einkommen, geregelte Arbeitszeiten, mehr Sicherheit und bessere Perspektiven – für Beschäftigte, für Familien und für die Gesellschaft insgesamt.

Volt will die Tariftreue in Baden-Württemberg gezielt fördern. Dafür schaffen wir eine zentrale Blacklist für tarifuntreue Unter-

nehmen, die von Gewerkschaften geführt wird und bei allen öffentlichen Vergaben verpflichtend zu prüfen ist. Wer keine fairen Löhne zahlt, darf keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten. Zusätzlich führen wir einen vergabespezifischen Mindestlohn ein, der sicherstellt, dass staatliche Mittel nicht Lohndumping finanzieren. Die Erfahrungen aus Österreich, Frankreich und Schweden zeigen: Wo Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebende eng zusammenarbeiten, sind Tarifverträge stabil und Arbeitsbedingungen besser. Für Baden-Württemberg bedeutet das: höhere Löhne, weniger Fachkräftemangel, mehr Motivation und Bindung in den Betrieben – und eine stärkere regionale Wertschöpfung, die allen zugutekommt.

Teilhabe und Arbeit in Behindertenwerkstätten

Für Würde und gerechte Bezahlung

Arbeit bedeutet Würde, Selbstbestimmung und Teilhabe. Doch Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten tätig sind, erhalten heute oft nur ein Entgelt, das weit unter dem Mindestlohn liegt: im Schnitt etwa 200 Euro im Monat. Viele müssen trotz täglicher Arbeit auf Grundsicherung zurückgreifen. Das ist nicht gerecht. Alle sollen für ihre Arbeit fair entlohnt werden und von ihrem Einkommen leben können, unabhängig von ihrer Behinderung. Unser Wunsch ist eine Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung nicht als Arbeitskräfte zweiter Klasse behandelt

werden, sondern die gleiche Wertschätzung und finanzielle Sicherheit erfahren.

Volt setzt sich dafür ein, dass Menschen in Behindertenwerkstätten Anspruch auf existenzsichernde Löhne haben, mindestens in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns oder durch ein gleichwertiges, staatlich abgesichertes Entgeltmodell. Werkstätten sollen weiterhin Schutzräume und Qualifizierungsorte bleiben, aber nicht auf Kosten fairer Bezahlung. Wir fordern eine Reform des Werkstattdesystems, die Transparenz bei Entgelten

schaft, Leistungsbewertung fair gestaltet und Sozialversicherung für alle Beschäftigten garantiert. Zusätzlich stärken wir inklusive Betriebe, die reguläre Arbeitsplätze für

Menschen mit Behinderung bieten, und bauen Übergänge von Werkstätten in den allgemeinen Arbeitsmarkt aus. So wird aus Arbeit echte Teilhabe.

Zeiterfassung für alle **Fairness und Schutz im Arbeitsalltag**

Alle Beschäftigten sollten darauf vertrauen können, dass Arbeitszeiten fair erfasst werden. Ohne klare Zeiterfassung verschwimmen Grenzen: Überstunden bleiben unsichtbar, Arbeit frisst Freizeit, und die Gesundheit leidet. Unser Wunsch ist eine Arbeitswelt, in der Zeiten transparent dokumentiert werden, Überlastung verhindert wird und Work-Life-Balance kein Privileg, sondern Standard ist. Für die Unternehmen bedeutet das Sicherheit vor rechtlichen Risiken und eine produktivere, zufriedenere Belegschaft. Für die Gesellschaft heißt es: faire Arbeit und klare Regeln in einer modernen Arbeitswelt.

Volt will eine öffentliche, digitale Lösung zur Arbeitszeiterfassung schaffen, die allen Betrieben in Baden-Württemberg kostenlos

zur Verfügung steht – rechtssicher, einfach und nutzerfreundlich. Damit wird es möglich, Arbeitsbeginn, -ende und Pausen zuverlässig zu dokumentieren, ohne dass KMU in teure Systeme investieren müssen. So entlasten wir kleine Betriebe, stärken die Rechte von Beschäftigten und erfüllen die Vorgaben des EuGH. Besonders im Homeoffice sorgt die Lösung für Transparenz und Schutz vor Selbstausbeutung. Best Practice aus Österreich, wo zentrale Portale Unternehmen bereits digitale Verwaltungsleistungen anbieten, zeigen: Wenn der Staat unkomplizierte Tools bereitstellt, profitieren alle. Mit unserer Lösung fördern wir faire Arbeitsbedingungen, steigern Produktivität und machen Remote-Arbeit sicherer – für mehr Vertrauen und Gerechtigkeit im Arbeitsalltag.

KRISE ÜBERWINDEN, CHANCEN NUTZEN **UNSER PLAN FÜR DIE ZUKUNFT**

Baden-Württemberg steht mitten in einem tiefgreifenden industriellen Wandel. Deglobalisierung, Klimakrise und technologische Umbrüche stellen unsere Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Wenn wir jetzt nicht handeln, drohen wir im internationalen Wettbewerb den Anschluss zu verlieren und gefährden unseren Wohlstand.

Unser Land ist geprägt von einer starken Industrie, Innovationskraft und soliden Arbeitsplätzen. Doch die Spielregeln verändern sich gerade rasant: Hohe Energiekosten gefährden die Geschäftsmodelle unserer Unternehmen, Klimaneutralität wird zum Standortfaktor und digitale Technologien zum entscheidenden Treiber. In der Welt von

morgen könnten unsere Leitindustrien nicht mehr gefragt sein. Andere Länder investieren längst massiv in Zukunftsmärkte und wir dürfen nicht zurückfallen.

Bleibt Baden-Württemberg untätig, stehen nicht nur einzelne Branchen, sondern ganze Wertschöpfungsketten auf dem Spiel. Handeln wir zu spät, gefährdet das Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit. Regionen könnten abgehängt werden, und ohne gezielte Qualifizierung riskieren wir, dass Menschen vom Wandel überrollt statt mitgenommen werden. Kurz: Ohne strategische Investitionen verlieren wir wirtschaftliche Stärke und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Stellen wir uns Baden-Württemberg im Jahr 2035 vor: Unser Land ist führend im Bereich

klimafreundlicher Technologien, unsere Automobilindustrie exportiert E-Autos in die ganze Welt und mittelständische Unternehmen und Start-ups treiben gemeinsam Innovationen voran, die weltweit gefragt sind. Beschäftigte profitieren von sicheren Arbeitsplätzen, die zugleich zukunftsfähig und gut bezahlt sind, weil Qualifizierung und Weiterbildung selbstverständlich geworden sind. Kein Landkreis wird zurückgelassen: Auch ländliche Regionen sind durch leistungsfähige Schienen, Glasfaser und erneuerbare Energien vernetzt und attraktiv. Baden-Württemberg ist unabhängig von fossilen Importen und globalen Krisen, weil es eigene Wertschöpfungsketten aufgebaut hat. Unsere Wirtschaft wächst nachhaltig, unser gesellschaftlicher Zusammenhalt ist gestärkt, und wir sind als Vorbildregion international anerkannt.

Förderung von Innovation und Start-ups *Im Land neues möglich machen*

Der Mittelstand und die großen Industriekonzerne sind die Grundlage unserer Wirtschaft, doch die Impulse für den Wandel kommen oft aus der Start-up-Szene. Wir wollen Ökosysteme schaffen, in denen junge Unternehmen und etablierte Betriebe eng zusammenarbeiten.

Dafür braucht es Innovationscluster, die gezielt neue Kooperationen ermöglichen, etwa bei klimaneutraler Mobilität, grüner Chemie oder KI-Anwendungen in der Industrie. Start-ups sollen durch einen landeseigenen Beteiligungsfonds für Risikokapital leichter Zugang zu mehr Kapital erhalten. Baden-Württemberg co-investiert mit diesem Fonds direkt

in Start-ups und Scale-ups im Land, wenn ein führender Investor (Wagniskapitalgeber, oder Business Angel) eine Investition tätigt. Das Land möchte sich an Wagniskapitalinvestitionen mit 30 % beteiligen zu dem gleichen Preis, den auch die Investoren zahlen. Das Land verkauft seine Anteile wieder, wenn dieser Investor seine Anteile verkauft (EXIT), oder das Land aussteigen möchte (optionale Verkaufsoption). Durch diesen Marktmechanismus ist sichergestellt, dass das Land in die besten Start-ups und Scale-ups investiert, ohne Mehraufwand. Das Land erhält eine stille Beteiligung ohne Stimmrecht, um schnelle Entscheidungen der Start-ups/Scale-ups und Investoren nicht zu behindern.

Transformationsfonds für Klimafreundliche Unternehmensinvestitionen

Damit Baden-Württemberg international wettbewerbsfähig bleibt, brauchen wir massive Investitionen in klimafreundliche Technologien. Dazu gehören die Entwicklung und Skalierung von Batteriezellenfertigung, die Wasserstoffwirtschaft sowie neue Verfahren in der Kreislaufwirtschaft.

Der Staat muss dafür langfristige Rahmenbedingungen schaffen, die Planungssicherheit geben und private Investitionen anstoßen.

Zudem richten wir einen Transformationsfonds auf Landesebene ein der nach einem Marktmechanismus Gelder vergibt für Projekte in der Industrie mit den höchsten CO₂-Einsparungen. Unser Ziel ist es, dass aus Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg mehr marktfähige Produkte entstehen, die direkt in unsere Industrie integriert werden. Auf diese Weise verbinden wir die Stärke der traditionellen Industrie mit der Innovationskraft junger Unternehmen.

Transformationsfonds zu Qualifizierungsoffensiven für Beschäftigte

Der Wandel kann nur gelingen, wenn die Beschäftigten ihn mittragen und von ihm profitieren. Deshalb setzen wir auf umfassende Weiterbildungs- und Umschulungsangebote, die praxisnah und leicht zugänglich sind. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereits während ihrer Beschäftigung für neue Aufgaben qualifiziert werden, also noch bevor Arbeitsplätze wegfallen.

Ein Transformationsfonds des Landes soll einen Großteil der Finanzierung von Weiterbil-

dungsmaßnahmen übernehmen, damit weder Betriebe noch Beschäftigte allein die Last tragen. Berufsschulen und Hochschulen sollen stärker mit der Industrie vernetzt werden, um bedarfsgerechte Qualifizierungsangebote zu entwickeln. Lebenslanges Lernen soll zum Normalfall werden, unterstützt durch digitale Lernplattformen und modulare Angebote. Besonders wichtig ist uns, auch Geringqualifizierten und älteren Beschäftigten eine echte Perspektive zu geben. Nur wenn wir die Menschen in den Mittelpunkt stellen, bleibt der Wandel sozial verträglich.

Regionale Strukturhilfen und Sozialpartnerschaften

Der industrielle Wandel wird nicht alle Regionen Baden-Württembergs gleich treffen. Während manche Städte von neuen Leitindustrien profitieren, droht anderen Regionen ein Abbau von Arbeitsplätzen.

Deshalb wollen wir regionale Strukturhilfen gezielt dort einsetzen, wo ganze Regionen in Gefahr geraten, abgehängt zu werden. Dazu gehören die Entwicklung von Gewerbeflächen für neue Industrien und die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten. Private Transformationsagenturen sollen vor Ort Unternehmen, Kommunen und Beschäftigte beraten und vernetzen. Infrastrukturprojekte, etwa bessere Schienenanbindungen oder der Ausbau von Glasfasernetzen, sollen gezielt in

strukturschwachen Regionen umgesetzt werden.

Gerade in Zeiten des Umbruchs ist es wichtig, dass die Rechte von Beschäftigten gewahrt bleiben und Übergänge fair gestaltet werden. Wir unterstützen mit Sozialpartnerschaften innovative Modelle wie Transformationsvereinbarungen zwischen Kommunen, Betriebsräten und Unternehmen, die Beschäftigung und Weiterbildung gleichzeitig sichern.

Unser Ziel ist, dass kein Landkreis zurückgelassen wird und der Wandel überall Chancen eröffnet. So stärken wir die regionale Vielfalt Baden-Württembergs und verhindern soziale Spaltungen.

Innovationsräume schaffen Wirtschaftscluster strategisch fördern

Wir möchten, dass eine starke Vernetzung in Europa zu einer besseren Wirtschaft für die Menschen führt. Unternehmen in Baden-Württemberg sollen die europäischen Cluster kennen und genau wissen, wie sie diese nutzen können. Für die Gesellschaft bedeutet das: Innovationen, die echten Mehrwert bringen: von wirksamen Klimaschutzlösungen bis zu besseren Gesundheitsdiensten.

Baden-Württemberg soll wirtschaftlich auf mehreren starken und gesunden Beinen stehen. Dafür wollen wir Innovationsräume schaffen, in denen die Unternehmen von

morgen entstehen können und bestehende Betriebe neue Geschäftsfelder erschließen. Für die Menschen bedeutet das ganz konkret: Innovationen, die echten Mehrwert bringen – von wirksamen Klimaschutzlösungen über digitale Anwendungen bis hin zu besseren Gesundheitsdiensten.

Wir etablieren ein landesweites Förderprogramm für Regionen, das Hochschulen, Start-ups und Mittelstand vernetzt und europäische Innovationsräume schafft. Dieses sieht beispielsweise die Beteiligung und die Vergabe zinsgünstiger Darlehen der Landes-

bank, leistungsgebundene einmalige Zuschüsse für einzelne Projekte und die Co-Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen vor. Bewerben können sich Regionen, die bestimmte Förderbedingungen erfüllen: Etwa eine Hochschule mit Kapazitäten im Bereich

des Clusters, die Bereitschaft von Unternehmen und Hochschulen, gemeinsame Programme für hochqualifizierte Fachkräfte aufzubauen, sowie die vergünstigte Bereitstellung kommunaler Gewerbeflächen für neue Betriebe.

INFRASTRUKTUR IST DAS RÜCKGRAT DER WIRTSCHAFT

Eine starke Industrie braucht eine leistungsfähige Infrastruktur: ökologisch, digital und vernetzt. Wir wollen massiv in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren, um Unternehmen bezahlbaren und klimaneutralen Strom bereitzustellen.

Der Ausbau des Schienennetzes und des öffentlichen Nahverkehrs reduziert nicht nur CO₂, sondern macht Standorte attraktiver und vernetzt. Digitale Infrastruktur, insbesondere flächendeckendes Glasfaser und 5G, ist eine Grundvoraussetzung für die Industrie 4.0 und smarte Produktionsprozesse. Auch die Ansiedlung neuer Industrien muss durch eine vorausschauende Raumplanung unterstützt werden, die Flächen effizient nutzt und gleichzeitig die Natur schützt.

So schaffen wir die Grundlage für eine Industrie, die im internationalen Wettbewerb bestehen kann und gleichzeitig die ökologischen Grenzen respektiert.

STÄRKEN VON MITTELSTAND UND HANDWERK

Der Mittelstand und das Handwerk sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und stehen zugleich unter massivem Druck. Hohe Kosten und schwierige Finanzierungsbedingungen gefährden Betriebe, die seit Generationen Arbeit und Ausbildung sichern. Besonders kleine Unternehmen kämpfen mit Fachkräftemangel und Bürokratie. Ohne Unterstützung drohen Insolvenzen, Arbeitsplatzverluste und der Verlust regionaler Wertschöpfung.

Baden-Württemberg steckt in einer Konjunkturkrise: Das BIP könnte 2025 um 0,5 % schrumpfen. Kleine und mittlere Unternehmen, 99 % aller Betriebe im Land, tragen diese Krise am stärksten. Handwerksbetriebe finden kaum Nachwuchs, weil Ausbildungsplätze unattraktiv wirken oder zu wenig gefördert werden. Gleichzeitig wird das Potenzial von Migrant:innen durch langwierige Anerkennungsverfahren verschenkt. Während

große Konzerne Rücklagen haben, geraten Mittelstand und Handwerk zunehmend ins Hintertreffen. Volt möchte eine moderne, inklusive und wettbewerbsfähige Wirtschaft mit starkem Mittelstand und lebendigem Handwerk:

- Mehr junge Menschen finden über digitale Lernangebote und praxisnahe Ausbildungsinitiativen den Weg ins Handwerk.

- Migrant:innen werden integriert, durch vereinfachte Anerkennung von Abschlüssen und Sprachförderung direkt im Betrieb.
- Bürokratie wird abgebaut, sodass Gründungen, Investitionen und der Alltag von Betrieben einfacher werden.
- Eine digitale, bürgernahe Verwaltung unterstützt Unternehmen aktiv, statt sie auszubremsen.

Mehr und qualifizierte Fachkräfte

Ausbildung sichern, Integration stärken

Volt will die überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) in Baden-Württemberg gezielt ausbauen. Sie entlastet kleine und mittlere Unternehmen, indem sie Ausbildungsinhalte vermittelt, die im Betrieb nicht abgedeckt werden können, und sichert einheitliche Qualitätsstandards. Junge Menschen profitieren von praxisnaher Qualifikation mit modernster Technik, unabhängig davon, wo sie lernen. Besonders Migrant:innen erhalten durch die ÜBA strukturierte Sprachförderung und

berufsspezifische Kompetenzen, die ihre Integration erleichtern. Zusätzlich werden digitale Lernangebote weiterentwickelt, damit Ausbildung auch im ländlichen Raum attraktiv bleibt. Finanziert wird das über Landes- und Bundesmittel sowie EU-Förderprogramme, ergänzt durch private Träger. Mit einer starken ÜBA schaffen wir Fachkräfte für die Zukunft, stabilisieren unsere Wirtschaft und eröffnen jungen Menschen sichere Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben.

ÜBERBETRIEBLICHE AUSBILDUNG (ÜBA)

Die überbetriebliche Ausbildung ergänzt die klassische duale Ausbildung. Sie findet in speziellen Bildungszentren statt, wenn ein Betrieb nicht alle Inhalte selbst abdecken kann. Kleine Betriebe können sich spezialisieren, ohne Angst zu haben, dass ihre Azubis etwas verpassen. Alle erhalten die gleiche Ausbildungsqualität – egal, ob im großen Konzern oder im kleinen Handwerksbetrieb.

Beispiel: Ein Schreinereibetrieb kann nicht jede Maschinenart anschaffen. In der ÜBA lernen die Azubis den Umgang mit modernsten CNC-Maschinen – und bringen dieses Wissen zurück in den Betrieb. So profitieren alle: die Azubis, die Betriebe und die ganze Branche.

Sofortprogramm: Chancen schaffen nach Kündigung

Schneller Wiedereinstieg für alle

Kündigungen treffen Menschen hart: Plötzlich bricht die finanzielle Sicherheit weg, Familien geraten unter Druck und ganze Regionen fürchten um ihre Zukunft. Gerade in Baden-Württemberg, wo Zulieferunternehmen und Automobilindustrie im Wandel sind, brauchen wir schnelle und verlässliche Wege zurück in den Arbeitsmarkt. Dafür darf niemand nach einer Kündigung im Abseits landen, sondern muss sofort echte Perspektiven für Weiterbildung, einen neuen Job oder die Chance, selbst ein Unternehmen zu gründen, erhalten.

Volt will ein landesweites Sofortprogramm aufbauen, das Weiterbildung, Gründung und Wiedereinstieg verbindet. Mit „Zukunftskompetenzen BW“ schaffen wir ein Upskilling-Programm für Berufe mit Zukunft, etwa in Pflege, Handwerk, Digitalisierung und Klimaberufen. Weiterbildung soll nicht erst nach Monaten beginnen, sondern sofort starten und mit Betrieben, IHKs, Volkshochschulen und Hochschulen vernetzt sein. Gleichzeitig erleichtern wir Gründungen durch Stipendien und Beratung von Sozialunternehmen, besonders in strukturschwachen Regionen.

Damit Regionen wie Heilbronn, Oberschwaben oder der Schwarzwald den Wandel stemmen können, richten wir regionale Transformationsfonds ein. Dort entscheiden Kommunen, Gewerkschaften, Unternehmen und Zivilgesellschaft gemeinsam über Investitionen in Infrastruktur, Umschulung und Innovation. Auch neue Arbeitsformen werden fair geregelt: Plattformbeschäftigte erhalten Mindeststandards und soziale Absicherung, während genossenschaftliche Modelle gefördert werden. Zusätzlich schafft das Land selbst sinnvolle Arbeitsplätze im Klimaschutz, der digitalen Verwaltung oder der Bildungs- und Pflegeinfrastruktur. Über eine Job-Matching-Plattform und Coaching-Angebote finden Menschen schnell neue Perspektiven – auch ältere Beschäftigte, die besonders von Kündigungen betroffen sind.

So entsteht ein Programm, das Wandel nicht als Bedrohung, sondern als Chance begreift: für Beschäftigte, Betriebe und ganze Regionen. Baden-Württemberg zeigt, dass soziale Sicherheit und wirtschaftliche Transformation zusammengehören.

One-Stop-Shop

Gründen in 24 Stunden

Baden-Württemberg soll die Region sein, in der gute Ideen nicht an Papierkram oder fehlendem Geld scheitern. Heute bremsen Bürokratie und mangelnder Zugang zu Kapital

viele Gründende aus. Das spürt besonders im Handwerk, wo tausende Betriebe ohne Nachfolge gefährdet sind. Unser Wunsch ist, dass alle, ob im High-Tech-Bereich, im Handwerk

oder in sozialen Innovationen, die Chance haben unkompliziert zu starten. Gründende im ländlichen Raum sollen die gleichen Chancen haben wie in den großen Städten.

Wir schaffen einen zentralen digitalen One-Stop-Shop, bei dem alle Gründungsschritte online gebündelt sind. Beratung, Information und Behördengänge werden über eine Plattform erledigt. Volt will Baden-Württemberg zur führenden Gründerregion Europas machen. Dafür bauen wir ein One-Stop-Shop-System auf, über das Neugründungen digital und in 24 Stunden möglich sind. Bürokratische Hürden werden abgebaut, Dokumentationspflichten reduziert und Verfahren in digitalen Reallaboren getestet. Gründende erhalten leichteren Zugang zu Kapital über Landes-

Wagniskapitalfonds, Stiftungsinitiativen und Investor:innen-Netzwerke.

Start-ups im GreenTech-, Technologie- und Sozialbereich werden gezielt gefördert, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker eingebunden. Baden-Württemberg stärkt seine internationale Vernetzung mit Partnerregionen wie Estland, Stockholm oder Kanada, und macht sich sichtbar als europäische Start-up-Region. So entstehen faire Chancen für Gründende, sichere Übergaben im Handwerk und innovative Unternehmen, die Jobs schaffen, Steuern zahlen und Transformation vorantreiben. Baden-Württemberg wird so zum „the Länd of ideas and start-ups“: eine Region, in der Ideen wachsen, Handwerk weiterlebt und Zukunft gelingt.

Mehr Freiheit im Einzelhandel **Flexible Öffnungszeiten für Alltag und Familie**

Wir setzen uns für eine zeitgemäße Anpassung des baden-württembergischen Ladenöffnungsgesetzes ein.

Konkret fordern wir die Freigabe längerer Öffnungszeiten an Werktagen bis hin zur Möglichkeit eines durchgängigen 24-Stunden-Betriebs, wenn sich Supermärkte dafür

entscheiden und die Einführung eines klar geregelten Öffnungsfensters für Supermärkte an Sonn- und Feiertagen von 10 Uhr bis 18 Uhr

Damit schaffen wir mehr Flexibilität für Beschäftigte, Betriebe und Kundschaft und tragen den veränderten Lebensrealitäten Rechnung.

Nachfolge sichern, Betriebe erhalten **Zukunft für Handwerk und Mittelstand**

Handwerks- und Mittelstandsbetriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und prägen das Leben in den Regionen. Doch jedes Jahr stehen tausende Betriebe vor der Schließung,

weil keine Nachfolge gefunden wird. Das bedeutet: sichere Arbeitsplätze gehen verloren, Kund:innen verlieren ihre vertrauten Anlaufstellen, und ganze Regionen büßen

wirtschaftliche Stärke ein. Unser Wunsch ist, dass Unternehmen als sichere Arbeitgeber, Innovationsmotoren und feste Säulen in unseren Städten und Dörfern weiterleben können. Wer einen Betrieb aufgebaut hat, soll ihn mit gutem Gefühl übergeben können, und wer übernehmen will, soll die Chance dazu bekommen.

Volt will Nachfolge systematisch sichern und Betriebe erhalten. Wir bauen Matching-Plattformen wie nexxt change aus, fördern regionale Nachfolge-Börsen und organisieren Matching-Events, bei denen Unternehmer:

innen und Nachfolgende zueinanderfinden. Beratungsgutscheine erleichtern den Prozess für beide Seiten – für die Abgebenden ebenso wie für die Übernehmenden. Zudem erleichtern wir langjährigen Unternehmenspartner:innen den Zugang zum Meistertitel, damit sie einen Betrieb auch formal übernehmen können. So schaffen wir reibungslose Übergänge, sichern Arbeitsplätze und stärken die regionale Wirtschaft. Jeder erfolgreiche Übergang ist ein Gewinn für Beschäftigte, Familien und die gesamte Gesellschaft – weil Betriebe nicht verschwinden, sondern weiterleben.

KLIMA SCHUTZ

**ANITA
SCHALLENBERG**

**NECKARSULM
LISTENPLATZ 9**

„Klimaschutz ist kein Verzichtsprogramm.

Es ist **eine Sicherheitsstrategie**: saubere Energie zu **stabilen Preisen**, weniger **Abhängigkeit von Krisen** und mehr **Spielraum für Innovation**.

Wenn wir Wind und Sonne ausbauen, Netze und Speicher intelligent machen und **Europa als Energieraum** denken, gewinnen alle: Betriebe, Haushalte und die Generationen nach uns.“

KLIMASCHUTZ & ENERGIE

FÜR EIN KLIMAFESTES BADEN-WÜRTTEMBERG

Klimaschutz ist kein Nebenziel, sondern die Grundlage unseres Wohlstands und unserer Freiheit, sowie Voraussetzung für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Uns leiten dabei Verantwortung, Generationengerechtigkeit, Freiheit, Sicherheit, Innovation und europäische Solidarität.

Wir wollen eine Energieordnung, die Menschen verlässlich versorgt, Unternehmen planbar investieren lässt und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Energie soll sauber, bezahlbar und heimisch werden. Dies wollen wir mit Wind, Sonne, Geothermie, Speichern, smarten Netzen und europäischer Vernetzung erreichen.

Klimapolitik ist Industriepolitik: Wir verbinden Emissionsreduktion mit Wertschöpfung, sichern Arbeitsplätze durch Zukunftstechnologien und machen Baden-Württemberg unabhängiger von volatilen Energieimporten. Der Staat setzt klare Leitplanken, beschleunigt Entscheidungen, schützt vor Greenwashing und sorgt dafür, dass Kosten und Chancen fair verteilt werden.

Dabei ist uns wichtig, dass wir eine Transformation schaffen, die Tempo mit Fairness, Technologie mit Teilhabe und Europa mit der Region verbindet. Damit Baden-Württemberg nicht reagiert, sondern gemeinsam mit Europa gestaltet.

ENERGIEWENDE JETZT

KLIMAFREUNDLICH IN DIE ZUKUNFT

Wir stehen an einem entscheidenden Punkt. Die Klimakrise bedroht unsere Gesellschaft, unsere Umwelt und unsere Lebensgrundlagen. Untätigkeit gefährdet Natur, Gesundheit, Sicherheit und den Wohlstand künftiger Generationen. Zugleich wächst unser Strombedarf in der Industrie, bei Gebäuden oder der Mobilität. Doch Genehmigungen für Windräder, Solaranlagen oder Speicher ziehen sich endlos hin, während auf Dächern, Feldern und in Gemeinden riesige Potenziale brachliegen. So riskieren wir, dass die Energiewende ins Stocken gerät.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, rasen wir ohne Bremsen auf eine Wand zu. Unser Energiehunger steigt, die Klimafolgen nehmen zu und trotzdem bleibt der Ausbau der Erneuerbaren in Baden-Württemberg zu langsam. Länder wie Spanien oder Dänemark erzeugen längst mehr als die Hälfte ihres Stroms aus Wind und Sonne, während wir im Südwesten Deutschlands zurückfallen. Gerade für ein Industrieland ist das gefährlich: Jede Verzögerung kostet Arbeitsplätze, schwächt unsere Wettbewerbsfähigkeit und macht uns abhängig von fossilen Importen, deren Preise schwanken und die politische Erpressbarkeit schaffen. Dabei hätten wir alle Chancen: mit unserer Innovationskraft, starken Hochschulen innovativen Unternehmen und Bürger:innen, die in Energiegenossenschaften schon heute Verantwortung übernehmen. Jetzt geht es darum, das Steuer herumzureißen, bevor wir die Wand erreichen.

Die Energiewende ist mehr als Klimaschutz: sie ist unser Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Bis 2035 soll Baden-Württemberg seinen gesamten Strombedarf aus erneuerbaren Energien decken.

Wir stellen uns ein Land vor, in dem Energie sauber, bezahlbar und jederzeit verfügbar ist. Ein Land, in dem Menschen von stabilen Preisen profitieren, Kommunen durch Bürger:innenprojekte Einnahmen erzielen und Unternehmen dank sicherer Versorgung zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Mit Sonne, Wind, Geothermie und Speichern machen wir uns unabhängig von fossilen Importen und schwankenden Weltmärkten. So entsteht ein Baden-Württemberg, das nicht getrieben wird, sondern selbst gestaltet: stark, zukunftsfähig, und ein Vorbild für den ganzen Kontinent. Die Energiewende ist kein Risiko, sondern eine Chance, die wir nutzen.

Das wirtschaftliche Potential der Energiewende nimmt in der öffentlichen Diskussion nicht die Rolle ein, die es muss. Dabei ist in Deutschland aber schon heute jeder 26. Job ein Job der Energiewende. Es gibt einen erheblichen Fachkräftemangel, da der Bedarf an Personal die vorhandenen Kompetenzen übersteigt. Um die ambitionierten Ziele der Energiewende zu erreichen, sind nicht nur zusätzliche Umschulungen und Fortbildungen, sondern auch die Stärkung qualifizierter Zuwanderung sowie die gezielte Ansprache von Schüler:innen und Berufseinsteigenden für Berufe der Energiewende wichtig.

Saubere Energie für alle

Erneuerbare Energien schneller ausbauen

Der Strombedarf in Baden-Württemberg wird bis 2040 je nach Schätzung um 73 bis 156 % ansteigen. Das Land hat dabei das Potenzial, diesen Mehrbedarf durch konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien komplett abzudecken. Allerdings sind vom gut verfügbaren Potenzial (306 TWh) politisch derzeit nur rund 92 TWh anvisiert. Die Technik für eine nachhaltige Energiewende ist vorhanden, wird aber viel zu zögerlich genutzt.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg endlich die ganze Kraft von Wind, Sonne, Geothermie und Biomasse nutzt. Heute warten viele Gemeinden jahrelang auf Genehmigungen, während Dächer ungenutzt bleiben und Windparks blockiert werden. Menschen erleben steigende Strompreise und das Gefühl, dass es

nicht vorangeht. Unsere Vision ist ein Land, in dem Bürger:innen direkt von sauberer, regional erzeugter Energie profitieren. So wird die Energiewende zum Projekt für alle, nicht nur für Konzerne.

Wir beschleunigen den Ausbau erneuerbarer Energien deutlich. Genehmigungen für Wind- und Solarprojekte sollen nicht mehr Jahre, sondern Monate dauern. Bürokratische Hürden werden abgebaut. Neue Batteriegroßspeicher werden schneller genehmigt. Kommunen und Bürger:innen erhalten verbindliche Beteiligungsmöglichkeiten, damit Wertschöpfung vor Ort bleibt und Akzeptanz wächst. So schaffen wir Versorgungssicherheit, faire Preise und echte Teilhabe an der Energiewende.

Fairere Flächenverteilung für Windkraft

Der Ausbau der Windenergie muss so gestaltet werden, dass weder einzelne Regionen ungleich belastet werden noch Widerstände in der Bevölkerung wachsen. Heute zwingt das Landesplanungsgesetz jeden Regionalverband, unabhängig von militärischen Sperrflächen, Natura-2000-Gebieten oder Flugkorridoren, denselben Flächenanteil von 1,8 % für Windkraft auszuweisen. Das führt zu einer Häufung von Anlagen in wenigen Gebieten und gefährdet die Akzeptanz in der Bevölkerung. Besonders Gebietsgrenzen sind unverhältnismäßig stark betroffen.

Volt Baden-Württemberg fordert deshalb eine schnelle Reform des Landesplanungsgesetzes: Wir wollen einen landesweiten Flächenpool einführen, mit dem Regionalverbände ihre Quote flexibel erfüllen können. Regionen mit hohen Restriktionen sollen entlastet werden, während windhöffige und weniger belastete Regionen zusätzliche Flächen bereitstellen. So bleibt das 1,8 %-Ziel gesichert und die Energiewende wird gerechter, naturverträglicher und mit mehr Rückhalt in der Bevölkerung umgesetzt.

Stabile Netze und Speicher

Die Basis einer verlässlichen Energieversorgung

Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen sich darauf verlassen können, dass Strom jederzeit fließt. Heute drohen Engpässe, Netze sind überlastet und Strompreise schwanken stark. Unsere Vision ist ein modernes Energiesystem, in dem Stromproduktion, Speicherung und Verbrauch intelligent verknüpft sind. So werden Netze entlastet, Preise stabilisiert und Haushalte wie Unternehmen erhalten Planungssicherheit.

Wir investieren über die Energieunternehmen und Netzbetreiber massiv in Netze und Speicher. Eine klare Speicherstrategie kombiniert Batteriegroßspeicher mit privaten

Anlagen in Haushalten. Smart Grids (digitale Stromnetze) sind für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar. Sie bringen erneuerbare Erzeugung und Stromverbrauch so zusammen, dass Engpässe vermieden und die Effizienz des Netzes gesteigert wird. Ein beschleunigter Smart-Meter-Rollout bringt digitale Stromzähler in alle Haushalte, sodass Energie intelligent verteilt und genutzt wird. Bidirektionales Laden macht Elektroautos zu mobilen Speichern, die Strom ins Netz zurückspeisen können. Projekte wie Südlink sorgen dafür, dass Windstrom aus dem Norden auch bei uns genutzt werden kann und teure Redispatch-Maßnahmen verhindert werden.

Unabhängig und krisenfest

Baden-Württemberg als Energiestandort

Die Energieversorgung soll sicher bleiben – auch in Krisen wie Extremwetterereignissen, Cyberangriffen oder internationalen Konflikten. Heute erleben Menschen, dass Kriege und Abhängigkeiten von fossilen Energieimporten Unsicherheit und Preisschocks erzeugen. Unsere Vision ist eine Energieversorgung, die dezentral, robust und krisenfest organisiert ist. Bürger:innen, Unternehmen und Kommunen sollen sich auf stabile Preise und Versorgung verlassen können – selbst dann, wenn globale Lieferketten wanken.

Wir bauen regionale Speicher für Strom und Wärme aus, um in Spitzenzeiten Versorgung zu sichern. Microgrids machen es möglich, dass Quartiere oder Gemeinden sich im Notfall unabhängig vom überregionalen Netz versorgen. Smarte Netze steuern Erzeugung, Verbrauch und Speicher flexibel, um Ausfälle zu vermeiden. Gemeinsam mit Kommunen und Wirtschaft entwickeln wir Notfallpläne, die im Ernstfall greifen. So entsteht ein Energienetz, das nicht nur für den Alltag taugt, sondern auch in Krisensituationen zuverlässig schützt.

Europa vernetzt

Baden-Württemberg im Energiebinnenmarkt

Energie soll nicht an Landesgrenzen enden. Bürger:innen in Baden-Württemberg brauchen eine stabile Versorgung, die auch dann sicher ist, wenn Sonne und Wind regional schwanken. Unsere Vision ist ein europäischer Energiebinnenmarkt, in dem Strom aus Windparks an der Nordsee oder Solarparks in Spanien über leistungsfähige Netze bis nach Baden-Württemberg fließen kann und wir unsere eigenen Überschüsse ebenso teilen. Zudem wird das Wasserstoffnetz länderübergreifend in Baden-Württemberg wie geplant ausgebaut: gezielt nur für Industrien, die auf diesen Energieträger angewiesen sind. So wird

Energie effizient genutzt, Preise sinken und Versorgungssicherheit wächst.

Wir bauen grenzüberschreitende Stromnetze aus und verknüpfen Baden-Württemberg enger mit dem europäischen Energiesystem. Gemeinsam mit Partnern entwickeln wir Speicherlösungen, damit erneuerbare Energie nicht verloren geht. Baden-Württemberg wird Standort für die Produktion von Solaranlagen, Windturbinen oder Batterien und stärkt so die europäische Unabhängigkeit. So wird unser Land zur Drehscheibe der europäischen Energiewende und Teil einer starken Gemeinschaft.

Energie & Rohstoffe aus der Region

Geothermie, Lithium und Wasserstoff

Wir wollen, dass Baden-Württemberg Energie nicht nur verbraucht, sondern selbst erzeugt. Geothermie kann Häuser zuverlässig mit Wärme versorgen und gleichzeitig Strom erzeugen. Im Oberrheingraben schlummert Europas größtes Lithiumvorkommen, ein Schlüsselrohstoff für Batterien und die Energiewende. Und Wasserstoff bietet der Industrie Perspektiven für eine saubere Zukunft. Wir können eigene Ressourcen nutzen, dabei Arbeitsplätze schaffen und unabhängiger werden.

Wir fördern Geothermieprojekte und rüsten bestehende Anlagen zur Lithiumgewinnung nach. Lithium aus Thermalwasser wird umweltfreundlich als Nebenprodukt der Geothermie gewonnen und schafft regionale Wertschöpfungsketten. Grüner Wasserstoff wird gezielt in Industrien eingesetzt, die keine Alternativen haben, macht aber keinen Sinn für Heizungen oder Beimischungen ins Gasnetz, die ineffizientes Greenwashing sind. So machen wir Baden-Württemberg zum Pionier einer klimafreundlichen Rohstoff- und Energieproduktion.

Biogas intelligent nutzen

Statt neuer fossiler Gaskraftwerke

Wir setzen auf den Erhalt und die Flexibilisierung bestehender Biogasanlagen, insbesondere derer, die in den kommenden Jahren aus der EEG-Vergütung auslaufen. Dies soll den Bau von neuen fossilen Gaskraftwerken verhindern oder zumindest auf ein absolutes Minimum reduzieren. Biogas wird flexibel eingesetzt, um Schwankungen von Wind- und Solarstrom auszugleichen, statt Grundlast zu liefern. Außerdem bietet sich durch den Ausbau von Biogasaufbereitung die Möglichkeit der saisonalen Speicherung.

Vorrang hat die Nutzung von Reststoffen wie Gülle, Mist oder Bioabfällen. Um die Nutzung von Mais als Energiepflanze weiter zu reduzieren, soll die Umstellung auf biodiversitätsfördernde Pflanzenkulturen weiter vorangetrieben werden. Außerdem sollen ungenutzte Potentiale erschlossen werden, wie eine flächendeckende Nutzung der braunen Tonne.

Kurz- und mittelfristig bleibt Biogas ein unverzichtbarer Baustein der Energiewende: Es ist

schnell verfügbar, speicherbar, stabilisiert die Stromnetze und liefert nachhaltige Wärme. Wasserstoff und andere erneuerbare Gase ergänzen Biogas sinnvoll, insbesondere für Industrieprozesse und langfristige Energiespeicherung. So wirken Biogas und Wasserstoff komplementär: Biogas sorgt sofort für flexible und regionale Versorgung, während Wasserstoff mittelfristig zusätzlich zur Dekarbonisierung und Netzstabilität beiträgt.

Die flexible Nutzung und die Aufbereitung von Biogas eröffnet landwirtschaftlichen Betrieben neue wirtschaftliche Perspektiven und verringert die Abhängigkeit von fossilem Erdgas. Gleichzeitig kann sie das Netz stabilisieren und so den nötigen Netzausbau reduzieren. Die Einspeisung von aufbereitetem Biogas - biologisch basierten Methan - ins Erdgasnetz, kann kurzfristig Kommunen bei der klimaneutralen Wärmeplanung unterstützen, langfristig soll es eine Alternative zu fossilen Kohlenwasserstoffen in der stofflichen Nutzung bieten.

Die Wärmewende umsetzen

Klimafreundlich wohnen, Kosten senken, Zukunft sichern

In Baden-Württemberg sind Gebäude heute einer der größten Energiefresser: Alte Heizungen, schlecht gedämmte Wände und undichte Fenster treiben Heizkosten in die Höhe und verschwenden wertvolle Energie. Für viele Menschen bedeutet das: hohe Rechnungen am Monatsende, unsichere

Zukunftsperspektiven und die Sorge, wie sie ihre Wohnung wärmen können. Gleichzeitig werden Klimaziele im Gebäudesektor seit Jahren verfehlt.

Unsere Häuser und Wohnungen tragen entscheidend zum Gelingen der Energiewende

bei. In Baden-Württemberg ist der Wärmebedarf besonders hoch. Doch während Nachbarländer ambitionierte Sanierungsprogramme auflegen, hinken wir hinterher: Förderungen sind oft zu bürokratisch, kleine Eigentümer:innen bleiben auf den Kosten sitzen und Kommunen planen sehr unterschiedlich. So entsteht ein Flickenteppich: manche Gemeinden kommen gut voran, andere kaum. Wenn wir nichts ändern, verlieren wir Wohlstand, verpassen Klimaziele und verschärfen soziale Ungerechtigkeiten.

Wir wollen, dass Wohnen in Baden-Württemberg klimafreundlich, bezahlbar und komfortabel wird. Bis 2035 soll die Wärmever-

sorgung überall im Land erneuerbar, zuverlässig und sicher sein. Dazu gehört eine verbindliche Wärmeplanung in allen Kommunen, die Bürger:innen einbezieht und soziale Fairness garantiert. Energetische Sanierungen machen Wohnungen zukunftsfähig, senken Heizkosten und sorgen für ein gesünderes Raumklima. Mit Förderprogrammen, Energieberatungen und Weiterbildungen für Handwerkende schaffen wir Tempo und Verlässlichkeit. Unsere Vision ist ein Land, in dem niemand Angst vor steigenden Heizkosten haben muss, Häuser Energie sparen statt verschwenden und die Wärmewende zum Standortvorteil für lebenswerte Städte und Gemeinden wird.

Kommunale Wärmeplanung

Heizen und dabei das Klima schützen

Wir wollen, dass alle Menschen in Baden-Württemberg verlässlich, klimafreundlich und bezahlbar mit Wärme versorgt werden. Heute erleben viele: Während große Städte schon konkrete Pläne haben, bleiben kleinere Gemeinden unsicher. Bürger:innen fragen sich: „Kommt hier irgendwann Fernwärme? Lohnt sich eine neue Heizung noch? Was kostet mich das in zehn Jahren?“ Unsere Vision ist ein Land, in dem jede Kommune einen Plan hat, wie Wärme erneuerbar und bezahlbar organisiert wird. Niemand soll mehr im Dunkeln stehen, niemand überfordert werden.

Die Wärmewende wird verbindlich: Zum ersten Mal müssen alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg einen kommunalen Wärmeplan vorlegen. Bisher galt diese Pflicht nur für große Städte. Das bedeutet: Schluss

mit dem Flickenteppich, Wärmeplanung wird flächendeckend. Neu ist auch: Alle Betreiber von Wärmenetzen sind verpflichtet, ihre Netze Schritt für Schritt klimaneutral zu machen. Öl- und Gasleitungen müssen umgebaut und dekarbonisiert werden.

Damit das gelingt, schaffen wir eine starke Landes-Anlaufstelle „Wärmeplanung“. Soziale Kriterien wie Preisobergrenzen für Fernwärme werden gesetzlich verankert, damit die Wärmewende bezahlbar bleibt. Vorrang haben erneuerbare Wärmequellen wie Geothermie, Großwärmepumpen oder Solarthermie. So entsteht ein klarer Fahrplan: private Umrüster:innen erhalten Planungssicherheit, Kommunen Rechtssicherheit, und Baden-Württemberg erreicht seine Klimaziele nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land.

Kommunale Wärmewende

Die L-Bank als Motor

Kommunen brauchen Planungssicherheit, um ihre Wärmepläne umzusetzen. Heute fehlen vielerorts die Mittel, um Wärmenetze auszubauen oder fossile Heizungen durch erneuerbare Systeme zu ersetzen. Volt Baden-Württemberg will deshalb die Landesbank (L-Bank) als zentralen Finanzierer der Wärmewende einsetzen. Sie soll Kommunen über Energiespar- und Wärmeliefer-Contracting Investitionen vorfinanzieren, die sich später über eingesparte Energie- und CO₂-Kosten refinanzieren. Damit schaffen wir die Grundlage für erneuerbare Wärmenetze, Wärmepumpenlösungen und Quartiersprojekte auch in Gemeinden ohne große

finanzielle Spielräume. Dieses Modell verschafft Kommunen Planungssicherheit und positioniert Baden-Württemberg als Vorbild im bundesweiten Wärmewendeprozess. Dabei stellen wir eine behutsame Integration in die bestehende Förderkulisse sicher: Landesfinanzierung darf keine Doppelungen mit Bundesprogrammen erzeugen, sondern soll gezielt dort ansetzen, wo Förderlücken bestehen – etwa bei Eigenanteilen oder Risikofinanzierungen. So stellen wir sicher, dass Klimaschutzmittel effizient eingesetzt werden, die Wärmewende beschleunigt wird und kommunale Haushalte nachhaltig entlastet werden.

Dekarbonisierung der Wärme

Statt Effizienz um jeden Preis

Der Fokus auf immer höhere Effizienzstandards hat enorme Kosten verursacht, ohne die Emissionen entscheidend zu senken. Wohnungswirtschaft und Wissenschaft weisen darauf hin: Der „Effizienzpfad“ würde unmögliche Investitionen von über € 5.000 Mrd. bis 2045 erfordern. Der „Praxispfad“ der Dekarbonisierung dagegen senkt die nötigen Investitionen auf € 1.900 Mrd.

Volt fordert deshalb, den Schwerpunkt auf eine emissionsfreie Wärmeherzeugung zu legen: Wärmepumpen, Solarthermie, Geothermie und erneuerbare Nahwärm. Dämmung und Effizienzmaßnahmen bleiben sinnvoll, wenn sie ökologisch und ökonomisch passen. Besonders Haushalte ohne Zugang zu Fernwärme sollen gezielt beim Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme unterstützt werden.

Gebäude energetisch sanieren

Nutzen aus der Notwendigkeit ziehen

Sanierungen dürfen keine Belastung sein, sondern ein Gewinn. Baden-Württemberger:

innen brauchen Wohnungen, die im Winter warm und im Sommer kühl sind, ohne

Schimmel und Zugluft. Eigentümer:innen wünschen sich Unterstützung, damit sie ihr Haus zukunftsfähig machen können, ohne finanziell überfordert zu werden. Und alle benötigen Klarheit: einfache Förderprogramme, verlässliche Vorgaben und genug Handwerkende. Unsere Vision ist ein Land, in dem Sanierungen mehr Lebensqualität bringen, Energiekosten senken und Immobilien wertvoller machen.

Wir schaffen ein Förder- und Rechtsmodell, das Sanierungen endlich fairer macht. Kleine Eigentümer:innen erhalten direkte Zuschüsse und Bonusregelungen, damit sie ihre Gebäude Schritt für Schritt modernisieren können.

Für Mietende führen wir das Modell der konstanten Warmmiete ein: Sanierungen dürfen nicht zu steigenden Mieten führen, die

eingesparten Heizkosten gleichen Investitionen aus. So profitieren Haushalte durch niedrigere Nebenkosten, während Eigentümer:innen Wertstabilisierung erzielen. Kommunale Energieberatungsstellen unterstützen mit individueller Beratung, Planungshilfen und Best-Practice-Beispielen.

Gleichzeitig investieren wir in die Aus- und Weiterbildung von Handwerkende, damit genügend Fachkräfte für Dämmung, Fenster, Heizsysteme und Gebäudetechnik zur Verfügung stehen. Sanierungen können flexibel in Abschnitten umgesetzt werden, um kleinere Eigentümer:innen mitzunehmen. So wird die Wärmewende zum Gewinn: für Menschen, die sparen und komfortabler wohnen; für die Umwelt, die von sinkenden Emissionen profitiert; und für Baden-Württemberg, das Klimaziele sozial gerecht erreicht.

KLIMAANPASSUNG

DAMIT WIR STARK UND SICHER DURCH DIE KRISE KOMMEN

Die Klimakrise ist längst kein fernes Szenario mehr – sie ist Alltag. In Baden-Württemberg spüren die Menschen heute schon längere Hitzewellen, Dürren, Starkregen und Überschwemmungen. Ältere Menschen leiden in aufgeheizten Wohnungen, Kinder können an heißen Tagen kaum noch lernen, landwirtschaftliche Betriebe sehen ihre Ernten vertrocknen oder weggespült werden. Schon jetzt führen zunehmende Ernteaufschläge zu steigenden Preisen im Supermarkt. Je stärker sich die Krise zuspitzt, desto teurer und unsicherer wird unsere Versorgung. Die Schäden gehen in die Milliarden und treffen Städte, Dörfer,

Unternehmen und Familien gleichermaßen. Trotzdem fehlt es bislang an einer klaren, landesweiten Strategie: Jede Kommune kämpft für sich, Maßnahmen sind Stückwerk und viel zu oft reagieren wir erst dann, wenn Katastrophen schon passiert sind.

Wir stehen mitten in der Krise und trotzdem handeln wir, als hätten wir noch Zeit. So wie Hausbesitzende, die den Dachstuhl erst dann abdichten, wenn der Regen schon hereingebrochen ist. Baden-Württemberg hat keine Wahl: Klimaanpassung muss jetzt zur zentralen Zukunftsaufgabe werden. Denn wenn wir

weiter nur zusehen, verlieren wir Lebensqualität und wirtschaftliche Stabilität. Andere Länder investieren längst in Schwammstädte, Hitzeaktionspläne oder klimaresiliente Landwirtschaft. Wir dagegen riskieren, wieder zum Nachzügler zu werden. Dabei könnte gerade unser Land, mit starker Wirtschaft und innovativen Kommunen, zeigen, wie man Städte, Dörfer und Landschaften zukunftsfest macht.

Wir können viele Folgen der Klimakrise nicht mehr ändern. Wir können und wollen Maßnahmen ergreifen, dass uns diese Folgen nicht so stark treffen. Bis 2035 sollen alle Kommunen über Hitze- und Hochwasser-

schutzkonzepte verfügen, Trinkwasser auch in Krisen jederzeit gesichert sein und Städte mit begrünten Dächern, Parks und Schwammstadtkonzepten kühl bleiben. Land- und Forstwirtschaft werden auf klimaresistente Pflanzen, Agroforstsysteme und nachhaltigen Waldumbau setzen. Prävention ersetzt Notfallreaktionen: Schäden wie im Ahrtal 2021 dürfen sich bei uns nie wiederholen. Klimaanpassung bedeutet nicht Verzicht, sondern Gewinn durch gesündere Städte, sichere Versorgung, widerstandsfähige Wirtschaft und mehr Lebensqualität. So machen können wir Baden-Württemberg fit für eine Zukunft, in der wir die Krise überwinden

Vorbereitet auf Extremwetter

Schutz vor Dürre, Starkregen und Hochwasser

Wir wollen, dass Baden-Württemberg auf Extremwetter nicht nur reagiert, sondern vorbereitet ist. Heute zerstören Starkregeneignisse Straßen und Häuser, Dürren lassen Flüsse austrocknen und Felder verdorren. Die Folge: Milliardenschäden, steigende Preise im Supermarkt durch Ernteaufschläge und Unsicherheit in den Gemeinden. Unsere Vision ist ein Land, in dem Trinkwasser auch in heißen Sommern gesichert ist, Flüsse wieder Raum haben, um Hochwasser aufzufangen, und Städte bei Starkregen nicht untergehen. Menschen sollen sich sicher fühlen – egal ob auf dem Land oder in der Stadt.

Wir machen Dürre- und Hochwasserschutz zu einer gemeinsamen Strategie. Wir setzen auf Schwammstadtkonzepte, Entsiegelung und Flussrenaturierungen sorgen dafür, dass

Wasser gespeichert und bei Bedarf wieder abgegeben wird. Ein landesweites Monitoring- und Frühwarnsystem warnt rechtzeitig vor Dürre, Starkregen oder Überschwemmungen. Wasser wird bei Knappheit klug verteilt – mit Vorrang für Trinkwasser und Ökosysteme. Kommunen erhalten finanzielle Unterstützung und klare Notfallpläne, damit sie in Krisen nicht allein dastehen. Dabei setzen wir konsequent die EU-Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG)⁶ und die EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (2007/60/EG)⁷ um. Sie geben klare Standards für den Schutz von Flüssen, Böden und Menschenleben. Baden-Württemberg kann hier nicht nur Vorgaben erfüllen, sondern Maßstäbe setzen. So wird unser Land widerstandsfähig gegen Extremwetter und schützt gleichzeitig seine Lebensgrundlagen.

Gesund bleiben trotz Hitze

Schutz für vulnerable Gruppen

Wir wollen, dass niemand in Baden-Württemberg mehr unter Hitze leidet oder gar stirbt. Vor allem ältere Menschen, Kinder und chronisch Kranke sind gefährdet, wenn wochenlange Hitzewellen Wohnungen und Städte aufheizen. Unsere Vision ist ein Land, das auf Hitze vorbereitet ist: mit kühlen Rückzugsräumen, verlässlicher Trinkwasserversorgung und Einrichtungen, die Schutzmaßnahmen parat haben.

Wir fördern kommunale Hitzeaktionspläne, die konkrete Maßnahmen für Schulen, Kitas, Pfl-

geheime und Krankenhäuser enthalten. Kühlräume und Trinkwasserstationen werden in Städten verbindlich eingerichtet. Unterrichts- und Pflegezeiten können flexibel angepasst werden, Personal wird gezielt für Hitzeschutz geschult. Gebäude des Gesundheitswesens erhalten verpflichtende Schutzmaßnahmen wie Beschattung und Kühlung.

Durch ein landesweites Frühwarnsystem wird die Bevölkerung rechtzeitig informiert und unterstützt. So machen wir Hitze zu einer Herausforderung, die wir meistern.

Land- und Forstwirtschaft im Wandel

Zukunft sichern trotz Klimakrise

Wir wollen, dass die Landwirtschaft in Baden-Württemberg auch in Zeiten von Dürre und Extremwetter eine sichere Versorgung gewährleistet. Heute verlieren landwirtschaftliche Betriebe ganze Ernten durch Trockenheit oder Starkregen, was zu steigenden Preisen für alle führt. Unsere Wälder leiden unter Hitze und Schädlingsbefall, Monokulturen brechen zusammen. Unsere Vision ist eine widerstandsfähige Landwirtschaft – mit klimaresilienten Pflanzen, vielfältigen Agroforstsystemen und Wäldern, die nicht sterben, sondern wachsen. So sichern wir unsere Ernährung, unsere Arbeitsplätze und unsere Natur.

Wir fördern klimaresiliente Pflanzen und unterstützen landwirtschaftliche Betriebe beim Umstieg auf nachhaltige Anbaumethoden wie Agroforstsysteme, die Schatten spenden, Böden schützen und Wasser speichern. Wälder werden schrittweise umgebaut: weg von anfälligen Monokulturen hin zu widerstandsfähigen Mischwäldern. Kommunen und Betriebe erhalten finanzielle Unterstützung und Beratungsangebote, um sich an die neuen Bedingungen anzupassen. So entsteht eine Landwirtschaft, die ihre Versorgung sicherstellt, die Natur schützt und Familien in Baden-Württemberg stabile Preise im Supermarkt garantiert.

STADT ENTWICKLUNG

**CHRISTIANE
FICHTER**

**TUTTLINGEN-
DONAUESCHINGEN
LISTENPLATZ 13**

„Zukunftsfähige Stadtentwicklung schafft Räume, in denen Menschen leben, sich treffen und Gemeinschaft erleben können. Das darf nicht überschattet werden durch unstemmbare Mieten.

Damit Wohnraum bezahlbar bleibt, müssen wir **kosteneffizient und nachhaltig bauen**. Eigentum verpflichtet und sollte nicht nur dem **Profit weniger auf Kosten vieler** dienen.“

WOHNEN & STADTENTWICKLUNG

FÜR EIN LEBENSWERTES BADEN-WÜRTTEMBERG

In der heutigen Zeit drehen sich öffentliche Debatten nicht nur um Themen wie Rente oder Migration. Viele Menschen sorgen sich vielmehr darum, wie sie morgen noch ihre Miete bezahlen sollen. Rentner:innen, die ihre Rente durch Pfandflaschen aufbessern müssen, alleinerziehende Eltern, die schon Mitte des Monats den letzten Cent für die Kleidung ihrer Kinder ausgegeben haben, oder Menschen, die schlicht nicht wissen, wie sie die stetig steigenden Mietpreise stemmen sollen.

Wohnen ist die Grundlage sozialer Teilhabe. Deshalb muss klar sein: Bezahlbarer Wohnraum darf kein Luxus sein, sondern sollte ein Selbstverständnis unserer Gesellschaft sein.

Doch Wohnen bedeutet mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Wir wollen Quartiere, die Vielfalt leben, Städte, die Gesundheit fördern, und Dörfer, die ihre kulturelle Identität bewahren. Wohnen und Stadtentwicklung sind damit mehr als Baupolitik. Sie sind ein Versprechen auf Lebensqualität, Gerechtigkeit und Zukunft für alle Generationen. Das verbindet Dörfer und Städte gleichermaßen.

Unsere Wohnorte sind Stätten der Begegnung und prägen und ermöglichen Integration und Austausch untereinander. Dies wollen wir gezielt fördern, um für alle eine lebenswerte Heimat zu schaffen.

BEZAHLBARER WOHNRAUM ALS GRUNDRECHT

In Baden-Württemberg herrscht Wohnraum-mangel, nicht nur in Großstädten, auch kleinere Kommunen im Land sind davon betroffen. Besonders Menschen mit geringem Gehalt haben kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt, ziehen weg und verursachen so Fachkräftemangel.

Der Wohnraum-mangel wird vielerorts zu einem Standortnachteil und das schwächt

unsere Wirtschaft in Baden-Württemberg. Menschen werden entwurzelt und müssen aus ihrem gewohnten Umfeld wegziehen.

Wir sind überzeugt davon, dass Wohnen kein Luxusgut, sondern ein Grundrecht ist. Gemeinden und Städte sollen sich so entwickeln, dass faire Mietpreise selbstverständlich sind und sich so sozial gemischte Nachbarschaften entwickeln.

Wohnungstausch und gemeinschaftliches Wohnen fördern

Viele ältere Menschen leben allein in großen Häusern, während junge Familien in zu kleinen Wohnungen wohnen oder keinen passenden Wohnraum finden. Neubau allein kann dieses Problem nicht lösen: er ist teuer und belastet Klima und Flächen. Wir wollen daher vorrangig den vorhandenen Wohnraum besser nutzen.

Volt setzt sich dafür ein, Wohnungstauschprogramme auf Landesebene zu fördern. Diese sollen Senior:innen den Umzug in kleinere, barrierefreie Wohnungen erleichtern und gleichzeitig Familien den Zugang zu größeren Wohnungen oder Häusern ermöglichen. Dafür braucht es Umzugs- und Mietkostenzuschüsse, landesweite Beratungsstellen sowie eine digitale Plattform, die Angebote und Gesuche zusammenführt.

Darüber hinaus wollen wir neue Wohnformen wie Alters-Wohngemeinschaften gezielt unterstützen. Wenn ältere Menschen gemeinsam in einem Haus wohnen, entstehen Nähe und gegenseitige Hilfe – so sinkt das Risiko von Vereinsamung und die Pflege wird entlastet. Ergänzend dazu fördern wir Generationenhäuser, in denen Jung und Alt bewusst zusammenleben. Diese Wohnformen schaffen soziale Bindungen, stärken Nachbarschaften und nutzen vorhandenen Wohnraum effizient.

So entsteht ein Gewinn für alle: Ältere Menschen erhalten mehr Lebensqualität und Sicherheit, Familien finden dringend benötigten Wohnraum.

Förderung von kommunalem und genossenschaftlichem Wohnungsbau

Bei kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbauunternehmen steht der Gewinn nicht im Vordergrund. So erhalten Menschen bezahlbare Mieten und haben mehr von ihrem Einkommen für Alltag, Bildung und Freizeit. Wir unterstützen kommunalen und genossen-

schaftlichen Wohnungsbau, indem wir gezielt Bauprojekte dieser Art fördern. Außerdem erhöhen wir das Volumen des Grundstücksfonds, mit dem Kommunen Grundstücke erwerben können, um dort bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen.

Anreize für innovative Konzepte schaffen

Um Mieten gering zu halten, werden innovative Baukonzepte benötigt, die erschwingliche Baukosten und nachhaltiges Bauen vereinen. Die "Patenschaft innovativ Wohnen BW" fördert bereits gezielt Projekte, die mutig sind und bezahlbaren Wohnraum schaffen⁸.

Wir statten die Patenschaft mit mehr Mitteln aus um weitere Projekte zu fördern und die

Projekte öffentlichkeitswirksamer zu bewerben, damit weitere solcher Bauprojekte umgesetzt werden können.

Statt bei neuen Projekten auf die geringsten Kosten zu achten, sollen Grundstücke an jene vergeben werden, die den besten Beitrag zu bezahlbarem Wohnen leisten – nicht an die Meistbietenden.

LEBENSWERTE NACHBARSCHAFTEN

Aktuell stehen Städte und Gemeinden vor mehreren Herausforderungen: Der Leerstand in Wohn- und Gewerbeflächen nimmt zu, besonders in Ortskernen auf dem Land und in weniger attraktiven Quartieren in Städten, während gleichzeitig neue Baugebiete entstehen. Historische Gebäude und traditionelle Bauweisen gehen verloren, Neubauten orientieren sich oft nur an Kosten, wodurch regionale Identität und kulturelles Erbe gefährdet sind. Zudem fehlen sogenannte Dritte Orte (öffentliche Treffpunkte und Begegnungsräume), wodurch soziale Kontakte

und Nachbarschaftsleben geschwächt werden. Die soziale Ungleichheit wächst und Isolation fördert gesellschaftliche Spaltung. Lebenswerte Nachbarschaften fördern das Vertrauen untereinander, Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhang. Das Umfeld, in dem wir leben, ist ein prägender Faktor.

Wir wollen den Aufbau von Nachbarschaften fördern, in denen eine hohe Lebensqualität herrscht, es ein gutes soziales Miteinander gibt und die Menschen füreinander da sind und so zukunftssicher aufgestellt sind.

Leerstand vermeiden

Leere Schaufenster oder ungenutzte Gebäude werden als Zeichen von Stillstand oder Niedergang empfunden – als ob ein Ort seine Lebendigkeit verliert. Ein Spaziergang durch den Ortskern sollte aber belebend sein und ein Gefühl von Sicherheit vermitteln.

Um Transparenz zu schaffen und Nutzungspotentiale zu erschließen, sollen Eigentümer:innen von Gewerbeimmobilien verpflichtend den Leerstand melden.

Auf kommunaler Ebene kann eine gezielte Zwischennutzung ermöglicht werden, indem

leerstehende Gewerbeflächen temporär (maximal sechs Monate pro Nutzung) zum Preis der Nebenkosten vergeben werden können, solange keine Nachmietenden gefunden sind. Währenddessen übernehmen sie die Instandhaltung und können Gewerbesteuer erheben. Dies unterstützt zusätzlich Kultur, soziale Projekte und Pop-up-Stores.

Ebenso soll das Land die Entstehung und Entwicklung interkommunaler Industriegebiete fördern, an denen sich mehrere benachbarte Kommunen beteiligen können.

Regionale Identität und Baukultur erhalten

Baukultur stärkt regionale Identität und schafft Wohlbefinden durch Identifikation mit der Nachbarschaft. Stadt- und Dorfentwicklung bietet großes Potenzial für direkte Beteiligung. Berücksichtigung des Bauensembles steigert Wiedererkennungswert, regionale Kultur und nachhaltigen Tourismus.

Für Bau- und Instandhaltungsprojekte in öffentlicher Hand werden Gestaltungsrichtlinien ausgearbeitet. Statt einzelner Bauprojekte setzen wir auf fortlaufende Gesamtlösungen mit klaren Vorgaben, um

Verwaltungen zu entlasten und Planungsprozesse zu beschleunigen. Die Architektur soll zeitgemäß und ortsbezogen sein. Immer wird geprüft, ob ein Umbau statt Abriss möglich ist, um Ressourcen zu schonen und kulturelles Erbe zu bewahren. Bereits vor konkreten Projekten sollen Bürger:innen, unterrepräsentierte Gruppen sowie Kinder und Jugendliche mitentscheiden können, wie sich ihre Stadt oder ihr Dorf entwickelt, und die Beteiligung soll für alle zugänglich gemacht werden. So kann die Stadtentwicklung zum Vorreiter für lokale Mitbestimmung werden.

Quartiere ganzheitlich entwickeln

Attraktive Quartiere bieten lebendige Nachbarschaften, kurze Wege, begrünte Straßen

und unterschiedliche Wohnformen. Wir fördern Projekte, die erfolgreiche Modellpro-

jekte zum klimaangepassten, sozial-durchmischtem Wohnen auch in der eigenen Gemeinde umsetzen wollen. So bleiben erfolgreiche Ideen keine Akte in der Schublade, sondern Best Practices können für andere Orte übernommen werden.

Wir bauen Beratungsstellen wie zum Beispiel die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg aus, die Kommunen bei der ganzheitlichen Entwicklung ihrer Quartiere unterstützen.

ORTE DER ZUKUNFT

KLIMAANGEPASST UND WIDERSTANDSFÄHIG

Unsere Städte und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen durch die Klimakrise. Viele Gebäude sind unsaniert, erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme werden noch zu selten genutzt. Begrünung, Schwammstadt-Prinzip und Maßnahmen zum Artenschutz sind zu selten. Fehlende Grün- und Wasserflächen führen zu Hitze im Sommer und Starkregenschäden.

Damit unsere Lebensräume lebenswert und widerstandsfähig bleiben, brauchen wir eine

klare Vision: klimaangepasste Orte, die Aufenthaltsqualität, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden. Urbane Räume werden geprägt durch grüne Dächer, wassersensible Quartiere und Begegnungsorte für Menschen. Auch in ländlichen Regionen entstehen naturnahe Landschaften, sichere öffentliche Räume und resiliente Infrastrukturen. So können wir in Stadt und Land gleichermaßen gesund, sicher und zukunftsfähig leben.

Resiliente Städte und Dörfer

Grün, lebenswert und sicher

Wir wollen, dass Städte und Dörfer in Baden-Württemberg auch in Zeiten der Klimakrise lebenswert bleiben. Heute sind Straßen und Plätze im Sommer oft unerträglich heiß, während Starkregen ganze Viertel überflutet. Menschen spüren die Folgen direkt: Kreislaufprobleme, Schäden an Gebäuden, sinkende Lebensqualität. Unsere Vision sind Orte, die kühler, grüner und sicherer werden – mit Parks, Bäumen, begrünten Dächern und Straßen, die Wasser aufnehmen, statt es abzuleiten. Städte und Dörfer sollen nicht Opfer

der Klimakrise sein, sondern Orte, an denen Menschen gerne leben.

Wir setzen auf Schwammstadtkonzepte: Dächer und Fassaden werden begrünt, Plätze entsiegelt und Regenwasser gespeichert. Öffentliche Räume wie Parks oder Schwimmbäder werden so gestaltet, dass sie auch bei Hitze kühlen und bei Regen Wasser aufnehmen. Neue Bauvorhaben müssen klimaresilient geplant werden – von der Beschattung bis zur Regenwassernutzung.

Landesweit werden Kommunen bei Planung, Finanzierung und Umsetzung unterstützt. So entsteht eine neue Lebensqualität: Städte und

Dörfer, die den Menschen Schutz bieten und gleichzeitig schöner und gesünder werden.

Digitale Klimaanpassungsplattform für Bürger:innen und Kommunen

Aktuell gibt es in BW vereinzelte Karten oder Tools, aber keine landesweite, nutzerfreundliche Plattform, die Bürgerbeteiligung, Planung und Monitoring kombiniert.

Wir werden uns einsetzen für eine interaktive Plattform zeigt Hitze- und Überschwemmungsrisiken, Potenziale für Grünflächen,

Dachbegrünungen und Photovoltaik. Bürger:innen und Gemeinden können Maßnahmen melden, planen und fördern. Sensordaten, GIS-Informationen und kommunale Pläne werden gebündelt; Vorschläge für Maßnahmen werden automatisch berechnet; Beteiligungsfunktionen ermöglichen Crowdfunding oder gemeinschaftliche Umsetzungen.

Versiegelung reduzieren

Die Reduzierung von Versiegelung verbessert das Mikroklima und schafft ein lebenswertes Umfeld für alle Menschen.

Durch gesetzlich verankerte Flächensparziele, entsteht ein externer Ansporn, Optionen für Entsiegelungen und Innenentwicklung zu prüfen. Die Innenentwicklung von Bestandsflächen hat Vorrang vor Neubaugebieten. Entsiegelte Flächen dienen dabei sowohl der ökologischen Anpassung als auch der Steige-

rung der Aufenthaltsqualität in Städten und Gemeinden.

Neue Finanzierungswege sollen die Abhängigkeit von Flächenverkäufen überwinden und eine faire, nachhaltige Gemeindefinanzierung ermöglichen.

Vor allem in Gewerbegebieten soll vermehrt geprüft werden, wie mehrgeschossige Nutzung ermöglicht werden kann.

BILDUNG FÖRDERUNG

**ELISA
HIPPERT**
HEIDELBERG
LISTENPLATZ 7

„Als Lehrerin und Mutter weiß ich: **Bildung entscheidet über Chancen.**

Ich fordere frühe Förderung und **starke Kitas**, damit soziale Durchlässigkeit gelingt und jedes Kind unabhängig vom Elternhaus seinen Weg gehen kann.

Bildung ist die beste Investition in unsere Gesellschaft.

Sie bekämpft die Ursachen späterer Ungleichheit und schafft Chancen fürs ganze Leben.“

BILDUNG & FORSCHUNG

FÜR EIN CHANCENGEBENDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Kinder sind unsere Zukunft. Was sie heute in der Schule lernen, prägt das Morgen unserer Gesellschaft. Darum ist Bildung weit mehr als Wissensvermittlung: Sie entscheidet darüber, wie wir miteinander leben, wie gerecht Chancen verteilt sind und wie widerstandsfähig unsere Demokratie bleibt.

Uns leitet die Überzeugung, dass das Schulsystem nicht nur Wissen und Fähigkeiten vermittelt, sondern auch Schutz bietet vor den Bedrohungen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Lehren aus dem Nationalsozialismus mahnen uns, Bildung als Bollwerk gegen Hass, Spaltung und totalitäre Ideologien zu begreifen. Schulen sind Orte, an denen Kinder lernen kritisch zu denken, Verantwortung zu übernehmen und Vielfalt als Stärke zu verstehen.

Wir wollen ein Schulsystem, das die besten Chancen für alle eröffnet, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort. Bildung soll nicht aussortieren, sondern Türen öffnen. Jedes Kind verdient die Möglichkeit, sein Potenzial zu entfalten und zu lernen, was es für ein selbstbestimmtes Leben braucht.

Bildung ist auch nicht auf Schulen oder Universitäten begrenzt: Sie beginnt in der frühen Kindheit und begleitet uns ein Leben lang. Jeder Mensch muss Zugang zu Förderung, Weiterbildung und Teilhabe haben. Nur so schaffen wir eine Gesellschaft, in der sich alle entfalten können, vom Kindergarten bis ins hohe Alter.

So gestalten wir eine Gesellschaft, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern die Zukunft schützt: für freie Menschen, gleiche Chancen und eine starke Demokratie.

FRÜH FÖRDERN STATT SPÄTER AUFHOLEN **STARKE KITAS FÜR ALLE FAMILIEN**

In Baden-Württemberg fehlen rund 60.000 Kita-Plätze⁹. Eltern stehen vor verschlossenen Türen oder müssen ihre Urlaube nach starren Schließzeiten richten wie viele Stelle unbesetzt bleiben¹⁰. Erziehende betreuen viel zu große Gruppen, oft acht oder mehr Kinder gleichzeitig, und haben kaum Zeit für individuelle Zuwendung. Fachkräfte wandern ab, weil sie sich zwischen Überlastung, Bürokratie und schlechter Bezahlung aufreiben. Kinder starten dadurch mit ungleichen Chancen ins Leben – je nach Einkommen, Wohnort und Glück bei der Platzvergabe.

Frühkindliche Bildung entscheidet darüber, wie gut Kinder später in der Schule zurechtkommen. Wissenschaftlich ist klar: Wer in den ersten Jahren gefördert wird, entwickelt Sprachkompetenz, Selbstvertrauen und soziale

Fähigkeiten, die ein Leben lang tragen. Länder wie Dänemark und Schweden investieren seit Jahrzehnten massiv in Kitas – und liegen bei Chancengerechtigkeit und Elternvereinbarkeit weit vorne. Baden-Württemberg hingegen hinkt beim Ausbau hinterher, Personalnot und starre Strukturen bremsen Familien wie Fachkräfte gleichermaßen.

Wir wollen, dass jedes Kind in Baden-Württemberg von Anfang an einen Platz in einer liebevollen, modernen und gut ausgestatteten Kita hat. Eltern sollen ihre Arbeit und Familie wirklich vereinbaren können. Erziehende arbeiten in multiprofessionellen Teams mit guten Bedingungen und Zeit für Kinder statt für Formulare. Frühkindliche Bildung wird als Fundament unserer Gesellschaft behandelt und nicht länger als „Notlösung“ verwaltet.

Ein Platz für jedes Kind **Kitas ausbauen und gerechte Öffnungszeiten schaffen**

Eltern sollen sicher sein, dass ihr Kind einen Kita-Platz bekommt – wohnortnah, bezahlbar und passend zu ihrem Alltag. Kinder erleben einen liebevollen Start ins Leben mit ausreichend Betreuung und festen Bezugspersonen. Niemand muss seine Arbeitszeit nach der Kita richten, sondern Kita-Angebote passen zu den Familien.

Wir schaffen landesweit eine kostenfreie Kernzeit von vier Stunden täglich, zusätzliche Betreuungszeiten werden nach Einkommen gestaffelt. Gleichzeitig senken wir den

Mindestpersonalschlüssel und die Gruppengrößen im Landesrecht, sodass Kinder individueller gefördert werden können. Ein Landesrahmen für Öffnungszeiten mit Zuschlägen für Randzeiten stellt sicher, dass Kitas flexibel auf die Lebensrealität von Familien reagieren können. Über ein zentrales Kita-Portal werden Anmeldung, Platzvergabe und Wartelisten transparent und fair geregelt. Außerdem führen wir ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder ein, damit kein Kind ausgeschlossen wird.

Mehr Zeit für Kinder *Fachkräfte gewinnen und Teams stärken*

Kitas sollen Orte sein, an denen Fachkräfte gerne arbeiten und Kinder bestmöglich begleitet werden. Eltern wissen, dass ihre Kinder in guten Händen sind – von Menschen, die motiviert sind, nicht überlastet. Kinder profitieren von Erziehenden, die Zeit, Energie und Freude in ihre Arbeit investieren können.

Wir starten eine Fachkräfteoffensive: Anerkennung ausländischer Abschlüsse nach dem Prinzip „Anerkennung first – Nachqualifizierung im Dienst“, mehr praxisintegrierte Ausbildungsplätze (PiA) und attraktivere Fachschulen. Quereinsteigende erhalten klare

Wege in den Beruf, begleitet durch Coaching und Supervision.

Damit Pädagog:innen ihre Energie wirklich auf die Kinder richten können, führen wir administrative Unterstützung als festen Bestandteil jeder Kita ein. Multiprofessionelle Teams, mit Erziehenden, Sozialarbeitende und Expert:innen für frühkindliche Mental Health, sorgen dafür, dass Kinder nicht nur betreut, sondern ganzheitlich gefördert werden. Regelmäßige Fortbildungen, Supervision und Coaching werden zur Landesleistung, sodass Qualität und Motivation dauerhaft gesichert sind.

Beste Chancen von Anfang an *Qualität und Förderung in allen Kitas sichern*

Kitas sollen mehr sein als Aufbewahrungsorte: Sie sollen Kinder auf das Leben vorbereiten – sprachlich, sozial, emotional und gesundheitlich. Eltern können sicher sein, dass ihr Kind nicht nur betreut, sondern gefördert wird. Kinder erleben eine Kita, die sie spielerisch stark für Schule und Alltag macht.

Wir aktualisieren den Orientierungsplan für Kitas und stärken sozial-emotionales Lernen, Sprachbildung, Prävention, gesunde Ernährung, Bewegung und Elternarbeit. Damit dieser Anspruch in allen Einrichtungen umge-

setzt wird, verankern wir regelmäßige Fortbildungen, Supervision und Coaching als verpflichtenden Standard.

Kitas werden mit zusätzlichem administrativem Personal ausgestattet, sodass die pädagogischen Teams Zeit und Ressourcen haben, um sich ganz den Kindern zu widmen. Digitale Systeme vereinfachen Abläufe, von der Dokumentation bis zur Kommunikation mit Eltern. So entsteht ein Bildungssystem, das Kinder von Anfang an umfassend fördert und Eltern Sicherheit gibt.

HOLEN WIR DIE SCHULEN ENDLICH INS 21. JAHRHUNDERT

MODERN, GERECHT, DURCHLÄSSIG

In Baden-Württemberg wählen nur etwa 42,8% der Grundschüler:innen den Gymnasialzug als weiterführende Schule. Damit sinkt der Anteil in den letzten Jahren leicht, während sich die Gemeinschaftsschulen steigender Beliebtheit erfreuen.

Schulformwechsel sind selten: Zwischen Klasse 5 und Klasse 10 wechseln gerade 1,3% der Schüler:innen die Schulform. Auf ein „aufsteigendes“ Kind kommen 1,5 Absteigende in niedrigere Schulformen. Das zeigt: Wer einmal „unten“ beginnt, hat kaum Wege nach oben.

Die Übergangs- oder Grundschulentscheidung wirkt stark weichenstellend: Wer in Klasse 4 auf eine niedrigere Schulform kommt, hat später deutlich geringere Chancen auf höhere Abschlüsse oder gesellschaftlichen Aufstieg, weil die Durchlässigkeit kaum genutzt wird¹¹.

Unsere Schulen stecken noch im 19. Jahrhundert fest, mit Gebäuden, Strukturen und Denkweisen von gestern. Während die Welt

sich rasant verändert, verlieren wir Jahr für Jahr den Anschluss¹². Es reicht nicht länger, Symptome zu flicken und moderne Konzepte in alte Strukturen zu zwängen. Wir müssen Schulen endlich ins 21. Jahrhundert holen: modern, gerecht und durchlässig. Nur so geben wir jedem Kind echte Chancen – und sichern die Zukunft unserer Gesellschaft.

Im Jahr 2035 betritt kein Kind mehr ein Klassenzimmer aus der Kaiserzeit. Stattdessen erwarten sie moderne Lernhäuser: flexible Räume, digitale Ausstattung und Teams aus Lehrkräften und Pädagog:innen, die jedes Kind fördern und niemanden zurücklassen. Unsere Kinder wissen, dass sie Orte haben, an denen sie Schritt für Schritt wachsen können – im eigenen Tempo und nach ihren individuellen Stärken. Schule sortiert nicht mehr aus, sie eröffnet Wege. Konflikte sind seltener geworden, und Lehrkräfte wie Schüler:innen lernen gemeinsam eine Kultur des Respekts, die allen zugutekommt. Das ist unsere größte Investition in die Zukunft.

Faire Chancen statt frühe Sortierung

Lernen nach Stärken, nicht nach Schulform

Kein Kind soll mit zehn Jahren auf eine Schiene gezwungen werden, die über sein ganzes Leben entscheidet. Dort erhält das Kind dann schlechte Noten in Fächern, die nicht seinen Begabungen entsprechen, während Talente in anderen Bereichen unent-

deckt und ungenutzt bleiben. Wir wollen, dass Kinder Zeit haben, sich auszuprobieren, ihre Stärken zu entdecken und Fehler machen zu dürfen, ohne die Angst, dauerhaft „falsch einsortiert“ zu sein. Eltern sollen entlastet werden: Die Zukunft ihrer Kinder darf nicht

länger von einer einzigen Empfehlung in Klasse 4 abhängen.

Wir entwickeln das System schrittweise zur gemeinsamen Schule und ersetzen die Schulformlogik durch ein fachbezogenes Leistungsprofil-Modell mit drei Niveaus (Basis, Standard, Vertiefung). Kinder lernen gemeinsam, wählen aber je nach Fähigkeit ihr Leistungsniveau und können es regelmäßig

anpassen. Die Hochschulreife ergibt sich künftig aus bestandenen Fachkombinationen, nicht aus dem „richtigen“ Schullabel. So entsteht ein gerechtes, modernes System, das niemanden aussortiert, sondern allen Türen öffnet und den Fachkräftemangel entschärft. Wir senken die Klassengröße schrittweise auf 20 und erhöhen dafür die Zahl der Lehrkräfte, flankiert durch Entlastung (Teamteaching, multiprofessionelle Unterstützung).

Lernhäuser Baden-Württemberg

Räume schaffen, die Bildung ermöglichen

Unsere Kinder sollen nicht mehr in maroden Gebäuden aus den Zeiten des Frontalunterrichts lernen. Sie brauchen Räume, die Lust aufs Lernen machen: hell, barrierefrei, digital, mit Rückzugsmöglichkeiten und Platz für Teamarbeit. Kein Kind soll frieren, im Neonlicht Kopfschmerzen oder unzumutbare Toilette meiden müssen. Lehrkräfte brauchen Bedingungen, die ihre Arbeit erleichtern, nicht erschweren.

Viele bestehende Schulgebäude lassen sich nicht mehr so sanieren, dass sie den Anforderungen moderner Pädagogik, Inklusion, Klimaschutz und Gesundheit gerecht werden. Darum starten wir das umfangreiche Neubauprogramm „Lernhäuser Baden-Württemberg“. Statt endloser Flickarbeiten entstehen teilautonome Lernhäuser für je 100–150 Schüler:innen. Sie bieten flexible Lernzonen, Beratungsräume und eine digitale Infrastruktur, die

BEST PRACTICES: MAINZ UND WUTÖSCHINGEN

Vorbilder sind das Gymnasium Mainz-Mombach¹⁴ und die Alemannenschule Wutöschingen als staatliche Gemeinschaftsschule¹⁵: Keine klassischen Klassenzimmer, sondern Input-Räume, eigenverantwortliches Lernen mit Coaches, Ateliers, Marktplätzen und digitalen Lernumgebungen. Unser Ziel: Jede Schule in Baden-Württemberg soll so funktionieren.

interaktives Lernen möglich macht. Barrierefreiheit, gute Akustik, saubere Luft und stabile Temperaturen werden verbindlicher Stan-

dard¹³. Jede Schule erhält moderne Sanitärräume mit kostenfreien Hygiene- und Periodenprodukten.

Starke Lehrkräfte

Gut ausgebildet und begleitet

Gute Schulen stehen und fallen mit guten Lehrkräften. Eltern wünschen sich Unterricht, der motiviert, wo zugehört wird und Zeit für individuelle Förderung bleibt. Schüler:innen brauchen Lehrkräfte, die nicht am Limit arbeiten, sondern ihre Begeisterung fürs Lernen weitergeben können. Heute aber steigen viele junge Pädagog:innen überfordert aus. Quereinsteigende bekommen zu wenig Unterstützung und erfahrene Lehrkräfte kämpfen mit Dauerstress

Wir machen die Lehrkräfteausbildung attraktiv, praxisnah und verlässlich. Schon im Studium arbeiten angehende Lehrkräfte eng

mit Schulen zusammen und werden von Mentor:innen begleitet. Das Referendariat wird weniger zur Überlastungsprobe, sondern zu einer echten Lernphase. Danach folgt ein dritter Ausbildungsabschnitt mit bezahlten Fortbildungszeiten, Supervision und Onboarding. Quereinsteigende und internationale Fachkräfte erhalten klare Qualifizierungswege und schnelle Anerkennung ihrer Abschlüsse.

Studierende können früh praktisch mitwirken: im Bachelor als Lernbegleitung, im Master als Vertretung unter Supervision. Europäische Best Practices wie die finnischen Übungsschulen¹⁶ fließen in unsere Standards ein.

Religionsunterricht reformieren

Für ein gemeinsames Fach Ethik für alle

Wir wünschen uns Schulen, in denen Kinder unabhängig von ihrer Glaubensrichtung gemeinsam lernen. Statt Trennung nach Konfessionen soll es ein Fach geben, das alle vereint. Dort erfahren Schüler:innen gemeinsam mehr über Religionen, Weltanschauungen und Werte.

Volt setzt sich dafür ein, den konfessionellen Religionsunterricht abzuschaffen, da er dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche widerspricht. An seine Stelle soll das bereits heute an vielen Schulen etablierte Fach Ethik treten. Dort lernen Kinder die Vielfalt der Religionen und Weltanschauungen kennen.

Gerechter Übergang

Reformen umsetzen, ohne Kinder zurückzulassen

Bildungsreformen dürfen nicht auf dem Rücken der Kinder stattfinden. Wir wollen, dass Schüler:innen, die heute im alten System lernen, faire Chancen haben und nicht benach-

teiligt werden. Eltern brauchen Sicherheit, dass sich die Zukunft ihrer Kinder nicht verschlechtert, sondern verbessert. Lehrkräfte sollten den Wandel nicht als Zumutung

erleben, sondern als Chance.

Wir führen ein Übergangssystem ein, das Klarheit und Sicherheit bietet: Modellregionen oder -jahrgänge starten frühzeitig, bestehende Abschlüsse werden durch ein „Übergangsprofil“ anerkannt und transparent in das neue

System überführt. Jedes Kind erhält individuelle Beratung, Eltern werden aktiv informiert, Lehrkräfte gezielt fortgebildet und eingebunden. Verbindlich gilt: Niemand wird durch den Wechsel benachteiligt. So gelingt eine Reform, die Schritt für Schritt Vertrauen schafft.

Multiprofessionelle Teams

Schule entlasten, Kinder besser begleiten

Lehrkräfte sollen guten Unterricht machen können und nicht gleichzeitig Psycholog:in, Sozialarbeiter:in und Verwaltungsfachkraft sein. Heute aber sind sie oft alles auf einmal und stoßen an ihre Grenzen. Eltern wünschen sich Ansprechpersonen für schulische wie persönliche Probleme ihrer Kinder. Schüler:innen brauchen feste Begleitende, die sie unterstützen, wenn es schwierig wird. Damit Schule wirklich alle Kinder trägt, braucht es keine Einzelpersonen, sondern Teams.

Wir machen multiprofessionelle Teams zum Standard an jeder Schule. Neben Lehrkräften arbeiten dort Sozialpädagog:innen, Sonderpädagog:innen, Schulpsycholog:innen, Schulpsychotherapeut:innen, ggf. Gesund-

heitsfachkräfte oder Berufsberatende eng zusammen. Gemeinsam planen sie Förderung, beraten in schwierigen Fällen und schaffen ein unterstützendes Umfeld für Kinder und Eltern. Diese Stellen sind fest verankert und nicht von Projekten oder Drittmitteln abhängig.

Lehrkräfte erhalten zusätzlich gezielte Unterstützungsangebote für ihren Berufsalltag: Coaching im Unterricht, Supervision für psychische Belastungen sowie Begleitung bei Teamarbeit und Elternarbeit. Damit machen wir Schluss mit der Überforderung, alles allein tragen zu müssen. Multiprofessionelle Teams werden so nicht nur zu einem Gewinn für Kinder und Familien, sondern auch für Lehrkräfte selbst.

Individuelle Förderung & psychische Gesundheit

Kein Kind zurücklassen

Viele Kinder fühlen sich in der Schule abgehängt: Sie verstehen den Stoff nicht, bekommen schlechte Noten und ziehen sich zurück. Manche verlieren ganz die Freude am

Lernen, andere leiden still an Ängsten, Stress oder Mobbing. Eltern sehen, wie ihre Kinder trotz Begabung ins Straucheln geraten. Lehrkräfte erleben täglich, dass sie nicht allen

gerecht werden können, weil die Klassen zu groß sind und Unterstützung fehlt. Schule darf kein Ort sein, an dem Kinder scheitern oder krank werden. Sie muss ein Ort sein, an dem jedes Kind die Hilfe bekommt, die es braucht.

Wir verankern individuelle Förderung systematisch im Schulsystem: Jede Schule erhält Lerncoaches, die Schüler:innen begleiten, Lernwege planen und Motivation stärken. Digitale Diagnose-Tools helfen, Probleme früh zu erkennen und gezielt anzugehen. Gleichzeitig bauen wir die schulische Gesundheitsversorgung aus: Jede Schule soll Zugang zu Schulpsycholog:innen, Beratungs-

stellen und Mental-Health-Angeboten haben – auch digital und anonym, damit Kinder sich leichter Hilfe holen können.

Multiprofessionelle Teams entlasten die Lehrkräfte, damit diese sich auf guten Unterricht konzentrieren können. Lehrkräfte werden darin geschult, psychische Belastungen zu erkennen und Unterstützung einzubinden.

So stellen wir sicher: Kein Kind wird übersehen, niemand bleibt allein. Schule wird zum Schutz- und Wachstumsraum. So erhält jedes Kind die Chance, gesund und stark ins Leben zu starten.

Schule und Beruf verbinden **Sichere Übergänge schaffen**

Der Schulabschluss ist ein Wendepunkt: Plötzlich geht es um die Frage „Und was jetzt?“. Doch viele Jugendliche fühlen sich allein gelassen. Manche haben keinen Ausbildungsplatz, andere wissen nicht, welche Möglichkeiten es gibt. Eltern sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder, während Betriebe verzweifelt nach Fachkräften suchen.

Heute gibt es Berufsorientierung und kurze Praktika, aber oft zu spät, zu kurz und zu abhängig vom Engagement einzelner Schulen. Wir machen den Übergang flächendeckend:

- Alle Schüler:innen erhalten ab Klasse 7 kontinuierliche Berufsorientierung, mit festen Modulen zur Stärkenanalyse und Beratung.

- Pflichtpraktika werden verlängert und von Mentor:innen begleitet.
- Kooperationen mit Betrieben, Kammern und Berufsschulen sind nicht freiwillig, sondern landesweit organisiert und durch klare Standards abgesichert.
- Eine einheitliche digitale Plattform bündelt alle Ausbildungsplätze, Praktika und Förderangebote.

Berufsschulen werden modernisiert und aufgewertet: mit aktuellen Curricula, digitaler Ausstattung und festen sozialpädagogischen Stellen. Jugendliche erhalten Beratung, auch beim Wechsel oder Neuanfang. So wird der Übergang von der Schule in den Beruf zu einer sicheren Brücke: für Jugendliche, Eltern und Wirtschaft, die verlässlich Fachkräfte gewinnt.

Hochschulreife über Fachprofilkombination *Leistung zählt, nicht das Schullabel*

Der Weg zum Abitur darf nicht länger vom Schultyp abhängen. Kinder sollen nicht schon in Klasse 4 durch die Wahl der Schulart auf- oder abgewertet werden. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance haben, über ihre Leistungen den Hochschulzugang zu erarbeiten. Eltern gewinnen Sicherheit und Wahlfreiheit, Schüler:innen können ihr Talent entfalten, und Hochschulen bekommen fachlich starke und motivierte Bewerbende.

Wir lösen die allgemeine Hochschulreife vom Schulformprinzip und führen ein Fachprofilmodell ein: Wer bestimmte Fächerkombinationen über einen definierten Zeitraum im Vertiefungsniveau erfolgreich absolviert, erhält die Hochschulreife. Ergänzungen sind über berufliche Schulen, digitale Angebote oder externe Prüfungen möglich. Klare landesweite Standards sorgen für Transparenz und Qualität. Damit wird die Hochschulreife zu einem fairen Ziel, das für alle erreichbar ist.

Landesgremium für Bildungssystemsteuerung *Bildung vorausschauend gestalten statt verwalten*

Wir setzen uns ein für eine zentrale Instanz, die Veränderungen im Bildungssystem steuert und koordiniert. Lehrkräfte müssen entlastet werden und Eltern und Schüler:innen Transparenz und Verbindlichkeit erhalten. Schule wird so zu einem verlässlichen Rahmen für Lernen und Entwicklung.

Wir schaffen ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium für Bildungssystemsteuerung. Die Bildungsstrategie BW 2035 definiert Etappenziele. Ein kontinuierliches Monitoring prüft Bildungsgerechtigkeit, Lehrplanwirksamkeit, Personalstand und Digitalisierung, ergänzt durch eine digitale Plattform, die Schulentwicklungsdaten und Feedback bündelt.

Kontrollierter Übergang ins neue Lernen *Schritt für Schritt zur Schule der Zukunft*

Eine so große Schulreform darf nicht über Nacht passieren und niemand darf zurückgelassen werden. Wir wollen, dass Schüler:innen, die heute noch im alten System lernen, faire Chancen haben, ohne Nachteile in das neue

Modell zu wechseln. Lehrkräfte, Eltern und Schulträger sollen Sicherheit spüren, dass die Umstellung finanziell machbar, organisatorisch planbar und pädagogisch begleitet ist. Auch die Kommunen brauchen Verlässlichkeit: Neue

Räume und Strukturen müssen Schritt für Schritt entstehen – mit klaren Konzepten, die realistisch umsetzbar sind. Schule soll nicht zur Belastung werden, sondern zum gemeinsamen Projekt, das mit Klarheit und Vertrauen wächst.

Wir führen die Leistungsprofile schrittweise in bestehenden Schulen ein. Fächer werden nach den neuen Profilstufen (Basis, Standard, Vertiefung) organisiert, sodass Kinder bereits in einzelnen Bereichen individuell lernen können. Über Kooperationen zwischen

Schulen werden zusätzliche Angebote möglich, und ein „Profilpass“ dokumentiert den Lernweg jedes Kindes. Gleichzeitig entwickeln wir Bau- und Personalpläne, die es den Kommunen erlauben, Gebäude, Räume und Teams etappenweise anzupassen. Begleitende Beratung, Monitoring und klare Finanzierung stellen sicher, dass niemand überfordert wird. So gelingt ein sanfter, realistischer Übergang: fair für die Schüler:innen, machbar für die Schulen, planbar für die Kommunen und verlässlich für die Eltern.

DIGITALE BILDUNG **CHANCEN FÜR ALLE**

Viele Schulen in Baden-Württemberg kämpfen noch mit instabilem WLAN, zu wenig Endgeräten und unübersichtlichen Plattformen. Für Schüler:innen bedeutet das: Wer Glück hat, lernt mit Laptop und moderner Software – wer Pech hat, schreibt noch von der Kreidetafel ab. Besonders Kinder aus Familien ohne eigenes Gerät oder ruhigen Arbeitsplatz zuhause fallen zurück. Lehrkräfte sehen sich gezwungen, private Geräte und improvisierte Lösungen einzusetzen. So wird digitale Bildung zu einer Frage der Herkunft – und nicht der Chancen.

Deutschland und Baden-Württemberg hinken im europäischen Vergleich deutlich hinterher: Länder wie Estland, Dänemark oder Finnland nutzen digitale Lernplattformen längst selbstverständlich. Während dort Kompetenzen für KI, Klimawandel oder Demokratie systematisch vermittelt werden, bleibt es hierzulande vom Engagement einzelner Lehrkräfte abhängig. Damit verspielen wir nicht nur

Bildungsgerechtigkeit, sondern auch unsere wirtschaftliche Zukunft: Ohne digitale Kompetenzen fehlen morgen Fachkräfte, Innovationskraft und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir wollen digitale Bildung zu einem selbstverständlichen Teil von Schule machen – nicht als Luxus, sondern als Grundrecht. Im Jahr 2035 hat jedes Kind in Baden-Württemberg Zugang zu einem eigenen Endgerät, stabilem WLAN und einer modernen Lernplattform. Lehrkräfte nutzen digitale Tools nicht, weil sie müssen, sondern weil sie Zeit sparen, Kreativität fördern und Lernen individueller machen. Schüler:innen wachsen mit Kompetenzen auf, die sie für die Welt von morgen brauchen: kritisches Denken, Medienkompetenz, Klima- und Demokratieverständnis, ethischen Umgang mit KI. Digitale Bildung macht unsere Schulen gerechter – und eröffnet allen Kindern die gleichen Chancen, unabhängig vom Elternhaus.

Digitale Ausstattung für alle **Gleiche Chancen schaffen**

Kein Kind soll mehr abgehängt werden, weil es zu Hause keinen Computer hat oder in der Schule das WLAN ausfällt. Eltern müssen sich nicht länger fragen, ob die technische Ausstattung reicht. Für Schüler:innen bedeutet digitale Ausstattung nicht nur, Texte zu tippen – sie eröffnet neue Lernwege: kreativ arbeiten, selbstständig recherchieren, miteinander kommunizieren. Besonders Kinder mit Behinderungen oder neurodivergente Schüler:innen profitieren: Sie können mit digitalen Tools Aufgaben strukturieren, Unterstützung einholen und barrierefrei lernen.

Wir schaffen eine landesweite Grundausrüstung: stabiles WLAN in jeder Schule, Endgeräte für alle Schüler:innen und eine zentrale Open-Source-Lernplattform. IT-Support-Teams sorgen dafür, dass Geräte und Systeme reibungslos funktionieren. Die Ausstattung orientiert sich nicht an Projektmitteln, sondern wird dauerhaft finanziert. Schulen erhalten zusätzlich Budgets für barrierefreie Software und spezielle Lernhilfen. So wird digitale Bildung vom Zufall befreit – und gerechte Chancen für alle Kinder zur Realität.

Zukunftskompetenzen für Schüler:innen

Unsere Kinder sollen nicht nur Mathe und Grammatik können, sondern auch verstehen, wie KI funktioniert, warum Klimawandel unser Leben verändert und wie Demokratie verteidigt wird. Heute hängt das stark vom Engagement einzelner Schulen oder Lehrkräfte ab. Das darf nicht sein – Zukunftskompetenzen müssen für alle Kinder selbstverständlich werden.

Wir verankern Zukunftsthemen systematisch in den Lehrplänen: Medien- und KI-Kompetenz, Klimawissen, Nachhaltigkeit, Ethik und Demokratie. Lehrkräfte werden gezielt fortgebildet, um digitale Werkzeuge dort einzusetzen, wo

sie den Schulalltag erleichtern, Lernprozesse unterstützen und Chancen eröffnen – ohne dabei ihre pädagogische Freiheit zu verlieren. KI wird genutzt, wo sie sinnvoll und ethisch vertretbar ist: zur Entlastung bei Routineaufgaben, zur Unterstützung bei Diagnostik oder zur individuellen Förderung. Gleichzeitig lernen Schüler:innen, KI nicht nur zu bedienen, sondern auch kritisch zu reflektieren: ihre Grenzen zu erkennen, Risiken zu verstehen und ethische Fragen einzuordnen. So wächst eine Generation heran, die digitale Technologien selbstbewusst und verantwortungsvoll nutzt – nicht als blinde Konsument:innen, sondern als mündige Gestaltende der Zukunft.

Digitale Unterstützung & Beratung

Niemand bleibt allein

Viele Kinder tragen Sorgen mit sich herum, die im Unterricht unsichtbar bleiben: Stress in der Familie, Mobbing, Angst vor Prüfungen oder erste Anzeichen psychischer Belastung. Oft trauen sie sich nicht, damit zu Eltern oder Lehrkräften zu gehen. Eltern wünschen sich, dass ihre Kinder jederzeit jemanden finden, der zuhört und unterstützt. Schule braucht neue Wege, um allen Kindern Halt zu geben.

Wir erweitern die digitale Lernplattform zu einem vertrauensvollen Unterstützungsnetz. Neben Lernmaterialien bietet sie sichere,

datenschutzkonforme Zugänge zu Beratungsstellen, Schulsozialarbeit und psychologischer Hilfe. Über Chat- oder Videoangebote können Schüler:innen niedrigschwellig Kontakt aufnehmen. So können gerade Jugendliche, die Hemmungen vor persönlichen Gesprächen haben, Hilfe finden. Lehrkräfte und Eltern werden informiert und eingebunden, ohne die Privatsphäre der Kinder zu verletzen. Damit machen wir digitale Infrastruktur nicht nur zu einem Lernort, sondern auch zu einem Schutzraum – der stärkt, auffängt und niemanden allein lässt.

Lehrkräfte digital stark machen

Tools & Fortbildung

Lehrkräfte sollen digitale Medien nicht als zusätzliche Last erleben, sondern als Werkzeuge, die ihre Arbeit erleichtern, ihren Unterricht bereichern und ihnen mehr Zeit für die Kinder lassen. Heute aber stehen viele noch unsicher vor Technik: Programme funktionieren nicht zuverlässig, Fortbildungen fehlen, und plötzlich werden Lehrkräfte zu IT-Manager:innen wider Willen. Eltern sehen, wie unterschiedlich digitale Bildung ausfällt – je nachdem, ob eine Lehrkraft affin oder überfordert ist. Schüler:innen spüren diese Unterschiede täglich.

Wir machen digitale Kompetenz zum selbstverständlichen Teil des Lehrkräfteberufs. Dafür gibt es eine praxisnahe Fortbildungsoffensive: von

Grundlagen der Lernplattform über kreativen Medieneinsatz bis hin zum verantwortungsvollen Umgang mit KI. Lehrkräfte lernen nicht nur, digitale Tools einzusetzen, sondern auch, deren Grenzen zu erkennen und ethische Fragen einzuordnen. Jede Schule erhält Zugang zu einem geprüften, datenschutzkonformen Werkzeugkasten, ergänzt durch verlässlichen IT-Support – damit Pädagog:innen keine Techniker:innen sein müssen. Lehrkräfte bekommen außerdem Zeitkontingente für Fortbildung und Austausch im Kollegium. So wird digitale Bildung professionell, entlastend und chancenstiftend – und Lehrkräfte können sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren: ihre Schüler:innen.

BERUFSAUSBILDUNG & LEBENSLANGES LERNEN

CHANCEN FÜR ALLE GENERATIONEN

Für viele Jugendliche ist der Übergang von der Schule in den Beruf ein Sprung ins Ungewisse: Ausbildungsplätze fehlen, berufliche Schulen sind oft unattraktiv ausgestattet, und wer einmal scheitert, findet nur schwer zurück. Gleichzeitig klagen Betriebe über Fachkräftemangel. Erwachsene wiederum, die sich umschulen oder weiterbilden wollen, stoßen auf hohe Kosten, lange Verfahren oder fehlende Anerkennung ihrer bisherigen Qualifikationen. So verlieren wir Talente, während Wirtschaft und Gesellschaft dringend qualifizierte Menschen brauchen.

Baden-Württemberg lebt von gut ausgebildeten Fachkräfte. Doch die Realität zeigt: immer mehr Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, während immer mehr junge Menschen ohne Abschluss die Schule verlassen. Berufsschulen kämpfen mit Sanierungsstau und Personalmangel, während Weiterbildung in

vielen Fällen vom Arbeitgeber abhängt oder privat finanziert werden muss. Länder wie Dänemark oder Österreich zeigen, dass starke berufliche Bildung und lebenslanges Lernen nicht nur Fachkräfte sichern, sondern auch soziale Teilhabe stärken.

Wir wollen ein System, das Bildung nicht mit der Schule enden lässt, sondern lebenslang Chancen eröffnet. Die Berufsausbildung wird zur gleichwertigen Alternative zum Studium. Berufsschulen werden zu lebendigen Lern- und Lebensorten. Lebenslanges Lernen wird selbstverständlich: Alle haben Zugang zu Weiterbildungen, Umschulungen und digitalem Lernen, unabhängig vom Geldbeutel oder den Arbeitgebenden. Im Jahr 2035 ist Baden-Württemberg ein Land, in dem Menschen in jeder Lebensphase neue Wege einschlagen können.

Berufsausbildung sichtbar machen

Attraktiv wie ein Studium

Viele Jugendliche erleben heute: Wer studiert, gilt als erfolgreich – wer eine Ausbildung macht, wird oft als „zweite Wahl“ betrachtet. Eltern wünschen sich sichere Perspektiven für ihre Kinder, doch sie sehen eine Ausbildung häufig nicht als gleichrangige Option. Dabei brauchen wir dringend Fachkräfte, die mit Können, Praxiswissen und Leidenschaft in Handwerk, Pflege, Technik oder Dienstleis-

tung arbeiten. Unser Ziel: Niemand soll das Gefühl haben, sich rechtfertigen zu müssen, wenn er oder sie eine Ausbildung wählt. Berufsausbildung soll genauso attraktiv, anerkannt und sichtbar sein wie ein Studium – ein Weg, auf den man stolz sein kann.

Wir starten eine landesweite Offensive zur Aufwertung der Berufsausbildung. Informati-

onskampagnen zeigen Erfolgsgeschichten von Auszubildenden, Meister:innen und Fachkräften, die unsere Gesellschaft tragen. Wer eine Ausbildung absolviert, erhält dieselbe gesellschaftliche Anerkennung und Förderung wie Studierende, etwa durch günstige ÖPNV-Tickets, Zugang zu Weiterbildungsangeboten

oder Stipendienprogramme. Gleichzeitig öffnen wir die Wege zwischen Ausbildung und Studium stärker: Wer sich nach einer Ausbildung weiterqualifizieren will, kann dies unkompliziert tun. So wird klar: Ausbildung und Studium sind verschiedene, aber gleich attraktive Wege in eine gute Zukunft.

Starke Berufsschulen *Attraktiv wie ein Studium*

Wer eine Ausbildung macht, soll nicht in maroden Gebäuden mit veralteten Lehrplänen landen, während Studierende moderne Hochschulen besuchen. Berufsschulen müssen Orte sein, an denen man gerne lernt, sich willkommen fühlt und die Zukunft erlebbar wird. Eltern wünschen sich, dass ihre Kinder dort genauso gut gefördert werden wie an einem Gymnasium oder einer Hochschule. Betriebe brauchen Schulen, die Auszubildende wirklich fit machen für die Praxis von morgen.

Wir investieren gezielt in die Modernisierung der Berufsschulen. Curricula werden regelmäßig aktualisiert, damit sie Technik,

Nachhaltigkeit und Zukunftskompetenzen abbilden. Jede Berufsschule erhält digitale Ausstattung, barrierefreie Räume und moderne Werkstätten, die den Stand der Praxis widerspiegeln. Lehrkräfte werden gezielt fortgebildet und multiprofessionelle Teams sorgen für stabile pädagogische Begleitung, damit auch junge Menschen mit Sprachbarrieren, Behinderungen oder psychischen Belastungen erfolgreich ihre Ausbildung schaffen. Berufsschulen werden so zu lern- und lebensnahen Orten, an denen man sich entfalten kann – mit der gleichen Qualität, Wertschätzung und Sichtbarkeit wie in allgemeinbildenden Schulen oder Hochschulen.

Transparente Wege & Anerkennung für alle

Viele Jugendliche und Erwachsene verlieren wertvolle Zeit, weil sie keinen Überblick über Ausbildungsplätze, Förderungen oder Wechselmöglichkeiten haben. Auslandsabschlüsse werden oft erst nach langen Verfahren anerkannt, neue Berufsbilder hinken der Realität hinterher. Wer die Richtung ändern möchte, erlebt Bürokratie statt Chancen. Eltern sehen ihre Kinder frustriert, Betriebe verlieren moti-

vierte Fachkräfte. Unser Ziel: Jeder Mensch soll auf einen Blick wissen, welche Wege offenstehen, egal ob beim ersten Einstieg, beim Wechsel oder bei einem Neustart.

Wir schaffen eine landesweit einheitliche digitale Plattform, die alle Ausbildungsplätze, Förderprogramme und Unterstützungsangebote bündelt. Jugendliche, Eltern und

Betriebe haben so jederzeit Transparenz – aktuell, verlässlich, leicht zugänglich. Auslandsabschlüsse werden nach dem Prinzip „Anerkennung zuerst, Nachqualifizierung im Dienst“ sofort gültig, damit Fachkräfte nicht jahrelang blockiert werden. Gleichzeitig schaffen wir Platz für neue Berufsprofile, die durch Digitalisierung, Klimawandel und gesell-

schaftlichen Wandel entstehen – vom Pflege-Assistenzberuf bis zu grünen Technologien. Für Menschen, die Unterstützung brauchen, gibt es Assistenz- und Coachingprogramme, damit niemand abgehängt wird. So entsteht ein Bildungssystem, das nicht blockiert, sondern Türen öffnet – verlässlich, durchlässig und gerecht.

Lebenslanges Lernen

Bildung endet nie

Für viele Menschen endet Bildung mit dem Schul- oder Berufsabschluss. Doch die Welt verändert sich schnell: Berufe verschwinden, neue entstehen, Technologien erfordern neue Fähigkeiten. Wer sich weiterbilden will, stößt heute auf hohe Kosten, komplizierte Verfahren oder die Abhängigkeit vom eigenen Arbeitgeber. Gerade Menschen mit wenig Geld oder ohne flexible Arbeitszeit haben kaum eine Chance, sich neu aufzustellen. Das ist ungerecht und ein Risiko für unsere Gesellschaft. Bildung darf nicht an der Jugend enden, sondern muss ein Leben lang zugänglich sein. Alle sollen die Möglichkeit haben, neue Wege zu gehen, sich umzuqualifizieren oder einfach Neues zu lernen.

Wir machen Weiterbildung zum Grundrecht für alle:

- Digitale Kurse werden kostenfrei zugänglich, ergänzt durch lokale Lernorte wie

Volkshochschulen, Bibliotheken und Kulturhäuser.

- Arbeitgebende werden verpflichtet, flexible Freistellungen für Weiterbildung zu ermöglichen, damit Lernen nicht nur in der Freizeit oder für wenige möglich ist.
- Qualifikationen und Teilabschlüsse werden europaweit automatisch anerkannt („Anerkennung zuerst“), damit Bildung nahtlos weitergeführt werden kann.
- Sprach- und Abendschulen erhalten zusätzliche Finanzierung, um auch in ländlichen Regionen erreichbar zu sein.
- Individuelle Beratungsstellen unterstützen Menschen bei der Orientierung und bei Umschulungen.

So wird lebenslanges Lernen vom Luxus zur Selbstverständlichkeit.

GESUND AUFWACHSEN **SCHULE ALS LEBENSRAUM STÄRKEN**

Alle Kinder können nur erfolgreich lernen, wenn sie physisch und psychisch gesund sind. Doch bereits jedes fünfte Kind¹⁷ ist von psychischen Störungen betroffen. Jedes sechste wächst mit Übergewicht auf. Drei von vier bewegen sich deutlich zu wenig¹⁸.

Gesundheit ist zudem ungleich verteilt: Schon in der Schule hat jedes vierte Kind eine geringe Gesundheitskompetenz, verbunden mit mehr körperlichen und psychischen Problemen¹⁹ und eine bis zu sieben Jahre niedrigere Lebenserwartung²⁰. Dennoch ist Gesundheitsbildung im deutschen Schulsystem bislang kaum verankert. Diese Lücke kostet nicht nur individuelle Lebenschancen, sondern auch Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die Evidenz ist eindeutig: Schulen, die systematisch psychische und physische Gesundheit

fördern, steigern Lernleistungen und Resilienz. Soziale und emotionale Fähigkeiten bilden das Fundament für Innovation und gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer zunehmend polarisierten Welt.

Eine strukturelle Verankerung von Gesundheitsbildung in Schulen erhöht die Lebenserwartung, die Lebensqualität und die gesunden Lebensjahre und reduziert soziale Ungleichheit²¹. Gleichzeitig erwerben alle Kinder zentrale Gesundheitskompetenzen, die in Zeiten von KI, Klimakrise und globaler Unsicherheit unverzichtbar sind. Das führt langfristig zu höheren Bildungsleistungen, spart enorme wirtschaftliche Folgekosten im Gesundheitssektor ein und schafft die Grundlage für eine resilientere und kooperativere Gesellschaft. Gesundheitsbildung ist keine Nebensache: sie ist die Basis für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg.

Stark fürs Leben **Sozial-emotionales Lernen von Anfang an**

Wir wollen die psychische Gesundheit von Schüler:innen und Lehrkräften präventiv stärken. Mit sozial-emotionalem Lernen (SEL) fördern wir Selbstwahrnehmung, soziales Bewusstsein, Beziehungskompetenz und verantwortliche Entscheidungen, Fähigkeiten, die Lernfähigkeit, Resilienz und Konfliktlösungsfähigkeit entscheidend stärken. Studien zeigen: SEL zählt zu den stärksten Prädiktoren für schulische Leistung, beruflichen Erfolg und Gesundheit²².

Wir verankern SEL über Klassenzeit (siehe unten) strukturell im Bildungswesen nach dem Best Practice RULER und Early Childhood RULER: mit einer verpflichtenden Stunde pro Woche von der Kita bis zum Schulende, integriert in Curricula, Schulkultur und Kooperation mit Familien. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte bilden wir stetig fort. Der Rollout erfolgt mit Qualitätssicherung und wissenschaftlicher Evaluation. Wir schaffen einen neuen Lehramtsstudiengang für Sozial-

emotionales Lernen (SEL) – psychische Prävention (Klassenzeit) und führen SEL-Schwerpunkte in allen pädagogischen Ausbildungen ein. Zudem wird in allen Lehramts- und pädagogischen Studiengängen sowie in der Ausbildung von Kita-Fachkräften ein verpflichtender Schwerpunkt zu sozial-emotional

em Lernen für Erwachsene (Adult-SEL) eingeführt, damit auch Fachkräfte frühzeitig eigene Ressourcen stärken, psychischer Überlastung vorbeugen und ein gesundes Lernumfeld für Kinder und Jugendliche gestalten können.

Jede Woche Zeit für uns **Klassenzeit für Gemeinschaft und Fairness**

Klassen fühlen sich sicher, ruhig und fair an. Lehrkräfte vermeiden ständiges reaktives Schlichten von Konflikten durch einen präventiven, ganzheitlichen Schulansatz und gewinnen Zeit fürs Unterrichten. Kinder trainieren wöchentlich sozial-emotionale Kompetenzen. Auch Mobbingprävention, Demokratiebildung, eine gesunde Fehlerkultur und der Umgang mit sozialen Medien finden endlich ihren Platz im Klassenraum. Demokratie wird im Kleinen erlebbar. So wächst über die Schuljahre ein Klassenklima, das schützt und stärkt.

Wir verankern eine verpflichtende Unterrichtsstunde pro Woche als „Klassenzeit“, orientiert

am dänischen Best Practice „Klassens Tid“. Der Schwerpunkt liegt auf SEL, ergänzt durch Klassenrat, Reflexion, Beteiligung, gemeinsame Regeln und kontinuierliches Feedback.

Konflikte, Mobbing und Gruppendruck werden nach klaren, schulweiten Abläufen bearbeitet. Medienbildung wird konkret (Klassenchat-Regeln, Faktencheck, respektvolle Netzkultur). Demokratiebildung passiert praktisch durch Abstimmungen, Rollen und Projekte. Das Land stellt feste Zeitfenster für die Gesamt-Umsetzung, Fortbildungen und Materialien bereit. So wird „Klassenzeit“ zum wöchentlichen Anker für ein faires, empathisches und handlungsfähiges Miteinander.

Gesundheit lernen **Weil Wissen schützt**

Wir wollen, dass Schüler:innen praxisnah lernen, gesund zu leben und Gesundheitskompetenzen aufzubauen (Health Literacy). Sie verstehen Körper und Emotionen (zu regulieren), prüfen Informationen kritisch und treffen fundierte Entscheidungen zu Ernährung, Bewegung, Schlaf, Sexualität, Sucht,

Sicherheit/Erste Hilfe und psychischer Gesundheit. So werden Wohlbefinden, Teilhabe und faire Chancen gestärkt. Internationale Erfahrungen, z. B. aus Finnland, zeigen den Nutzen einer systematischen schulischen Gesundheitsbildung.

Wir führen das neue Fach „Gesundheitsbildung“ verpflichtend in den Klassen 7 bis 10 ein, mit einer wöchentlichen Unterrichtsstunde und projektbasiertem Lernen zu realen Themen. Ein neuer Lehramtsstudiengang soll

Fachkräfte qualifizieren. Qualitätssicherung und Evaluation erfolgen nach WHO/UNESCO-Standards, verknüpft mit Schulärzt:innen, Krankenkassen und Präventionsgesetzen.

Täglich in Bewegung **Sport und Aktivsein für alle Kinder**

Wir wollen, dass alle Schüler:innen täglich mindestens 60 Minuten bewegungsfreudig, niedrigschwellig und inklusiv aktiv sind. Regelmäßige Bewegung fördert die körperliche Gesundheit, Konzentration, Problemlösefähigkeit, Stressabbau und psychisches Wohlbefinden und verbessert das Klassenklima. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte sollen als Vorbilder einen aktiven Lebensstil leben und die gesunde Schulkultur mitgestalten.

Alle Beschäftigten des Landes, besonders in Bildung, Wissenschaft und Verwaltung, erhalten ein arbeitgeber-unterstütztes Sportprogramm (z.B. Hansefit, Urban Sports) mit geringem Eigenanteil, das auch Schüler:innen,

Auszubildenden und Studierenden offensteht. Sportvereine werden in Schule und Unterricht eingebunden, täglich gibt es Bewegungszeiten, kurze Einheiten und externe Impulse von FSJ-Kräften oder studentische Helfende. Der Sportunterricht wird auf 4 bis 5 Stunden pro Woche erweitert; ab Klasse 5 gibt es ein inklusives Angebot von Trendsport bis Ballsport, Workshops für weniger sportliche oder beeinträchtigte Kinder sowie Peer-Mentoring. Multifunktionale Hallen, aktive Schulhöfe, sichere Wege und offene Fitnessangebote schaffen Bewegungsräume für Ganztags- und Ferienprogramme. Lehrkräfte werden in bewegungsfreundlicher Pädagogik geschult, Deputatsstunden ermöglichen eigene Sport-AGs.

Besser essen, besser lernen **Gesunde Ernährung an jeder Schule**

Alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen in Schulen und Kitas Zugang zu gesunder Ernährung haben. Wer gesund isst, lernt besser, bleibt leistungsfähig und lebt länger.

Wir schaffen gesunde Kitas, Schulen und Ausbildungsorte, an denen frische, regionale

und subventionierte Mahlzeiten selbstverständlich sind. Fleischangebote werden reduziert; der Fokus liegt auf pflanzlicher Ernährung nach klaren ernährungswissenschaftlichen Standards. Diese Standards gelten verpflichtend auch in Mensen und Kantinen von Berufsschulen und Hochschulen: täglich frisches Obst und Gemüse, begrenzter

Zucker-, Salz- und Fettgehalt. Ungesunde Snacks und Getränke werden durch gesunde Alternativen ersetzt. Wir fördern den direkten Kontakt zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Bildungseinrichtungen, um frische, nachhaltige Produkte in die Küchen zu

bringen. In allen Grundschulen führen wir den Ernährungsführerschein ab Klasse 3 ein. Koch- und Einkaufsworkshops sowie Projektwochen vermitteln praxisnah den Wert gesunder Ernährung. Ernährung wird zudem praxisorientiert im Fach Gesundheitsbildung verankert.

SCHULE OHNE ANGST

MOBBING KONSEQUENT STOPPEN

Jeden Morgen quälen sich Kinder mit Bauchschmerzen in die Schule: aus Angst vor den Demütigungen ihrer Mitschüler:innen. Mobbing ist für viele Kinder in Baden-Württemberg bitterer Alltag. So werden 21 % der 15-Jährigen regelmäßig schikaniert, im Klassenchat beleidigt oder auf dem Pausenhof bedroht²³. Die Betroffenen werden krank, verlieren das Vertrauen und oft auch den Anschluss in der Schule. Ihre Not bleibt viel zu oft unsichtbar.

Während andere Länder längst handeln, hinken wir hinterher. Best Practice: Finnland hat mit dem KiVa-Programm Mobbing fast halbiert²⁴. In Deutschland hingegen gibt es noch keine flächendeckende Strategie. Jede dritte Lehrkraft beobachtet häufig Mobbing im Schulalltag²⁵, doch nur an wenigen Schulen gibt es einen festen Plan, wie man damit

umgeht. Nach der Pandemie berichten viele Schulen sogar von mehr Mobbing und Gewalt. Unsere Kinder erleben also etwas, das anderswo erfolgreich bekämpft wird. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen.

Wir wollen Schulen, in denen jedes Kind ohne Angst lernen kann. Kein Kind soll mehr morgens mit flauem Gefühl aus dem Haus gehen, weil auf dem Stundenplan wieder Spott und Schläge stehen. Unsere Vision: Klassenzimmer voller Respekt und Zusammenhalt, in denen Vielfalt akzeptiert und Streit ohne Gewalt gelöst wird. Baden-Württemberg soll mit einer Null-Toleranz-Kultur gegen Mobbing-Vorreiter für sichere Schulen werden. Schule soll ein Ort sein, an dem sich alle wohl und wertgeschätzt fühlen, damit unsere Kinder gesund aufwachsen und ihr volles Potenzial entfalten können.

Sichere Schule für alle

Anti-Mobbing-Teams und klare Regeln

Kinder gehen morgens gerne in die Schule, weil sie dort Freund:innen statt Feinde treffen. Eltern atmen auf, weil ihr Sohn nicht mehr gehänselt und ihre Tochter nicht mehr ausge-

grenzt wird. Lehrkräfte können wieder unterrichten, statt Dauerkonflikte zu schlichten. Schüler:innen dürfen sie selbst sein, ohne sich zu verstecken. In einer mobbingfreien Schule

lernen Kinder, einander zu helfen und Unterschiede zu respektieren. Das schützt die psychische Gesundheit, senkt Schulabbrüche und stärkt junge Menschen, die füreinander eintreten.

An jeder Schule führen wir ein umfassendes Anti-Mobbing-Programm ein, das von der gesamten Schule gelebt wird (whole-school approach). Es gibt ein geschultes Team aus Lehrkräften, Schulsozialarbeiter:innen und bei

Bedarf Psycholog:innen. Jeder Vorfall wird ernst genommen, dokumentiert und nach einem klaren Plan bearbeitet. Alle Lehrkräfte werden fortgebildet, Vertrauenslehrkräfte benannt und Eltern regelmäßig einbezogen. Wir stärken Schüler:innen mit Patenschaften und Klassenworkshops, um sie als aktive Mithelfende gegen Mobbing zu befähigen. Europäische Best Practices wie das finnische KiVa-Programm zeigen, dass es wirkt.

FREI FORSCHEN, FREI STUDIEREN **WISSENSCHAFT FÜR DIE ZUKUNFT**

Unabhängige, gemeinwohlorientierte Forschung ist essentiell für eine funktionierende Demokratie und die Wissensentwicklung. Dennoch wird die Unabhängigkeit öffentlicher Forschungseinrichtungen und Hochschulen zunehmend bedroht. Gerade heute wird die Bedeutung dieses Konzepts deutlich, denn immer wieder wird versucht, die Unabhängigkeit öffentlicher Forschungseinrichtungen zu beeinflussen.

Baden-Württemberg ist ein bedeutender Wissenschaftsstandort und fördert hochqualifizierten Nachwuchs. Gleichzeitig bestehen Verbesserungspotenziale bei Bürokratie, Gleichberechtigung, Infrastruktur und Austausch mit Wirtschaft und Schulen. Lange Verwaltungswege behindern Anwerbung und Beschäftigung von Experten:innen, sowohl aus dem Ausland als auch vom eigenen Nachwuchs. Forschungsangebote sind mit Hürden verbunden und die Infrastruktur entspricht nicht immer den modernsten Standards.

Baden-Württemberg soll ein international relevanter Forschungs- und Innovationsstandort bleiben, der unabhängige, gemeinwohlorientierte Forschung stärkt. Der Zugang zu Forschung und Studium soll gleichberechtigt, kostenlos, barrierefrei und digital sein (Open Source, Open Data, Open Access). Bestehende Strukturen sollen gefördert, digitale und energetische Infrastruktur ausgebaut und der Sanierungsstau behoben werden. Hocheffiziente, nachhaltige Rechenzentren sind notwendig, um den steigenden Bedarf an Rechenleistung zu decken. Bürokratie soll vereinfacht, digitalisiert und automatisiert werden, um Hürden für Forschung, Studium und Unternehmensgründungen abzubauen. Austausch und Kooperation mit Wirtschaft und Bildungseinrichtungen sind zentral. Zudem sollen Anreize geschaffen werden, um Fachkräfte zu halten und internationale Experten zu gewinnen.

Wissenschaftsfreiheit und Spitzenforschung

Volt steht für Wissenschaftsfreiheit und möchte, dass Forschende weltweit frei arbeiten können. Eine Freiheit, die gerade in den USA zunehmend eingeschränkt ist. Baden-Württemberg bietet eine attraktive Alternative: Unser Wirtschafts- und Innovationsstandort überzeugt mit 13 Exzellenzclustern²⁶, erstklassiger Infrastruktur und engen Netzwerken zwischen Hochschulen und Industrie ideale Voraussetzungen für Spitzenforschende, die sich freie Entfaltungsmöglichkeiten wünschen.

Kurzfristig bauen wir einen „Online-Campus der freien Wissenschaft“ auf, der US-Forschenden und Studierenden sofort Forschung, Lehre und Austausch ermöglicht. Mittelfristig wird die Initiative in die hiesige Hochschulland-

schaft integriert, um nachhaltige Kooperationen und persönlichen Austausch zu sichern. Dafür schaffen wir zunächst 500 neue Stellen von Promotion bis Professur, sowie 5.000 zusätzliche Studienplätze, mit flexibler Erweiterung je nach Bedarf. Begleitet wird das Programm von einer gezielten Kampagne zur Gewinnung US-amerikanischer Spitzenkräfte. Ein Schwerpunkt liegt auf der Stärkung bestehender Exzellenzcluster in KI & Maschinellern Lernen, Quantentechnologien, Biomedizin & Neurotechnologie, Klima, Umwelt & Biodiversität sowie Photonik & Mikrosystemtechnik. KI soll als interdisziplinäres Querschnittsthema eng mit Biomedizin, Umwelt- und Klimaforschung, Recht, Gesellschaft, Photonik, Quantenwissenschaft, Ingenieurwesen sowie Wirtschaft und Gründertum verzahnt werden.

Arbeiten und Forschen in Baden-Württemberg

Die aktuellen Befristungsregelungen im Wissenschaftsbetrieb begrenzen Karrieren: Nach maximal zwölf Jahren befristeter Anstellungen stehen viele Forschende ohne Professur vor unsicheren Perspektiven. Professuren sind rar, erfordern oft internationale Referenzen und binden stark an Verwaltungs- und Lehraufgaben, sodass die Forschung in den Hintergrund rückt. Es sollte mehr Möglichkeiten für talentierte Forschende geben, dauerhaft in der Wissenschaft eine Karriere zu machen, auch abseits einer Professur - auf diese Weise bleiben uns diese Talente erhalten

und wandern nicht ins Ausland oder in die Industrie ab. Hinzu kommt ein Sanierungsstau von 6 bis 8 Mrd. € an Hochschulstandorten in Baden-Württemberg. Diese Probleme gefährden sowohl den Forschungsstandort als auch den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Dafür werden wir umsetzen:

- Durch eine Bundesratsinitiative soll die Höchstbefristung im WissZeitVG auf 18 Jahre erhöht werden, inklusive Anrechnung von Familienzeiten, Teilzeit und Auslandsaufenthalten

- Ausbau von Kinderbetreuung, flexible Arbeitsmodelle, Homeoffice und Elternzeitvertretungen
- Open Access für alle öffentlich geförderten Projekte
- Dauerstellen für Forschungsgruppenleiter
- Abbau des Sanierungsstaus durch Sondervermögen

Unternehmergeist fördern

Gründungskultur an Schulen und Hochschulen

Wir erleichtern Schüler:innen, Studierenden und Forschenden den Schritt in die Gründung. Wir stärken lokale Startup-Netzwerke, die Hürden abbauen, Sorgen reduzieren und Gründende aktiv begleiten.

Entrepreneurship wird für alle fest in Ausbildung und Studium integriert, Ausgründungen und Wissenstransfer aktiv gefördert. Gründungsförderung wird als Teil der Hochschulaufgaben im Landeshochschulgesetz verankert; Hochschulen unterstützen Ausgründungen per Zielvereinbarung. Dezentrale Start-up-Initiativen werden gestärkt und erhalten langfristige Verträge. Diese lokalen Netzwerke werden projektbasiert auf Schulen

ausgeweitet. Eine zentrale Anlaufstelle erleichtert Förderanträge, und einfache Übergangsfinanzierungen sichern die Startphase bis zur Stipendiumsbewilligung.

Professuren für Entrepreneurship und Weiterbildung für Lehrende werden ausgebaut. Das Budget für das Programm Junge Innovatoren wird verdoppelt und die EXIST-Förderung kann durch Landesförderung um 6 Monate verlängert werden. Es werden beschleunigte Prozesse für herausragende Projekte eingerichtet. Gründungsvorhaben können als Praxissemester mit ECTS Akkreditierung, als bezahltes Forschungssemester oder als Promotionsgrundlage bearbeitet werden.

GESUND LEBEN

**RAPHAEL
FEHLEN**
NÜRTINGEN
LISTENPLATZ 12

„Mit meiner Erfahrung im Gesundheitswesen sehe ich: Das aktuelle System treibt **Fachkräfte in die Überlastung**. Ich stehe für eine Gesundheitswende, die Prävention priorisiert und **durch moderne Technik Zeit für das Wesentliche** schafft: den Menschen.“

**BEATE
BETGEN**
MANNHEIM
LISTENPLATZ 17

„Unsere **Gesundheit ist unersetzlich** und eines der wertvollsten Dinge, die wir besitzen. Sie darf **nicht zum Luxusgut** und politischem Kalkül werden.“

GESUNDHEIT

FÜR EIN GESUNDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Gesundheit ist ein Menschenrecht und die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Ein modernes Gesundheitssystem muss mehr leisten, als Krankheiten zu behandeln: Es schützt, stärkt und begleitet Menschen von der frühen Prävention über wohnortnahe Versorgung bis hin zur Pflege im Alter.

Barrieren dürfen keine Rolle spielen: In Stadt und Land muss Versorgung ohne monatelange Wartezeiten erreichbar sein. Wir setzen auf Prävention statt Reparaturmedizin, wohnortnahe Strukturen statt Überlastung, digitale Chancen statt analoge Hürden. Nicht-ärztliche Gesundheitsberufe übernehmen mehr Verantwortung, Telemedizin bringt den Arztbesuch nach Hause, und moderne Notfallstrukturen sichern schnelle Hilfe. Gesundheitspolitik wird so zum Schutzschild vor Krisen wie Pandemien, psychischen Notlagen oder dem wachsenden Pflegebedarf.

Unsere Werte sind Solidarität, Gerechtigkeit, Innovation, Respekt und Verantwortung: Solidarität, weil alle im Krankheitsfall Unterstützung brauchen. Gerechtigkeit, weil Versorgung nicht vom Wohnort oder Einkommen abhängen darf. Innovation, weil moderne Technologien die Versorgung verbessern. Respekt, weil Patient:innen und Fachkräfte im Mittelpunkt stehen. Verantwortung, weil Prävention Leben schützt und Kosten senkt.

So entsteht ein Baden-Württemberg, in dem Gesundheit mehr ist als die Abwesenheit von Krankheit: ein System, das Menschen stärkt, Leben schützt und allen faire Chancen auf ein langes, gesundes Leben gibt.

GESUNDHEIT JETZT

PRÄVENTION, VERSORGUNG SICHERN

Flächendeckende medizinische Versorgung

Termine bei Haus- und Fachärzt:innen, insbesondere in der Kinderheilkunde, sind längst nicht mehr eine einfache Alltagsaufgabe. Lange Wege, volle Praxen und überlastetes Personal führen dazu, dass medizinische Versorgung zunehmend schwer zugänglich wird. Bürokratische Aufwände und komplexe Abläufe belasten Ärzt:innen zusätzlich. Fachkräftemangel verschärft die Situation und wirkt sich direkt auf die Patient:innen aus. Private Investoren in medizinischen Versorgungszentren schaffen bessere Zugänglichkeit zu Fachbereichen, bringen aber Risiken für Qualität und Zeit der Versorgung mit sich. Einzelne Ärzt:innen stoßen zunehmend an Grenzen der Selbstständigkeit. Die Mechanismen und bürokratischen Aufwände für Ärzt:

innen steigen, der Mangel an Fachpersonal wird immer mehr zum Problem und das ist für viele Menschen inzwischen durch eine erhöhte Belastung deutlich spürbar.

Wir wollen ein Gesundheitssystem, in dem alle Menschen schnell und einfach die passende medizinische Versorgung erhalten, unabhängig vom Wohnort oder Alter. Praxen und medizinische Zentren sollen effizient arbeiten, Fachkräfte entlastet werden und bürokratische Hürden abgebaut werden. Nicht-ärztliche akademische Gesundheitsberufe sollen stärker eingebunden werden, Telemedizin flächendeckend verfügbar sein und die hausarztzentrierte Versorgung das Rückgrat des Systems bilden.

Schnell zum Arzt, gut versorgt

Wohnortnahe Medizin für alle sichern

Niemand soll sich Sorgen machen müssen, ob er oder sie rechtzeitig einen Termin beim Arzt bekommt. Familien sollen ihre Kinder schnell und unkompliziert in einer Praxis versorgen lassen können – ohne stundenlange Telefonate oder weite Anfahrten. Ärzt:innen und Fachkräfte sollen ihre Zeit wieder den Patient:innen widmen können, statt sich im Bürokratiendschungel zu verlieren. Alle sollten sich darauf verlassen können: In Baden-Württem-

berg ist die medizinische Versorgung zuverlässig, wohnortnah und gerecht organisiert.

- Wir verbessern die Zugänge zur Versorgung und entlasten das Fachpersonal durch moderne Strukturen:
- Digitale Lösungen ausbauen: Die 116117-App wird nutzerfreundlicher gestaltet und telemedizinische Angebote wie Videochats

direkt über die Krankenkassen verfügbar gemacht.

- Neue Berufsgruppen einbinden: Akademische Gesundheitsberufe wie Physician Assistants, Community Health Nurses oder Pflegewissenschaftler:innen übernehmen mehr Verantwortung in der Patientenversorgung und Leitungsaufgaben.
- Fachkräfte sichern: Die Landärzt:innenquote wird beibehalten, Studienplätze in Mangelfächern ausgebaut und die Ausbildung gezielt gestärkt.

- Hausärzte stärken: Die hausarztzentrierte Versorgung (HzV, HÄPPI-Konzept) wird ausgebaut, damit Facharztpraxen entlastet und Patient:innen kontinuierlich betreut werden können.

- Etablierung von bedarfsgerechten, patientenorientierten Zentren zur Primär- und Langzeitversorgung (PORT), die im ländlichen Raum auch mobil arbeiten.

So schaffen wir ein Gesundheitssystem, das Ärzt:innen entlastet, Fachkräfte fördert und den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Vorsorge und Prävention fördern

In Baden-Württemberg wird Prävention trotz hoher Investitionen vernachlässigt. Notaufnahmen sind oft überlastet, vermeidbare Krankheiten nehmen zu, Sport- und Präventionsangebote sind vielerorts unzureichend, und Gesundheitsbewusstsein wird nicht systematisch gefördert. Statt auf Prävention zu setzen, konzentriert sich das System auf teure Behandlung, oft ineffizient. Die Kosten für vermeidbare Krankheiten steigen, Übergewicht nimmt zu, Vorsorgeuntersuchungen werden unzureichend genutzt, und viele Sportanlagen sind veraltet.

Wir wollen eine integrierte Landesstrategie, die Prävention in allen Lebensbereichen – Schule, Arbeit und Freizeit – verankert, gesundheitsschädliche Einflüsse verringert, Gesundheitsbewusstsein stärkt und Kosten langfristig senkt. Prävention von klein auf entlastet das Gesundheitssystem, reduziert das Notfallaufkommen und senkt die Pflegebelastung. Eine klare Strategie für öffentliche Gesundheit soll Prävention systematisch und sektorübergreifend verankern, gesundheit-

liche Risiken früh erkennbar machen und gesundheitsschädliche Einflüsse wie ungesunde Ernährung, Alkohol und Tabak regulieren.

Wir werden umsetzen:

- Kommunale Gesundheitsämter zu Zentren für öffentliche Gesundheit ausbauen
- Flächendeckende Aufklärung zu Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und psychischer Gesundheit
- Präventionsprogramme in Kitas und Schulen zu Ernährung, Bewegung und mentaler Gesundheit einführen
- Individuelle, inklusive Beratung nach Kultur, Geschlechtsidentität und psychosozialen Bedarf anbieten
- Barrierefreien Zugang zu evidenzbasierten Gesundheitsinformationen über ein digitales Portal sichern
- Nutzen präventiver Maßnahmen quantifizieren und Prävention als Investition durch

Einsparungen im Gesundheitssektor und Produktivitätsgewinn in der Wirtschaft sichtbar machen

- Gesundheitslotsende einsetzen und nicht-ärztliches Personal für Prävention stärken
- Bonusprogramme der Krankenkassen einfacher zugänglich und sichtbar machen
- Sport- und Freizeitflächen ausbauen, besonders in strukturschwachen Regionen

• Antragsprozesse für gesundheitsfördernde Angebote vereinfachen und Bürokratie abbauen

- Best Practices: Erfolgreiche Präventionsmodelle aus Skandinavien, Finnland und den Niederlanden adaptieren zur Alkohol- und Tabakprävention, schulischen Gesundheitsbildung und Krebsvorsorge

Medizinische Notfallversorgung

Wenn's brenzlig wird in guten Händen

In Baden-Württemberg steigen die Einsatzzahlen des Rettungsdienstes, viele Fälle sind nicht lebensbedrohlich, was Rettungswagen (RTW) und Notaufnahmen überlastet. Personalengpässe, fehlende digitale Vernetzung und die Trennung von ambulanter Notfallversorgung und Kliniken verschärfen die Situation zusätzlich, während die Bevölkerung oft unsicher ist, welche Notrufnummer sie wann nutzen soll (112 vs. 116117).

Ziel ist eine flächendeckend schnelle und effiziente Hilfe durch eine digital vernetzte Rettungskette, in der RTW nur bei echten Notfällen eingesetzt werden und Notfallkranwagen (N-KTW) nicht-lebensbedrohliche Fälle übernehmen, um die Ressourcen optimal zu nutzen.

Wir werden umsetzen:

- Digitale Rettungskette über 5G²⁷: Echtzeitübertragung von Vitaldaten, Leitstellen unterstützt durch Künstliche Intelligenz²⁸ und Einsatz von Rettungsdrohnen für automatische Defibrillatoren.

• Notfall-Krankentransportwagen für nicht-lebensbedrohliche Fälle, um die Rettungswagen bei echten Notfällen zu entlasten.

• Polizei mit Ausbildung in erweiterter lebenserhaltender Hilfe für eine schnelle Unterstützung als qualifizierte Ersthelfende direkt am Einsatzort.

• Best Practice: Freiwillige Ersthelfende sogenannte "Community First Responders" (CFRs) wie in Großbritannien und digitale Ersthelfer-Apps damit ehrenamtlich geschulte Helfende, die über Apps alarmiert werden und die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes überbrücken können.

• Ärztliche Beratung aus der Ferne (Telemedizin), um unnötige Transporte zu vermeiden und schnelle Entscheidungen vor Ort zu ermöglichen.

• Hausärzt:innen als erste Anlaufstelle stärken und direkt mit Krankenhäusern vernetzen, um bei dringenden Fällen schnelle Überweisungen zu gewährleisten

Ambulante Notfallversorgung

Viele Notfallpraxen sind von Poolärzt:innen abhängig, was zu rechtlicher Unsicherheit führt und in einigen Fällen die Schließung dieser Praxen zur Folge hat. Für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen ist der Zugang zu Notdiensten häufig erschwert. Gleichzeitig mangelt es an einer effektiven Koordination zwischen ambulanten Notdiensten und Kliniken, sodass Patient:innen nicht immer schnell und zielgerichtet versorgt werden.

Ziel muss es sein, dass Patient:innen direkt die passende Versorgungsebene erreichen, sei es ein Integriertes Notfallzentrum (INZ) oder telemedizinische Unterstützung.

Wir werden umsetzen:

- Integrierte Notfallzentren, die Notaufnahme und ambulante Notfallpraxis

kombinieren, damit alle akuten Fälle schnell und passend versorgt werden.

- Telemedizinische Angebote für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen, um den Zugang zu ärztlicher Hilfe zu erleichtern.
- Aufklärung über die Telefonnummer 116117, damit nicht-lebensbedrohliche Notfälle richtig eingestuft werden und die Hausärztinnen und Hausärzte entlastet werden.
- Bonussysteme für Teilnehmende der hausarztzentrierten Versorgung, um unnötige Facharztbesuche zu vermeiden und den Hausarzt als erste Anlaufstelle zu stärken.
- Förderung hausärztlicher Kompetenzen, durch gezielte Weiterbildung in Allgemeinmedizin direkt nach dem Studium.

Psychologische Notfallversorgung

Das Thema psychologische Notfallversorgung rückt endlich aus der gesellschaftlichen Tabuzone heraus. Mit der Ankündigung der 113 als Notrufnummer für Menschen in psychologischen Notlagen ist ein dringend notwendiger Schritt getan, um die Gesundheit der Menschen ernstzunehmen und zu versorgen. Jetzt ist es die Aufgabe der Länder, die Strukturen zu schaffen, die notwendig sind, um bei einer solchen Notrufnummer entsprechende Versorgung leisten zu können.

Wir stehen für ein Baden-Württemberg, in dem die kompetente Notfallversorgung im Fall

akuter psychologischer Hilfebedürftigkeit selbstverständlich ist, ebenso wie im Fall körperlicher Notfälle.

Um die Lücken in der Versorgung zu schließen, setzen wir auf eine besonders pragmatische und kosteneffiziente Lösung: Wir aktivieren die Expertise hunderter hochqualifizierter Psychologie-Master-Absolvent:innen, die derzeit auf einen Weiterbildungsplatz warten. Statt teurer neuer Programme nutzen wir dieses ungenutzte Potenzial. Wir schaffen die rechtssicheren Rahmenbedingungen, damit diese jungen Fachexperten an allen Schulen

verpflichtende Projektstage zur psychischen Ersten Hilfe für 9. Klassen durchführen und gleichzeitig Multiplikatoren ausbilden. Dazu gehören Lehrkräfte, Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen ebenso wie Kräfte aus Sicherheit & Rettung, Personal in Pflege & Verwaltung sowie Engagierte im Ehrenamt & der Gemeinschaft.

Zusätzlich werden sie in bezahlten Stellen das professionelle System in der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) und der Co-Therapie entlasten. Flankiert wird diese schnelle und wirksame Maßnahme durch eine Investitions-offensive in die psychiatrische Infrastruktur, basierend auf einem klaren landesweiten Bedarfsplan.

Gerechtigkeit für Beitragszahlende

Missbrauch im solidarischen System konsequent bekämpfen

Millionen Menschen in Baden-Württemberg zahlen Monat für Monat in unser solidarisches Gesundheitssystem ein. Sie wünschen sich, dass ihre Beiträge fair eingesetzt werden und dort ankommen, wo sie gebraucht werden: bei einer guten medizinischen Versorgung. Jeder Fall von Abrechnungsbetrug oder Leistungsmissbrauch ist ein Schlag ins Gesicht dieser Solidargemeinschaft. Unser Ziel ist ein System, in dem sich die ehrlichen Beitragszahlenden darauf verlassen können, dass Missbrauch konsequent verhindert wird.

Volt will die Hebel nutzen, die in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen. Wir setzen auf eine spezialisierte Ermittlungseinheit bei Polizei und Staatsanwaltschaft, die sich gezielt mit organisiertem Abrechnungsbetrug befasst und eng mit den Krankenkassen zusammenar-

beitet. Über eine Bundesratsinitiative treiben wir zudem die verpflichtende Einführung einer Gesundheitskarte mit Lichtbild voran, um Identitätsmissbrauch zu verhindern. Baden-Württemberg soll hier Motor für mehr Verbindlichkeit im ganzen Bundesgebiet werden.

Gleichzeitig wollen wir mehr Eigenverantwortung bei Termintreue: Wer wiederholt unentschuldigt Facharzttermine versäumt, verursacht Kosten und blockiert Plätze für andere. Gemeinsam mit der Landesärztekammer und den Krankenkassen streben wir daher eine faire Regelung für Ausfallhonorare an. So entsteht ein System, das transparent, gerecht und respektvoll mit den Beiträgen aller umgeht und die Solidargemeinschaft stärkt.

Medizinstudium und Akademisierung nicht-ärztlicher Berufe

Laut den Maßstäben der Kassenärztlichen Vereinigung droht eine Unterversorgung

durch Ärzt:innen, die bereits spürbar ist: Immer mehr Praxen finden keine Nachfol-

genden und bleiben unbesetzt. Dies belastet Patient:innen, insbesondere berufstätige Eltern, und die Praxen selbst vor allem in ländlichen Regionen.

Das Medizinstudium kann hier eine Schlüsselrolle spielen, da viele Studierende, insbesondere aus weniger privilegierten Verhältnissen, aufgrund der sehr schlechten Bezahlung unter anderem im Praktischen Jahr keine langfristige Perspektive in ihrem Beruf sehen.

Wir wollen den Fachkräftemangel im Medizinbetrieb reduzieren, das Medizinstudium attraktiver, praxisnah und modern gestalten sowie mehr Studienplätze mit Anbindung an Gesundheitsberufe schaffen. Gleichzeitig sollen Stress für Patient:innen und Personal verringert, die Praxisassistenten akademisiert und medizinische Fachberufe aufgewertet werden. Physiotherapie soll als wissenschaftlich fundierter Beruf mit durchgängiger Akademisierung von Bachelor bis zur Promotion (PhD) etabliert werden.

Mehr Studienplätze im Medizinstudium, insbesondere mit Verbindung zu Gesundheitsberufen. Das praktische Jahr wird verbessert durch höhere Vergütung mindestens auf BAföG-Niveau, Krankheitstage nicht als Fehltage werten, Mindestabstand zum Staatsexamen von zwei auf vier Wochen verlängern, vier statt drei Quartale mit Pflichtquartal in der Allgemeinpraxis und Anreizen für Landarztpraxen Akademisierung und Aufwertung des Assistenzpersonals: Ausbildung von Physician Assistants, bessere Qualifikation, mehr Verantwortung und faire Vergütung für medizinische Fachangestellte. Wir wollen die Physiotherapie als eigenständige Wissenschaft etablieren, eine durchgängige Akademisierung von Bachelor bis PhD sicherstellen und uns damit den Forderungen der Heilmittel²⁹ - der Physiotherapieverbände³⁰ anschließen. Über eine Bundesratsinitiative die Arbeit an einem Positionspapier zu fordern, an dem durch Qualitätsstufen angepasste Honorierung sowie die Verankerung der Spezialisierung (Advanced Physiotherapy Practice) auf der jeweiligen nationalen Ebene geschieht³¹.

Ergo-, Logo- und Physiotherapie stärken

Ergotherapeut:innen, Logopäd:innen und Physiotherapeut:innen werden durch ärztliche Weisungspflichten in ihrer fachlichen Autonomie eingeschränkt, was die flächendeckende Umsetzung evidenzbasierter Präventions- und Gesundheitsprogramme bremst. Viele wirksame Programme sind an teure Zertifikate gebunden und werden regional ungleich genutzt. Gleichzeitig erhalten Heilpraktiker:innen eine Heilerlaubnis für wissenschaftlich nicht belegte Behandlungen³². Osteopathie wird oft positiv dargestellt,

obwohl die Wirksamkeit kaum belegt ist³³. Die Physiotherapieausbildung ist seit 1994 unverändert, Therapierende dürfen ihr erworbenes Wissen nicht vollständig anwenden und müssen teure Zusatzkurse absolvieren.

Therapierende sollen erste Hilfe für die Gesundheit sein, auch ohne Rezept. Modern ausgebildete Physiotherapeutinnen und Gesundheitsfachkräfte sollen eigenverantwortlich präventive Programme anbieten können, ohne ärztliches Rezept. Dazu zählen

Sturzprävention für Senior:innen, Kraft- und Ausdauertraining sowie allgemeine Gesundheitsförderung. Ein Best-Practice-Beispiel ist das Otago-Programm aus Neuseeland, das Stürze deutlich reduziert, Krankenhausaufenthalte und Pflegebedarf senkt und Arztpraxen³⁴ entlastet. Krankenkassen sollen einen Katalog evidenzbasierter Programme erstellen, die von qualifizierten Therapeut:innen frei angeboten

werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass Krankenkassen ausschließlich wissenschaftlich belegte Therapien fördern. Heilpraktiker:innen sowie Osteopath:innen sollen keine wissenschaftlich unwirksamen Leistungen anbieten, und Patient:innen müssen klar erkennen können, welche Behandlungen evidenzbasiert sind.

Blut- und Organspende

Lücken schließen, Leben retten

In Baden-Württemberg klafft eine Lücke zwischen dem Bedarf an Blut und Organen und der tatsächlichen Spendenbereitschaft. Viele Patient:innen warten auf lebenswichtige Bluttransfusionen oder Organtransplantationen. Ursachen sind fehlende Aufklärung, komplizierte Registrierung, unzureichende Koordination und mangelnde Integration von Spendenangeboten in Alltag und Gesundheitsversorgung. Dadurch bleiben Ressourcen und gesellschaftliche Solidarität ungenutzt.

Wir wollen ein solidarisches, effizientes und menschliches Gesundheitssystem, in dem Blut- und Organspenden selbstverständlich sind. Patient:innen erhalten schneller Hilfe, Angehörige werden entlastet, das Gesundheitssystem arbeitet effizienter, medizinischer Fortschritt

wird gefördert und gesellschaftliches Vertrauen gestärkt. Jede Spende rettet Leben und kann jeden treffen.

Durch eine Bundesratsinitiative wollen wir die Widerspruchslösung einführen. Spendenbereitschaft soll zur Selbstverständlichkeit werden. Ein einheitliches Netzwerk für Blut- und Knochenmarkspenden, flächendeckende Spendenkoordinierende und digitale Vernetzung verbessern die Organisation. Landesweite Aufklärung, besonders in Schulen, Universitäten, Fahrschulen und Praxen, erleichtert die Entscheidung zur Spende. Forschung und Innovation in der Transplantationsmedizin erhöhen die Erfolgsraten von Operationen und sorgen dafür, dass jede Spende optimal genutzt wird.

Passgenaue Medizin für alle

Für eine Versorgung, die Unterschiede erkennt

Wir wünschen uns eine Medizin, die niemanden übersieht. Frauen sollen nicht länger bei Herzinfarkten schlechtere Überle-

benschancen haben, nur weil ihre Symptome anders aussehen. Männer sollten nicht länger mit Osteoporose erst diagnostiziert werden,

wenn es fast zu spät ist. Alle Patient:innen in Baden-Württemberg sollen sich darauf verlassen können, dass Forschung, Diagnose und Behandlung die biologischen Unterschiede berücksichtigen, damit alle die beste Versorgung erhalten.

Volt will die medizinische Ausbildung, Forschung und Aufklärung so weiterentwickeln, dass Unterschiede zwischen den Geschlechtern selbstverständlich berücksichtigt werden. Im Medizinstudium sollen diese Unterschiede als verpflichtender Bestandteil

in die Ausbildungs- und Prüfungsordnung aufgenommen werden, eine reine Bildungsreform ohne zusätzliche Kosten. Für alle medizinischen Studien, die von Ethikkommissionen des Landes geprüft werden, gilt künftig: Geschlechterunterschiede sind zu berücksichtigen; andernfalls erfolgt keine Freigabe. Und bestehende landesweite Aufklärungskampagnen, etwa zur Herzgesundheit, werden gezielt um spezifische Symptome bei Frauen und Männern erweitert. So entsteht ohne große Mehrkosten eine Medizin, die gerecht, passgenau und lebensrettend ist.

MOBI LIST

**CEM
KONT**

**KARLSRUHE
LISTENPLATZ 6**

„ **40€ für einen Tagesausflug** mit der Bahn
oder 1,5h Stau mit dem Auto? Schon mit dem letzten Bus um 22:30 Uhr zurück
oder mit dem Fahrrad die unbeleuchtete Landstraße heim?

Mobilität ist zu oft anstrengend, teuer und gefährlich.
Das **schränkt öffentliches Leben** ein und **belastet die Wirtschaft**.
Deshalb setze ich mich dafür ein, **Mobilität in Baden-Württemberg**
zuverlässig, günstig und nachhaltig zu machen!“

MOBILITÄT & VERKEHR

FÜR EIN VERBUNDENES BADEN-WÜRTTEMBERG

Mobilität bewegt uns alle – aber die Herausforderungen sind unterschiedlich. In Städten prägen Staus, Lärm und Abgase den Alltag. Radfahrende und Fußgänger:innen haben oft zu wenig sicheren Raum, und Busse stecken im Verkehr fest. Auf dem Land ist die Lage anders: Hier wird Mobilität schnell zur Frage der Abhängigkeit – ohne eigenes Auto geht oft kaum etwas. Arztbesuche, Einkäufe, der Weg zur Arbeit oder zu Freund:innen werden so kompliziert und teuer.

Darum ist klar: Wir wollen das Auto nicht abschaffen. Aber wir wollen Alternativen schaffen, die wirklich funktionieren – zuverlässig, bezahlbar und klimafreundlich. In der Stadt bedeutet das: mehr Platz für Menschen, sichere Wege und ein starker ÖPNV. Auf dem Land heißt es: Busse und Bahnen, die regelmäßig fahren, Sharing-Angebote, die auch im Dorf verfügbar sind, und eine Infrastruktur, die allen Freiheit ermöglicht.

Unser Ziel ist eine Mobilität, die allen Menschen Teilhabe, Freiheit und Lebensqualität ermöglicht – ob in der Großstadt oder im ländlichen Raum. Baden-Württemberg kann Vorreiter werden: Mit einer Verkehrspolitik, die nicht auf Verbote setzt, sondern auf faire Chancen, gute Alternativen und nachhaltige Lösungen.

PERSONENVERKEHR AUF DEM LAND

Wer auf dem Land lebt, kennt das Problem: Ohne eigenes Auto geht fast nichts^{37 38}. Einkaufen, Arztbesuche, Sportverein, der Weg zur Arbeit oder zu Freund:innen: Auf dem Land bedeutet Mobilität oft Abhängigkeit. Das macht nicht nur den Alltag kompliziert, sondern auch teuer³⁹. Andere europäische Länder zeigen, dass es auch anders geht: Dort bringen moderne Verknüpfungen von Bus, Bahn, Rad und Carsharing die Menschen zuverlässig ans Ziel, auch außerhalb der Städte.

Mobilität auf dem Land darf kein Privileg sein, sondern muss für alle erreichbar und

bezahlbar werden. Das gilt besonders für Menschen ohne eigenes Auto, etwa Schüler:innen, Senior:innen oder Pendelnde, die täglich auf verlässliche öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Gleichzeitig geht es um die Lebensqualität in den Dörfern und Kleinstädten selbst: weniger Lärm und Abgase, mehr Platz für Begegnung, sichere Wege für Rad- und Fußverkehr. Wir wollen öffentliche Verkehrsmittel, die wirklich fahren, Sharing-Angebote, die auch im Dorf verfügbar sind und eine Ladeinfrastruktur, die E-Mobilität praktisch macht.

Mobilität die auf dem Land ankommt

Öffentliche Verkehrsmittel müssen verlässlich sein und sich an den Alltag anpassen. Nachhaltige Mobilität soll im Alltag einfach, zuverlässig und bezahlbar sein und wer sich für eine Alternative entscheidet, soll sich darauf verlassen können.

Um das zu erreichen, sollen Busfahrpläne nicht nur an Schulzeiten ausgerichtet sein, sondern ganztägig und ganzjährig in regelmäßigen Takten verkehren. Gut integrierte Fahrpläne ermöglichen verlässliche Umsteigemöglich-

keiten und individuelle Routen. Rufbusse, Ruftaxis, Mitfahrbänke sowie Car- und Ridesharing schließen Lücken zwischen den Orten und schaffen zusätzliche Flexibilität. Nachdem erste Testläufe mit autonomen Fahrzeugen bereits erfolgreich verliefen, wollen wir den ÖPNV effizient ergänzen³⁵. Sichere Radwege, Radschnellverbindungen und die erleichterte Fahrradmitnahme in Bussen und Zügen sollen das Fahrrad zu einer echten Option machen und die Erreichbarkeit von Haltestellen verbessern.

Nachhaltigen Autoverkehr auf dem Land ermöglichen

Auch in ländlichen Regionen wird es langfristig weiterhin Bedarf an motorisiertem Individual-

verkehr geben. Wenn Menschen sich aufgrund ihrer Lebenssituation für das Auto

entscheiden, sollen sie die Möglichkeit haben, sich damit nachhaltig fortzubewegen.

Wir werden die Ladeinfrastruktur gezielt auch in kleineren Orten ausbauen und Photovoltaik auf Hausdächern fördern, sodass Strom sowohl für den Haushalt als auch für E-Autos bereitsteht. Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz werden wir durch Dach-Photovoltaik und Ladesäulen in Gewerbegebieten sichern³⁶. Des Weiteren wollen wir systematisch den Ausbau

der öffentlichen Ladeinfrastruktur erfassen und bewerten, um diese Daten der Öffentlichkeit bereitzustellen und weitere Anreize für Kommunen zu setzen. Ein weiteres Problem beim Laden ist die Intransparenz der Strompreise an Ladesäulen. Wir werden daher die Veröffentlichung aktueller Preise auf Übersichtsplattformen sicherstellen. Außerdem werden wir Kommunen bei der Umstellung ihrer Fahrzeugflotten auf Elektroantrieb unterstützen.

Gäubahn sichern und den Regionalverkehr stärken

Die Gäubahn ist eine der wichtigsten Verbindungen zwischen Stuttgart, dem Süden Baden-Württembergs und der Schweiz. Tausende Pendelnde und Reisende sind auf die direkte Anbindung an Stuttgart angewiesen. Ein Abbruch dieser Verbindung würde Umwege, zusätzliche Umstiege und längere Reisezeiten bedeuten. Wir wollen, dass Mobilität zuverlässig bleibt und in Stuttgart ein neues Stadtquartier entstehen kann, ohne den Regionalverkehr zu schwächen.

Dafür muss der Kopfbahnhof erhalten bleiben, bis die volle Funktion des Tiefbahnhofs sicher-

gestellt wird. Parallel kann das Rosensteinquartier entwickelt werden, ohne die Gäubahn zu beeinträchtigen. Für die Zukunft setzen wir auf den Ausbau des Stuttgarter Nordkreuzes als zentralen Knoten für S-Bahn und Regionalzüge. Mit dem Europäischen Zugkontrollsystem (ETCS) schaffen wir Kapazität für mehr und zuverlässige Verbindungen im ganzen Land. Darüber hinaus muss ein größerer Fokus auf die Reaktivierung von Bahnstrecken sowie den Ausbau mindestens zur Zweigleisigkeit gelegt werden. Wir setzen uns für die Erprobung autonom fahrender Züge ein.

MOBILITÄT FÜR DIE STADT VON MORGEN

In unseren Städten stehen Busse im Stau, Radfahrende müssen sich zwischen Autos durchschlängeln, Fußgänger:innen teilen sich Wege mit parkenden Fahrzeugen. Viele steigen trotzdem ins Auto – mit Stress auf dem Schulweg, Zeitverlust für Pendelnde,

Lärm und Abgasen für Anwohnende sowie höheren Kosten⁴⁰. So ist Mobilität weder bequem noch sicher und nicht zukunftsfähig.

Wir wollen Städte, in denen Mobilität wieder Freude macht: Mit zuverlässigen öffentlichen

Verkehrsmitteln, sicheren Rad- und Fußwegen und barrierefreier Zugänglichkeit für alle. Städte sollen Orte zum Leben sein. Mit Bäumen, Bänken, guter Beleuchtung und auto-

freien Plätzen, auf denen Kinder spielen und Menschen ihren Feierabend genießen. Mobilität wird so zu einem selbstverständlichen Teil einer lebenswerten Stadt.

Sicher unterwegs mit dem Rad in der Stadt

Radfahren soll in unseren Städten eine sichere, bequeme Alternative zum Auto sein. Heute fühlen sich viele gefährdet, weil Radwege abrupt enden oder nur durch dünne Linien von der Fahrbahn getrennt sind⁴¹. Eltern schicken ihre Kinder deshalb oft nicht mit dem Rad zur Schule, und Pendelnde steigen nicht um, solange Kreuzungen gefährlich sind oder Abstellplätze fehlen. Radfahren soll für kurze Wege, Schulwege und den Arbeitsweg selbstverständlich und angenehm sein.

Wir werden in baulich getrennte Radwege, geschützte Kreuzungen und klare Vorfahrtsregelungen an Ampeln investieren. An Bahnhöfen und zentralen Plätzen schaffen wir sichere Abstellmöglichkeiten auch für Lastenräder und ermöglichen die Mitnahme im ÖPNV. Gezielte Fördermittel werden bereitgestellt und wir machen die Finanzierung daran fest, dass Sicherheit oberste Priorität hat (Best Practice Niederlande⁴²). Radkoordinator:innen in allen Landkreisen sorgen dafür, dass Projekte zügig umgesetzt werden.

Zuverlässiger Nahverkehr in der Stadt

Wir wünschen uns einen öffentlichen Nahverkehr, auf den sich alle verlassen können. Ein gut ausgebauter ÖPNV macht das Leben in der Stadt einfacher, stressfreier und umweltfreundlicher und gibt allen Menschen mehr Freiheit, sich ohne Auto zu bewegen. Auch wirtschaftlich profitieren Städte davon, wenn mehr Menschen den ÖPNV nutzen^{43 44}.

Neben dem Ausbau des ÖPNV-Angebots müssen bestehende Verbindungen verbessert

und so schneller und effizienter werden. Smarte Ampelschaltungen ermöglichen Vorrang für Busse und Straßenbahnen, verkürzte Fahrzeiten, erhöhen die Taktung und verbessern die Reaktionszeiten von Rettungsdienste und sogar der Autoverkehr wird beschleunigt^{45 46}. Haltestellen sollen barrierefrei, gut beleuchtet und wettergeschützt sein. Sauberkeit sichern wir durch landesweite Regeln zu Rauch- und Alkoholverboten an Haltestellen.

Sicher zu Fuß in der Stadt

Zu Fuß zu gehen ist die natürlichste Form der Mobilität und doch oft unsicher. Jeder Weg beginnt oder endet zu Fuß, sei es zur Schule, zur Haltestelle oder zum Einkauf. Gehwege sind jedoch häufig zu schmal oder blockiert, was besonders für Kinder, Menschen mit eingeschränkter Mobilität und Eltern mit Kinderwagen riskant ist. Wir wollen Städte, in denen man sich zu Fuß frei und sicher bewegen kann.

Mit „Vision Zero“ wollen wir null Verkehrstote erreichen: durch Poller, barrierefreie Querungen und smarte, datenschutzkonforme Systeme gegen Falschparker. Begrünte Wege, Sitzgelegenheiten, gute Beleuchtung und breite Fußgängerzonen laden zum Gehen ein. Mit Programmen wie „Fußverkehrs-Checks“ können Menschen aktiv mitgestalten, wo Wege verbessert werden. Außerdem fördern wir die sogenannte „15-Minuten-Stadt“, in der alle Ziele des Alltags zu Fuß erreichbar sind.

Umsteigen leicht gemacht Mobilität smart vernetzen

Wer mit Zug, Bus, Fahrrad oder Carsharing unterwegs ist, muss häufig zwischen mehreren Apps und Tickets wechseln. An vielen Bahnhöfen und Zentren fehlt die klare Verzahnung von Bus, Bahn, Rad- und Carsharing-Angeboten. Dadurch entscheiden sich viele Menschen weiterhin fürs Auto, weil es bequemer und einfacher erscheint.

Besonders das „letzte Stück“, also der Weg vom oder zum Bahnhof, erschwert die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Dieses sogenannte „Problem der letzten Meile“ macht nachhaltige Mobilität langsamer und umständlicher, besonders im ländlichen Raum. Eine Kombination verschiedener Mobilitätsformen kann dieses Problem lösen.

Wir bauen Haltestellen zu Mobilitäts-Hubs aus, die Rad, Bus, Bahn und Sharing-Angebote

verbinden, mit kurzen Wegen, barrierefreien Zugängen und Aufenthaltsqualität. Damit gewährleisten wir ein flexibles Baukastensystem für Mobilitätsoptionen. Wir setzen auf intelligente Lösungen: Park&Ride an Stadträndern mit günstigen Tarifen, entlastete Innenstädte, kombiniert mit ÖPNV, Bike- und E-Scooter-Sharing. Parktickets können direkt als ÖPNV-Ticket dienen. Alle Mobilitätsangebote sollen in einer App mit Echtzeitdaten gebündelt werden. So wird die Buchung verschiedener Verkehrsmittel einfacher, Parallelstrukturen werden vermieden und Kosten gespart. (Best Practice Litauen: Mobilitäts-App "Trafī"^{47 48}). Wir sichern die dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets und prüfen, ob Inhabende des Tickets Rabatte oder eine Integration für städtische Sharing-Angebote erhalten können, um die Vernetzung der Verkehrsmittel weiter zu verbessern.

MOBILITÄT BEZAHLBAR MACHEN

KOSTEN GERECHT VERTEILEN

Kommunen finanzieren Nahverkehrssysteme oft über unzureichende Mittel, während der Autoverkehr indirekt subventioniert wird. Diese Fehlsteuerung führt dazu, dass nachhaltige Mobilität ins Hintertreffen gerät und die sozialen sowie ökologischen Kosten des Verkehrs auf alle abgewälzt werden.

Die Sachlage ist klar: ÖPNV bringt deutliche wirtschaftliche und finanzielle Vorteile für unsere Kommunen⁴⁹⁵⁰⁵¹. Zugleich wissen Kommunen oft selbst am besten, wo Maßnahmen im Verkehr sinnvoll sind. Doch ohne rechtlichen Rahmen fehlen ihnen die

Werkzeuge, um Städte lebenswerter und Mobilität sozial gerechter zu machen.

Unser Ziel ist es, dass Städte und Kommunen vor Ort selbst über wirksame Steuerungsinstrumente wie City-Maut oder Abgaben auf Parkflächen entscheiden können. Die Einnahmen fließen direkt in die Verbesserung des ÖPNV, den Ausbau von Radwegen, die Begrünung von Innenstädten und eine gerechte Nutzung des öffentlichen Raums. So wird Mobilität für alle sicher, bezahlbar und klimafreundlich, während Städte leiser, gesünder und lebenswerter werden.

City-Maut ab 100.000 Einwohnenden

Für leisere, gesündere und lebenswertere Städte

Lärm, Abgase, Hitzestaus, Stau. In vielen Städten in Baden-Württemberg gehört das zum Alltag. Gleichzeitig fehlt es den Städten an rechtlichen und finanziellen Mitteln, um gegenzusteuern. Denn selbst wenn sie wollen, die Straßenverkehrsordnung ist Bundeskompetenz. Wir wollen, dass Großstädte das Steuer selbst in die Hand nehmen dürfen.

Wir fordern eine Änderung von Artikel 74 Absatz 1 Nr. 22 des Grundgesetzes, um Städten ab 100.000 Einwohnenden die gesetzliche Möglichkeit zu geben, eine City-Maut einzuführen. Diese soll dort erhoben werden

dürfen, wo der Autoverkehr die Stadtgesundheit, die Luftqualität und die Nutzung des öffentlichen Raums nachweislich beeinträchtigt. Eine Mauteinführung in New York führte zu weniger Emissionen und eine Verkürzung der Reisezeiten. Ausnahmen sollen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Handwerk und Versorgung gelten. Die Einnahmen fließen direkt in die Stadtkasse und ermöglichen Investitionen in nachhaltige Mobilität, Begrünung und lebenswerte Quartiere. So wird eine Maut zur Chance für alle, die in der Stadt leben, arbeiten oder sich bewegen wollen.

Parkgebühren-Abgabe

Zur Finanzierung des Deutschlandtickets

Während Autos viel Raum beanspruchen, aber teilweise kostenlos parken, kämpfen viele Städte mit überfüllten Straßen, schlechter Luft und unterfinanziertem ÖPNV. Gleichzeitig fehlt es an einer stabilen Finanzierung für das Deutschlandticket. Wer regelmäßig Parkflächen nutzt, kann einen solidarischen Beitrag leisten, damit Mobilität für alle bezahlbar bleibt. Denn der öffentliche Raum gehört uns allen, nicht nur den Autos.

Wir führen eine Parkgebühren-Abgabe ein, die gestaffelt pro genutzter Stunde auf kommerziell oder öffentlich zugänglichen Parkflächen

erhoben wird. Städte sollen diese Abgabe plus die Einnahmen einer City-Maut nutzen können, um das Deutschlandticket lokal zu subventionieren, wie es das Best Practice Tübingen erfolgreich vormacht⁵². Die Einführung erfolgt in Stufen: erst freiwillig, dann verpflichtend für alle kommunalen Flächen, später mit Unterstützung der Gesetzgebung im Bund auch für öffentliche Parkplätze privater Hand. Die Einnahmen fließen in den ÖPNV und sorgen dafür, dass Bus und Bahn bezahlbar bleiben. So entsteht eine faire Mobilitätspolitik: Wer viel Raum braucht, beteiligt sich und wer umsteigt, profitiert.

Güterverkehr neu denken

Versorgung sichern und Infrastruktur entlasten

Ob Lebensmittel, Medikamente oder Ersatzteile, Güterverkehr hält unseren Alltag am Laufen. Doch er bringt Belastungen mit sich: Lieferwagen blockieren Straßen, Lkw verursachen Staus, Lärm und Abgase. Für die Wirtschaft steigen die Kosten durch Staus und Verzögerungen. Unsere Infrastruktur stößt schon heute an ihre Grenzen, während die Warenströme weiter wachsen.

Baden-Württemberg ist industrielles Zentrum und europäisches Transitland. Noch dominiert der Lkw-Verkehr, während marode Straßen und fehlende Schienenanschlüsse die Infrastruktur überlasten. Auf dem Land fehlen direkte Gleisanschlüsse für Industrie und

Gewerbe, sodass Transporte meist auf der Straße landen. In Städten verschärft die „letzte Meile“ die Probleme: Onlinehandel und Paketdienste bringen immer mehr Fahrzeuge in enge Innenstädte. Lieferzonen fehlen, und moderne Konzepte wie Mikro-Depots oder Güterstraßenbahnen sind noch die Ausnahme.

Volt Baden-Württemberg will den Güterverkehr so gestalten, dass er die Versorgung sichert und gleichzeitig die Lebensqualität verbessert. Bis 2035 soll der Transport von Waren weitgehend klimaneutral sein. So entsteht ein Güterverkehr, der Wirtschaft und Handel stärkt und faire Bedingungen für Logistikunternehmen schafft.

Saubere Lieferwege

Unsere Versorgung sichern

Der Lieferverkehr soll zuverlässig bleiben, ohne dass er unsere Städte durch Staus, Abgase und Lärm belastet. Wir wollen, dass die „letzte Meile“ sauber, leise und effizient organisiert wird, damit die Menschen in Baden-Württemberg weiter gut versorgt sind. Städte sollen Orte zum Wohnen, Arbeiten und Begegnen bleiben, nicht Parkplätze für Lieferwagen.

Damit Lieferverkehr Städte nicht blockiert, setzen wir auf ein Bündel an Maßnahmen:

Umweltzonen sollen nur emissionsarme Fahrzeuge und Lastenräder in Innenstädte lassen, bestehende klimafreundliche Zustellungen werden gefördert. Logistik soll zurück an die Schiene mit reaktivierten Umschlagzentren in Stadtnähe, neuen Standorten an Bahnhöfen und Güterstraßenbahnen, die das bestehende Tramnetz nutzen. Mikro-Depots und Paketstationen bündeln Lieferungen, Nachtbelieferungen entlasten Stoßzeiten und digitale Systeme koordinieren Transporte in Echtzeit.

Güterverkehr auf dem Land stärken

Auf dem Land prägen weite Wege und fehlende Anbindungen den Güterverkehr. Weil viele Gleisanschlüsse aufgegeben und Bahnangebote reduziert wurden, dominiert heute der Lkw. Marode Brücken und überlastete Straßen belasten Anwohnende und Betriebe, die auf pünktliche Lieferungen angewiesen sind. Damit keine Region ins Hintertreffen gerät, wollen wir auch außerhalb der Städte eine zuverlässige Versorgung sichern.

Wir bauen mit Kommunen Logistikzentren, die optimal an Schiene und Straße angebunden sind, und unterstützen Investitionen mit Bürg-

schaften. Neue Gewerbeflächen sollen nur entstehen, wenn ein Bahnanschluss geprüft wurde. Zudem fördern wir neue Gleisanschlüsse mit günstigen Krediten. Damit auch kleinere Transporte nicht auf die Straße verlagert werden, richten wir einen Landesfonds ein, der Bahntransporte mit einzelnen Waggons unterstützt. Auch im Fernlastverkehr setzen wir auf Elektromobilität: Tankstellen und Raststätten sollen Mindestquoten für Ladepunkte erfüllen und neue Standorte verpflichtend Ladeinfrastruktur vorsehen. So wird der Umstieg auf elektrische Lkw auch für lange Strecken möglich.

SICHER HEIßT

**JEREMY
BEN
ZIMMERMANN**

**HEIDELBERG
LISTENPLATZ 10**

„**Sicherheit darf nie Privileg sein**, sondern
muss für alle Menschen spürbar sein

Ein Rechtsstaat ist stark, wenn er **Gewalt verhindert und Freiheit schützt**.

Sicherheitspolitik heißt: **Vertrauen statt Angst**, Transparenz statt Willkür,
Prävention statt Symbolpolitik. Das braucht Investitionen und moderne Lehre,
damit wir auch morgen noch krisenfest sind.“

INNERE SICHERHEIT & RECHTSSTAATLICHKEIT

FÜR EIN SICHERES BADEN-WÜRTTEMBERG

Ein moderner Rechtsstaat schützt nicht nur vor Gefahren, sondern schafft Vertrauen durch Transparenz, Fairness und Verlässlichkeit im Alltag. Alle Menschen sollen sich sicher bewegen können, ob auf öffentlichen Plätzen, in der eigenen Wohnung oder online. Sicherheit darf nie Privileg sein, sondern muss für alle Gruppen gleichermaßen gelten.

Unsere Werte, wie Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Verantwortung, prägen unsere Maßnahmen. Menschenwürde, weil Sicherheit immer die Würde des Einzelnen respektieren muss (Art. 1 GG). Freiheit, weil Schutz nicht durch übermäßige Eingriffe in Grundrechte erkaufte werden darf. Gleichheit, weil Polizeiarbeit und Justiz fair und diskriminierungsfrei handeln müssen. Solidarität, weil Prävention, Schutzräume und Nachbarschaften allen zugutekommen. Verantwortung, weil Sicherheitspolitik Krisen vorausschauend begegnet, statt nur zu reagieren.

Wir bekennen uns zur Lehre aus der Geschichte: Bildung, Zivilgesellschaft und Rechtsstaat müssen Faschismus und Extremismus wirksam entgegenreten. Ein handlungsfähiger Staat schützt vor Bedrohungen der Demokratie durch starke Institutionen, unabhängige Gerichte, Medienfreiheit und europäische Zusammenarbeit.

RECHT UND SICHERHEIT IM ALLTAG, FÜR ALLE GRUPPEN

Viele Menschen, vor allem Frauen und andere marginalisierte Gruppen, fühlen sich unsicher. Häusliche Gewalt bleibt ein akutes Risiko hinter verschlossenen Türen. Manche erleben polizeiliche Maßnahmen als unverhältnismäßig oder respektlos. Zugleich binden symbolische Grenzkontrollen Personal der Bundespolizei, während Prävention, Schutzräume und verlässliche Hilfe vielerorts nicht ausreichen. Das Ergebnis: weniger Vertrauen, mehr Vermeidung. Sicherheit, die sich nicht für alle gleich anfühlt.

Gefahrenabwehr ist Ländersache. Das soll sie auch bleiben. Sie entscheidet sich im Alltag: auf öffentlichen Plätzen, in Wohnungen, an Haltestellen. Uneinheitliche Ausstattung, Ausbildung und Kontrolle schwächen die Wirksamkeit: Einsätze werden riskanter, Verfahren ziehen sich. Wo Menschen diskriminierende Erfahrungen machen oder vermuten, nimmt die Kooperationsbereitschaft ab und Spannungen wachsen. Unabhängige Aufklärung von Fehlverhalten, sichtbare Präsenz und

kluge Gestaltung des öffentlichen Raums stärken Vertrauen. Europäische Zusammenarbeit erhöht Sicherheit; nationale Alleingänge an Grenzen binden Kräfte, ohne nachweislich mehr Schutz zu schaffen. Moderne Sicherheitspolitik schützt Freiheit.

Alle Menschen bewegen sich in Baden-Württemberg frei: Plätze sind hell und belebt, Wege sicher, Tag und Nacht. Betroffene von häuslicher Gewalt sind zuverlässig geschützt; Täter werden wirksam auf Abstand gehalten. Polizeiarbeit ist transparent, deeskalierend und diskriminierungsfrei; Fehlverhalten wird unabhängig aufgeklärt. Unterschiedliche Gruppe (Jugendliche, Ältere, Frauen, People of Colour, queere Menschen sowie Menschen mit Behinderung) erleben Kontrollen als fair und nachvollziehbar. Technik unterstützt, Grundrechte bleiben gewahrt. Ressourcen fließen dorthin, wo sie wirklich schützen: in Prävention, Präsenz und europäische Zusammenarbeit. Sicherheit wird spürbar: fair, verlässlich, für alle.

Femizide verhindern *Schutz, der wirkt, bevor es zu spät ist*

Niemand soll in Angst leben, erst recht nicht in der eigenen Wohnung. Fast jeden Tag stirbt eine Frau an häuslicher Gewalt⁵³. Wir wollen, dass Frauen und ihre Kinder in Baden-Württemberg sicher sind: zu Hause, am Arbeitsplatz, auf dem Heimweg. Schutz muss funktionieren: Tag und Nacht.

Wir führen als europäische Best Practice die elektronische Fußfessel für Gefährder:innen bei häuslicher Gewalt und Stalking nach spanischem Modell ein, so wie es bereits in Schleswig-Holstein verabschiedet ist⁵⁴. Die Fußfessel definiert Schutzradien rund um Wohnung, Arbeitsplatz oder Kita. Nähert sich

der Täter diesen Zonen, werden Opfer und Polizei automatisch alarmiert und Streifen sofort entsandt. Unter den fast 13.000 überwachten Fällen gab es in Spanien in den vergangenen 13 Jahren keine Femizide mehr⁵⁵. Die Anordnung erfolgt richterlich, mit klaren Kriterien, regelmäßiger Gefährdungsprüfung und Datenschutzaufsicht.

Parallel stärken wir die Nachsorge: Frauenhäuser sind überbelegt und unterfinanziert⁵⁶.

Deshalb bauen wir Plätze aus, sichern eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung (statt Projektabhängigkeit) und erweitern um Krisenwohnungen, Beratung, Traumahilfe und Kinderbetreuung. Polizei und Justiz priorisieren Hochrisikofälle mit standardisierten Risiko-Tools und enger Zusammenarbeit von Opferschutz, Staatsanwaltschaft und Gerichten. So drehen wir die Logik um: Nicht Opfer müssen gehen, Täter:innen müssen Abstand halten.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Nicht nur am Tag

Abends zu Fuß nach Hause gehen, auf dem Heimweg am Bahnhof warten, noch schnell etwas einkaufen: all das sollte selbstverständlich angstfrei möglich sein. Doch viele Menschen, besonders Frauen, fühlen sich im öffentlichen Raum oft unsicher. Das schränkt Freiheit ein. Wir wollen, dass sich alle Menschen, egal wann und wo, sicher fühlen können, ohne sich ständig umschaun oder Umwege machen zu müssen.

Wir setzen konsequent auf Prävention, die man sieht. Bewährte Lichtkonzepte werden

landesweit ausgerollt: Bessere Grundausleuchtung, bewegungsabhängiges Licht und eine Gestaltung, die dunkle Ecken reduziert und Wege intuitiv lesbar macht, nach dem Best-Practice vom Tübinger Hauptbahnhof. So sinkt das Unsicherheitsgefühl, und es entstehen Räume, die Menschen gern nutzen. Ergänzend sorgen regelmäßige Polizeistreifen an sensiblen Orten und zu kritischen Zeiten für Präsenz und schnelles Eingreifen. Diese Kombination aus kluger Gestaltung und verlässlicher Präsenz macht Sicherheit spürbar – ohne zusätzliche Hürden im Alltag.

Polizeigewalt transparent aufklären

Unabhängige Kontrolle & klare Rechte

Polizei soll Vertrauen schaffen – für alle. Wer eine Kontrolle erlebt, soll sie als fair, begründet und respektvoll wahrnehmen. Fehlverhalten muss konsequent aufgeklärt werden, ohne dass Kollegialität oder politische Interessen dazwischenfunken. So fühlen sich

unterschiedliche Gruppen, z. B. Jugendliche, Ältere, Frauen, People of Colour, queere Menschen und Menschen mit Behinderung, gleichermaßen geschützt und ernst genommen. Tragische Fälle wie der Tod Oury Jallohs in Polizeigewahrsam zeigen, wie

wichtig unabhängige Aufklärung und transparente Verfahren sind⁵⁷.

Die Hoheit über die Polizei hat normalerweise das Innenministerium. Wir richten eine unabhängige Ermittlungsstelle für mutmaßliche Polizeigewalt ein – organisatorisch beim Justizministerium angesiedelt, mit eigener Leitung und klaren Befugnissen. Betroffene erhalten auf Wunsch eine Kontrollquittung, damit Anlass, Ort und Rechtsgrundlage dokumentiert sind und der Rechtsweg niedrigschwellig möglich wird. In Schulen,

Rathäusern und Online-Portalen erklären wir einfach den Verwaltungsrechtsweg, damit alle Menschen Rechte kennen und nutzen können. In der Polizeiausbildung stärken wir Deeskalation, Antidiskriminierung, Sensibilisierung und Supervision verbindlich; Streifenarbeit wird soziologisch begleitet, Führungskräfte werden darin geschult, Fehlverhalten zu erkennen und abzustellen. Eine vielfältigere Personalgewinnung – inklusive Menschen mit Migrationsgeschichte – stärkt die Glaubwürdigkeit nach innen und außen. Ergebnis: mehr Transparenz, mehr Fairness, mehr Vertrauen.

FREIE ZIVILGESELLSCHAFT, FREIZÜGIGKEIT & DIGITALE SOVERÄNITÄT

Unsere offene Gesellschaft steht von zwei Seiten unter Druck: Online verzerren Desinformation und intransparente Plattformregeln Debatten – digitale Räume werden als Verbreitungsort von Propaganda und Desinformation missbraucht⁵⁸; auch große Plattformen (TikTok, Meta, X.com etc.) üben über Think Tanks Einfluss auf die Meinungsbildung aus⁵⁹. Zivilgesellschaft wird durch Einschüchterungsklagen (SLAPP⁶⁰) unter Druck gesetzt. Nach aktueller Studienlage führten die Corona-Pandemie, das Fehlen von Freizeitangeboten im öffentlichen Raum sowie Wohnraummangel zu Vereinsamung⁶¹ und damit zu größerer Anfälligkeit für Manipulation. Zugleich geraten Schengen und damit die Freizügigkeit durch nationale Alleingänge ins Wanken; proprietäre Blackbox-IT schwächt digitale Souveränität und Vertrauen.

Ein Teil der Herausforderungen sind hybride

Gefahren (Desinformation, plattformgetriebene Manipulation, grenzüberschreitend digital). Resilienz entsteht durch faktenbasierte Kommunikation und Schutz der Zivilgesellschaft, durch verlässliche Schengen-Freizügigkeit sowie digitale Souveränität: Technologie, die europäisch geprüft, interoperabel und auditierbar ist.

Baden-Württemberg ist für uns ein Ort, an dem man frei sprechen, widersprechen und sich sicher informieren kann. Wir schaffen eine landeseigene Taskforce gegen Desinformation und hybride Bedrohungen. Vergleichbare Einrichtungen existieren in Frankreich und Schweden⁶². Wir wollen öffentliche Freizeitangebote – „Dritte Orte“ – wieder zurückbringen und den Wohnraummangel aktiv bekämpfen, damit Menschen Anschluss finden statt in Echokammern zu rutschen. Wir stärken Medienkompetenz im Schulunterricht, damit alle

Quellen prüfen, Algorithmen verstehen und Debatten fair führen können. Anti-SLAPP-Regeln schützen Engagement, indem sie missbräuchliche Einschüchterungsklagen früh stoppen. Schengen bleibt verlässlich für

Pendelnde, Familie, Wirtschaft. Alleingänge, die diese Errungenschaft behindern, werden beendet. Polizei- und Behörden-IT sind offen prüfbar, europäisch betrieben und unabhängig von außereuropäischen Lock-ins.

Kontrollen an deutschen Grenzen beenden **Schengen als gute Errungenschaft bewahren**

Wer in Grenzregionen wohnt, pendelt, arbeitet oder liefert, braucht offene, verlässliche Grenzen und einen Staat, der rechtsstaatlich und faktenbasiert handelt. Wir erfinden keine Notlage für unverhältnismäßige Grenzkontrollen, denn eine solche Notlage gibt es laut verwaltungsgerichtlicher Prüfung nicht⁶³. Wir wollen das Schengen-System bewahren, weil es Menschen konkret nützt: Freies Pendeln, Familienbesuche ohne Hürden, stabile Lieferketten und Tourismus. Nationale Alleingänge dürfen nicht – wie jüngst in Polen – zum Einstieg in eine Erosion von Schengen werden.

Wir beenden anlasslose Grenzkontrollen und setzen auf eine gemeinsame EU-Lösung. Wir möchten nicht, dass vor Ort Kräfte gebunden werden, Überstunden steigen – statt sich wich-

tigeren Fällen zu widmen⁶⁴. Die Grenzkontrollen verursachen hohe Kosten: Bisher mindestens 80,5 Millionen Euro im Sommer 2025⁶⁵. Der Nutzen ist fraglich: Der Rückgang der Asylzahlen 2025 fällt zeitlich zusammen mit dem Fall des Assad-Regimes in Syrien, nicht mit zusätzlichen Kontrollen⁶⁶.

Baden-Württemberg wirkt über den Bundesrat auf die Beendigung dieser Kontrollen durch die Bundespolizei hin und verstärkt stattdessen gemeinsame Fahndung und Informationssysteme, Schwerpunkt-Ermittlungen gegen Schleusungen und kommunale Integrationsarbeit. So fließen Ressourcen dorthin, wo sie wirklich schützen – Mobilität, Wirtschaftskraft und Rechtsstaat bleiben verlässlich.

Anti-SLAPP

Menschen vor Einschüchterungsklagen schützen

Wer Missstände anspricht, recherchiert, demonstriert oder bloggt, darf keine Angst vor ruinösen Klagen haben. Initiativen, Journalist:innen, Forscher:innen und Ehrenamtliche brauchen Rückenwind statt Einschüchterung und eine Streitkultur, in der Argumente zählen, nicht das Anwalts-Budget.

Nicht nur bei der Landespolizei, sondern auch vor Gericht sehen wir Reformbedarf. Zivilgesellschaftliches Engagement wird gefährdet, wenn SLAPP-Klagen es verhindert sollen.

Wir bringen über den Bundesrat ein Anti-SLAPP-Gesetz auf den Weg: Mit früher Zuläs-

sigkeitsprüfung (Early Dismissal) für offensichtlich missbräuchliche Klagen, Kostenumkehr zu Lasten der Klägerseite bei Missbrauch, sowie klaren Kriterien, wann es sich um eine SLAPP handelt. Wir etablieren Fortbildungen für Justiz und Verwaltung zu SLAPP-Mustern und veröffentlichen einen

jährlichen Monitoring-Bericht über Umfang, Branchen und Ergebnisse. Öffentliche Einrichtungen erhalten Leitfäden zum Umgang mit Einschüchterungsstrategien, Kommunen niederschwellige Ansprechstellen. So stellen wir sicher: Engagement wird geschützt, Missbrauch des Rechts gestoppt.

Taskforce gegen Desinformation **„Dritte Orte“ & Medienkompetenz**

Wer scrollt, will wissen, was stimmt, ohne Angst, manipuliert zu werden. Wir wünschen uns eine Öffentlichkeit, in der Diskussionen wieder verbinden statt spalten: Jugendliche, Eltern, Senior:innen; alle finden verlässliche Informationen, reale Begegnungsorte und eine Kultur, in der Widerspruch normal ist. Die Corona-Pandemie, das Fehlen von Freizeitangeboten im öffentlichen Raum „Dritte Orte“ und Wohnraummangel führen zu Vereinsamung insbesondere unter Jugendlichen, dadurch wird man zur leichten Beute für Desinformation aus dem Internet, was zu einer leichteren Empfänglichkeit für demokratiegefährdende Einstellungen führen kann⁶⁷.

Wir richten eine landeseigene Taskforce gegen Desinformation und hybride Bedrohungen ein: rechtsstaatlich verankert, mit klaren Zuständigkeiten, Transparenzberichten, kommunaler

Beratung und einem Schnellhilfe-Team für Behörden, Schulen und Vereine (Materialien, Faktenchecks, Krisenleitfäden). Die Taskforce koordiniert mit Bund und EU und achtet strikt auf Datenschutz und Grundrechte. Parallel bringen wir öffentliche Freizeitangebote – „Dritte Orte“ – zurück und bekämpfen den Wohnraummangel aktiv: Wir fördern Jugendhäuser, Bibliotheken, Quartiertreffs, Sport- und Kulturangebote verlässlich, damit Menschen sich begegnen statt in Echokammern zu rutschen. Außerdem stärken wir Medienkompetenz im Schulunterricht: Quellen prüfen, Bilder/Videos verifizieren, Algorithmen verstehen, fair debattieren – mit Fortbildungen für Lehrkräfte und leicht zugänglichen Angeboten für Eltern. So verbinden wir Schutz vor Manipulation, soziale Teilhabe und Bildung, und machen Baden-Württemberg digital resilient, ohne Freiheit einzuschränken.

Keine Abhängigkeit von US-Konzernen **Palantir ist der falsche Partner**

Wer Anzeige erstattet, als Zeug:in erfasst wird oder Hilfe ruft, muss sich darauf verlassen können: Unsere Daten liegen in europäisch

kontrollierten, überprüfbaren Systemen – nicht in Blackboxes, deren Funktionsweise und Zugriffe unklar sind. Wir wollen moderne,

wirksame Ermittlungsarbeit ohne Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern und mit starken Grundrechten: nachvollziehbar, auditierbar, vertrauenswürdig. Die Einführung der „Gotham“-Software ist keine einfache Installation, die sich schnell wieder rückgängig machen lässt. Es handelt sich um ein strategisches Betriebsmodell, das Abhängigkeiten und langfristige Integrationen mit sich bringt. Baden-Württemberg beschafft keine Palantir-Gotham-Lösung, sondern setzt auf eine europäische, offene IT-Architektur. Künftige Systeme müssen:

1. quelloffen oder mindestens auditierbar sein (externe Code-Prüfung, Sicherheits-Audits)
2. im EU-Rechtsrahmen betrieben werden (Datenhaltung, Support, Haftung)
3. interoperabel zwischen Ländern/Behörden funktionieren
4. eine Exit-Strategie garantieren (kein Vendor-Lock-in)
5. Privacy by Design und Transparenzberichte liefern.

Palantir wurde vom US-Milliardär Peter Thiel mitgegründet, einem engen Vertrauten und Finanzier der Trump-Regierung⁶⁹. Diese Herkunft allein macht die Software für den Einsatz in kritischer Sicherheitsinfrastruktur bereits hochproblematisch. Ob Gotham tatsächlich konform mit dem Datenschutzrecht in Deutschland und der EU arbeitet, bleibt unklar. Es gibt keine Möglichkeit, den Quellcode zu prüfen. Zudem ist nicht prüfbar, was mit den persönlichen Daten geschieht. Es kann sein, dass sie nicht sicher vor Zugriff aus den unter Trump immer autoritärer, und abnehmender Rechtsstaatlichkeit agierender U-Regierung wären. Sie könnten dann etwa bei Cyberattacken genutzt werden

So hat die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) 2025 mehrere Verfassungsbeschwerden gegen Palantir-Regelungen eingereicht, u. a. in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen⁷⁰. Sie kritisiert, dass die massenhafte Analyse von Bürger:innendaten gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und das Fernmeldegeheimnis verstößt, und fordert wirksame Kontrollen und Transparenz. Daher wird die Nutzung von Palantir für die Polizei auch durch die Regierungen anderer Bundesländer abgelehnt⁷¹.

Kooperation statt Insellösung: Wir orientieren uns am Best Practice Innovation Hub 110 (Hessen)⁶⁸. Ziel ist die gemeinsame Nutzung/Weiterentwicklung kompatibler Tools, gemeinsame Beschaffung und geteilte Standards (APIs, Datenmodelle, Protokolle). Für sensible Analysen gelten enge Zweckbindungen, Rollen-/Rechtekonzepte, Vier-Augen-Freigaben und regelmäßige Datenschutz-

Folgenabschätzungen. Ein unabhängiger Beirat aus Zivilgesellschaft, Datenschutz und Wissenschaft begleitet die Kooperation und veröffentlicht jährliche Öffentlichkeitsberichte.

So bekommen Polizei und Verwaltung leistungsfähige, sichere IT mit verlässlichem Schutz von Daten und Grundrechten.

EINSATZKRÄFTE & KATASTROPHENSCHUTZ

GUT AUSGERÜSTET, AUCH FÜR DIE ZUKUNFT

Die Klimakrise bringt mehr Starkregen, Überschwemmungen und Vegetationsbrände. Einsätze werden komplexer, doch die Ausstattung von Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und Wasserwacht hängt oft von der Kassenlage ab. Deeskalationsmittel wie Taser sind bundesweit uneinheitlich geregelt, Funk und Software sind fragmentiert, Beschaffungen dauern zu lang. Das schwächt die Gefahrenabwehr und belastet Rettungskräfte und Polizei gleichermaßen.

Schutz entsteht, wenn Rettungskräfte und Polizei verlässlich, kompatibel und rechtsstaatlich arbeiten können. Gute Ausrüstung ist kein „Mehr an Härte“, sondern mehr Sicherheit und Fairness:

- Bodycams und Fahrzeugkameras schützen Bürger:innen und Beamt:innen zugleich: sie dokumentieren, wirken deeskalierend und klären Streitfälle.
- Taser sind nur unter klaren Bedingungen ein milderer Mittel zwischen Ansprache und

Schusswaffe im Streifendienst.

- Einheitliche Standards bei Fahrzeugen, Funk und Software sichern Zusammenarbeit; Datenschutz, Transparenz und unabhängige Kontrolle bleiben gesetzt.

Mit zweckgebundener, bedarfsgerechter Landesfinanzierung wird Sicherheit unabhängig von der Postleitzahl.

Wir wollen dass Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und Wasserwacht modern, einheitlich und kompatibel ausgerüstet: sind Bodycams und Fahrzeugkameras machen Einsätze nachvollziehbar und schützen Bürger:innen wie Einsatzkräfte; Taser stehen, wo sinnvoll, unter strengen Regeln, Training und Kontrolle bereit; Funk, Fahrzeuge und Software greifen nahtlos ineinander. Beschaffung erfolgt vorausschauend, die Wartung ist gesichert, Übungen sind regelmäßig, und auch finanzschwache Kommunen verfügen über passende Ausstattung. So kommt Hilfe schnell, fair und grundrechtsfest.

Arbeit der Einsatzkräfte erleichtern

Schützen, dokumentieren, näher dran sein

Wer Hilfe ruft, soll sich auf schnelle, störungsfreie Einsätze verlassen können – und darauf, dass alles fair, transparent und respektvoll abläuft. Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei brauchen Schutz vor Übergriffen und falschen Beschuldigungen. Gleichzeitig wünschen wir uns mehr Nähe: regelmäßige Begegnungen, bei denen

man ins Gespräch kommt, statt nur im Ernstfall aufeinanderzutreffen.

Wir behalten Bodycams bei der Landespolizei bei und verankern im Polizeigesetz, dass die Kamera auf Zuruf der Betroffenen eingeschaltet werden muss. Bei der Feuerwehr erproben wir Bodycams in klar definierten

Einsatzlagen (z. B. bei Angriffen oder massiver Behinderung) mit strengen Datenschutz- und Löschfristen. Einsatzfahrzeuge erhalten Videoaufzeichnung beim Einschalten des Blaulichts, um Einsatzfahrten nachvollziehbar zu dokumentieren – Bodycams können eine deeskalierende Wirkung haben⁷².

Damit Nähe nicht nur am Tag der offenen Tür entsteht, etabliert die Polizei regelmäßige Besuche in Kitas, Schulen, Betrieben, interkulturellen Zentren und Asylunterkünften sowie Infostände auf Marktplätzen und Universitäten. Für interne Hinweise schaffen wir, wenn

Fehler oder Fehlverhalten im Kollegium auffallen, eine landesweite anonyme Meldestelle nach CIRS-Vorbild – Critical Incident Reporting System: anonym, lernorientiert, nimmt kritische Ereignisse auf, analysiert Muster und gibt Rückmeldungen, mit verlässlichem Schutz vor Repressalien durch Vorgesetzte⁷³. Wer Rettungsgassen blockiert, gafft oder Einsatzkräfte tötlich angreift, wird konsequent verfolgt; die dokumentierten Aufnahmen aus Bodycams oder aus Kameras an den Einsatzfahrzeugen erleichtern die Beweisführung. So werden Einsätze sicherer, transparenter.

Elektroschockpistolen als zusätzliche Ausrüstung

Aber nicht bedingungslos

Wo Situationen gefährlich eskalieren, braucht die Polizei im Streifendienst ein minder schweres Mittel zwischen Worten und Schusswaffen. Taser können Angriffe in kurzer Distanz stoppen und Leben schützen, ohne tödliche Gewalt. Gleichzeitig müssen Gesundheit, Grundrechte und Vertrauen gewahrt bleiben.

Wir erlauben den Einsatz von Tasern im Streifendienst nur unter klaren Bedingungen. Sobald Taser oder Schusswaffe aus dem Holster gezogen werden, startet die Bodycam automatisch; jede Anwendung wird von der durch uns geschaffenen unabhängigen Ermittlungsstelle beim Justizministerium dokumentiert und auf mögliche Polizeigewalt geprüft. Wir legen enge Einsatzkriterien fest: Deeskalation vor Zwang, medizinische Risikoprüfung, Nachsorge und verpflichtende Schulungen. Dabei berücksichtigen wir

gesundheitliche Risiken bei Menschen mit Adipositas und Herz-Kreislauf-Erkrankungen⁷⁴ und den erforderlichen Nahbereich für einen wirksamen Einsatz⁷⁵. Um Verwechslungen zu vermeiden, setzen wir auf unterschiedliche Holster-/Griffkonzepte und Stresstraining, denn Waffenverwechslungen hatten international tödliche Folgen⁷⁶. Anwendung und Wirkung werden datenbasiert erfasst; wir prüfen systematisch auf Ungleichbehandlung und veröffentlichen die Ergebnisse, gerade weil gewaltvoller Missbrauch gegenüber marginalisierten Gruppen bereits in der Vergangenheit dokumentiert wurde⁷⁷. Zugleich bleibt der Taser in der Gesamtbetrachtung das mildere Mittel gegenüber der Schusswaffe, etwa bei Angriffen mit Nahkampfwaffen⁷⁸. Der Taser ist damit ein zusätzliches, klar geregeltes Mittel, das den Schusswaffengebrauch im Streifendienst noch seltener machen soll.

Vorbereitet sein auf die Katastrophen von morgen

Krisenfester Katastrophenschutz, landesweit fair finanziert

Wir wünschen uns, dass Ereignisse wie die Ahrtaflut 2021, die Brände in Los Angeles (Januar 2025) oder die Waldbrände in Europa (Sommer 2025) niemanden mehr unvorbereitet treffen. Baden-Württemberg soll so aufgestellt sein, dass Evakuierungen geordnet laufen, Heimat und Eigentum bestmöglich geschützt sind, Verletzte vermieden und Menschenleben gerettet werden. Wenn im Jahr 2024 bereits knapp die Hälfte der 135.000 Feuerwehreinsätze auf Hochwasser- und Unwetterlagen entfiel, doppelt so oft wie 2023⁷⁹, dann soll unser System genau das abbilden: mehr Vorsorge, mehr Ausrüstung. Wir wünschen uns gleiche Sicherheit unabhängig von der Postleitzahl: Ob finanzstark oder finanzschwach, jede Gemeinde, jeder Kreis verfügt über die Technik, die Fahrzeuge und die Teams, die im Ernstfall zählen.

Wir setzen bei der Katastrophenhilfe auf eine landesweite, bedarfsgerechte und zweckgebundene Bezuschussung vom Land, egal ob Schutzkleidung, Boote, Fahrzeuge, Gebäude, Funk oder Software. Wir sorgen mit einheitlichen Standards dafür, dass Technik überall kompatibel ist. Beschaffung organisieren wir vorausschauend mit Rahmenverträgen, gemeinsamen Lagerbeständen und Wartungspools, damit Material vorhanden ist, bevor die Krise da ist. Leitstellen und Lagedienste werden auf eine robuste, interoperable Digitalplattform gehoben. Nachbarschaftshilfe zwischen Kommunen wird verbindlich geregelt, auch grenzüberschreitend. So wird aus Insellösungen ein Netz, das trägt – und Hilfe kommt schnell, professionell und gut ausgerüstet.

STARKE JUSTIZ

ATTRAKTIV, DIGITAL, MODERN

Wer heute Recht sucht, wartet zu oft zu lange: Verhandlungen werden verschoben, Entscheidungen kommen spät, und „elektronische Akte“ bedeutet PDF statt Plattform. Das Justizwesen kämpft mit Personalmangel und einer Bezahlung⁸⁰, die hinter der freien Wirtschaft zurückbleibt; Nachwuchs bleibt aus, Einstellungsmaßstäbe geraten unter Druck. In Justizvollzugsanstalten fehlen Sanierung und Platz – mit der Folge, dass Haftantritte

verschoben oder Strafen verkürzt werden. Und im Jurastudium fehlt eine entlastende Zwischenstufe; zeitgemäße Pflichtinhalte, etwa zu Sexualdelikten, sind nicht Standard. Ergebnis: Vertrauen leidet.

Die Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaats und – historisch bedingt – Sache der Länder. Das soll so bleiben. Doch wenn sie langsam arbeitet, kommen Rechte im Alltag

nicht an. Darum brauchen wir mehr Menschen, die sich gern für Robe und Staatsdienst entscheiden – mit guter Bezahlung und modernen Arbeitsbedingungen. Verfahren müssen wirklich digital laufen: eine gemeinsame Plattform mit klaren Standards und sicheren Schnittstellen statt PDF-Ablagen. Zugleich stärken wir die Grundlagen: sanierte, sichere Justizvollzugsanstalten und ein Jura-studium, das entlastet (integrierter Bachelor) und wichtige Inhalte verbindlich lehrt. So werden Entscheidungen schneller, verständlicher und verlässlicher.

In Baden-Württemberg müssen Verfahren zügig laufen und verständlich sein. Gerichte

und Staatsanwaltschaften arbeiten mit einer modernen Justizplattform, die Akten, Fristen und Kommunikation verlässlich steuert – kompatibel mit anderen Ländern, barrierefrei und sicher. Talente entscheiden sich gern für den Staatsdienst, weil Bezahlung, Arbeitszeitmodelle und Fortbildung stimmen.

Justizvollzugsanstalten sind saniert und sicher ausgerichtet; Rückfallquoten sinken. Das Jura-studium bietet einen integrierten Bachelor vor dem ersten Staatsexamen und verankert Sexualdelikte als Pflichtfach – realitätsnah und respektvoll. Kurz: Eine starke Justiz, die Recht nicht verspricht, sondern schnell, digital und bürgernah durchsetzt.

Justizwesen stärken

Bessere Bezahlung & attraktivere Laufbahnen

Wer Recht sucht, soll nicht monatelang warten. Wir wollen Gerichte, die Termine halten, Entscheidungen klar erklären und verlässlich sind, getragen von Richter:innen und Staatsanwält:innen, die ihren Beruf gern machen und bleiben. Junge Talente sollen sich bewusst für Robe und Staatsdienst entscheiden, weil sie dort gutes Arbeiten, gute Bezahlung und echte Entwicklungschancen finden.

Wir heben die Vergütung in der Justiz spürbar an und orientieren sie an der Verantwortung der Ämter, damit der Staatsdienst im Wettbe-

werb mit der freien Wirtschaft besteht. Nachwuchs gewinnen wir früh: mit praxisnahen Referendariatsstationen, Mentoring, planbaren Teilzeit- und Familienmodellen, sowie klaren Pfaden in Leitungsfunktionen. Geschäftsstellen und Serviceeinheiten werden personell gestärkt, damit Richter:innen entscheiden statt verwalten. Fortbildungen in Verhandlungsführung, Kommunikation und digitalem Arbeiten werden fester Standard sein. Engpässe gleichen wir durch bedarfsge-rechte Stellen aus – statt die Einstellungsmaßstäbe abzusenken. So werden Verfahren schneller, die Qualität steigt.

Digitalisierung der Justiz

Echte Plattform statt PDFs

Wer klagt, erbt, sich trennt oder einfach eine Auskunft braucht, soll nicht an Formularen und Wartezeiten scheitern. In Baden-Württemberg gibt es seit dem Jahreswechsel 2023/2024 an allen Gerichten elektronische Aktenführung⁸⁶. Jetzt wollen wir, dass sich das auch wie echte Digitalisierung anfühlt: verständlich und barrierefrei, mit verlässlichen Fristen, einsehbaren Akten und planbaren Terminen. Und wenn jemand von Baden-Württemberg in ein anderes Bundesland verlegt wird, sollen Akte und Daten mitgehen, nicht auf Papier im Umschlag landen.

Wir setzen auf eine konsequente Digitalisierung bei den Gerichten und den Justizvollzugsanstalten und bauen dafür eine landeseinheitliche Justizplattform, die mit

anderen Ländern kompatibel ist: strukturierte e-Akten statt gescannter PDFs, sichere E-Zustellung, Vorlagen und automatisierte Fristen. Für einfache Fälle gibt es digitale Anträge und Auskünfte in klarer Sprache; Schnittstellen (z. B. XJustiz) werden konsequent genutzt, damit Staatsanwaltschaften, Gerichte, JVs und Anwaltschaft medienbruchfrei arbeiten. Daten liegen im EU-Rechtsraum, mit Privacy by Design, Protokollen und klaren Löschfristen; regelmäßige Datenschutz-Folgenabschätzungen (DPIA) und Barrierefreiheits-Checks sind Pflicht. Schulungen und Support entlasten die Praxis, damit Richter:innen entscheiden, statt Dateien zu verwalten. Ergebnis: schnellere Verfahren, weniger Wege – und eine Justiz, die digital wirklich hilft.

Jurastudium reformieren

Integrierter Bachelor & Sexualdelikte als Pflichtfach

Aktuell kann nach fünf Jahren Studium jemand beim Nichtbestehen der ersten juristischen Prüfung ohne Abschluss dastehen. Dieses Risiko trifft die Jurastudierenden hart: Der Druck ist hoch, fördert Stress und Konkurrenzdenken⁸¹ und führt teils zu abwertenden Äußerungen ("Blockversager"). Wir wollen ein Studium, das Leistung anerkennt, Sicherheit gibt und besser auf die Praxis vorbereitet.

Baden-Württemberg führt einen integrierten Bachelor als automatische Zwischenstufe vor der ersten juristischen Prüfung ein. Die Fakultäten im Land fordern das seit Längerem⁸²;

bislang existiert nur an der Universität Konstanz ein gesetzlich gestützter Modellversuch⁸³. Andere Länder gehen voran: Rheinland-Pfalz führt den integrierten Bachelor ab Wintersemester 2025/26 landesweit ein⁸⁴. Wir halten am System der zwei juristischen Prüfungen fest; der integrierte Bachelor senkt das Risiko und macht Leistungen mobil. Auch inhaltlich möchten wir die Lehre modernisieren. Sexualdelikte sind, anders als beispielsweise Delikte zur körperlichen Unversehrtheit und Tötungsdelikte, in keinem Bundesland Pflichtstoff⁸⁵. Phänomene wie Catcalling oder Femizide sehen wir dadurch

nicht ausreichend im Studium behandelt und die sexuelle Selbstbestimmung als hohes Rechtsgut nicht gewürdigt. Wir wollen Sexualdelikte zum Pflichtstoff machen. Wir wollen Baden-Württemberg in die Vorreiterrolle unter

den Ländern bringen. Wir möchten unsere Jurastudierende so ausbilden, damit alle Beteiligten zu Ihrem Recht kommen. So entsteht ein faires, realitätsnahes Jurastudium, das unseren Rechtsstaat durch motivierte Kräfte verstärkt.

Justizvollzugsanstalten sanieren **Plätze sichern, humane Standards**

Strafen müssen verlässlich vollstreckt werden, ohne Wartelisten oder ohne Notlösungen. In Baden-Württemberg sind Justizvollzugsanstalten ausgelastet und teils marode; dadurch fallen Haftplätze weg. Wenn Antritte verschoben oder Strafen verkürzt werden, verlieren Opfer und die Öffentlichkeit Vertrauen. Wir wollen Anstalten, in denen Sicherheit und Menschenwürde zusammengehen: Keine maroden Gebäude, genug Personal, Platz für Arbeit, Schule, Therapie und geordneten Tagesablauf. So wird Rückfallprävention real und die Gesellschaft spürbar

sicherer.

Wir starten ein Sanierungs- und Neubauprogramm für Baden-Württembergs JVs, das Kapazitäten sichert und moderne Standards herstellt: Sichere, baulich intakte Gebäude mit funktionierenden Werkstätten, Unterrichtsräumen, Besuchsbereichen und Gesundheitsversorgung. Wo Gebäude nicht mehr wirtschaftlich sanierbar sind, ersetzen wir sie zielgenau. Ergebnis: genügend Plätze, bessere Bedingungen und weniger Rückfälle.

WO DEMOKRATIE LEBT, BRAUCHT SIE KRAFT

POLITISCHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT SICHERN

Die Jugendtreffs schließen, weil das Geld fehlt. Verwaltungsmitarbeitende sind am Limit. Schulen, Schwimmbäder oder Straßen verfallen – und die Kita-Plätze reichen hinten und vorne nicht. In vielen Kommunen Baden-Württembergs geht die politische Handlungsfähigkeit dramatisch zurück. Während Land und Bund neue Aufgaben delegieren, bleiben die Städte, Gemeinden und Landkreise mit leeren Kassen zurück. Wer politische Verant-

wortung übernimmt, muss immer öfter verwalten statt gestalten. Gerade in finanzschwachen Regionen entsteht so ein gefährlicher Teufelskreis: Rückstand, Frust, Demokratieverdrossenheit.

Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie. Hier erleben Menschen den Staat unmittelbar: im Bürgerbüro, auf dem Spielplatz, in der Schule. Wenn dort nichts mehr

geht, verliert der Staat Vertrauen – und mit ihm die Demokratie. Zahlreiche Kommunen können angesichts der Finanznot die laufenden Ausgaben schon jetzt nicht mehr aufbringen. Bei den Städten und Gemeinden sind dies bis zu 70 Prozent, bei den Landkreisen wären es sogar 80 Prozent⁸⁷⁸⁸. Gleichzeitig nehmen die Aufgaben zu: Klimaschutz, Digitalisierung, soziale Infrastruktur. Ohne ausreichende Mittel droht ein Rückzug aus der Fläche – besonders im ländlichen Raum. Dabei zeigen andere Länder wie Frankreich oder Estland, wie es gehen kann: Stabile Finanzierungsmodelle, digitale Kompetenzen und klare Zuständigkeiten machen dort die lokale Verwaltung zukunftsfähig.

Wir wollen, dass jede Kommune in Baden-Württemberg stark, souverän und zukunftsfähig handeln kann – ganz gleich, ob im Oberzentrum oder auf dem Dorf. 2035 bedeutet das: Jede Stadt, jede Gemeinde hat stabile Einnahmen, gut ausgebildetes Personal, moderne Infrastruktur und digitale Prozesse. Politische Entscheidungen werden vor Ort getroffen – auf Augenhöhe mit Land und Bund. Die Kitas laufen, der Nahverkehr fährt, Bürger:innen erleben ihren Staat als handlungsfähig und zugewandt. Kommunale Selbstverwaltung ist keine Worthülse mehr, sondern gelebte Realität: demokratisch, gerecht und innovativ.

Solidarische Vermögenssteuer für die Landeshaushalte

Große Vermögen tragen große Verantwortung tragen

Unser Wohlstand entsteht durch Arbeit und doch zahlen vor allem die arbeitenden Menschen die Rechnung für eine Gesellschaft, die immer mehr Aufgaben zu bewältigen hat: Klimaschutz, Bildung, Pflege, Digitalisierung, soziale Sicherheit. Gleichzeitig wachsen große Vermögen ungebremst – oft steuerfrei. Wir finden: Wer am meisten von der Arbeit anderer profitiert, soll auch einen gerechten Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Denn ein starker Staat darf nicht dauerhaft auf Kosten derer finanziert werden, die das Land am Laufen halten.

Wir setzen drei Bausteine um, per Bundesratsinitiativen und klarer Landeslinie:

- Wir reaktivieren die Vermögenssteuer mit hohen Freibeträgen (5 Millionen Euro) und

progressiven Sätzen, damit große, konzentrierte Vermögen spürbar beitragen, während selbstgenutztes Wohneigentum, Altersvorsorge und die Mitte geschützt bleiben. Schlupflöcher werden geschlossen, Vermögensarten gleichmäßig behandelt. Die Einnahmen fließen an die Länder – und stärken damit direkt die Handlungsfähigkeit vor Ort.

- Wir machen die Erbschaftsteuer gerechter: Hohe Freibeträge (5 Millionen Euro) für normale Erbschaften, klare Progression für sehr große Vermögensübergänge. Betriebsvermögen wird nicht pauschal befreit, sondern über verlängerte Rückzahlungsfristen begünstigt – nur, wenn der wesentliche Teil des Privatvermögens im Unternehmen gebunden ist. Bedingungen:

Arbeitsplätze, Löhne und Standorte bleiben erhalten; Ausschüttungs- und Entnahmebremsen verhindern Mitnahmeeffekte; bei Verstößen greift eine Nachversteuerung (Clawback). So vermeiden wir Notverkäufe im Mittelstand – ohne Sonderprivilegien für Große.

- Die Einnahmen aus Vermögen- und Erbschaftsteuer fließen in einen gemeinsamen Soidaritätsfonds der Länder. Die

Verteilung erfolgt transparent nach zwei Kriterien: Steuerkraft (damit schwächere Länder aufholen können) und sozialer Bedarf (z. B. Kinderarmut, Investitionsstau, Pflegebedarf, ÖPNV-Lücken). Das sorgt für Planbarkeit und dafür, dass auch Länder mit wenig Wohlstand gezielt investieren können. In Baden-Württemberg werden die Mittel im Landeshaushalt klar priorisiert (Frühkindbildung, Sanierungen, Pflege, Mobilität, digitale Verwaltung) und jährlich offengelegt.

NEUES MAß: LEBENSEINKOMMEN

Unser Ansatz ist einfach und gerecht: Alles, was Menschen für ein sicheres Leben brauchen und mit ehrlicher Arbeit erwirtschaften, bleibt geschützt. Grundlage dafür ist das sogenannte **Lebenseinkommen** – also die Summe, die ein Mensch im Laufe seines Lebens durchschnittlich verdient. Analysen von Gehalt.de/Capital⁸⁹ und der IHK München/IAW Tübingen⁹⁰ zeigen, dass dieses Einkommen im Durchschnitt zwischen 1,5 und 2,5 Millionen Euro liegt.

Wir setzen bewusst einen deutlich höheren Freibetrag von 5 Millionen Euro pro Person. Damit bleibt nicht nur das eigene Leben in Würde und Sicherheit abgesichert, sondern auch das Familienhaus, die Fürsorge für Kinder und eine solide Altersvorsorge. Wer sein Leben lang arbeitet, Rücklagen bildet und für Angehörige vorsorgt, soll dieses Fundament in jedem Fall behalten dürfen.

Erst Vermögen, die weit über das hinausgehen, was für ein sehr gutes Leben mit Fürsorge, Eigentum und Sicherheit erforderlich ist, werden anteilig besteuert. Das Fundament für ein gutes Leben – Einkommen, Familie, Haus und Vorsorge – bleibt unantastbar. Und wer mehr hat, verliert dadurch keinen Wohlstand, sondern trägt ein Stück Verantwortung für das Gemeinwohl.

Damit diese Grenze auch in Zukunft fair bleibt, wird sie regelmäßig überprüft und an soziale, solidarische und wirtschaftliche Kriterien angepasst. So stellen wir sicher, dass das Prinzip dauerhaft gilt: Das Leben und die Familie sind geschützt. Das Übermaß trägt Verantwortung.

Diese Steuern waren in Zeiten des Wirtschaftswunders tragende Säulen unserer öffentlichen Infrastruktur. Sie haben dabei geholfen, Schulen, Straßen, Sozialsysteme

und den Rechtsstaat aufzubauen. Seit Jahrzehnten ruhen sie, und mit ihnen fehlt eine verlässliche, gerechte Finanzierungsquelle für staatliche Aufgaben.

Kein Platz für Korruption

Bestechlichkeit und Selbstbereicherung unter den Amtsinhabenden sind Laster, die sich die Landespolitik nicht leisten darf. Wenn Menschen in der Politik fragwürdige Geldsummen erhalten und die Interessen von Lobbygruppen schwerer wiegen als die der Gesellschaft, leidet die Demokratie.

Deshalb ist es die Pflicht der Landespolitik, Korruption zu bekämpfen. Dafür muss die Koordinierungsgruppe Korruptionsbekämpfung gestärkt werden. Sowohl bessere Ausstattung als auch bewusste Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung sind dringend notwendig.

Landes-Investitionsfonds für kommunale Infrastruktur

Für spürbare Verbesserungen im Alltag

Wenn es durchs Schuldach tropft, der Aufzug im Rathaus nicht funktioniert oder der einzige Sportplatz gesperrt ist, spüren Bürger:innen direkt, was ein Investitionsstau bedeutet. In vielen Städten und Gemeinden Baden-Württembergs ist das Alltag. Die Gebäude sind marode, der Nahverkehr veraltet und digitale Ausstattung fehlt, während neue Aufgaben wie Ganztagsbetreuung, Wärmeplanung oder Barrierefreiheit dazukommen. Die Kommunen wollen investieren, können es aber nicht. Wir wollen, dass unsere Städte und Dörfer wieder zukunftsfähig werden: mit einem verlässlichen Investitionsfonds, der wirklich bei den Menschen ankommt.

Wir schaffen einen Landes-Investitionsfonds für kommunale Infrastruktur, ein Sondervermögen des Landes Baden-Württemberg mit einem mehrjährigen Budget von mehreren Milliarden Euro. Damit werden gezielt Sanierungen, Digitalisierungsprojekte und klimafreundliche Infrastrukturmaßnahmen in Städten, Gemeinden und Landkreisen ermöglicht. Die Vergabe erfolgt unkompliziert: durch Pauschalen, transparente Zielvereinbarungen und klare Kriterien wie Sozialstruktur und Investitionsstau. So können Kommunen eigenständig planen und Bürger:innen erleben, wie ihre Umgebung spürbar besser wird: in Schulen, Krankenhäusern, Buslinien, Sportstätten und Rathäusern.

Konnexitätsgesetz BW

Damit Kommunen nicht mehr ausbaden, andere beschließen

Wir wünschen uns, dass Kommunen nicht länger um jeden Euro kämpfen müssen, wenn es um die Zukunft ihrer Bürger:innen geht. Wir wünschen uns Schulen, in denen gute Ideen nicht am Geld scheitern, und Klimaschutz, der nicht an der Finanzierung zerbricht. Das Land muss seine Versprechen halten: Aufgaben, die beschlossen werden, müssen auch bezahlt werden. Nur so können Städte und Gemeinden das tun, was sie am besten können.

Die Landesverfassung enthält in Artikel 71 das Konnexitätsprinzip, doch in der Umsetzung greift es zu kurz. Kostenschätzungen sind oft

unrealistisch, indirekte Belastungen werden ignoriert, und Nachforderungen bleiben zäh und langwierig. Wir wollen das ändern: Mit einem eigenen Konnexitätsgesetz. Dieses Gesetz verpflichtet das Land, jede Aufgabenübertragung mit verbindlicher Finanzierung zu hinterlegen. Es sorgt für belastbare Kostenschätzungen, klare Kompensationsmechanismen und eine Stärkung der kommunalen Spitzenverbände als Kontrollinstanz. Indirekte Belastungen wie Berichtspflichten oder neue Standards werden berücksichtigt. Damit bleibt klar: Wer Aufgaben verteilt, muss Verantwortung übernehmen.

Steuern und Kostenträger zusammen bringen

Kommunen an Konsumsteuern beteiligen

Wenn Jugendliche zur Zigarette greifen oder Menschen mit Suchterkrankungen allein gelassen werden, springen Städte und Gemeinden ein: mit Präventionsprogrammen, Beratung, Sozialarbeit und Gesundheitsdiensten. Viele Kommunen in Baden-Württemberg sind Träger von Krankenhäusern und finanzieren die öffentliche Gesundheitsversorgung entscheidend mit. Doch obwohl sie die Kosten tragen, gehen die Milliarden-Einnahmen aus der Tabak- und Schaumweinsteuer vollständig an den Bund. Das ist ungerecht. Wir wollen, dass die Mittel dort ankommen, wo die gesellschaftlichen Folgen spürbar sind. Nur so können Prävention, Sucht-

hilfe und Gesundheitsversorgung langfristig gesichert werden.

Wir fordern eine Änderung des Artikel 106 des Grundgesetzes: Die Einnahmen aus der Tabak- und Schaumweinsteuer sollen künftig vollständig an die Bundesländer gehen und von dort anteilig an Städte und Landkreise weitergegeben werden. So können Kommunen gezielt in Suchtprävention, Aufklärung und Gesundheitsversorgung investieren. Baden-Württemberg bringt dafür eine Bundesratsinitiative ein. Die Steuer bleibt, aber sie bekommt endlich eine sozial gerechte Verwendungsstruktur. Denn wer die Folgen von

Konsum trägt, muss auch die Mittel zur Bewältigung erhalten. Das stärkt nicht nur die kommunale Handlungsfähigkeit, sondern auch

das Vertrauen in den Staat da, wo die Menschen ihn am meisten spüren: vor Ort.

Kommunalkompakt 2030+

Kommunen brauchen eine verlässliche Grundfinanzierung

Wenn das Schwimmbad schließt, weil kein Geld da ist. Wenn neue Schulen gebraucht würden, aber der Haushalt es nicht hergibt. Wenn Pflegeberatung, Teilhabeprojekte oder die Wärmeplanung ins Stocken geraten: Dann erleben Menschen vor Ort, dass der Staat nicht mehr funktioniert. In immer mehr Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg ist genau das Alltag. Wir wollen, dass die öffentliche Hand vor Ort unabhängig vom Konjunkturverlauf wieder handlungsfähig wird

und langfristig investieren und Aufgaben in der Bildung, Integration und der digitalen Verwaltung eigenständig erfüllen kann.

Mit dem Kommunalkompakt 2030+ schaffen wir eine neue Grundlage für finanzielle Verlässlichkeit. Das Land verpflichtet einen festen Anteil seiner Einnahmen für die Kommunen, orientiert an Aufgabenlast und Sozialstruktur, nicht nur an der Einwohnerzahl, mit klaren Zielvereinbarungen und planbaren Mitteln.

Standardisierte Förderverfahren & digitale Verwaltungsplattformen

Damit Digitalisierung endlich entlastet, statt belastet

In vielen Rathäusern stapeln sich die Förderanträge. Gerade kleinere Kommunen können die dringend benötigten Mittel nicht abrufen, weil das Personal fehlt, die Verfahren zu komplex sind oder digitale Tools nicht zusammenpassen. So bleibt viel Gutes liegen: Sanierungen, Sozialprojekte, Klimaschutzmaßnahmen. Gleichzeitig erleben Bürger:innen eine Verwaltung, die oft frustriert, statt zu erleichtern. Wir wollen das ändern. Digitalisierung und Förderpolitik müssen endlich so funktionieren, dass sie Menschen und Kommunen stärken statt ausbremsen.

Wir schaffen ein einheitliches, digitales Förderportal für alle Programme des Landes – mit einfachen Antragsverfahren, klaren Vorlagen und dem Prinzip: Daten nur einmal erfassen („Once Only“).

Gleichzeitig bauen wir nutzerfreundliche Verwaltungsplattformen auf Open-Source-Basis auf, die barrierefrei und interoperabel sind. Kommunen und interkommunale IT-Dienstleister gestalten mit. So wird Digitalisierung zu einem echten Hebel für Effizienz, Teilhabe und Vertrauen.

Landesstrategie für kommunale Fachkräftegewinnung

Damit Kitas öffnen, Bauanträge bearbeitet und Pflegebedarfe versorgt werden

Wer auf einen Kitaplatz wartet, eine Baugenehmigung braucht oder Hilfe beim Pflegeantrag sucht, kennt das Problem: Die Anträge stapeln sich, die Rückmeldungen dauern. In vielen Kommunen fehlen Fachkräfte. Besonders im ländlichen Raum wird die Lage dramatisch. Dabei steht und fällt unsere Demokratie mit einer Verwaltung, die funktioniert. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort auf ihre Verwaltung zählen können.

Dafür entwickeln wir eine landesweite Fachkräftestrategie, die sich gezielt auf den

kommunalen Bedarf ausrichtet. Das Land fördert Ausbildung, Duales Studium und Quereinstieg und schafft Anreize für Rückkehrende und Fachkräfte über 50. Durch eine Plattform für kommunale Berufe, schnellere Anerkennungsverfahren und entbürokratisierte Einstellungen bekommen Gemeinden echte Chancen im Wettbewerb um Talente. Moderne Arbeitsbedingungen, mobiles Arbeiten und klare Entwicklungsperspektiven machen die Verwaltung zum attraktiven Arbeitsplatz und den öffentlichen Dienst zu einer starken Säule für das Gemeinwohl.

Digitale Kompetenzzentren für kommunale Verwaltung

Digitalisierung darf nicht an der Gemeindegrenze scheitern

Digitale Verwaltung soll den Alltag erleichtern. Doch in vielen Rathäusern herrscht Frust statt Fortschritt. Gerade kleine und mittlere Kommunen wissen oft nicht, wie sie die nötigen Digitalprojekte stemmen sollen. Wer IT-Sicherheit, Online-Dienste, Barrierefreiheit oder moderne Datenverwaltung bauen will, scheitert zu oft an der Komplexität. Bürger:innen warten auf echte Verbesserungen. Wir wollen, dass Kommunen nicht länger allein bleiben, sondern handlungsfähig werden.

Wir schaffen landesweit regionale digitale Kompetenzzentren, die Kommunen bei Digita-

lisierungsprojekten beraten und praktisch begleiten. Im Fokus stehen kleine und mittlere Gemeinden. Die Zentren bieten Hilfe bei IT-Sicherheit, Datenmanagement, Onlinezugangsgesetz (OZG), Open Source und digitaler Kommunikation. Sie arbeiten eng mit bestehenden IT-Dienstleistern, Hochschulen und der Civic-Tech-Szene zusammen. Ziel ist nicht nur Wissenstransfer, sondern echte Umsetzungsunterstützung. So entstehen landesweit nutzbare Lösungen, die Zeit, Geld und Nerven sparen. Und digitale Verwaltung wird zu dem, was sie sein sollte: verständlich, sicher, effizient und für alle erreichbar.

SOZIALE GEGENSTÄNDLICHKEIT

**HENRIK
METJE**

**LUDWIGSBURG
LISTENPLATZ 8**

„Als Sozialarbeiter ist es mir wichtig, dass wir eine Welt schaffen, die **mehr Inklusion statt Exklusion bietet**. Arbeitsplätze müssen **inklusiver** werden, **Queere Menschen** und Themen nicht ausgeschlossen sondern **sichtbar gemacht** werden, die **Jugend sollte mehr Möglichkeiten** bekommen mitzugestalten und das **Ehrenamt** gestärkt werden.“

SOZIALES

FÜR EIN SOLIDARISCHES BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir finden, dass alle in Baden-Württemberg selbstbestimmt und in sozialer Sicherheit leben können müssen, ohne Angst vor der Zukunft. Uns leitet dabei die Überzeugung: Niemand darf durchs Raster fallen, weder junge queere Menschen, die Schutz und Sichtbarkeit brauchen, noch ältere Menschen, die würdevoll leben wollen. Vielfalt, Inklusion und Gerechtigkeit sind keine Sonderthemen, sondern der Maßstab für eine funktionierende Gesellschaft.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg ein Land ist, in dem Menschen füreinander eintreten, in dem Ehrenamt und Engagement Anerkennung finden und in dem Unterstützung nicht als Bittstellerei, sondern als gemeinschaftliche Verantwortung verstanden wird. Soziale Strukturen müssen Sicherheit geben, damit Menschen ihre Talente entfalten können.

Uns leitet dabei die Haltung: Solidarität ist kein Almosen, sondern ein Recht. Gesellschaftlicher Fortschritt entsteht dort, wo Unterschiede nicht trennen, sondern unser Zusammenleben bereichern.

QUEERES LEBEN & VIELFALT

Das queere Leben ist fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Trotzdem sind Menschen aus der LGBTQ+-Community in Baden-Württemberg nach wie vor Diskriminierung, rechtlicher Unsicherheit und mangelnder

Sichtbarkeit ausgesetzt. Besonders junge queere Menschen leiden häufiger unter psychischen Belastungen und Gewalt, während gleichzeitig Unterstützungsangebote oft unzureichend sind.

Queere Sichtbarkeit & Gesundheit

Queere Menschen erfahren Schutz vor Diskriminierung und Gewalt, wenn staatliche Institutionen und die Gesellschaft konsequent für Vielfalt eintreten. Ein verbesserter Zugang zu psychischer und körperlicher Versorgung bedeutet, dass Betroffene frühzeitig Hilfe finden. Durch sichtbare Anerkennung und sichere Strukturen wird Zugehörigkeit gefördert.

Wir fordern den Ausbau von queeren Beratungs- und Anlaufstellen in allen Regionen,

insbesondere im ländlichen Raum, damit Unterstützung wohnortnah erreichbar ist. Polizei, Justiz und medizinisches Personal erhalten Sensibilisierungsschulungen, um den Bedürfnissen queerer Menschen gerecht zu werden. Gesundheitspersonal in allen Bereichen muss geschult werden, um Berührungspunkte abzubauen und medizinische Versorgung sicher und inklusiv durchzuführen.

Diversität & Bildung

In der heutigen Gesellschaft ist es nicht unüblich, dass sich bereits Schüler:innen im Kindes- und Jugendalter als queer outen. Die Dunkelziffer derjenigen, die queer sind, aber diese nicht offen ausleben, ist deutlich höher. Gerade in der sensiblen Phase der Identitätsfindung brauchen Kinder und Jugendliche besonderen Schutz und Unterstützung. Wir können Schulen zu sicheren Orten machen, in denen Lehrkräfte sensibilisiert sind und in denen queere Schüler:innen sich entfalten und ihre Identitätsfindung stärken können.

Wir setzen uns für eine Förderung von Kultur- und Sichtbarkeitsprojekten ein, um das queere Leben in allen Lebensbereichen, auch über Schulen hinaus, sichtbarer zu machen. Eine Grundbildung zu queeren Lebensrealitäten muss im Lehrplan verankert werden. Dabei müssen insbesondere alle Dimensionen grundsätzlich dargestellt werden. Es geht also nicht darum, dass Schüler:innen alle Begriffe der queeren Kultur auswendig lernen. Stattdessen sollen junge Menschen, die grundsätzlich keine Anziehung empfinden, wissen, dass Asexualität und aromantisches Leben normal sind.

Menschen, die sich zu mehreren Personen hingezogen fühlen, müssen lernen, was poly-amores Leben ist und dass sie sich für eine konsensuale Beziehungsform entscheiden können. Und Schüler:innen müssen vermittelt bekommen, dass intergeschlechtliches Leben

ein normaler Teil unserer Gesellschaft ist. Des Weiteren ist es vonnöten, dass es weitere Landesförderungen für queere Jugendzentren und Safe-Spaces gibt. Und letztendlich müssen Lehrkräfte und Schüler:innen zum Thema queeres Leben sensibilisiert werden.

Recht & Gleichstellung

Es wird sichergestellt, dass queere Menschen die gleichen Rechte und faire Behandlung bekommen. Das Land schützt konsequent die Rechte von Regenbogenfamilien, queere Geflüchtete und Transmenschen. Insbesondere queere Menschen mit Fluchterfahrung dürfen nicht grundsätzlich als "nicht schutzbedürftig" interpretiert werden, wenn sie keine direkten Nachweise für persönliche Verfolgung haben.

Die Kombination einer queeren Identität und einem Herkunftsland, das diese unterdrückt, muss als Asylgrund respektiert werden. So schaffen wir ein Bundesland, in dem alle Menschen mit Respekt und Würde leben.

Wir machen uns für ein Landesantidiskriminierungsgesetz stark, das queere Menschen vor Benachteiligung durch Behörden schützt und eine klare Beschwerdestelle vorsieht. Des Weiteren soll das Bundesland bei der Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes aktiv begleiten: Standesämter werden geschult, Verfahren vereinfacht und Angestellte sensibilisiert. Wir fordern, dass queere Geflüchtete in sicheren Unterkünften untergebracht werden und Zugang zu spezialisierten Beratungsstellen erhalten. Das Land soll zudem die Beratung von Regenbogenfamilien stärken und deren rechtliche, sowie soziale Anerkennung fördern.

GEMEINSAM SOZIAL

VIelfalt, Inklusion, Generationengerechtigkeit

Inklusion im Arbeitsmarkt

Menschen mit wesentlichen Behinderungen haben deutlich geringere Chancen, inklusive Arbeitsplätze zu finden. Durch Hürden auf dem Arbeitsmarkt bleiben viele Talente, Erfahrungen und individuelle Fähigkeiten ungenutzt. Nur 0,6 % der Betroffenen finden

außerhalb von Werkstätten eine Anstellung oder nach der Schule einen Ausbildungsplatz^{91 92}. Obwohl bereits Anpassungen vorgenommen wurden, etwa die Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die keine Menschen mit Behinderung beschäftigen,

haben sich die Jobmöglichkeiten für Betroffene nicht verbessert. Für viele Firmen ist die Ausgleichszahlung weiterhin eine bequemere Alternative zu inklusiven Arbeitsplätzen, wodurch echte Teilhabe am Arbeitsmarkt verhindert wird⁹³.

Menschen mit Behinderungen sollten die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben damit wir als Gesellschaft jedes Talent nutzen können. Arbeitsplätze sollten inklusiver gestaltet sein. Schon Schüler:innen mit Behinderung sollten gezielt dabei unterstützt werden, ihren Weg in eine Ausbildung oder ein Studium zu finden.

Wir fordern, dass Leistungen für Menschen mit Behinderung aus einer Hand kommen und

barrierefrei zugänglich sind. Unternehmen sollen ihre Inklusivität transparent machen können, etwa als Best Practice durch einen freiwilligen Inklusions-Score nach britischem Vorbild⁹⁴ und größere Betriebe verbindlich Inklusionsbeauftragte in die Geschäftsführung integrieren. Inklusions-Coaches sollen dauerhaft Menschen mit Behinderung und Arbeitgebende begleiten⁹⁵. Zusätzlich schaffen wir ein Landeszentrum für inklusive Arbeitsorganisation, das Unternehmen bei der Prozessgestaltung unterstützt und so Überlastung und Fehlzeiten vorbeugt. Die öffentliche Verwaltung soll als Vorbild vorangehen und mehr inklusive Arbeitsplätze bereitstellen. Außerdem fördern wir Übergangsprogramme an Schulen und Hochschulen.

Dritte Orte

Einsamkeit betrifft immer mehr Menschen in Baden-Württemberg: Laut WHO ist jeder sechste Mensch davon betroffen⁹⁶. Viele haben oft keinen Ort, an dem sie sich begegnen und austauschen können. Soziale Treffpunkte verschwinden, Integration für Minderheiten und Menschen mit Behinderung ist erschwert. Einsamkeit wirkt sich negativ auf die psychische Gesundheit, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt aus⁹⁷.

Wir wollen „Dritte Orte“ schaffen: sichere, inklusive Räume, in denen Menschen aller Altersgruppen, Fähigkeiten und Hintergründe zusammenkommen, Kontakte knüpfen, Talente einbringen und soziale Ressourcen stärken können. Diese Orte sollen Lebensqualität und Gemeinschaft fördern und damit mehr Teilhabe für alle ermöglichen⁹⁸.

Wir fordern einen landesweiten, altersunabhängigen Kulturpass, der allen Menschen freien oder vergünstigten Zugang zu Museen, Theatern, Konzerten, Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen ermöglicht. Kommunen werden verpflichtet, dauerhaft Räume für Jugendtreffs, Nachbarschaftszentren und Freizeitangebote bereitzustellen und zu finanzieren mit vielfältigen Angeboten, die sich am regionalen Bedarf orientieren: Repair-Cafés, Workshops, Spielertreffs sowie Kultur- und Freizeitaktionen direkt vor der Haustür. Sozialarbeitende werden fest in die Orte eingebunden, unterstützt durch Familienpaten und Coaches, die Integration und individuelle Begleitung ermöglichen. Ein Orts- und Nachtbus sorgt dafür, dass auch Menschen aus dem ländlichen Raum sicher und zuverlässig an diesen Angeboten teilnehmen können.

Jugendhilfe

Jugendliche, die während einer stationären Unterbringung volljährig werden, stehen vor großen Herausforderungen beim Übergang in ein selbstbestimmtes Leben, da sie häufig keine familiäre Unterstützung haben. Hinzu kommt, dass das stationäre Jugendhilfesystem unter Personal- und Ressourcendefiziten leidet und dringend mehr geschulte Fachkräfte sowie finanzielle Mittel benötigt.

Kinder und Jugendliche, die von ihren Familien getrennt werden, erfahren oft traumatisierende Belastungen, während es an Fachpersonal fehlt, das sie auffangen kann. Darüber hinaus arbeiten die beteiligten Institutionen nicht immer eng zusammen, regelmäßige Fallkonferenzen und Abstimmungen sind oft unzureichend.

Wir möchten die Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärken, damit sie aktiv in Entscheidungen über ihre eigene Unterstützung einbezogen werden. Jedes Kind und jeder Jugendliche soll die gleichen Chancen bekommen, um in das Erwachsenenleben zu starten. Gleichzeitig sollen Fachkräfte und das Hilfesystem die notwendige Unterstützung erhalten, um sich kontinuierlich weiterzubilden und enger mit allen beteiligten Stellen zu vernetzen. In allen Gesprächen und Planungen sollen jede Disziplin und die betroffenen Jugendlichen selbst

als Expert:innen ihres Bereichs anerkannt werden. Soziale Berufe sollen gesellschaftlich aufgewertet werden, um ihre zentrale Rolle sichtbar zu machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche aus belasteten Familiensystemen mit einem unabhängigen BAföG finanziell abgesichert werden und so selbstbestimmt in ein eigenständiges Leben starten können. Gleichzeitig werden Fachkräfte durch kontinuierliche Weiterbildung in Traumapädagogik, Bindungstheorien, Resilienz und evidenzbasierter Praxis gestärkt, während der Übergang von der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit aktiv begleitet wird. Jugendliche werden transparent in Hilfeplangesprächen einbezogen, und Fachkräfte, die zuvor am Fall beteiligt waren, stehen beratend zur Verfügung.

Um die Qualität der Hilfen zu sichern, sollen unabhängige Fachaufsichten und Beschwerdestellen etabliert sowie die Medikamentenvergabe streng kontrolliert werden. Best Practice Modelle wie die Jugendhilfe in Finnland (inklusive Beamtenstatus für Sozialarbeitende und Beteiligung vorheriger Fachkräfte in Hilfeplanungen⁹⁹) und Safe Together (evidenzbasierte Unterstützung für belastete Familien) sollen auf Deutschland übertragen werden, um Prävention und familienorientierte Hilfe zu stärken.

Jugendparlament

Obwohl seit 2015 der §41a der Gemeindeordnung die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken soll, werden politische

Entscheidungen für die Jugend oft ohne deren Beteiligung getroffen. Besonders kleinere Gemeinden stehen vor Herausforderungen

wie Fachkräftemangel, geringe Beteiligung vor Ort, hohe Fluktuation, unterrepräsentierte Gruppen und unzureichende Ausstattung für Jugendparlamente. Die politische Partizipation von Jugendlichen bleibt damit begrenzt, obwohl sie enormes Potenzial für frühe politische Bildung und gesellschaftliches Engagement bietet.

Entscheidungen für die Jugend werden selten durch die Jugend selbst getroffen. Das Jugendparlament wird oft nicht zu Sitzungen eingeladen, die für sie relevant sind. Das darf nicht sein, denn sonst bleibt ein enormes Potenzial für frühe politische Bildung und mehr Beteiligung aus der Mitte der Gesellschaft ungenutzt.

Volt setzt sich dafür ein, dass der §41a der Gemeindeordnung verbindlich umgesetzt wird und eine Kontrollinstanz eingeführt wird, die die Einhaltung prüft. Jugendparlamente sollen gestärkt werden durch feste Budgets, relevante Beteiligung an politischen Entscheidungen und Einbindung in kommunale

Gremien. Jugendliche erhalten Unterstützung durch Coachings, Workshops zu Rhetorik und Medienpräsenz, Mentoring-Programme und Talentförderung für politisch interessierte Jugendliche. Diese politischen Bildungsmaßnahmen sowie weitere Beteiligungsmöglichkeiten sollen abhängig von der Einwohnerzahl auch in Kommunen ohne Jugendparlament angeboten werden.

Besonders schwer erreichbare Gruppen wie Jugendliche in stationären Einrichtungen, Sonderbeschulung oder benachteiligten Stadtquartieren sollen gezielt angesprochen werden. Die Sichtbarkeit und Kommunikation wird durch mehr Medienpräsenz, Einbindung von Schulen und die Nutzung sozialer Medien erhöht. Die Infrastruktur wird gestärkt durch den Ausbau von Jugendtreffs, zusätzlichen Sozialarbeiterstellen und Fördermitteln für Forschung zur politischen Partizipation. Internationale Best Practices wie das European Youth Parliament sollen für Austausch, Debatten und europäische Vernetzung ausgebaut werden.

Freiwilliges Engagement und Ehrenamt

Freiwilliges und politisches Engagement ist zentral für gesellschaftlichen Zusammenhalt, wird aber oft unzureichend unterstützt. Ehrenamtliche stoßen auf bürokratische Hürden, fehlende Anerkennung und mangelnde Infrastruktur, während besonders junge Menschen, sozial benachteiligte Gruppen und Menschen mit Migrationshintergrund häufig nicht erreicht werden.

Volt will eine Gesellschaft, in der freiwilliges und politisches Engagement gestärkt, wertgeschätzt und gefördert wird. Alle Bürger:innen

sollen sich einbringen und aktiv an demokratischen Prozessen teilhaben können, wobei Ehrenamt als zentrale Säule sozialer Teilhabe, politischer Bildung und Verteidigung der Demokratie anerkannt wird.

Ehrenamtliches Engagement soll durch finanzielle und materielle Unterstützung, Mentoring, Schulungen und Weiterbildungen gefördert werden. Die Sichtbarkeit wird durch Auszeichnungen, Medienpräsenz und Kampagnen erhöht, Kooperationen zwischen Schulen, Jugendtreffs, Gemeinden und Organisationen

ermöglichen frühzeitiges Engagement. Politisches Ehrenamt wird gezielt unterstützt durch

Bildungsangebote, Mentoring und niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeiten.

Altenpflege und Lebensqualität im Alter

Die Pflegeinfrastruktur in Baden-Württemberg ist vielerorts unzureichend, Fachkräfte sind überlastet und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege erschweren eine langfristige Sicherstellung hochwertiger Betreuung. Viele ältere Menschen haben zudem nur eingeschränkte Möglichkeiten, selbstbestimmt und sicher in ihrem Wohnumfeld zu leben, da barrierefreie und betreute Wohnangebote noch nicht flächendeckend vorhanden sind.

Volt will ein Pflege- und Wohnsystem für ältere Menschen, das hochwertige Pflege, faire Arbeitsbedingungen und selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglicht. Alle

älteren Menschen sollen die Möglichkeit haben, würdevoll, sicher und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste werden gestärkt durch mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und gezielte Fachkräfteförderung. Barrierefreie Quartiere, betreutes Wohnen und technische Hilfsmittel sollen flächendeckend ausgebaut werden, um selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen. Zudem sollen Weiterbildungen und Schulungen für Pflegekräfte systematisch gefördert werden, um die Qualität der Betreuung zu sichern.

MIGRATION INTEGRATION

**REGINE
NEUWEILER-
TRAN**

**PFORZHEIM
LISTENPLATZ 11**

„Integration und Migration eröffnen Chancen, voneinander zu lernen und gemeinsam eine **gerechte, starke Gemeinschaft** zu gestalten.

Diese Vielfalt sorgt für eine wandlungsfähige, zukunftsorientierte Gesellschaft und Arbeitswelt. Ich möchte mich für eine **aktive Integration** aller Menschen **unabhängig von den Voraussetzungen und Hintergründen** einsetzen um die gesellschaftlichen Entfaltung für uns alle möglich zu machen.“

MIGRATION & INTEGRATION

FÜR EIN VIELFÄLTIGES BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg ist stark, weil es vielfältig ist. Menschen aus aller Welt haben unser Land geprägt, in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Heute haben über drei Millionen Menschen eine internationale Geschichte, ohne die Baden-Württemberg nicht dasselbe wäre. Unsere Lage im Herzen Europas verbindet uns eng mit der Welt. Offene Grenzen, Austausch und Vielfalt stärken unsere exportorientierte Wirtschaft. Autos, Maschinen oder Medizintechnik „Made in Baden-Württemberg“ gehen in alle Welt. Ebenso kommen Ideen, Fachkräfte und neue Impulse zu uns.

Gleichzeitig stellt uns der demografische Wandel vor große Herausforderungen: Viele gehen in Rente, während weniger junge Menschen nachrücken. Ohne Einwanderung fehlen Ärzt:innen, Pflegekräfte, Handwerkende und Lehrkräfte. Migration ist deshalb notwendig, um unser Land stark zu halten. Einwanderung bereichert uns aber nicht nur wirtschaftlich, sondern kulturell: mehrsprachige Kinder, internationale Festivals, kulinarische Vielfalt und neue Perspektiven machen uns resilienter, innovativer und kreativer. Volt setzt auf eine Politik, die Migration als Chance begreift. Integration bedeutet Teilhabe: Gleiche Rechte, Chancen und Verantwortung für alle

So bleibt Baden-Württemberg menschlich, wirtschaftlich stark und kulturell vielfältig: ein Land, das alle die Zukunft mitgestalten lässt.

Uns leitet die Überzeugung: Jeder Mensch, der in einem geordneten Rahmen die Möglichkeit erhält, sich zu entfalten, schafft damit auch die beste Grundlage, diese Entfaltung zu leben. Migration ist für uns deshalb keine Bedrohung, sondern eine Quelle für Wohlstand, Zusammenhalt und neue Ideen.

Gleichzeitig nehmen wir wahr, dass viele Menschen im Land Sorgen haben. Sie fragen, ob die Kommunen überfordert sind, ob Integration wirklich gelingt oder ob Kriminalität und Missbrauch zunehmen.

Darum gilt für uns: Integration heißt Teilhabe von Anfang an mit gleichen Rechten, Chancen und Verantwortung für alle. Aber auch mit klaren Regeln, schnellen Verfahren und verlässlicher Unterstützung für die Kommunen

Migration und Integration können wir in Baden-Württemberg nicht alleine lösen. Viele Fragen, von der Anerkennung von Abschlüssen über das Aufenthaltsrecht bis hin zu fairen Arbeitsbedingungen, werden auf Bundesebene entschieden. Gleichzeitig ist Migration kein rein deutsches Thema, sondern eine europäische Aufgabe.

Volt als europäische Partei setzt sich deshalb auf drei Ebenen für eine zukunftsfähige Migrationspolitik ein:

- auf europäischer Ebene, damit die EU ihrer Verantwortung gerecht wird,
- auf Bundesebene, wo die zentralen Gesetze entschieden werden,
- und im Land Baden-Württemberg, wo Integration konkret vor Ort gelingt.

BILDUNG ALS SCHLÜSSEL

Viele der von uns geforderten Reformen im Bildungsbereich stärken nicht nur alle Kinder und Jugendlichen, sondern wirken sich besonders positiv auf Schüler:innen mit Migrationshintergrund aus.

- „Assistenz- und Coachingprogramme, damit niemand abgehängt wird“ bedeutet, dass auch neu angekommene Kinder und Jugendliche individuell begleitet werden, um Lernrückstände aufzuholen und ihre Potenziale zu entfalten.
- „Lebenslanges Lernen“ als Grundrecht und „Sprach- und Abendschulen zusätzliche Finanzierung“ schaffen die Grundlage, dass auch Eltern mit Migrationshintergrund unsere Sprache erlernen, Abschlüsse nachholen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.
- „Sozial-emotionales Lernen“ und „Klassenzeit für Gemeinschaft und Fairness“ fördern gezielt gegenseitigen Respekt, Empathie und die Fähigkeit, Konflikte friedlich zu lösen.
- „Gesundheitsbildung“ und „tägliche Bewegung für alle“ stärken Gesundheit, Teilhabe und die gemeinsame Erfahrung von Zugehörigkeit unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund.

Mit der Umsetzung unserer bildungspolitischen Forderungen wird auch Migration und Integration in Schulen wesentlich besser gelingen. Bildung, die „nicht blockiert, sondern Türen öffnet“, ist der Schlüssel für eine Gesellschaft, die Vielfalt als Stärke lebt.

MIGRATION NACH BADEN-WÜRTTEMBERG

FÜR WOHLSTAND IN GEMEINSAMER ZUKUNFT

Baden-Württemberg steht vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits brauchen wir dringend qualifizierte Fachkräfte in Pflege, Bildung, Handwerk und Technik. Ohne sie droht unser Land an Wohlstand, Versorgung und Innovationskraft zu verlieren. Andererseits sind viele Bürger:innen besorgt. Sie fragen sich, ob unsere Gesellschaft die Aufnahme weiterer Menschen verkraftet, ob Kommunen überlastet werden oder ob Zuwanderte ausreichend integriert werden. Hinzu kommen Ängste vor Kriminalität und Sozialbetrug.

Diese Sorgen sind ernst zu nehmen. Lange Verfahrensdauern, unklare Regeln und Einzelfälle, die medial besonders hervorgehoben werden, tragen zum Vertrauensverlust bei. Das führt dazu, dass der Diskurs immer härter und spaltender wird.

Migration ist nicht nur Realität, sondern Notwendigkeit. Der demografische Wandel schreitet unaufhaltsam voran: Immer mehr Menschen gehen in Rente, immer weniger junge Menschen rücken nach. Ohne Einwanderung können wir diesen nicht bewältigen. Unser Wohlstand hängt davon ab, dass wir Arbeitnehmende, Unternehmer:innen und Konsumierende aus aller Welt gewinnen. Nicht irgendwann, sondern jetzt.

Gleichzeitig gilt: Integration gelingt nur, wenn sie von Anfang an ernst genommen wird. Sprache, Werte und Teilhabe dürfen nicht Monate oder Jahre warten. Ein schneller Arbeitsmarktzugang, faire Verfahren und Unterstützung der Kommunen sind entscheidend.

Wir wollen ein Baden-Württemberg, das Migration als Chance begreift und Integration zur Erfolgsgeschichte macht. Im Jahr 2035 soll kein Kind mehr zurückgelassen werden, weil es die Sprache nicht versteht. Alle Migrant:innen sollen ab Tag 1 die Möglichkeit haben, zu lernen, zu arbeiten und Teil der Gesellschaft zu werden. Ärzt:innen, Handwerkende und Lehrkräfte aus aller Welt sollen ihre Berufe ohne jahrelange Warteschleifen ausüben können. Geflüchtete sollen nicht in Massenunterkünften verharren, sondern schnell faire Verfahren und eine klare Perspektive erhalten.

Unser Versprechen ist klar: Wir schaffen verbindliche Regeln, effiziente Verfahren und echte Chancen. Wir machen Integration zu einer Investition in unsere Zukunft. Sie stärkt unser Sozialsystem, sichert unser Wirtschaftswachstum, bewahrt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und macht Baden-Württemberg zu einem Land, das stolz auf seine Vielfalt ist.

Sprache, Werte und Teilhabe von Anfang an *Für eine gelungene Integration ab Tag 1*

Wir wollen, dass Begegnungen gelingen, dass Missverständnisse verschwinden und dass Bürger:innen erleben, wie Sprache Brücken baut und unsere Gemeinschaft stärkt. Ein Kind, das neu nach Baden-Württemberg kommt, soll nicht monatelang schweigend im Klassenzimmer sitzen, weil es die Sprache nicht versteht. Eine Familie soll nicht isoliert in einer Unterkunft leben, ohne zu wissen, welche Rechte, Pflichten und Möglichkeiten sie hat. Unser Ziel ist, dass Zugewanderte von Beginn an Orientierung, Sprachförderung und Teilhabe erfahren, damit sie schnell ankommen, Freundschaften knüpfen und sich zuhause fühlen.

Volt setzt sich dafür ein, dass Integration nicht erst nach Monaten beginnt, sondern sofort. Deshalb fordern wir verpflichtende Integrationskurse ab Woche 1. In vier bis acht Wochen erhalten Zugewanderte eine Einführung in die deutsche Sprache, in unsere Werte sowie in ihre Rechte und Pflichten. Damit Inhalte für alle verständlich sind, stellen wir mehrsprachige Materialien bereit. Alltagsnahe Angebote wie Kinderbetreuung, Sportvereine oder Kulturinitiativen öffnen sich ab dem ersten Tag für Neuankommende. So schaffen wir Orte, an denen Begegnung entsteht, Vertrauen wächst und Integration erlebbar wird.

Arbeiten dürfen statt Warten *Für schnelle Eigenständigkeit und weniger Bürokratie*

Wer nach Baden-Württemberg kommt, soll nicht monatelang untätig bleiben müssen. Viele Zugewanderte wollen von Beginn an arbeiten, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und ihre Fähigkeiten einbringen. Arbeit bedeutet Würde, Selbstständigkeit und die Chance, Teil der Gesellschaft zu werden. Wenn Zugewanderte sofort arbeiten können, entlastet das Kommunen und Sozialsysteme. Bürger:innen sehen, dass Menschen Verantwortung übernehmen, Steuern zahlen und die Wirtschaft stärken, anstatt in Warteschleifen festzustecken. So entsteht Vertrauen und ein Gefühl von Fairness.

Volt setzt sich dafür ein, dass Arbeitsmarktzugang und Sprachförderung ab Tag 1 möglich sind. Statt monatelanger Wartezeiten schaffen wir eine Orientierungsphase von zwei Monaten mit Sprachkursen und beruflicher Orientierung, die vom Land finanziert wird. Wer dauerhaft arbeitet oder eine Ausbildung beginnt, soll durch ein reformiertes Chancenjahr eine sichere Aufenthaltsperspektive erhalten. Gemeinsam mit Wirtschaft und Kammern stellen wir sicher, dass Beschäftigung qualifiziert ist und Menschen in Betrieben ankommen, die sie wirklich brauchen.

Faire Asylverfahren

Für schnelle Entscheidungen und würdige Aufnahme

Menschen, die vor Krieg, Verfolgung oder Not nach Baden-Württemberg kommen, sollen nicht jahrelang in Unsicherheit leben. Sie brauchen faire, schnelle Verfahren und eine würdige Unterbringung, die besonders Kinder und vulnerable Gruppen schützt. Alle sollen wissen, woran sie sind und eine klare Perspektive haben, ob Zukunft hier möglich ist oder nicht. Wenn Asylverfahren transparent, gerecht und zügig sind, entsteht Vertrauen: Menschen, die Schutz verdienen, werden aufgenommen und wer kein Recht auf Asyl hat, weiß dies ebenfalls zeitnah und eindeutig.

Volt setzt sich für rechtsstaatliche, aber zugleich zügige Verfahren ein. Mit digitalen Akten und klaren Fristen verkürzen wir Verfahrensdauern deutlich. Kostenlose Rechtsberatung sorgt für faire Entscheidungen und schützt vor Fehltritten. Geflüchtete sollen dezentral in kleineren Einrichtungen untergebracht werden, statt in Massenunterkünften. Ab Tag 1 erhalten sie Zugang zur Gesundheitsversorgung, mit besonderen Schutzmaßnahmen für Kinder, Frauen und andere vulnerable Gruppen.

Zuwanderung statt Fachkräftemangel

Durch Anerkennung und Qualifizierung

Wir wünschen uns ein Baden-Württemberg, in dem Menschen mit ihren Fähigkeiten sofort etwas bewegen können. Ärzt:innen aus dem Ausland sollen ihre Patient:innen hier genauso schnell versorgen können wie in ihrer Heimat. Handwerkende, Ingenieur:innen oder IT-Spezialist:innen sollen ihre Talente direkt einsetzen dürfen. Und auch für die, die ohne formale Qualifikation zu uns kommen, soll es echte Chancen geben: Sie können sich bei uns weiterbilden, neue Fähigkeiten erlernen und Schritt für Schritt zu dringend benötigten Fachkräften werden. Niemand soll in Warteschleifen verharren oder dauerhaft im Niedriglohn gefangen bleiben. Wir eröffnen Wege, damit alle ihr Potenzial entfalten können.

Volt setzt auf Willkommenszentren nach europäischem Vorbild als Best Practice, sogenannte One-Stop-Shops. Dort werden Aufenthalt, Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Abschlüssen, Wohnraum und Kinderbetreuung aus einer Hand organisiert. Für Mangelberufe in Pflege, IT, Handwerk und Bildung schaffen wir Schnellverfahren. Gleichzeitig entwickeln wir Programme für Nachqualifizierung und Sprachförderung. Digitale Anerkennungsverfahren beschleunigen die Integration von Qualifikationen, während internationale Partnerschaften mit Herkunftsländern planbare Ausbildungs- und Berufswege ermöglichen.

Kommunen stark machen

Für Integration, die vor Ort gelingt

Wir wünschen uns Städte und Gemeinden, in denen Integration nicht als Belastung empfunden wird, sondern als Bereicherung. Zugewanderte Familien sollen von Anfang an gut wohnen können, Beratung und Unterstützung finden und ihre Kinder in Kitas und Schulen willkommen sehen.

Volt setzt sich für einen Landesintegrationsfonds ein, der die Kommunen mit verlässlichen

Pro-Kopf-Pauschalen unterstützt. Damit schaffen wir finanzielle Planungssicherheit für Wohnraum, Sozialberatung und dezentrale Unterbringung. Gleichzeitig wollen wir Kommunen gezielt dabei unterstützen, EU-Fördermittel zu beantragen und zu nutzen. So erhalten Städte und Gemeinden die Mittel, die sie brauchen, um Integration als Chance zu gestalten.

Sicherheit und Vertrauen

Für gesellschaftliche Akzeptanz und Zusammenhalt

Wir wünschen uns ein Baden-Württemberg, in dem sich alle Menschen sicher fühlen können, unabhängig davon, ob sie hier geboren wurden oder neu angekommen sind. Zugewanderte sollen erleben, dass sie in einem Land leben, das sie schützt und ihnen klare Regeln bietet. Bürger:innen sollen sehen, dass unser Staat konsequent handelt, Kriminalität bekämpft und Missbrauch verhindert, ohne Unterschiede nach Herkunft oder Status.

Volt setzt auf klare Konsequenzen bei Straftaten, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Der Rechtsstaat gilt für alle: Alle erhalten die gleichen Konsequenzen,

wenn Regeln verletzt werden. Menschen ohne Ausweispapiere sollen durch Fingerabdrücke, Datenabgleich und internationale Kooperation zuverlässig identifiziert werden. Gleichzeitig schaffen spezialisierte Stellen schnellere Bearbeitung solcher Fälle. Um Vertrauen zu stärken, setzen wir auf Digitalisierung gegen Sozialbetrug: vernetzte Systeme machen Leistungen transparent und Missbrauch schwieriger. Gleichzeitig gilt: Prävention durch Perspektiven wirkt besser als jede Strafe. Wer arbeiten darf, Sprache lernt und Teilhabe erlebt, hat deutlich geringere Risiken, straffällig zu werden.

Behördenkultur verändern

Für einen respektvollen Staat und funktionierende Verfahren

Wir wünschen uns ein Baden-Württemberg, in dem alle Menschen beim Kontakt mit Behörden das Gefühl haben, fair behandelt und respektvoll unterstützt zu werden. Zugewanderte sollen erleben, dass sie nicht in einem undurchsichtigen Dschungel aus Formularen und Schikanen stecken, sondern auf eine Verwaltung treffen, die ihnen Orientierung gibt und auf Augenhöhe handelt.

Auch für die Bürger:innen ist das wichtig: Sie erwarten, dass Behörden effizient arbeiten, klare Fristen einhalten und Entscheidungen transparent treffen. Vertrauen in den Rechtsstaat wächst dann, wenn Verfahren nachvollziehbar sind und Menschen den

Eindruck haben, dass Gerechtigkeit zählt – für alle gleich.

Volt setzt auf eine neue Behördenkultur: Beratung und Rückführungsentscheidungen werden klar getrennt, damit Vertrauen nicht zerstört wird. Mitarbeitende in Ämtern erhalten verpflichtende Schulungen in interkultureller Kompetenz und Antidiskriminierung, damit Kommunikation respektvoll und lösungsorientiert bleibt. Gleichzeitig sorgen digitalisierte Verfahren mit klaren Fristen für mehr Verlässlichkeit und Transparenz. So machen wir den Rechtsstaat im Alltag erfahrbar – als Partner der Menschen, nicht als Hürde.

DIGITAL ISIERUNG

**PEDRO
TREUER**

**TÜBINGEN
LISTENPLATZ 4**

„In meinem Masterstudium habe ich gelernt, welches **Potenzial Künstliche Intelligenz** hat. Sie kann **Krebs zuverlässiger erkennen** als Menschen oder Mobilität durch **autonome Autos** revolutionieren. Um diese und viele anderen **Chancen zu nutzen** müssen wir die Digitalisierung vorantreiben!“

**KEVIN
GRIMMEISEN**

**WEINHEIM
LISTENPLATZ 18**

„Digitalisierung ist **kein isoliertes Thema**. Bildung, Klimaschutz oder Gesundheit: Einfachere Prozesse und smarte Ansätze ermöglichen bessere Lösungen. Dabei dürfen **Sicherheit und Datenschutz** nie aus dem Auge verloren werden und man muss Personen bedenken, die technisch weniger versiert sind. Digitalisierung sollte uns unterstützen und **niemanden ausschließen**.“

DIGITALISIERUNG

FÜR EIN VORAUSDENKENDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie soll den Menschen dienen, Freiheit sichern und Demokratie stärken. Baden-Württemberg steht vor der Aufgabe, digitale Technologien so einzusetzen, dass sie Vertrauen schaffen, Sicherheit gewährleisten und den Alltag spürbar erleichtern. Uns leiten dabei Werte wie Freiheit, Transparenz, Sicherheit, Nachhaltigkeit und europäische Solidarität.

Künstliche Intelligenz wird in allen Bereichen unseres Lebens Wirkung entfalten: in Arbeit, Wirtschaft, Bildung, Kunst und im Sozialen. Sie kann enorme Chancen eröffnen, birgt aber auch Risiken wie kulturelle Veränderungen, die sich schleichend und langfristig auswirken, ebenso wie kurzfristige Entscheidungen mit kaum nachvollziehbaren Folgen. Wir müssen sicherstellen, dass KI zum Nutzen der Menschen eingesetzt wird, dass wir Risiken bewusst steuern und Gefahren, die durch missbräuchliche Nutzung im In- oder Ausland entstehen, konsequent abwehren können.

Wir glauben, dass echte digitale Teilhabe nur dann gelingt, wenn Bürger:innen die Kontrolle über ihre Daten behalten, wenn öffentliche Verwaltungen offen und verlässlich arbeiten und wenn Unternehmen faire, nachhaltige Rahmenbedingungen vorfinden.

Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg, das digitale Chancen allen zugänglich macht, das Innovation fördert und zugleich Missbrauch verhindert. Eine digitale Verwaltung, die nicht bremst, sondern beschleunigt. Eine Wirtschaft, die unabhängig bleibt und zugleich nachhaltige Lösungen hervorbringt. Eine Gesellschaft, in der KI verantwortungsvoll gestaltet wird. Und ein Europa, in dem digitale Technologien keine Hürde sind, sondern Türen öffnen.

VERWALTUNG FÖRdert WIRTSCHAFT & MENSCHEN

DIGITAL, OFFEN, AGIL

Unternehmen und Menschen in Baden-Württemberg leiden unter zu komplexen und langsamen Verwaltungsprozessen. Genehmigungen dauern zu lange, Lieferungen und Produktionen verzögern sich, Kosten steigen – und besonders der Mittelstand verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt: Viele Kommunen kämpfen mit mangelnder Digital-Expertise und fehlender Koordination. Statt gemeinsamer Standards entsteht ein Flickenteppich an Lösungen, abhängig von der Finanzkraft vor Ort. Für Bürger:innen bedeutet das Wartezeiten, mehrfaches Einreichen von Unterlagen und frustrierende Bürokratie.

Baden-Württemberg ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas – getragen von Automobilindustrie, Handwerk und Mittelstand. Doch gerade diese Betriebe stehen im Wettbewerb mit internationalen Firmen, die deutlich schlankere Verwaltungsprozesse kennen. Länder wie Estland oder Schweden zeigen, wie digitale Verwaltung effizient, sicher und nutzerfreundlich funktioniert. Offene Daten und digitale Standards sind dort ein echter Wirtschaftsmotor, weil sie Innovation ermöglichen, Transparenz schaffen und

das Vertrauen in staatliche Institutionen stärken. Baden-Württemberg dagegen liegt im Open-Data-Ranking nur im Mittelfeld und verschenkt damit Chancen.

Wir wollen eine Verwaltung, die Wirtschaft und Menschen stärkt, statt sie auszubremsen.

Bis 2035 sind alle wichtigen Prozesse für Firmen wie Privatpersonen online verfügbar – mit einem Mausklick. Routineaufgaben sind vollständig automatisiert, Verwaltungsmitarbeitende gewinnen Zeit für komplexere Anliegen. Digitale Projekte werden als Open-Source-Lösungen mit offenen Schnittstellen entwickelt, sodass Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern wegfallen. Daten sind nach internationalen Standards sicher und transparent nutzbar – für Unternehmen, Startups und die Gesellschaft. Das Land baut gezielt IT-Expertise auf und stellt sie Kommunen zur Verfügung. So wird Baden-Württemberg vom digitalen Nachzügler zum Vorreiter: Eine Verwaltung, die fair, effizient und vertrauenswürdig ist und die für alle erlebbar macht, dass der Staat nicht lähmt, sondern Chancen eröffnet.

Digitale Verwaltung wie in Estland

Alles per App, ohne Wartezeiten

Niemand soll mehr einen halben Tag verlieren, nur um im Rathaus einen Ausweis zu beantragen oder Unterlagen einzureichen. Bürger:

innen wünschen sich einfache, schnelle Lösungen: eine App, mit der alle wichtigen Behördengänge erledigt werden können – von

der Steuererklärung über die Geburtsurkunde bis zur Unternehmensgründung. Unser Wunsch ist eine Verwaltung, die nicht lähmt, sondern das Leben leichter macht – so wie in Estland, wo fast alle Amtswege digital und jederzeit verfügbar sind. Das bedeutet: mehr Zeit fürs Leben, weniger Stress und ein Staat, der spürbar für die Menschen arbeitet.

Volt will Baden-Württemberg auf den Weg zu einer vollständig digitalen Verwaltung bringen – inspiriert vom erfolgreichen Best Practice aus Estland. Anstatt eine neue Insellösung für die Authentifizierung der Bürger:innen zu schaffen, setzen wir konsequent auf die bereits bei vielen Stellen, wie beispielsweise Finanzämtern (ELSTER), Jobcentern oder Stadtverwaltungen, etablierte BundID als sichere digitale Identität für alle. Sie ermög-

licht rechtsgültige Unterschriften, einfache Authentifizierung und ist der Schlüssel zu einer zentralen Plattform, die alle Verwaltungsleistungen bündelt: Anträge, Bescheide, Ausweise oder Unternehmensgründungen können so online erledigt werden – jederzeit und von überall. Grundlage ist ein sicheres Datennetz nach dem „X-Road“-Modell, das Behörden miteinander verbindet, Transparenz schafft und es Bürger:innen ermöglicht, jederzeit nachzuvollziehen, wer auf ihre Daten zugegriffen hat. Routineaufgaben werden automatisiert, wodurch Verwaltungsmitarbeitende mehr Zeit für komplexere Anliegen gewinnen. So schaffen wir eine Verwaltung, die digital, vertrauenswürdig und effizient ist – und Baden-Württemberg vom Flickenteppich zum Vorreiter macht.

ALLE BEHÖRDENGÄNGE AN EINER DIGITALEN STELLE

Volt setzt sich für ein zentrales Bürgerportal ein, mit dem Anträge bequem digital erledigt werden können - von Auto anmelden bis Wohnsitz ummelden. Der Online-Personalausweis dient als sicherer Schlüssel. Welche Behörde welche Daten einsehen darf, kann selbst festgelegt werden. Damit behält man stets die Kontrolle über seine Daten - und erhält gleichzeitig Zugang zu allen passenden Services. Das spart Zeit, Kosten und Nerven. Für Bürger:innen und für die Verwaltung.

Eine digital-kompetente, offene Verwaltung *Souveränität durch eigenes Know-how*

Die Menschen in Baden-Württemberg wünschen sich eine Verwaltung, die digital stark, unabhängig und nutzerfreundlich ist. Heute aber fehlt es oft an eigener Expertise: Projekte werden an externe Firmen vergeben, Abhängigkeiten entstehen und Innovation wird gebremst. Bürger:innen erleben das als langsame, unübersichtliche Prozesse und Flickenteppiche aus Einzellösungen. Unser Wunsch ist, dass die Verwaltung nicht länger Nachzügler ist, sondern digitale Kompetenz selbst in der Hand hat – offen, souverän und zukunftsfähig. Eine Verwaltung, die eigene Standards setzt, offene Daten bereitstellt und für Bürger:innen wie Unternehmen gleichermaßen transparent und nutzerfreundlich ist.

Volt will digitale Kompetenz konsequent im Land aufbauen. Das bedeutet: IT-Expert:innen werden direkt in der Verwaltung eingestellt, um digitale Projekte selbst zu steuern und Abhängigkeiten von einzelnen Firmen zu

vermeiden. Künftig sollen Projekte grundsätzlich als Open-Source-Lösungen mit offenen Schnittstellen entwickelt werden, sodass Anbieter gewechselt werden können und Innovation entsteht. Mit einem Open-Data-Rahmengesetz nach Vorbild Schleswig-Holsteins schaffen wir rechtliche Klarheit und ermöglichen, dass Verwaltungsdaten sicher und transparent genutzt werden können – von Start-ups, Mittelstand und Zivilgesellschaft. Damit wird das Land nicht nur selbst souverän, sondern auch Treiber der digitalen Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft, statt bloßer Auftraggeber. Kurzfristig braucht es Investitionen in Personal und Infrastruktur, langfristig aber sinken die Kosten: weil Know-how im Land bleibt, Wettbewerb bei der Softwareentwicklung möglich ist und digitale Souveränität erreicht wird. So wird Baden-Württemberg zur offenen, modernen und handlungsfähigen Verwaltung der Zukunft.

WAS MACHT SCHLESWIG-HOLSTEIN RICHTIG BEI DIGITALER VERWALTUNG?

- Das Land hat eine klare Digitalstrategie. Alle Behörden arbeiten gemeinsam daran, Abläufe einfacher und digitaler zu machen.
- Mit einem Gesetz für offene Daten müssen Verwaltungen ihre Daten online bereitstellen. Das macht sie transparenter und nützlicher für Bürger:innen, Unternehmen und Forschung.
- Über eine gemeinsame IT-Organisation (ITVSH) unterstützen sich die Kommunen gegenseitig. So muss nicht jede Stadt oder Gemeinde eigene Fachleute haben, sondern kann Wissen und Technik gemeinsam nutzen.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG UND EUROPA

In fast jedem Unternehmen Baden-Württembergs steckt heute Software aus den USA – vom Betriebssystem über Cloud-Dienste bis hin zu KI-Anwendungen. Monatlich fließt so ein erheblicher Teil unserer Wirtschaftsleistung ins Ausland. Noch gefährlicher ist die Abhängigkeit: Wenn große Konzerne ihre Dienste einstellen oder Bedingungen ändern, stehen Betriebe, Verwaltungen und ganze Branchen im Ernstfall still. Ein digitaler Blackout würde unser Land ebenso hart treffen wie ein Ausfall der Energieversorgung.

Diese Abhängigkeit ist kein Zukunftsszenario, sondern Realität: US-Konzerne kontrollieren zentrale digitale Infrastrukturen, China drängt nach, während Europa hinterherläuft. Baden-Württemberg, das wirtschaftsstärkste Bundesland, ist besonders verwundbar – unsere Automobilindustrie, unsere Forschung und unser Mittelstand hängen an digitalen

Diensten, die wir nicht kontrollieren. Digitale Technologien sind heute so systemrelevant wie Energie, Wasser oder Gesundheit. Wer keine eigenen Lösungen hat, verliert Souveränität, Wertschöpfung und politische Handlungsfreiheit.

Baden-Württemberg wird Vorreiter europäischer digitaler Souveränität. Wir schaffen KI-Cluster, die Forschung, Wirtschaft und Verwaltung unabhängig nutzbar machen. Wir entwickeln eigene Softwarelösungen und setzen auf Open Source, Transparenz und Nachhaltigkeit. Digitale Wertschöpfung bleibt im Land, Arbeitsplätze entstehen, Unternehmen können sich auf stabile und sichere Systeme verlassen. Statt abhängig und erpressbar zu sein, wird Baden-Württemberg zur Region, die zeigt: Digitale Technologien können Wohlstand schaffen und den Menschen dienen.

Europäische KI-Infrastruktur aufbauen **Vielfalt, Wettbewerb und Sicherheit**

Künstliche Intelligenz wird unser Leben in den kommenden Jahren so prägen wie einst die Elektrizität. Ob in der Medizin, in der Industrie oder in der Verwaltung – ohne leistungsfähige KI bleibt Europa Zuschauer statt Gestalter. Heute hängen wir von Rechenzentren und Plattformen außerhalb der EU ab. Das bedeutet: Arbeitsplätze, Daten und Wertschöpfung fließen ab – und wir sind abhängig von den Entscheidungen globaler Tech-Kon-

zerne. Unser Wunsch ist, dass KI in Europa nach unseren Werten entwickelt wird: datenschutzgerecht, transparent, nachhaltig. Menschen und Unternehmen in Baden-Württemberg sollen Anwendungen nutzen können, die hier trainiert, hier betrieben und hier kontrolliert werden – und zwar nicht als Einheitslösung, sondern in einem vielfältigen europäischen Angebot.

Wir bauen in Europa eine eigene KI-Infrastruktur auf: leistungsfähige Rechenzentren, erneuerbar betrieben und europaweit vernetzt, ergänzt durch sichere gemeinsame Datenräume. Baden-Württemberg geht dabei mit KI-Clustern voran, die Hochschulen, Start-ups, Mittelstand und Verwaltung bündeln. Diese Cluster sorgen dafür, dass Forschung, Praxis und Anwendung eng verzahnt sind – und dass neue Ideen schnell marktreif werden. Gleichzeitig setzen wir auf Vielfalt und Wettbewerb: Verschiedene Systeme und Ansätze

konkurrieren innerhalb eines gemeinsamen europäischen Rahmens. So bleibt Innovation lebendig, Abhängigkeiten werden vermieden, und alle können von den besten Lösungen profitieren. Baden-Württemberg übernimmt dabei eine Vorreiterrolle, mit Investitionen in Rechenzentren, Clusterbildung und europäischen Partnerschaften. So entsteht ein KI-Ökosystem, das Innovation fördert, Wertschöpfung in Europa hält und sicherstellt, dass künstliche Intelligenz unseren Gesellschaften dient – nicht nur Konzerninteressen.

DAS SIND KI-CLUSTER

Ein KI-Cluster ist ein Ort, an dem viele zusammenarbeiten, um Künstliche Intelligenz voranzubringen. Dort treffen sich Forschende, Start-ups und Unternehmen, die ihre Ideen direkt ausprobieren und weiterentwickeln können. Weil Wissen, Technik und Praxis an einem Platz zusammenkommen, entstehen schneller neue Produkte, Arbeitsplätze und Lösungen für den Alltag. Ein bekanntes Beispiel ist das Cyber Valley in Baden-Württemberg, wo Roboter, KI und Industrie gemeinsam weiterentwickelt werden.

Flächendeckende digitale Infrastruktur ***Internet wie Strom und Wasser***

Alle in Baden-Württemberg soll Zugang zu schnellem, stabilem Internet haben – egal ob in Stuttgart, auf der Alb oder im Schwarzwald. Glasfaser und 5G dürfen kein Luxus sein, sondern gehören zur Grundversorgung wie Strom oder Wasser. Wer ein Unternehmen gründet, zur Schule geht oder im Homeoffice arbeitet, darf nicht an Funklöchern scheitern.

Wir treiben den Ausbau von Glasfaser und 5G im ganzen Land voran – mit einem verbindli-

chen Glasfaser-Masterplan, gezielten Förderungen und der Mitnutzung öffentlicher Infrastruktur wie Straßenlaternen oder Abwasserkanäle. Kommunen werden beim Ausbau unterstützt, Bürger:innen erhalten über ein Funkloch-Kataster und Feedback-Tools Transparenz und Beteiligung. In Städten und Gemeinden schaffen wir freies WLAN und stärken die gesellschaftliche Akzeptanz durch Informationsinitiativen. Dabei setzen wir auf nachhaltige Lösungen wie energieeffiziente

Funktechnologien und faire Kostenverteilung. So entsteht eine digitale Infrastruktur, die

allen zugutekommt und Baden-Württemberg fit für die Zukunft macht.

Datenschutz und IT-Sicherheit

Baden-Württemberg als digitales Schutzschild

Baden-Württemberg soll eine digitale Region sein, in der Menschen ihre Daten in Sicherheit wissen. Krankenhäuser, Schulen und Kommunen dürfen nicht Ziel von Cyberangriffen sein, weil ihre Software veraltet ist. Bürger:innen müssen der Verwaltung vertrauen können, dass digitale Dienste nicht Überwachung bedeuten, sondern Freiheit und Selbstbestimmung. Auch Unternehmen brauchen eine IT-Infrastruktur, die sie vor Spionage und Datenabfluss schützt – damit Wertschöpfung und Know-how im Land bleiben.

Wir machen Baden-Württemberg zum digitalen Schutzschild für Bürger:innenrechte und Wirtschaft. Dazu bauen wir eine moderne Landes-IT-Sicherheitsarchitektur mit verpflich-

tenden Sicherheitsaudits und schnellen Reaktions-Teams auf. Kommunen erhalten Beratungsstellen und Förderprogramme, um ihre IT widerstandsfähiger zu machen. Öffentliche Gelder setzen wir bevorzugt für Open-Source-Software ein, die überprüfbar und transparent ist – statt für teure Black-Box-Lösungen internationaler Konzerne. Staatstrojaner und anlasslose Überwachung lehnen wir ab, stattdessen stärken wir die digitale Selbstbestimmung. Mit Partnerschaften aus Forschung, Polizei und IT-Sicherheitsbranche schützen wir Baden-Württemberg vor internationaler Cyberkriminalität. Gleichzeitig fördern wir Start-ups und KMU im Bereich Cybersicherheit – ein Wachstumsmarkt, in dem das Land zum Vorreiter werden kann.

Asyl-Campus für digitale Souveränität & Transformation

Ein Leuchtturm für Freiheit und Innovation

Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Ort machen, an dem Freiheitsdenkende und bedrohte Talente aus aller Welt Schutz finden und zugleich ihre Fähigkeiten einbringen können. Wer in seiner Heimat wegen politischer Überzeugung, Forschung oder technologischer Arbeit verfolgt wird, soll hier nicht nur Sicherheit, sondern auch Perspek-

tiven haben. Gleichzeitig gewinnen wir die Fachkräfte, die unsere Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft dringend brauchen, um unabhängig, innovativ und resilient zu bleiben.

Mit dem Asyl-Campus Baden-Württemberg schaffen wir einen Schutzraum und zugleich ein Innovationszentrum. Geflüchtete Fach-

kräfte können hier in Programmen für IT-Sicherheit, KI, Cloud, Open Source und grüne IT arbeiten, forschen und sich weiterbilden. Ein integrierter Start-up-Inkubator ermöglicht, dass neue Ideen schnell umgesetzt werden. Universitäten, Mittelstand, Kommunen und Zivilgesellschaft wirken mit, sodass der

Campus nicht nur ein Zufluchtsort, sondern auch ein Motor für digitale Souveränität wird. Baden-Württemberg setzt damit ein Signal: Wir stehen für Menschenrechte, Weltoffenheit und eine innovationsgetriebene Einwanderungspolitik und machen Europa unabhängiger von autoritären Tech-Plattformen.

Freier und gleichberechtigter Zugang *Vernetzte Welt für alle*

Niemand in Baden-Württemberg soll von digitalen Chancen ausgeschlossen sein – weder wegen Einkommen, Alter, Behinderung noch wegen des Wohnorts. Der Zugang zu stabilem Internet, Geräten und digitalem Wissen ist heute so wichtig wie Wasser, Strom oder Bildung. Wir wollen, dass alle Menschen frei und gleichberechtigt am digitalen Leben teilnehmen können.

Wir verankern den Rechtsanspruch auf digitalen Zugang: Glasfaser und 5G werden flächendeckend ausgebaut, mit besonderem Fokus auf ländliche Regionen. Kommunen

erhalten Unterstützung, um freies WLAN in öffentlichen Einrichtungen, Innenstädten, dem ÖPNV und Unterkünften bereitzustellen. Bedürftige Menschen können über Leihprogramme Zugang zu Geräten und Datenvolumen bekommen. Parallel fördern wir digitale Bildung und Schulungen, etwa für Senior:innen oder benachteiligte Gruppen, damit niemand allein gelassen wird. Online-Angebote der Verwaltung und öffentlicher Einrichtungen müssen künftig barrierefrei und mehrsprachig sein. So machen wir Baden-Württemberg zu einem Land, in dem digitale Teilhabe selbstverständlich ist.

Digitale Freiheit heißt Wahlfreiheit

Digitalisierung darf nicht zu einem Zwang werden. Alle Bürger:innen in Baden-Württemberg sollen frei entscheiden können, ob sie Verwaltungs- und Alltagsdienste digital nutzen oder lieber persönlich, telefonisch oder schriftlich. Gleichzeitig soll alle, die digitale Wege nutzen wollen, dies einfach, sicher und souverän tun können.

Wir verankern das Prinzip der Wahlfreiheit: Alle öffentlichen Dienstleistungen werden

digital angeboten, aber auch in analogen Formen verlässlich verfügbar bleiben. Bürger:innen sollen souverän entscheiden, ob sie Behördengänge online erledigen oder weiterhin direkt am Schalter. Wir schaffen klare Standards, die digitale Barrieren abbauen, und sorgen gleichzeitig für wohnortnahe Alternativen. So stellen wir sicher, dass Digitalisierung den Menschen dient – und nicht umgekehrt.

Nachhaltige IT-Infrastruktur

Digitalisierung im Einklang mit dem Klima

Digitalisierung soll unser Leben einfacher machen, aber nicht das Klima belasten. Heute sind Rechenzentren, Netzwerke und digitale Geräte oft unsichtbare Stromfresser und verschlingen wertvolle Ressourcen. Wir wollen, dass die Menschen in Baden-Württemberg eine digitale Welt nutzen können, die ökologisch verantwortungsvoll, sozial gerecht und langfristig bezahlbar ist. Digitalisierung darf kein neuer Treiber der Klimakrise sein – sie muss Teil ihrer Lösung werden.

Wir entwickeln eine Landesstrategie für nachhaltige Digitalisierung, die Energieeffizienz und Klimaschutz fest in den digitalen Wandel integriert. Öffentliche Rechenzentren sollen bis 2030 klimaneutral mit Abwärmenutzung,

Ökostrom und smarter Verbrauchssteuerung arbeiten. Ein Green-IT-Innovationsfonds fördert energiearme Software, reparierbare Hardware und Plattformen für Wiederverwendung. Nachhaltigkeit wird zur Leitlinie öffentlicher Beschaffung: Nur ressourcenschonende und transparente IT-Lösungen erhalten Zuschläge. Hochschulen verankern Green Coding und nachhaltige Softwareentwicklung in der Ausbildung. Baden-Württemberg vernetzt sich europäisch und setzt sich für faire Lieferketten in der IT-Produktion ein. Ein jährlicher Digital Sustainability Report macht Fortschritte sichtbar – und zeigt: Digitalisierung in Baden-Württemberg ist nicht nur smart, sondern auch klimaverträglich.

DEMO KRATIE

**NEO
LANGNER**
KARLSRUHE
LISTENPLATZ 14

„Ich war mir lange unsicher, ob **in der Politik Platz für mich** ist: Bin ich klug genug, gebildet genug, belastbar genug? Solche Zweifel geben Menschen wie mir, ohne Studienabschluss und mit chronischen Krankheiten, das Gefühl, dass wir **im demokratischen Diskurs nichts verloren** haben.

Volt hat mir gezeigt, dass es andersrum ist: **Jede Perspektive ist wertvoll** und der demokratische Diskurs ist dafür da, mich einzubringen. Menschen müssen erleben, dass **unsere Stimme zählt** und unser Engagement Wirkung hat.
Das ist Demokratie.“

BÜRGER:INNENBETEILIGUNG & TRANSPARENZ

FÜR EIN MITBESTIMMTES BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir sind davon überzeugt, dass Demokratie nur dann gesund leben kann, wenn sie alle einschließt. Noch zu oft erleben Menschen, dass sie zwar zuhören dürfen, aber am Ende nicht wirklich mitentscheiden können. Transparenz fehlt für viele Menschen, Barrieren verhindern Beteiligung, Privilegien verstärken Ungleichheiten.

Wir wollen das ändern: Politik muss verständlich, zugänglich und nachvollziehbar sein. Beteiligung darf nicht an komplizierter Sprache oder fehlender Information scheitern. Uns leitet dabei die Haltung: Demokratie ist kein fertiges System, sondern eine gemeinsame Aufgabe. Jede Stimme zählt, jedes Engagement ist wertvoll: in Bürger:innenräten, bei Wahlen und im Ehrenamt.

Baden-Württemberg hat die Chance, eine Vorreiterrolle einzunehmen: ein Land, in dem Verwaltung offen, fair und nachvollziehbar arbeitet; ein Land, in dem alle Menschen wissen, wie sie Einfluss nehmen können; ein Land, in dem Politik Vertrauen gewinnt, weil Entscheidungen sichtbar, überprüfbar und verständlich sind.

POLITIK ZUM MITMACHEN

DEMOKRATIE LEBT VON ZUGÄNGLICHKEIT

Es gibt noch immer ungleiche Repräsentanz zwischen stärker und weniger stark privilegierten Menschen in unseren Parlamenten, in Entscheidungsprozessen, selbst in Beteiligungsformaten. Zeitgleich wird der gesellschaftliche Zusammenhalt durch das "Wir gegen Die"-Muster des Populismus auf die Probe gestellt. Und wo Menschen sich beteiligen möchten, stoßen sie teilweise auf zahlreiche Hindernisse: Scheinbeteiligung, fehlende Förderung von Ehrenamt, häppchenweise Transparenz in Fachsprache.

Ein Blick auf die Informationsseite zur Barrierefreiheit der Internetseite des Landes zeigt, dass die Notwendigkeit, Barrieren abzubauen, erkannt wurde. Leider ist das aber ein schleppender Prozess und zwingt zum Beispiel Menschen mit Behinderung zu häufig in die Rolle eines Bittstellers und blockiert die Entwicklung sozialer Chancengleichheit.

Es ist unser gemeinsamer demokratischer Anspruch, Barrieren strukturell abzubauen und

Politik inklusiver und zugänglicher zu gestalten. Das kann keine Aufgabe sein, die nach Erledigung abgehakt wird, sondern es muss ein ständiger Teil aller Prozesse der Landespolitik sein. Wir müssen die Standhaftigkeit der Demokratie selbst stärken, indem wir unsere Verantwortung wahrnehmen, Beteiligung zu einem Werkzeug der Chancengleichheit zu machen, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen in Baden-Württemberg weiterzuentwickeln und die Perspektiven unterrepräsentierter Gruppen als wertvolles Gut zu schützen.

Unsere Vision ist es, dass langfristig alle Formen der Entscheidungsfindung, von Landtag bis zu Beteiligungsformaten, einen repräsentativen Schnitt durch die Gesellschaft darstellen. Unsere Anforderung ist also die Umverteilung von Chancen und Teilhabe, hin zu struktureller Chancengleichheit und zugänglicher Politik für die Menschen in Baden-Württemberg.

Zugänglichkeit als Standard

Viele Menschen können aus unterschiedlichen Gründen der fehlenden Zugänglichkeit unterrepräsentiert oder ausgeschlossen sein: Menschen mit Behinderung, Menschen ohne Deutsch als Muttersprache, Menschen ohne akademischen Hintergrund, jüngere und ältere Menschen.

Verwaltung und Politik müssen deshalb bei allen Projekten Barrieren so selbstverständlich prüfen und abbauen wie Kosten oder Arbeitsaufwand. Wo Bedürfnisse im Widerspruch stehen, müssen Lösungen gefunden werden, die einen möglichst großen Gewinn an Teilhabe schaffen.

Wir verpflichten deshalb alle Organe der Landespolitik zur regelmäßigen Bewertung und Verbesserung der Barrierefreiheit ihrer Prozesse und Strukturen. Dabei überwacht und unterstützt das Landeszentrum Barrierefreiheit.

Entscheidungsprozesse müssen von Beginn an transparent und zugänglich sein. Damit Barrieren nicht im Unklaren bleiben, werden sie verpflichtend offengelegt – nach einheitlich eingeführten Standards, die die bisherigen oft uneinheitlichen und wenig aussagekräftigen Hinweise ersetzen.

Zugängliche Wahlen

Unser Wahlrecht ist durch viele Barrieren im Prozess für manche Menschen schwieriger auszuführen. Dadurch werden Ungleichheiten verschärft und das demokratische Recht von Bürger:innen eingeschränkt.

Alle Wahlberechtigten sollen an Wahlen teilnehmen und von den eigenen demokratischen Rechten Gebrauch machen können: Unabhängig von Behinderung, Wohnort und Muttersprache.

Wir möchten Wahlinformationen bereits langfristig vor der Wahl besser aufbereitet und regelmäßig verfügbar machen. Ein Brief kurz vor einer anstehenden Wahl in komplizierter Sprache reicht nicht.

Wahlorte und Wahlunterlagen sollen regelmäßig überprüft und von Barrieren befreit werden. Eine enge Zusammenarbeit mit Organisationen, die für die Rechte von Menschen mit Behinderung sprechen, sichert die Qualität.

Entscheidungen mit statt über uns

„Die da oben“ kennen unsere Lebensrealität nicht – so empfinden es viele Menschen in Baden-Württemberg. Unsere Gesellschaft ist vielfältig, doch in der Politik fühlen sich viele nicht repräsentiert. Damit politische Entscheidungen alle Perspektiven berücksichtigen, braucht es mehr Vielfalt: in Ämtern ebenso wie in Mitgestaltungsmöglichkeiten. Wer sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft einsetzt, soll dafür Unterstützung, Anerkennung und echte Chancen zur Mitwirkung erhalten.

Wir sorgen dafür, dass in der repräsentativen Demokratie deutlich wird, wer die Anliegen

der Bürger:innen unterstützt. Mit transparenten Scores (einfachen Punktesystemen, die Haltung und Abstimmungsverhalten sichtbar machen) zeigen wir, wie stark sich Mandatstragende für Beteiligung und ihre Ergebnisse einsetzen. Wir stellen sicher, dass Betroffene informiert werden, wenn politische Entscheidungen ihre Grundrechte berühren. In besonders sensiblen Politikbereichen richten wir dauerhafte Beteiligungsformate ein, in denen Bürger:innen, Verwaltung und Politik gemeinsam Lösungen erarbeiten, damit Entscheidungen mit dir statt über dich getroffen werden.

Wir fördern ehrenamtliches Engagement aktiv: Menschen, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen, sollen gesellschaftliche, berufliche und persönliche Vorteile erhalten. Wir bauen

kostenfreie Weiterbildungen auf und modernisieren das Ehrungssystem, um sichtbar zu machen, dass Engagement viele Gesichter hat, nicht nur Führungsrollen.

LÜCKENLOSE TRANSPARENZ, DIE UNS IN UNSEREM ALLTAG ERREICHT

Neben Beruf, Familie, Alltagsleben und Freizeit ist es für viele von uns nicht vorstellbar, uns durch zahlreiche Plattformen und Quellen zu klicken, um die Landespolitik zu verstehen. Ein fehlender Kontext wie im Transparenzregister¹⁰⁰ (Zahlungen werden ohne Kontext und Empfänger dargestellt), nutzerunfreundliche Formate wie im Portal für offene Daten von Baden-Württemberg¹⁰¹ oder auch das fehlende Wissen, dass es Plattformen gibt, erschweren die Beteiligung aller. Auch wenn unsere Grundrechte von Gesetzesvorschlägen betroffen sind, werden wir nicht ausreichend informiert, dass es Möglichkeiten gibt sich einzubringen, wie etwa im Beteiligungsportal¹⁰².

Damit ist politische Teilhabe ein Privileg derer, die einen hohen Bildungsstand und die Zeit haben, sich damit in der Tiefe zu beschäftigen¹⁰³. Wer verstehen will, was in der Politik passiert, muss sich durch unverständliche Daten wühlen. Und wer sich beteiligen will, erfährt oft zu spät, was entschieden wurde.

Für uns ist Transparenz die Verantwortung von Politik und Verwaltung, Menschen frühzeitig über Pläne zu informieren. Das Ergebnis von Transparenz- und Beteiligungsformaten muss sein, soziale Ungleichheiten zu überwinden und die Demokratie zu stärken. Sie dürfen nicht, wie bisher, Demokratie elitär machen und Ungleichheiten verschärfen.

Informationspflicht für Regierung und Verwaltung

Wesentliche Informationen zu Plänen und Entscheidungen der Landesregierung müssen die Menschen in Baden-Württemberg erreichen. Es darf nicht ihre Aufgabe sein, sich Informationen mühsam herauszusuchen.

Um das zu verändern, wollen wir das Landesinformationsfreiheitsgesetz überarbeiten mit dem Fokus auf Bürger:innen und Barrierefreiheit. Das Landesinformationsfreiheitsgesetz

regelt, wie Bürger:innen Zugang zu amtlichen Informationen und Unterlagen bekommen. Bisher sind diese Zugänge oft kompliziert, in schwer verständlicher Sprache oder technisch nicht barrierefrei gestaltet.

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit arbeitet als unabhängige Instanz im Interesse der Menschen in Baden-Württemberg. Besonders die Barrierefreiheit

und Zugänglichkeit ihrer Arbeit müssen im Vordergrund stehen.

Es wird verpflichtend, öffentlich zugängliche Quellen für Grundlagen politischer Entscheidungen anzugeben. Wenn eine Entscheidung ohne Faktenbasis getroffen wird, wird das ersichtlich, indem anstelle einer Quelle der Hinweis auf bewusstes Weglassen der Quelle gegeben wird. Die unabhängige Berichterstattung der Medien bleibt davon unberührt.

Um Informationen über neue Vorhaben, Gesetzesänderung und Pläne der Regierung und Verwaltung zugänglich zu machen und Menschen ohne viel eigenen Aufwand über die aktuelle Landespolitik zu informieren, nutzen wir:

- Begegnungsorte, an denen über die Gestaltung der Demokratie und des Lebens in Baden-Württemberg gesprochen wird. Hier findet Information und Mitgestaltung statt!
- Öffentliche Plätze, beispielsweise gut besuchte Marktplätze oder Parks, um Informationen zugänglich zu machen.
- Wartebereiche wie Bahnhöfe und Flughäfen, um mit informativen und interessanten Formaten die Menschen in Baden-Württemberg in ihrem Alltag an der Landespolitik zu beteiligen.
- Digitale Orte, an denen Menschen sich aufhalten. Dafür entwickeln Regierung und Verwaltung soziale-Medien-Strategien, die sich am Verhalten der Nutzenden und an unseren demokratischen Werten orientieren.

REFORM DER POLITIK IN KREIS UND LAND

In den Kreistagen in Baden-Württemberg wird über die wichtigen Angelegenheiten des jeweiligen Landkreises debattiert und entschieden. Viele Kreisträte sind zu einem bedeutenden Anteil von Bürgermeister:innen besetzt, die zugleich Entscheidungen kontrollieren sollen, an denen sie als Verwaltungschef:innen selbst beteiligt sind. Gleichzeitig fehlt in vielen Kreistagen die Beteiligung von Bürger:innen, viele gesellschaftliche Gruppen sind in Kreistagen unterrepräsentiert, vor allem Menschen ohne Parteibindung oder politisches Vorwissen.

Auch das aktuelle Wahlsystem für Landräte in Baden-Württemberg hat Schwächen, die mit einem modernen Demokratieverständnis nicht vereinbar sind: Der Landrat wird nicht direkt von Bürger:innen gewählt, sondern vom

Kreistag und hat außerdem eine sehr lange Amtszeit von acht Jahren, in der keine Abwahl möglich ist.

Diese Strukturen begünstigen Interessenkonflikte und erschweren demokratische Kontrolle. In den meisten Bundesländern wird der Landrat bereits direkt gewählt und kann bei Bedarf abgewählt werden. Nicht hier.

Baden-Württemberg soll transparente, demokratisch legitimierte Kreistage haben – gestärkt durch beratende Kommunalräte aus Bürgermeister:innen. So wird die Kontrolle von der operativen Verwaltung klar getrennt. Besonders im ländlichen Raum spielt dabei die Stärkung der Beteiligung und der politischen Bildung eine Rolle. Indem Entscheidungswege

transparent und kooperativ gestaltet werden, wird die Kreispolitik nachvollziehbar für die Menschen in Baden-Württemberg.

Eine Reform des Wahlrechts von Landrät:innen führt zu modernen demokratischen Strukturen.

Trennung von Kontrolle und operativer Verwaltung

Die klare Trennung von politischer Kontrolle (Kreistag) und Verwaltungsexpertise (Kommunalrat) schafft eine vertrauenswürdige Basis für konstruktive Politik.

Um die Kreistage in Baden-Württemberg zu modernisieren, ist eine Änderung der Gemeindeordnung nötig, die hauptamtliche Bürgermeister:innen aus Kreistagen ausschließt.

Die gesetzliche Verankerung in der Landkreisordnung gewährleistet die Einbeziehung eines beratenden Kommunalrats in jedem Landkreis mit wertvollen Kompetenzen aus der Verwaltung. Zusammengesetzt werden die Kommunalräte aus allen Bürgermeister:innen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Sitzungen finden regelmäßig vor Kreistagssitzungen statt. Der Kommunalrat hat keine Stimmrechte, aber Anhörungs- und Vorschlagsrecht gegenüber Kreistag und

Vielfalt und Repräsentanz stärken

Durch mehr Bürger:innen in Kreistagen erhalten diese mehr Mitsprache und Kontrolle in politischen Prozessen und Entscheidungen. Dadurch wird auch die politische Kultur auf Landesebene gestärkt. Zugleich profitiert die Kommunikation zwischen Kreis und Kommunen von besseren und stabileren Strukturen.

Förderprogramme für parteiunabhängige und zivilgesellschaftliche Kandidaturen verbessern die Vielfalt und Repräsentanz der Kreistage. Durch kommunalpolitische Qualifizierungsangebote im Vorfeld von Wahlen werden diese Formen von Teilhabe für mehr Menschen zugänglich.

Die Transparenz der Kreistage wird gewährleistet durch:

- Verpflichtende Liveübertragung aller öffentlichen Kreistagssitzungen
- Veröffentlichung von Protokollen, Tagesordnungen und Abstimmungsverhalten
- Einführung digitaler Feedback-Möglichkeiten zu Vorlagen.

In der Gemeindeordnung verankern wir jährlich stattfindende Bürger:innenräte in jedem Landkreis. Die Zufallsauswahl wird nach dem Modell deliberativer Beteiligung umgesetzt. So wird ein möglichst repräsentativer Querschnitt aus der Gesellschaft eingebunden. Die Räte bearbeiten ein zentrales Kreis-Thema

und geben Empfehlungen an den Kreistag, wobei die Umsetzung der Inhalte aus Bürger:innenräten nachprüfbar transparent gemacht

wird. Darüber hinaus stellen Bürger:innenhaushalte für die Bürger:innenräte spürbare Erfolge sicher.

DAS IST DER BÜRGER:INNENHAUSHALT

Ein Verfahren, bei dem die Bevölkerung direkt über Teile eines Finanzhaushaltes mitbestimmen kann. Bürger:innen können Vorschläge einbringen, über Projekte abstimmen und so entscheiden, wofür öffentliche Gelder verwendet werden.

Direktwahl des Landrats

Wer den Landkreis führt, soll ein Mandat direkt von den Bürger:innen haben – und ihnen Rechenschaft ablegen. Heute erleben viele: Wenn (Ober-)Bürgermeister:innen für das Landratsamt kandidieren, gewinnen sie dank ihrer Bekanntheit fast automatisch. Damit verschieben sich Macht und Kontrolle – und ausgerechnet die Menschen, die eigentlich über die Verwaltung wachen sollen, rücken an deren Spitze. Wir wollen, dass alle eine faire Chance auf Gestaltung bekommen: klare Zuständigkeiten, echte Wahlmöglichkeiten, transparente Arbeit – und ein Korrektiv, falls Vertrauen enttäuscht wird.

Wir reformieren das Wahlrecht für Landrät:innen. Statt durch die Kreistage werden sie zukünftig direkt im Rahmen der Kommunalwahl durch das Volk gewählt; die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Abwahlen werden endlich möglich, Baden-Württemberg und Bayern sind hier die letzten Ausnahmen unter den Bundesländern. Ein klar geregeltes Verfahren gibt Bürger:innen die Chance, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Jährlich legt die/der Landrät:in einen öffentlichen Rechenschaftsbericht vor – gut auffindbar, in verständlicher Sprache, mit Zielen, Kennzahlen und Zwischenständen.

Reform der Landtagswahl

Landtag verkleinern und Wahlen vereinheitlichen

Ein Parlament, das schlank, arbeitsfähig und nahbar ist. Weniger Sitze bedeuten nicht weniger Demokratie, sondern mehr Fokus, weniger Kosten und klarere Verantwortung. Statt XXL-Gremien mit immer neuen Über-

hangs- und Ausgleichsmandaten wollen wir einen Landtag, der debattiert statt verwaltet, Entscheidungen zügig trifft und Steuergeld dort freimacht, wo es den Menschen nutzt – bei Kitas, Schulen, Pflege und Mobilität. Kurz:

Weniger Stühle, weniger Diäten - mehr Substanz.

Wir ändern das Landeswahlgesetz mit zwei klaren Stellschrauben – fair, transparent und rechtssicher. Erstens reduzieren wir die Wahlkreise von 70 auf 38, damit sie den Bundestagswahlkreisen in Baden-Württemberg entsprechen. Zweitens verkleinern wir das Parlament strukturell: Die Grundgröße wird von 120 auf 68 Sitze abgesenkt. Auch Transparenz gehört dazu: Wir veröffentlichen Größen- und Kostenprognosen vor der Wahl

und legen anschließend offen, wie groß und teuer der Landtag wurde – und warum. So entsteht ein effizienter Landtag, der Vielfalt abbildet, Kosten senkt und Vertrauen stärkt.

Darüber hinaus setzt sich Volt für eine Vereinheitlichung der Landtagswahlrechte in den Bundesländern ein: vergleichbare Stimm- und Ausgleichsregeln, transparente Verfahren, damit Menschen überall verstehen, wie ihre Stimme wirkt – und Demokratie nahbar, fair und handlungsfähig bleibt.

RAUM FÜR KULTUR UND DISKURS

Während neue Möglichkeiten entstehen und Innovationen unsere Zukunft prägen, sind auch die Risiken und Gefahren durch neue Technologien wie generative KI einflussreich.

Desinformation und schädliche Narrative sind skalierbar. Manipulation durch autokratische oder faschistische Interessengruppen sind echte Gefahren, die Antworten verlangen.

Die gleichzeitige soziale Isolation bietet den Nährboden für gesellschaftliche Spaltung.

Und die Wirtschaftlichkeit generativer KI stellt unsere Wertschätzung für Kultur, Journalismus und andere wesentliche Beiträge zur öffentlichen Meinungsbildung auf die Probe.

In Baden-Württemberg sind sehr gute Voraussetzungen für eine wehrhafte Demokratie gegeben: Die Technologieregion vereint Ressourcen und Expertise, um ein breites Verständnis für die Funktionsweise medialer Manipulation aufzubauen.

Als Heimat des Verfassungsgerichts trägt Baden-Württemberg zudem eine besondere Verantwortung, die Demokratie zu schützen.

Aber: Es ist mehr nötig als bisher getan wird, um den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft Stand zu halten.

Eine gute Cyberabwehr ist nur eines der Standbeine, die unsere Demokratie braucht, um sicher zu stehen. Eine lebendige und kritische Kulturszene, die Raum für Ausdruck und öffentliche Meinungsbildung bietet, ist ebenso zentral.

Volt stellt sich Begegnungsorte vor, die Raum für Kultur, Diskurs und öffentliche Meinungsbildung bieten. Solche Räume müssen flächendeckend, online und offline, bereitstehen. Kultureller Ausdruck und Austausch dürfen kein Privileg finanziell bessergestellter Menschen sein und sie dürfen nicht zum Objekt von Manipulation oder Hass werden.

Insbesondere KI-freie Räume dieser Art sind auch deshalb schützenswert und müssen geschaffen werden.

Ebenso wie Raum für politische Beteiligung, ist also Raum für Kultur und Ausdruck elementar für die Gesellschaft in Baden-Württemberg. Deshalb werden Konzepte hierfür in

der Stadtentwicklung der Kommunen verankert und vom Land gefördert.

Eine besondere Rolle spielt dabei auch die Verantwortung der Landesverwaltung im Bereich Kultur, die Vernetzung der Verantwortlichen dieser Räume zu zentralisieren und zu gewährleisten.

EUROPA

**RALF
WERNER**
ESSLINGEN
LISTENPLATZ 16

„Baden-Württemberg spielt wirtschaftlich in der Champions League, doch wir könnten noch besser mitspielen. Europa ist nicht nur ein Coach, **Europa ist unser Team.** So wie im Fußball Pässe Chancen öffnen können, müssen wir das **Zusammenspiel mit unseren Nachbarn verbessern** und die Chancen, die Europa uns bietet, konsequenter zu nutzen.“

EUROPÄISCHE INTEGRATION & INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

FÜR EIN EUROPÄISCHES BADEN-WÜRTTEMBERG

Europa ist eines der erfolgreichsten politischen Projekte unserer Zeit. Es hat Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht und Baden-Württemberg steht dabei im Herzen des Motors: zwischen Frankreich und Deutschland. Diese historische Partnerschaft verpflichtet uns, Europa nicht nur zu verwalten, sondern aktiv weiterzuentwickeln.

Für uns ist klar: Besser gemeinsam mit Freund:innen als allein im nationalen Rückzug. Als exportstarkes Land profitieren wir enorm vom europäischen Binnenmarkt, einem der größten und fairsten Wirtschaftsräume der Welt. Doch Europa ist mehr als Handel: Es ist gelebte Demokratie, Solidarität und Vielfalt.

Europa kann jedoch nur erfolgreich bleiben, wenn wir unsere gemeinsamen europäischen Werte halten und pflegen: Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Sie sind die Grundlage unseres Zusammenlebens und zugleich der Kompass für unsere Politik.

Darum müssen wir selbstbewusst und widerstandsfähig sein gegen alle Versuche von außen oder innen, diese Errungenschaft zu schwächen oder gar zu zerstören. Baden-Württemberg trägt hier eine besondere Verantwortung: als Brücke im Herzen Europas, als Motor wirtschaftlicher Stärke und als Garant demokratischer Resilienz.

EUROPA ERLEBBAR MACHEN

BILDUNG, INFORMATION, BETEILIGUNG

Europa betrifft uns alle, doch für viele Menschen bleibt es abstrakt. Entscheidungen werden „in Brüssel“ getroffen, aber kaum jemand weiß, wie sie entstehen oder was sie vor Ort bewirken. Gerade junge Menschen wünschen sich mehr Teilhabe, doch politische Bildung kommt zu kurz. In ländlichen Regionen fehlen oft Angebote, um Europa kennenzulernen oder europäische Programme zu nutzen. Das Resultat: Frust statt Vertrauen, Desinteresse statt Mitgestaltung. Wenn Europa ein Projekt der Menschen bleiben soll, dann müssen wir dafür sorgen, dass es auch bei den Menschen ankommt.

Baden-Württemberg ist ein europäisches Herzstück – geografisch, wirtschaftlich, kulturell. Fast jeder zweite Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom EU-Binnenmarkt ab. Zahlreiche Förderprojekte haben Kommunen, Bildungseinrichtungen und Unternehmen gestärkt. Doch diese Realität spiegelt sich im Alltag vieler Menschen kaum wider: Nur ein Bruchteil kennt die Angebote, die Europa ermöglicht. Politische Bildung zum Thema EU ist uneinheitlich, Beteiligungsmöglichkeiten

sind oft schwer zugänglich, besonders für junge oder bildungsferne Gruppen. Dabei ist genau das entscheidend: Wer Europa versteht, kann es mitgestalten.

Wir wollen ein Baden-Württemberg, in dem Europa keine ferne Institution ist, sondern ein selbstverständlicher Teil des Alltags. Wo Kinder schon in der Schule lernen, was sie mit Europa verbindet. Wo junge Menschen ein „Europajahr“ erleben und mit neuen Perspektiven zurückkommen. Wo auf dem Marktplatz ein Europa-Infobus steht und erklärt, wie Fördergelder das neue Jugendzentrum ermöglicht haben.

Wir machen Europa erlebbar: Durch Bildung, Begegnung und Beteiligung. Mit einem gesetzlichen Europatag, digitalen Plattformen, mobilen Informationsangeboten und gelebter Demokratie vor Ort. Damit aus „Brüssel“ ein Wir wird. Ein Europa, das nicht nur schützt, sondern einlädt.

Unser Ziel ist ein Europa der Bürger:innen: sichtbar, verständlich und gestaltbar.

Europe Direct & Infobus

Angebote für Schulen, Jugendzentren und Gemeinden

Wir wollen es Menschen möglich machen, Europa vor Ort zu erleben. Jeder Mensch in Baden-Württemberg soll unkompliziert Zugang zu Informationen, Beratung und Austausch zu europäischen Themen haben – unabhängig davon, wo er oder sie lebt.

Wir stärken die bestehenden Europe Direct Informationszentren (EDICs) und machen sie sichtbarer: durch bessere Ausstattung, mehr Präsenz in Schulen, Vereinen und Kommunen sowie durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Zusätzlich bringen wir Europa direkt zu den Menschen: mit einem mobilen Europa-Infobus, der regelmäßig durch Baden-Württemberg tourt – von Schulhöfen über Marktplätze bis zu Jugendzentren. Im Gepäck: Erklärmaterial,

interaktive Tools, Beratungsangebote und Dialogformate. So wird Europa nicht nur in den Städten sichtbar, sondern auch in Regionen, die bisher oft abseits des europäischen Austauschs standen.

Europa in den Unterricht bringen *Verständlich, praxisnah und interaktiv*

Viele junge Menschen wachsen mit der EU auf, doch was Europa genau ist, wie es funktioniert und wie sie selbst mitgestalten können, bleibt oft ein Rätsel. Wer kennt schon die Rolle des Europäischen Parlaments? Wer weiß, dass man als Azubi mit Erasmus+ ins Ausland gehen kann? Gerade an Schulen fehlt es an gut aufbereiteten Informationen, interaktiven Formaten und geschultem Personal. Die Folge: Europa bleibt abstrakt und junge Menschen verlieren das Vertrauen in Politik. Wir wollen, dass Schüler:innen nicht nur wissen, dass es Europa gibt, sondern auch warum es wichtig ist – und wie sie es mitgestalten können.

Wir verankern europäische Themen dauerhaft im Schulunterricht – besonders im Fach Gemeinschaftskunde. Dabei setzen wir auf

moderne, interaktive Methoden: z. B. Planspiele wie das „Model European Parliament“, Rollenspiele zu Gesetzgebungsprozessen sowie digitale Beteiligungsformate.

Schüler:innen sollen erleben, wie Europa funktioniert – und wie ihre Stimme zählt. Gleichzeitig stärken wir Jugendparlamente und EU-Projekttag, die einen politischen Dialog auf Augenhöhe ermöglichen.

Lehrkräfte werden dabei nicht allein gelassen: Wir bauen ein Fortbildungsprogramm auf, das aktuelles Wissen zur EU, innovative Didaktik und rechtliche Grundlagen vermittelt. So wird politische Bildung zur Einladung für selbstbewusste, informierte und engagierte junge Europäer:innen.

Der 9. Mai als Feiertag für Europa *Gemeinsam feiern, verstehen, verbindet*

Europa ist mehr als ein Binnenmarkt: es ist Frieden, Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt. Doch dieser Wert ist nicht selbstverständlich. Gerade in einer Zeit, in der Nationalismus und Spaltung wieder zunehmen, braucht es gemeinsame Momente, die uns daran erinnern, was uns in Europa verbindet. Wir

wollen, dass die Menschen in Baden-Württemberg den europäischen Gedanken nicht nur kennen, sondern feiern. Ein Tag, der allen gehört.

Der 9. Mai, der Europatag, wird in Baden-Württemberg ein gesetzlicher Feiertag. Er ersetzt

den Feiertag Fronleichnam (beweglicher Feiertag im Frühsommer) – ein bewusster Schritt hin zu einem modernen, zukunftsge wandten Verständnis von Gemeinschaft.

Am Europatag wird gefeiert, diskutiert und verbunden: mit Veranstaltungen in Kommunen, Schulen, Betrieben und Vereinen, mit kulturellen Aktionen, politischen Debatten, Sportevents und Begegnungen

Schulen gestalten Europafeste mit internationalen Partnerklassen, Städte organisieren Marktplatzkonzerte mit Musik aus ganz Europa, Jugendzentren laden zum Europaquiz und Diskussionen mit EU-Abgeordneten ein.

Dieser Tag wird zum sichtbaren Zeichen: Europa ist Teil unseres Alltags, unserer Identität und unserer Zukunft.

Europajahr für junge Menschen **Erasmus+ ausbauen und zugänglich**

Viele junge Menschen in Baden-Württemberg träumen davon, Europa zu entdecken – nicht nur im Urlaub, sondern als echte Erfahrung: im Praktikum in Barcelona, im Unterricht in Warschau oder beim Handwerkseinsatz in Lille. Doch viel zu oft bleibt dieser Traum unerreichbar. Denn wer nicht studiert, wer aus einem nicht-akademischen Elternhaus kommt oder auf dem Land lebt, erfährt oft gar nichts von den Möglichkeiten europäischer Austauschprogramme. Wir wollen das ändern. Alle Jugendlichen sollen die Chance bekommen, Europa zu erleben – und damit neue Perspektiven auf sich selbst, andere Länder und die gemeinsame Zukunft zu gewinnen.

Wir machen das Europajahr zur selbstverständlichen Option für Schüler:innen und Auszubildende – unabhängig von Bildungsweg, Herkunft oder Wohnort. Dafür bauen wir das Erasmus+-Programm gezielt

aus: mit mehr Mitteln, weniger Bürokratie und einer aktiven Bewerbung an allen weiterführenden Schulen und Berufsschulen.

Diese Schulen werden verpflichtet, ihre Schüler:innen frühzeitig und niedrigschwellig über die Möglichkeiten des Programms zu informieren. Dabei unterstützen wir sie durch zentrale Stellen, die bei der Organisation helfen und als Ansprechpartner:innen fungieren.

Ob ein Auslandspraktikum im Handwerksbetrieb, ein Schulhalbjahr an einer Partnerschule oder ein soziales Projekt im Ausland: Das Europajahr öffnet die Tür für Sprachkenntnisse, Selbstvertrauen, interkulturelle Kompetenz – und neue Freundschaften.

So schaffen wir echte Chancengleichheit in der Mobilität und machen Europa erlebbar, bevor Vorurteile entstehen können.

Institutionelle Kompetenz ausbauen

Austausch stärken, Transparenz fördern, Europa-Checks einführen

Wir wünschen uns ein Europa, das nahbar ist. Nicht nur auf Wahlplakaten, sondern im echten Leben. Das junge Menschen erleben können, indem sie Politik in Brüssel mitgestalten. Das Landespolitiker:innen als Partner für Förderprogramme und Zusammenarbeit sehen. Und ein Europa, das Bürger:innen verstehen weil es transparent, greifbar und Teil ihres Alltags wird.

Wir wollen, dass alle in Baden-Württemberg Europa nicht nur kennen, sondern aktiv mitgestalten können.

Wir bauen eine Brücke zwischen Brüssel und Baden-Württemberg durch regelmäßigen Austausch, gelebte Begegnung und konkrete Strukturen.

Dazu schaffen wir Praktikums- und Fellowship-Programme für Schüler:innen, Studierende, junge Berufstätige und Verwaltungsmitarbeitende in den europäischen Institutionen. Wer einmal in Brüssel mitdiskutiert hat, versteht

Politik anders und bringt dieses Wissen zurück ins Land.

Gleichzeitig fördern wir den direkten Dialog zwischen EU-Abgeordneten, Landespolitik und Bürger:innen – etwa durch öffentliche Gespräche, Beteiligungsformate und Informationsveranstaltungen.

Als strukturelle Maßnahme führen wir verpflichtende Europa-Checks für alle Landesprojekte ein: Jedes neue Vorhaben in Baden-Württemberg wird künftig daraufhin geprüft, ob es europäische Fördermöglichkeiten nutzt, mit EU-Recht vereinbar ist oder in Zusammenarbeit mit anderen Ländern besser gelingen kann.

Als einzige Partei mit starker Verankerung auf europäischer Ebene ist Volt in der Lage, diesen Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen: zwischen Landtag und Europaparlament, Verwaltung und Zivilgesellschaft, Fördergeldern und guten Ideen.

EUROPÄISCHER EXZELLENZCAMPUS AM RHEIN

FORSCHUNG FÜR UNSERE SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT

Baden-Württemberg steht an einem historischen Wendepunkt. Jahrzehntlang sicherte der Automobilsektor unseren Wohlstand, doch

dieser Motor stottert: Transformation zur klimaneutralen Mobilität, globaler Innovationsdruck und Fachkräftemangel stellen uns

vor gewaltige Herausforderungen. Gleichzeitig verlieren wir im internationalen Wettbewerb die Fähigkeit, unsere Stärken in konkrete Lösungen zu übersetzen. Ideen wie MP3 oder Photovoltaik wurden hier entwickelt, wirtschaftlich umgesetzt aber anderswo. Zudem geraten wissenschaftliche Freiheiten weltweit unter Druck: Forschende aus den USA, der Türkei oder dem Iran suchen neue Orte, an denen sie frei arbeiten dürfen. Wenn wir ihnen keine Perspektive bieten, verlieren wir nicht nur Talente, sondern auch unsere Zukunft.

Deutschland hat mit der Exzellenzinitiative gezeigt, wie gezielte Förderung Hochschulen und Forschung international sichtbar machen kann. Doch im europäischen Maßstab fehlt ein solches Programm. Viele Hochschulen entlang des Rheingraben – von Karlsruhe bis Straßburg, von Basel bis Mainz – arbeiten bereits stark forschungsorientiert, sind aber häufig fragmentiert und national organisiert.

Gerade Baden-Württemberg als Innovationsland braucht eine europäische Antwort: Wir müssen die Stärken bestehender Hochschulen und Forschungszentren bündeln, ihnen Mittel und Sichtbarkeit geben und so ein gemeinsames Exzellenznetzwerk schaffen. Dieses Modell muss nicht sofort in einem einzelnen „Super-Campus“ münden, es kann auch virtuell, vernetzt und auf mehreren Standorten aufgebaut werden.

Unsere Vision ist ein Europäischer Exzellenz-campus entlang des Rheins, getragen von Deutschland, Frankreich, der Schweiz und weiteren europäischen Partnern – als Leuchtturm für Wissenschaft, Innovation und Gesellschaft.

Dieses Zentrum soll nach dem Vorbild der deutschen Exzellenzinitiative aufgebaut werden: Zunächst werden bestehende Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch EU-Mittel gezielt gefördert und vernetzt. Daraus entsteht ein grenzüberschreitendes Exzellenznetzwerk, das gemeinsame Forschungsprogramme, Start-up-Inkubatoren und soziale Infrastruktur entwickelt.

Mittelfristig können daraus eigene Standorte, Gebäude und Reallabore erwachsen. Der Campus lebt nicht von seiner Adresse, sondern von seiner Idee. Auch ein virtuelles Modell, das digitale Zusammenarbeit und internationale Mobilität nutzt, ist denkbar.

So schaffen wir einen europäischen Safe Haven für Wissenschaft: Ein Ort – ob physisch oder digital –, an dem Forschende frei arbeiten, Talente wachsen und Ideen zu Innovationen werden. Baden-Württemberg wird damit zum Herzstück eines europäischen Leuchtturms, der zeigt: Europa ist nicht nur Binnenmarkt, sondern Zukunftsraum für Freiheit, Fortschritt und Verantwortung.

Asyl-Campus für digitale Souveränität & wirtschaftliche Transformation

Ein Leuchtturm für Freiheit und Innovation

Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Ort machen, an dem Freiheitsdenkende und

bedrohte Talente aus aller Welt Schutz finden und zugleich ihre Fähigkeiten einbringen

können. Wer in seiner Heimat wegen politischer Überzeugung oder Forschung verfolgt wird, soll hier nicht nur Sicherheit, sondern auch Perspektiven haben. Gleichzeitig gewinnen wir die Fachkräfte, die unsere Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft dringend brauchen.

Wir knüpfen an ein historisches Vorbild an: Als 1933 zahlreiche deutsche Wissenschaftler:innen aufgrund von Verfolgung ins Ausland fliehen mussten, entstand in New York die University in Exile, die diesen Forschenden eine neue Heimat bot. Einer von ihnen, Franco Modigliani, erhielt später den Nobelpreis. Dieses Modell zeigt: Wenn wir Verfolgten Chancen geben, gewinnt die Gesellschaft.

Heute ist die Situation umgekehrt: Während in Ländern wie den USA, der Türkei oder Iran die Freiheit von Wissenschaft und Lehre zunehmend eingeschränkt wird, wollen wir Baden-Württemberg zu einem Zufluchtsort im Geiste Europas machen. Der Campus spiegelt die Werte der EU: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Vielfalt und Solidarität.

Das Forschungsprofil des Asyl-Campus konzentriert sich auf vier zentrale Schwerpunkte, die

unmittelbar mit den Herausforderungen unserer Zeit verbunden sind:

- **Wirtschaftliche Transformation:** Entwicklung neuer, nachhaltiger Geschäftsmodelle, die Baden-Württemberg und Europa unabhängiger und zukunftsfähiger machen.
- **Zukunftstechnologien:** Forschung an KI, Robotik, Biotechnologie, erneuerbaren Energien und Kreislaufwirtschaft, damit Europa technologisch souverän bleibt.
- **Gesellschaft der Zukunft:** interdisziplinäre Forschung zu Demokratie, Zusammenhalt, sozialer Innovation und Teilhabe, damit Fortschritt allen zugutekommt.
- **Digitale Souveränität:** Stärkung offener Standards, sicherer IT-Infrastrukturen und europäischer Plattformen, um Freiheit auch im Digitalen zu sichern.

Der Campus wird dezentral organisiert, über bestehende Hochschulen und Forschungszentren entlang des Rheins, gefördert durch EU-Mittel. Ein Start-up-Inkubator sorgt dafür, dass neue Ideen schnell in Unternehmen umgesetzt werden, unterstützt durch Beratung, Finanzierung und internationale Vernetzung.

Arbeiten, Forschen und Leben *Vernetzt über Grenzen hinweg*

Studierende, Forschende und Gründende verbringen heute zu viel Zeit mit Wohnungssuche, Pendeln und Papierkram, statt Ideen zu entwickeln. Viele geben auf, bevor sie anfangen. Wir wollen ein Umfeld schaffen, das Innovation ermöglicht und den Alltag erleichtert. Denn gute Ideen brauchen nicht nur

Labore, sondern auch Kinderbetreuung, gutes Essen und ein bezahlbares Zuhause.

Der Europäische Exzellenzcampus wird nicht als ein einzelner Ort gedacht, sondern als vernetztes Netzwerk entlang des Rheins. Bestehende Hochschul- und Forschungsstand-

orte in Baden-Württemberg, Frankreich und der Schweiz werden durch EU-Mittel verbunden und ausgebaut. So entsteht ein grenzüberschreitendes Campusleben, das digitale Zusammenarbeit mit realen Begegnungen vereint.

Studierende und Forschende erhalten Wohnraum in den beteiligten Städten, verknüpft durch ein abgestimmtes, nachhaltiges Mobilitätssystem. Ein Semesterticket für die gesamte Region sorgt dafür, dass alle Labore, Partnerhochschulen oder Werkstätten erreichbar sind – ohne bürokratische Hürden und ohne zusätzliche Kosten. Wer sich für ein Programm qualifiziert, bekommt automatisch einen Platz im Netzwerk: ob Wohnheim, Kita oder Zugang zu Beratungsangeboten.

Durch digitale Plattformen werden Lehrveranstaltungen, Forschungsgruppen und Start-up-Projekte über Ländergrenzen hinweg organisiert. So können sich Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Lebensrealitäten begegnen und gemeinsam an Lösungen für die großen Fragen unserer Zeit arbeiten: von der wirtschaftlichen Transformation über Zukunftstechnologien bis hin zu digitaler Souveränität.

Wir schaffen damit eine echte Symbiose aus Leben, Forschen und Arbeiten – dezentral, sozial gerecht und nachhaltig vernetzt. Ein Campus, der nicht durch Mauern definiert ist, sondern durch die Menschen und Ideen, die ihn tragen.

Interdisziplinarität und Handwerk **Schlüssel für echte Innovation**

Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht in Elfenbeintürmen lösen. Wirklich tragfähige Lösungen entstehen, wenn Menschen aus Labor, Werkstatt, Atelier und Hörsaal zusammenarbeiten. Wir wollen, dass Baden-Württemberg ein Ort ist, an dem Hightech und Handwerk, Theorie und Praxis Hand in Hand gehen und daraus neue Ideen für eine bessere Zukunft entstehen.

Der Europäische Exzellenzcampus fördert gezielt interdisziplinäre Kooperationen: Medizintechnik trifft auf Biotechnologie, Informatik auf Design, Handwerksinnovation auf Kreislaufwirtschaft. Forschung und Praxis werden dabei nicht zentralisiert, sondern über ein Netzwerk von Standorten entlang des Rheins organisiert – mit Meisterschulen, Fachhoch-

schulen und traditionellen Betrieben als gleichberechtigten Partnern.

Ein besonderes Element sind die „Craft Labs“, die an verschiedenen Standorten entstehen. Hier arbeiten Handwerksbetriebe, Designer:innen und Forschende gemeinsam an Projekten – vom nachhaltigen Baumaterial über neue Fertigungstechniken bis hin zu digitalisierten Werkstätten. So profitieren Betriebe direkt von aktuellen Forschungsergebnissen, können eigene Prototypen entwickeln und neue Technologien praxisnah testen.

Zusätzlich bieten wir Weiterbildungs- und Innovationsmodule für Fachkräfte im Handwerk an – zu Digitalisierung, Automatisie-

rung, Materialforschung oder nachhaltiger Produktion. Damit bleibt das Handwerk nicht Zuschauer, sondern aktiver Gestalter der Transformation.

So entsteht eine europäische Innovationskultur, in der Köpfe und Hände, Wissenschaft und Praxis, Tradition und Zukunft ineinandergreifen, getragen von den Werten der EU: Freiheit, Teilhabe und Solidarität.

Zugang für alle, Förderung für Talente

Forschung und Innovation dürfen keine exklusive Welt bleiben. Zu oft hängt die Teilnahme an Zukunftsprojekten noch vom richtigen Abschluss oder der passenden Herkunft ab. Wir wollen, dass Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebenswegen genauso Zugang haben wie die Spitzenforschenden aus aller Welt. Denn die besten Ideen entstehen, wenn vielfältige Erfahrungen zusammenkommen. Gleichzeitig müssen außergewöhnliche Talente die Förderung und Freiräume erhalten, die sie brauchen, um ihre Potenziale voll zu entfalten.

Der Europäische Exzellenzcampus wird als grenzüberschreitendes Netzwerk entlang des Rheins aufgebaut und öffnet seine Strukturen bewusst für alle Bildungswege. Programme und Studiengänge sind so gestaltet, dass auch Menschen ohne klassischen Hochschulab-

schluss, aber mit beruflicher Qualifikation oder praktischer Erfahrung, teilhaben können. Digitale Formate und internationale Mobilität sorgen dafür, dass niemand durch Bürokratie oder Wohnort ausgeschlossen wird.

Gleichzeitig schaffen wir Exzellenzformate auf europäischem Niveau: spezialisierte Forschungsgruppen, internationale Start-up-Programme und Fellowships, die herausragenden Talenten Zeit, Ausstattung und Sichtbarkeit geben.

Ein umfassendes Stipendiensystem mit EU-Mitteln stellt sicher, dass finanzielle Hürden keine Rolle spielen. Damit vereinen wir Breite und Spitze, Vielfalt und Exzellenz, soziale Gerechtigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Forschung trifft Praxis ***Aus Ideen werden Unternehmen***

Viele gute Ideen schaffen es nie aus dem Labor oder der Werkstatt. Der Weg zur Unternehmensgründung ist oft unklar, voller Bürokratie und finanzieller Risiken. Gerade forschungsnahe Gründungen scheitern nicht am Potenzial, sondern an fehlender Unterstüt-

zung. Wir wollen, dass Innovationen nicht im Papierstapel versanden, sondern den Weg in den Alltag der Menschen finden – als Produkte, Dienstleistungen oder neue Geschäftsmodelle.

Der Europäische Exzellenzcampus organisiert Innovation nicht an einem Ort, sondern als grenzüberschreitendes Netzwerk entlang des Rheins. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen arbeiten gemeinsam an Projekten, die direkt mit den großen Fragen Europas verbunden sind: von der wirtschaftlichen Transformation über Zukunftstechnologien bis zur digitalen Souveränität.

Statt starren Fachbereichen entstehen flexible Teams, die in Living Labs und virtuellen Plattformen zusammenarbeiten. Dort werden neue Ideen in realen Umgebungen getestet – ob in der Stadt, im Krankenhaus, in einem Betrieb oder in der Landwirtschaft. So zeigt sich früh, was wirklich funktioniert, und Forschung bleibt nicht im Elfenbeinturm stecken.

Ein grenzüberschreitender Gründungs- und Innovationsinkubator begleitet Talente von der Idee bis zur Umsetzung: mit Coaching, Mentor:innen aus der Praxis und einem europäischen Netzwerk aus Investor:innen. Finanzielle und organisatorische Unterstützung sorgt dafür, dass neue Unternehmen auch ohne großen Eigenkapitalhintergrund starten können.

Ziel ist es, innerhalb weniger Jahre hunderte technologie- und gesellschaftsgetriebene Start-ups im Rheingraben hervorzubringen – verankert in den Werten der EU: Freiheit, Vielfalt, Solidarität und Verantwortung. So wird Baden-Württemberg zum Herzstück eines europäischen Innovationsraums, in dem Ideen nicht nur gedacht, sondern auch gemacht werden.

EUROPÄISCHE MOBILITÄT

MODELLREGION FÜR GRENZENLOSES REISEN

Wer heute von Stuttgart nach Straßburg fahren will, braucht Geduld und gute Nerven. Wer mit dem Zug nach Zürich pendelt, steht in Singen, weil der Fahrplan nicht abgestimmt ist. Wenn Studierende für ein Erasmus-Semester nach Lyon reisen, kostet das Zugticket oft mehr als der Flug. Und wer am Wochenende nach Mailand fahren möchte, muss separate Tickets über die DB, die SBB und Trenitalia buchen. Obwohl Baden-Württemberg im Herzen Europas liegt, fühlt sich grenzüberschreitende Mobilität oft an wie ein Hindernislauf.

Mobilität ist das verbindende Element Europas. Gerade für ein exportstarkes, forschungsintensives und kulturell vielfältiges

Land wie Baden-Württemberg ist eine verlässliche Anbindung an unsere europäischen Nachbarregionen zentral. Doch während sich Menschen, Märkte und Bildung vernetzen, bleiben Bahnsysteme zu oft national gedacht.

Wir wollen, dass Menschen in Baden-Württemberg einfach, klimafreundlich und ohne Umsteigen durch Europa reisen können. Bahnfahren soll wieder die bequemste und logischste Wahl sein, wenn man Familie besucht, zur Arbeit pendelt, ein Erasmus-Semester macht oder einfach die Nachbarländer entdecken möchte. Daher sorgen wir dafür, dass Züge besser fahren, Verbindungen zusammenpassen und Tickets leicht verständlich sind. Baden-Württemberg wird zu einem

Baden-Württemberg-Takt Plus

Der Takt, der Europa verbindet

Viele Menschen in Baden-Württemberg pendeln, studieren oder arbeiten über Grenzen hinweg. Doch oft bedeutet eine Zugreise ins Ausland: lange Wartezeiten, verpasste Anschlüsse und aufwendige Planung. Bahnfahren verliert so gegen Auto und Flugzeug. Wir wollen das ändern und Bahnfahren über Grenzen hinweg endlich zuverlässig, planbar und bequem machen.

Mit dem „Baden-Württemberg-Takt Plus“ für Europa schaffen wir regelmäßige, eng getak-

tete Zugverbindungen in alle europäischen Nachbarregionen – mindestens alle zwei Stunden, mit verlässlichen Anschlüssen.

Durch gezielte Verbesserungen an der Infrastruktur, wie die Anpassung von Bahnsteigen oder moderne Signalsysteme, sorgen wir dafür, dass Züge grenzüberschreitend schneller, barrierefrei und ohne unnötige Wartezeiten fahren können. So wird europäische Mobilität Teil des Alltags: pragmatisch, effizient und klimafreundlich.

Einheitliches Euro-Ticket

Mit „BW-Global“ einfach und fair durchstarten

Wer von Baden-Württemberg aus mit dem Zug ins europäische Ausland reisen will, steht oft vor einem Dschungel aus Apps, Buchungsportalen und Tarifsystemen. Viele geben entnervt auf – oder steigen ins Auto oder Flugzeug. Gerade für Pendelnde, junge Menschen und Menschen mit wenig Geld ist das eine echte Barriere. Wir wollen, dass Reisen durch Europa einfach und für alle möglich wird.

Mit dem Euro-Ticket „BW-Global“ führen wir ein digitales, leicht buchbares Ticket ein, das

grenzüberschreitende Bahnreisen unkompliziert und bezahlbar macht.

Ob tägliches Pendeln, der Familienbesuch im Elsass oder ein spontaner Städtetrip nach Zürich: Alle sollen mit nur einem Klick losfahren können, ohne Tarifchaos oder versteckte Kosten.

So wird Europa auf der Schiene verbunden und Baden-Württemberg zum Startpunkt für offene, faire und nachhaltige Mobilität.

EuroRail BW

Kompetenzzentrum für grenzüberschreitende Innovation

Gute Zugverbindungen enden zu oft an Grenzen, weil Systeme nicht zusammenspielen. Unterschiedliche Züge, fehlende Standards oder unklare Zuständigkeiten machen europäisches Bahnfahren langsam, unzuverlässig oder teuer. Diese Hürden spüren die Fahrgäste und schaden dem Klimaschutz.

Mit dem Kompetenzzentrum „EuroRail BW“ bauen wir ein landeseigenes Zentrum, das sich um alles kümmert, was grenzüberschreitenden Bahnverkehr besser macht:

Es harmonisiert technische Standards, sammelt und verbreitet gute Praxislösungen, treibt Innovation bei Zugtechnik und Fahrgastinformationssystemen voran und vertritt die Interessen Baden-Württembergs bei EU-weiten Bahnprojekten.

So machen Mobilität verlässlicher, schneller und intelligenter. Baden-Württemberg wird damit zum Schrittmacher einer Bahn, die Europa wirklich verbindet.

UMWELT SCHUTZ

**INKER
KLOMSDORF**
AALEN
LISTENPLATZ 5

„Umweltschutz ist kein Projekt, Verzicht oder Anstrengung. Für mich ist
Umweltschutz **Liebe zur Zukunft** und das größte Geschenk, das wir heute
weitergeben können. Ich wünsche mir, dass **meine Kinder und Enkelkinder**
irgendwann noch **Wälder, Seen und frische Luft genießen** können, wie wir
sie noch erleben! Wir haben in Ba-Wü alles, um Umweltschutz und Fortschritt zu
verbinden: wenn wir **den Mut haben**, jetzt zu handeln.“

UMWELTSCHUTZ

FÜR EIN NATURVERBUNDENES BADEN-WÜRTTEMBERG

Umweltschutz ist die Grundlage für unser Leben. Umweltschutz ist nicht nur ein Nebenthema, sondern das Netz, das unsere Zukunft trägt. Uns leiten dabei die Werte Verantwortung, Respekt vor der Natur, Solidarität mit kommenden Generationen, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Wir nutzen die Natur und leben von ihr; daher sollte es unser innerstes Interesse sein, diese zu erhalten und vor Ausbeutung zu verschonen.

Wir verstehen Natur nicht als Ressource, die man beliebig verbrauchen kann, sondern als Partnerin, die uns schützt: Wälder speichern Wasser und CO₂, Moore bremsen Hochwasser, Böden sichern unsere Ernährung, Biodiversität hält unsere Ökosysteme stabil. Darum setzen wir auf Schutz und Wiederherstellung statt Ausbeutung, Verursacherprinzip statt Abwälzen von Kosten und gemeinsames Handeln von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Für uns ist es selbstverständlich, dass Baden-Württemberg Natur schützt, Lebensqualität steigert und Menschen Sicherheit gibt – mit sauberem Wasser, gesunder Luft, lebendigen Städten und Landschaften, in denen Vielfalt gedeiht. So wird Umweltschutz zur Investition in Gesundheit, Wohlstand und Freiheit.

UMWELTSCHUTZ JETZT

NATUR BEWAHREN, ZUKUNFT GESTALTEN

Baden-Württemberg ist eine der vielfältigsten und wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Gleichzeitig sind unsere natürlichen Lebensgrundlagen stark unter Druck. Biodiversität, Wälder, Böden, Wasser und Luft stehen durch Klimakrise, Flächenverbrauch, invasive Arten und Umweltverschmutzung unter Belastung.

Im Gegensatz zum Klimaschutz, der ein weltweites Handeln braucht, ist Natur- und Umweltschutz auch rein regional machbar. Die Natur ist gleichzeitig auch unser bester

Partner zum Schutz vor Extremwetterereignissen und zur Reduktion des CO₂ in der Atmosphäre. Umweltschutz zieht sich wie ein roter Faden durch alle Politikbereiche, von Energie über Mobilität bis hin zu Landwirtschaft, Bildung und Wirtschaft.

Unser Ziel ist klar: verbindliche, messbare Umweltpolitik, die Baden-Württemberg zu einem Modell für Biodiversität, Klimaresilienz und langfristige Erholungs- und Lebensqualität macht.

Renaturierung & Ökosystemsenschutz

Wir wünschen uns lebenswerte Städte, naturnahe Rückzugsräume, sauberes Wasser, gesunde Luft und eine reiche Biodiversität.

Intakte Ökosysteme sind die Grundlage für unser Leben: Wälder, Moore und gesunde Böden filtern Wasser und Luft, bieten Lebensräume für Tiere und Pflanzen und schützen uns vor Hochwasser und Erosion. Deshalb setzt Volt auf die Renaturierung von Flüssen und Feuchtgebieten, die Entsiegelung von Uferbereichen und den Aufbau von Schwammlandschaften. Diese Maßnahmen stärken die

Artenvielfalt, stabilisieren den Grundwasserspiegel und schaffen naturnahe Erholungsräume für Menschen.

Auch klimaresiliente Mischwälder, urbane Grünflächen sowie Dach- und Fassadenbegrünung tragen zum Erhalt der biologischen Vielfalt bei und machen Städte lebenswerter. Lokale Bürgerprojekte, ein transparentes Monitoring von Artenvielfalt und CO₂-Bindung sowie verbindliche Landesziele sorgen dafür, dass Natur- und Umweltschutz konsequent und langfristig umgesetzt werden.

Lichtverschmutzung

Künstliche Beleuchtung beeinträchtigt Insekten, Vögel, Pflanzen und den natürlichen Tag-Nacht-Rhythmus. Volt setzt sich dafür ein,

dass Nachtlandschaften in Baden-Württemberg geschützt werden und Menschen wieder die Sterne sehen können.

Volt setzt sich für eine gezielte Reduzierung der Lichtverschmutzung ein: Kommunale Straßenbeleuchtung, Industrie- und Werbeanlagen sollen gesteuert, abgeschirmt und bedingt auf warmes, artenschonendes Licht umgestellt werden. Weniger Stromverbrauch senkt CO₂-Emissionen, ein stabiler zirkadianer Rhythmus fördert besseren Schlaf und Sterneparks wie

das Best Practice in der Schwäbischen Alb verbinden Umweltschutz mit Bildung und regionalem Tourismus. Durch die Verschärfung des Landesnaturschutzgesetzes im Bereich Beleuchtung und die Umsetzung bewährter kommunaler Konzepte kann Baden-Württemberg Vorreiter im Schutz der Nacht werden.

Gewässerqualität

Sauberes Wasser ist lebenswichtig für Trinkwasser, Freizeit, Landwirtschaft, Natur und Tierwelt. Durch die Reduzierung von Mikroschadstoffen wie Arzneimitteln, PFAS, Pestiziden und Mikroplastik verbessern wir die

Qualität unserer Gewässer, schützen die Gesundheit der Menschen und erhalten die Artenvielfalt. Auch Erholung und Tourismus profitieren von sauberen Gewässern.

DAS IST DAS VERURSACHERPRINZIP

Das Verursacherprinzip bedeutet, dass die Menschen oder das Unternehmen, das durch eine Handlung Umweltschäden oder Kosten verursacht, auch selbst für deren Beseitigung oder Ausgleich aufkommen muss. Es ist ein zentrales Konzept in Wirtschaft, Umweltökonomie und Umweltpolitik.

Mikroschadstoffe wie Arzneimittel, PFAS, Pestizide und Mikroplastik belasten unsere Gewässer, während nur ein Bruchteil der Kläranlagen mit der modernen vierten Reinigungsstufe ausgestattet ist. Volt setzt sich dafür ein, diese Modernisierung bis 2030 flächendeckend umzusetzen und dabei auch innovative Filtertechnologien wie Ozonung oder Aktivkohle zu fördern. Pilotprojekte zur

Entfernung von Mikroplastik (fünfte Reinigungsstufe) sollen unterstützt und das Verursacherprinzip von Industrie und Pharmaunternehmen gestärkt werden. Ergänzend dazu sollen Informationskampagnen zur korrekten Entsorgung von Arzneimitteln im Haushalt die technischen Maßnahmen flankieren.

Moore

Über 90 % der Moorflächen sind heute durch Landwirtschaft, Torfabbau oder Städtebau entwässert. Trockengelegte Moore emittieren Treibhausgase und verursachten 2020 etwa 6–7 % der deutschen Emissionen¹⁰⁴. Intakte Moore speichern CO₂, bieten Lebensräume für Tiere und Pflanzen und regulieren den Wasserhaushalt, was Hochwasser vorbeugt. Deshalb ist es besonders wichtig, Moore wieder zu vernässen und ihre natürliche Vielfalt zu sichern.

Volt unterstützt deshalb die Landesstrategie "Moorschutz Baden-Württemberg" und setzt

sich dafür ein, dass bis 2030 mindestens 10.000 Hektar Moore wiedervernässt werden. Dazu gehören nachhaltige Nutzungskonzepte nasser Böden (Paludikultur), das Ende des Torfabbaus, der Einsatz von Torfersatzstoffen sowie der Schutz vor Bebauung auf Moorflächen. Außerdem sollen ein landesweites Moorkataster und die Erfassung von Emissionen helfen, die Maßnahmen transparent zu machen. Langfristige Finanzierung, Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Betrieben, Gemeinden und Wissenschaft sowie europäische Fördermittel (GAP und LIFE) sichern den Erfolg.

Biodiversität

Menschen profitieren direkt vom Erhalt der biologischen Vielfalt in Baden-Württemberg. Intakte Lebensräume sichern sauberes Wasser und Luft und garantieren die Bestäubung von Pflanzen für Ernährung und Landwirtschaft. Außerdem bieten artenreiche Wälder, Wiesen und Gewässer Erholungsräume für Freizeit und Gesundheit. Kurz gesagt: Biodiversität schützt Leben, Gesundheit und Wohlstand der Menschen.

Volt will das Naturschutzgesetz in Baden-Württemberg konsequent umsetzen und aktiv vorantreiben. Dazu gehört der Ausbau eines landesweiten Biotopverbunds auf mindestens 15 % der Offenlandfläche, ein Stopp weiterer Flächenversiegelung mit Vorrang für Innenentwicklung sowie die Renaturierung von Flüssen,

Feuchtgebieten und Mooren. Auch die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 soll auf Landesebene konsequent umgesetzt werden.

Citizen-Science-Projekte und ein landesweites Biodiversitätsmonitoring verankern Wissen und Beteiligung in der Gesellschaft. Erfolgreiche Best Practices wie der Nationalpark Schwarzwald zeigen, wie Naturschutz und nachhaltiger Tourismus Hand in Hand gehen und die regionale Wertschöpfung stärken. Volt will deshalb ein neues, zukunftsorientiertes Sonderprogramm für sanften Tourismus auflegen, das Klimaanpassung, Digitalisierung und nachhaltige Regionalentwicklung verbindet. Dazu gehören die Förderung von Rad- und Wanderwegen, nachhaltiger Mobilität und barrierefreien Angeboten.

LAND WIRTSCHAFT

**SUSANNE
WIELAND**

**HEILBRONN
LISTENPLATZ 15**

„Unsere Landwirtschaft ist das **Fundament unserer Ernährung** und unserer Landschaften. Wenn wir die Betriebe stärken, ihre Arbeit fair bezahlen und Innovation mit Verantwortung verbinden, schaffen wir eine **Landwirtschaft, die allen dient**: den Menschen, der Natur und den kommenden Generationen.“

Landwirtschaft

FÜR EIN BODENSTÄNDIGES BADEN-WÜRTTEMBERG

Landwirtschaft ist das Herzstück unserer Wirtschaft: Hier entstehen unsere Lebensmittel und zugleich Kultur, Landschaftspflege, Ernährungssicherheit und Heimat. Sie steht für Verantwortung gegenüber Natur und Tieren, Wertschätzung von Arbeit und Lebensmitteln, Generationengerechtigkeit, Innovation und Freiheit.

In Baden-Württemberg prägen rund 32.200 Betriebe fast den gesamten ländlichen Raum, das sind 69 % der Landesfläche. Viele Menschen halten ihre Höfe nicht nur aus wirtschaftlichem Kalkül, sondern aus Tradition, Leidenschaft und dem tiefen Wunsch, Natur und Lebensgrundlagen für alle zu bewahren. Sie tragen trotz Preisdruck, Bürokratie und Wetterextremen weiter Verantwortung, oft unsichtbar, aber unverzichtbar.

Wir wollen eine Landwirtschaft, die Menschen ernährt, Höfe erhält und Natur schützt. Sie soll widerstandsfähig gegen Klimakrisen, biodivers und ressourcenschonend sein – ohne überbordende Bürokratie. Sie soll Wertschöpfung vor Ort schaffen, mit fairen Preisen, kurzen Wegen zu Verbraucher:innen und Technologien, die unterstützen statt belasten.

Dabei verbinden wir Tradition und Moderne: Familienbetriebe bleiben fest in den Regionen verwurzelt, nutzen aber digitale Werkzeuge, neue Züchtungsmethoden und kombinierte Energie- und Nahrungsmittelproduktion. Landwirtschaft wird so zum Motor der Transformation für gesunde Ernährung, sichere Arbeitsplätze und eine lebendige Natur.

ERNÄHRUNG, NATUR UND HÖFE **FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN**

Auf den Feldern Baden-Württembergs sieht man blühende Landschaften, doch dahinter steckt oft harter Alltag: Spätfröste, Hagel oder Dürre zerstören Ernten, während Bürokratie, Preisdruck und internationale Konkurrenz den Druck erhöhen. Landwirtschaftliche Betriebe müssen mit ansehen, wie Äpfel schwarz werden, bevor sie geerntet sind oder wie Weintrauben am Stock vertrocknen, obwohl die Reben noch grün wirken. Viele Betriebe fragen sich, wie lange sie noch bestehen können.

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist mehr als nur Lebensmittelproduktion. Sie prägt unsere Landschaften, schützt unsere Böden und schafft Arbeitsplätze im ganzen Land. Doch sie steht im Spannungsfeld zwischen immer höheren Erwartungen: klimafreundlich und ressourcenschonend soll sie sein, gleichzeitig qualitativ hochwertig und bezahlbar. Während manche Länder schon massiv in moderne Technologien oder neue

Züchtungsverfahren investieren, geraten viele Höfe hier ins Hintertreffen. Für die Betriebe bedeutet das enormen Anpassungsdruck, oft ohne die nötige Unterstützung.

Volt Baden-Württemberg will eine Landwirtschaft, die Menschen mit gesunden Lebensmitteln versorgt, landwirtschaftlichen Betrieben ein gutes Auskommen sichert und zugleich Natur und Klima schützt. Wir stellen uns vor, dass Menschen in diesem Berufsfeld nicht länger Krisenverlierer sind, sondern Partner:innen der Transformation. Felder, die Energie und Nahrung zugleich produzieren. Betriebe, die dank digitaler Methoden klüger wirtschaften; Märkte, auf denen regionale Produkte selbstverständlich sind und Verschwendung der Vergangenheit angehört. Eine Landwirtschaft, die moderne Innovationen nutzt, ohne ihre Wurzeln zu vergessen. So wird sie zum Motor für eine nachhaltige Zukunft.

Sicherheit für Höfe trotz Wetterextremen

Wenn Hagel die Obstblüte zerstört oder Trockenheit das Getreide verdorren lässt, verlieren Betriebe ihre wirtschaftliche Grundlage. Notfallhilfen sind unzuverlässig und bürokratisch. Wir wollen, dass landwirtschaftliche Betriebe eine verlässliche Absicherung haben, um Planungssicherheit und stabile Lebensmittelpreise zu ermöglichen.

Wir führen eine gestützte Mehrgefahrenversi-

cherung ein, die Schäden durch Dürre, Starkregen, Frost, Hagel oder Hitze abdeckt. Das Land übernimmt einen Anteil der Prämien, sodass auch kleine Betriebe sich den Schutz leisten können. Schäden werden nach klaren, transparenten Regeln bewertet und schnell reguliert. So schaffen wir ein System, das landwirtschaftliche Betriebe entlastet und unsere Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise macht.

Neue Züchtungsmethoden **Für eine widerstandsfähige Landwirtschaft**

Der Klimawandel bedeutet für Landwirtschaftsbetriebe mehr Trockenheit und neue Schädlinge. Moderne Züchtungsmethoden ermöglichen es Pflanzen zu entwickeln, die weniger Dünger und Pflanzenschutz brauchen und gleichzeitig stabile Erträge liefern. Das nützt allen: Mehr Sicherheit für Berufe in der Landwirtschaft, verlässliche Preise bei Verbrauchende.

Wir beenden die Blockadehaltung Baden-Württembergs indem wir aus dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen austreten und

öffnen den Weg für präzise Verfahren wie CRISPR/CAS¹⁰⁵, unter strengen wissenschaftlichen Standards. Forschungseinrichtungen und kleine wie mittlere Züchtungsunternehmen werden gezielt gefördert, damit Innovation nicht nur großen Konzernen vorbehalten bleibt. Klare Regeln sorgen dafür, dass biologische, konventionelle und gentechnische Anbausysteme nebeneinander bestehen können. Durch transparente Kennzeichnung behalten Verbrauchende die Wahlfreiheit, während unsere Landwirtschaft mit klimaresistenten Sorten fit für die Zukunft wird.

Landwirtschaft und Energie **gemeinsam auf einem Feld**

Statt Felder entweder für Nahrungsmittel oder für Solarstrom zu nutzen, können wir beides verbinden. Agri-Photovoltaik (Agri-PV) ermöglicht, dass über den Pflanzen Solarmodule Strom erzeugen, während darunter Gemüse oder Obst wächst. Betriebe erschließen sich eine zusätzliche Einkommensquelle, Verbrauchende profitieren von regionalen Lebensmitteln und sauberem Strom. Die Teilverschattung schützt zudem die Pflanzen vor Hitze, Starkregen oder Hagel.

Um das zu erreichen, weiten wir die Förderung von Agri-PV aus: Neben den Anlagen selbst unterstützen wir die notwendige Umstellung der Maschinen im Ackerbau und erleichtern Investitionen im Obst- und Weinbau durch günstige Kredite. Vereinfachte Genehmigungen sorgen dafür, dass Agri-PV nicht länger Ausnahme, sondern Regelfall werden kann. So machen wir Baden-Württemberg zum Vorreiter für eine Landwirtschaft, die zugleich Energie liefert und Ernten stabilisiert.

Digitale Helfer für klügere Landwirtschaft

Viele Entscheidungen auf dem Hof müssen unter Unsicherheit getroffen werden, z. B. bei der Aussaat, dem Düngen oder in der Tierhal-

tung. Digitale Werkzeuge können präzisere Antworten liefern. Satellitenbilder zeigen, wo der Boden trocken ist, Sensoren messen den

Nährstoffgehalt, und intelligente Systeme steuern Fütterung und Stallklima. Unser Ziel ist, dass solche Technologien nicht nur großen Betrieben vorbehalten sind, sondern auch kleine Höfe die Technik für sich nutzen können.

Wir bauen dafür die Förderprogramme so um, dass moderne digitale Systeme für alle Betriebe zugänglich werden. EU-Mittel und

landeseigene Förderungen sollen gezielt so eingesetzt werden, dass Investitionen bezahlbar bleiben. Gleichzeitig fördern wir Weiterbildung und Beratung, damit auch ältere oder kleinere Betriebe den Schritt zur „Landwirtschaft 4.0“ gehen können. So entsteht eine Landwirtschaft, die klüger wirtschaftet, Ressourcen spart und den Menschen auf den Höfen spürbar den Alltag erleichtert.

Lebensmittel wertschätzen statt wegwerfen

Noch genießbare Lebensmittel landen täglich im Müll, während gleichzeitig Menschen in Armut auf günstige Versorgung angewiesen sind. Viele von uns kennen das unangenehme Gefühl, wenn zu Hause etwas verdirbt und wir es wegwerfen müssen. Wenn ganze Paletten im Supermarkt entsorgt werden, ist das ein Schlag ins Gesicht derer, die diese Lebensmittel mit harter Arbeit erzeugt haben.

Wir führen eine Spendenpflicht nach französischem Best Practice ein: Supermärkte ab einer bestimmten Größe müssen überschüssige, aber noch essbare Waren an Tafeln oder soziale Einrichtungen abgeben. So reduzieren wir Verschwendung, entlasten die Landwirtschaft und stellen sicher, dass mehr Menschen Zugang zu bezahlbaren Lebensmitteln haben.

Mehr Freiheit für Hofläden und Direktverkauf

Immer mehr Menschen kaufen gerne direkt beim Bauernhof ein. Für landwirtschaftliche Betriebe bedeutet das mehr Unabhängigkeit von großen Handelsketten und faire Preise für ihre Arbeit. Doch wer eigenvermarktet, kämpft mit viel Bürokratie und hat kaum Möglichkeiten, Fleisch regional ohne lange Transporte zu verarbeiten. Wir wollen, dass Direktvermarktung für die Betriebe einfacher wird.

Dafür reduzieren wir die bürokratischen Hürden, indem wir die Dokumentationspflichten an die Realität kleiner Betriebe anpassen. Umsätze sollen wöchentlich oder monatlich erfasst werden können statt täglich. Gleichzeitig fördern wir kleinere Schlachtbetriebe und mobile Schlachtereien, um Tiertransporte zu verkürzen und die Eigenvermarktung von Fleisch zu stärken.

TIER SCHUTZ

**CELINE
HIRSCHKA**

**STUTT GART
LISTENPLATZ 1**

„Tierschutz ist **Ausdruck der Werte: Empathie, Respekt, Verantwortung, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.** Tiere sind fühlende Lebewesen, und wie wir mit ihnen umgehen, sagt viel über unsere Gesellschaft aus.

Moderne Tierpolitik verbindet den Schutz von Tieren mit Klima- und **Umweltschutz, Ernährungssicherheit und Gesundheit.**

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Tiere nicht leiden müssen, in der faire Bedingungen für die Landwirtschaft herrschen, in der Bildung tierleidfrei gelingt und in der Innovation Tierleid Schritt für Schritt überflüssig macht.“

TIERSCHUTZ

FÜR EIN TIERGERECHTES BADEN-WÜRTTEMBERG

Tierschutz ist für uns kein Randthema sondern Ausdruck der Werte, die unser Zusammenleben prägen: Empathie, Respekt, Verantwortung, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Tiere sind fühlende Lebewesen, und wie wir mit ihnen umgehen, sagt viel über unsere Gesellschaft aus. Moderne Tierpolitik verbindet den Schutz von Tieren mit Klima- und Umweltschutz, Ernährungssicherheit und Gesundheit.

In Baden-Württemberg sehen wir die Land- und Haustiere, die uns begleiten, die Wildtiere, die unsere Natur bereichern, und die Innovationen, die es erlauben, Tierleid zu vermeiden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Tiere nicht leiden müssen, in der Landwirtschaft faire Bedingungen herrschen, in der Bildung tierleidfrei gelingt und in der Innovation Tierleid Schritt für Schritt überflüssig macht.

Unser Weg ist klar: Jedes Tier zählt. Tierschutz wächst dabei Schritt für Schritt mit klaren Regeln, verlässlicher Kontrolle und immer auch getragen von der steigenden gesellschaftlichen Akzeptanz. So verbinden wir ehrgeizige Ziele mit Realismus, stärken das Vertrauen der Menschen und bauen ein Fundament, auf dem künftige Generationen aufbauen können. Baden-Württemberg soll Vorbild werden für eine Tierpolitik, die Tierwohl, Nachhaltigkeit und Fortschritt vereint.

FÜR EINE MODERNE TIERPOLITIK

SCHUTZ, GERECHTIGKEIT, FORTSCHRITT

Für Volt ist Tierschutz kein Randthema, sondern ein zentraler Wert unserer Gesellschaft. Tierschutz steht im direkten Zusammenhang mit Gesundheit, Klima-, Ressourcen- und Umweltschutz: Eine landwirtschaftlich gerechte Tierhaltung reduziert klimaschädliche Emissionen, Bodenerosion sowie Nitrit- und Nitratbelastungen und stärkt gleichzeitig die ökologische und soziale Verantwortung. Empathie, Mitgefühl und Respekt gegenüber Tieren sind grundlegende Prinzipien, die unser Zusammenleben und unsere Zukunftsfähigkeit prägen.

Die Verbesserung der Tierhaltung, ob bei Nutz-, Wild- oder Haustieren, gewinnt in Baden-Württemberg zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig leiden Tiere weiterhin unter unzureichenden Haltungsbedingungen, Qualzuchtmerkmalen und fehlenden Regelungen.

Obwohl die Mehrheit der Menschen Tierleid ablehnt, bleibt der Schutz von Tieren in Politik und Gesellschaft oft hinter den Erwartungen zurück.

Volt setzt sich dafür ein, dass Tiere nicht länger leiden, Empathie und Gerechtigkeits-sinn in Politik und Gesellschaft gestärkt werden und der bewusste Umgang mit tierischen Produkten gefördert wird. Wir wollen klare Regeln und Standards: landesweite Regelungen zur Wildtierhaltung¹⁰⁶, konsequente Umsetzung von Verboten gegen Qualzuchtmerkmale¹⁰⁷, Umbau von Zoos zu wildtierfreien Bildungs- und Erlebniswelten sowie eine Ernährungspolitik, die Tierwohl, Klima und Gesundheit miteinander verbindet. Jedes Tier zählt und Volt spricht für die, die keine Stimme haben.

Tierfreie Bildungseinrichtungen schaffen und fördern

Wir wollen ein Baden-Württemberg, in dem Bildung, Forschung und Erlebniswelten ohne Tierleid möglich sind. Zoos sollen Orte des Wissens, des Staunens und des Verstehens sein, ohne Käfige, Verhaltensstörungen oder Dressuren. Menschen sollen in modernen, tierfreien Erlebnisräumen lernen können, wie Natur, Artenvielfalt und Klima zusammenhängen. So schaffen wir Räume, die Mitgefühl stärken, Wissen vertiefen und Verantwortung für unsere Umwelt fördern.

Wir denken Zoos neu und wollen Bildung ohne Tierleid umsetzen:

- Förderung tierfreier Erlebnis- und Bildungsräume nach dem Ansatz des Klimahauses Bremerhaven oder durch digitale Konzepte wie VR, Projektionen und Klangräume.
- Unterstützung bestehender Zoos bei der Transformation zu tierfreien Bildungseinrichtungen mit wissenschaftlicher Begleitung.

- Enge Kooperation mit Forschung, Museen, Universitäten und Umweltbildung, um Alternativen zur Tierhaltung zu entwickeln.

- Keine Nachzuchten, wenn keine artgerechte Auswilderung möglich ist, insbesondere nicht bei späterem Tierüberschuss oder Tötung.

Verbot der Haltung von Meeressäugetieren

- Keine Zucht, kein Zukauf: Einhaltung und Kontrolle des europäischen Verbots von Meeressäugetierhandel.

- Sanfter Übergang: Bestehende Tiere verbleiben in Pflege bis zum natürlichen Tod; anschließend werden die Anlagen für tierfreie Bildung und Forschung umgebaut.

Keine Geschäfte mit Wildtieren *Tierhandel durch Zoos stoppen*

- Verbot des kommerziellen Handels mit Wildtieren durch Zoos und Tierparks.
- Einführung eines öffentlichen Registers für Tiertransfers, inkl. Herkunft und Verwendungszweck.

- Unabhängige Kontrollinstanz für Tierbewegungen und Haltung.
- Keine Exporte an Zirkusse, Händler oder nicht-zertifizierte Einrichtungen.

Feuerwerk stoppen *Tiere schützen, Umwelt schonen, Rettungskräfte entlasten*

Wir schützen Tiere vor Stress durch Feuerwerk. Das Abbrennen pyrotechnischen Feuerwerks wird in der Nähe von Wild- und Nutztierhaltungen, Naturschutzgebieten und tierfreundlichen Zonen eingeschränkt.

Wir fördern konsequent umwelt- und tierfreundliche Alternativen wie Licht- oder Lasershows, die Emissionen reduzieren und Rettungskräfte durch weniger Verletzungen und Brände rund um Silvester entlasten.

Volt setzt sich mittelfristig für eine Verschärfung des Sprengstoffgesetzes durch eine Bundesratsinitiative ein. Langfristig wollen wir, wie Schweden es bereits fordert¹⁰⁸, dass das Sprengstoffrecht gemeinschaftlich durch die EU geregelt wird. Derzeit ist es eine Kompetenz der EU-Staaten. Mit einer EU-einheitlichen Regelung beenden wir Importe aus EU-Mitgliedsstaaten mit laxeren Sprengstoffgesetzen.

Exotische Wildtiere in Privathand

Regeln statt Grauzonen

Wildtiere stellen besondere Ansprüche, die privat kaum artgerecht erfüllt werden können und bergen Risiken für Sicherheit, Gesundheit und Tierschutz. In Baden-Württemberg gibt es Stand Sommer 2025 keine landesgesetzlichen Regelungen zur Haltung, keine Verbote und keine Meldepflicht für Gefahrtiere. Wilde Tiere wie Großkatzen, Primaten oder Giftschlangen können ohne Kontrolle privat gehalten werden. Wir setzen uns für ein Baden-Württemberg ein, in dem Wildtiere nicht zum Hobby oder Statussymbol werden, sondern geschützt in ihrer natürlichen Umgebung verbleiben.

Wir werden umsetzen:

- Einführung einer Landes-Negativliste für besonders gefährliche oder anspruchsvolle

Arten (z. B. Großkatzen, Primaten, Giftschlangen), deren private Haltung dadurch verboten wird.

- Nur Vermittlung bereits vorhandener Tiere über Tierheime oder behördlich anerkannte Stellen mit strengen Auflagen.
- Einführung einer Melde- und Genehmigungspflicht für alle in Privathand gehaltenen Wildtiere.
- Verbot von Tierbörsen und Exotenmessen in Baden-Württemberg.
- Aufbau transparenter Rücknahme- und Vermittlungsstellen für abgegebene oder beschlagnahmte Tiere.

Landwirtschaftliche Tiere

Für eine tierfreundliche Agrarwende

Tiere in der Landwirtschaft sollen nicht leiden, sondern in würdigen, artgerechten Bedingungen leben können. Menschen wollen wissen, dass ihr Essen ohne Tierqual und unter fairen Bedingungen produziert wurde. Eine Agrarwende hin zu weniger Tierleid und nachhaltiger Ernährung hilft auch dem Klima, Umwelt und Gesundheit. Massentierhaltung darf keine Zukunft haben.

Wir werden umsetzen:

- Tierwohl stärken – mit Kontrolle und Transparenz

- Regelmäßige, unangekündigte und unabhängige Kontrollen in Tierhaltungen und Schlachthöfen.
- Stärkung der Veterinärämter durch mehr Personal, bessere Ausstattung, digitale Unterstützung (z. B. Videoüberwachung, Sensorik, KI).
- Schlachtung und Tiertransporte als Teil der Tierwohlüberwachung.
- Baden-Württemberg setzt sich im Bundesrat dafür ein, dass die Strafbarkeit von Whistleblowern oder Aktivist:innen

abgeschafft wird, wenn sie durch verdeckte Recherchen nachweislich belegte Rechtsverstöße oder Missstände in Tierhaltung oder Schlachtbetrieben dokumentieren.

- Weniger Tiere, mehr Zukunft
- Schrittweise Reduktion industrieller Massentierhaltung durch gezielte Förderung von Alternativen.
- Förderung pflanzenbasierter, regionaler und regenerativer Landwirtschaft.

- Subventionen umsteuern: Weg von pauschalen Mengenprämien für Massentierhaltung, hin zu gezielter Förderung von Tierwohl, Umweltleistungen und gesunder Ernährung.
- Förderung tierfreundlicher Haltungsförm (z. B. Weidehaltung, Mischbetriebe, Weidehaltung im Agroforstsystem).

Tierschutz im öffentlichen Raum

Klare Grenzen für Unterhaltung

Unterhaltung darf niemals auf Kosten von Tieren gehen. Sie gehören nicht in die Manege und Volksfeste sollen ohne Tierleid auskommen. Menschen in Baden-Württemberg sollen sich auf Shows, Jahrmärkte und Stadtfeste freuen können, aber ohne Zurschaustellung, Dressur oder Ausbeutung von Tieren.

Wir werden umsetzen:

- Dass tierfreie Zirkusse zum Standard werden.
- Verbot der Zurschaustellung und Nutzung lebender Tiere auf Stadtfesten, Weihnachtsmärkten, Fasching, Jahrmärkten etc.

Haustierschutz

Verantwortung fördern, Tierleid verhindern

Haustiere sind Teil vieler Familien. Ihre Haltung ist eine Verantwortung. Steigende Kosten, Unsicherheit über artgerechte Pflege und illegaler Handel belasten Tierhaltende. Wir brauchen einen gerechten Haustierschutz, der Tierleid verhindert und den Handel klar regelt.

Wir werden umsetzen:

- Chip- und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen zur schnellen Rückvermittlung

entlaufener Tiere und zur besseren Nachverfolgung illegaler Haltung.

- Ein einheitliches, zentrales Haustierregister auf Landesebene, vernetzt mit Tierheimen, Veterinärämtern und Ordnungsbehörden.
- Landesweite Tierschutzfonds für Tierheime, Lebenshöfe, Gnadenhöfe und Wildtierstationen.
- Hundesteuer für Tiere aus dem Tierheim

(Adoption statt Kauf fördern) und Therapie-, Assistenz- und Rettungshunde (Unterstützung statt Belastung) senken.

- Einführung einer Negativliste: Nur Tierarten und -rassen, die nachweislich tiergerecht gehalten werden können, sollen privat erlaubt sein. Damit wird die Haltung

von Haustieren mit Qualzuchtmerkmalen ausgeschlossen.

- Kastrationspflicht für freilaufende Katzen zur Eindämmung unkontrollierter Vermehrung in Kombination mit landesgeförderten Kastrationsaktionen in Zusammenarbeit mit Tierheimen und Tierschutzvereinen.

Innovationen ohne Tierleid

Viele unserer Alltagsprodukte enthalten tierische Bestandteile. Oft, ohne dass wir es bewusst wahrnehmen. Dieses versteckte Tierleid wollen wir reduzieren und Menschen für einen verantwortungsvollen, bewussteren Konsum sensibilisieren. Produkte sollen modern, nachhaltig und innovativ sein und gleichzeitig Tierwohl respektieren. Zudem wurden im Jahr 2023 in Baden-Württemberg deutschlandweit die drittmeisten Tierversuche durchgeführt.

Wir werden umsetzen:

- Förderung tierfreier Materialien und innovativer Produktentwicklung für Industrie und Konsum wie etwa Leder-Alternativen aus Pilzen, Olivenrückständen oder Ananasfasern.

- Alternative Produkte aus dem Bioreaktor oder aus Präzisionsfermentation, wie In-vitro-Fleisch sowie tierfreie Milch- und Käseprodukte sollen gefördert werden. Für ihre Zulassung zum Verzehr machen wir uns auf EU-Ebene stark.

- Wir fördern tierversuchsfreie Forschung, etwa die Entwicklung von Organoiden aus menschlichen Zellen sowie computerbasierte Simulationen und KI-gestützte Wirkstoffanalysen, um realitätsnahe Ergebnisse zu erzielen und Tierversuche zu reduzieren.

- Konsequente Ablehnung von Anträgen zu Tierversuchen, wenn Alternativen verfügbar sind, die ethische Vertretbarkeit nicht gegeben ist und gesetzliche Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

VERWEISE

Kontext und Hintergründe:

¹ OEM sind Hersteller von Komponenten oder von eigenständigen Produkten. Der Begriff stammt als Abkürzung von der englischen Bezeichnung "Original Equipment Manufacturer" und lässt sich im Deutschen mit Originalausrüstungshersteller oder Erstausrüster übersetzen. Vor allem in der Automobilindustrie, im Maschinenbau sowie in der IT-Branche wird der Begriff OEM genutzt, findet hier aber unterschiedliche Verwendung

² Europäisches Parlament (o. D.): Verbrauchende profitieren direkt durch langfristig sinkende Kosten, die beispielsweise für Energieerzeugung bei elektrischer Kühlung statt besserer Dämmung anfallen, <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/76/ressourceneffizienz-und-kreislaufwirtschaft>.

³ The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2014): Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WGIIAR5-Chap11_FINAL.pdf.

⁴ Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (o. D.): Zirkuläre Geschäftsmodelle - Innovative Geschäftsmodelle für eine nachhaltige Zukunft, <https://www.ipk.fraunhofer.de/de/kompetenzen-und-loesungen/industrietrends/kreislaufwirtschaft/zirkulaere-geschaeftsmodelle.html>.

⁵ Eurostat (2025): Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung nach NUTS-2-Region, <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/abd0974c-03fb-4d69-bf10-cbc0b97418fd?lang=de&createdAt=2025-09-13T15:08:01Z>.

⁶ Europäische Union (o. D.): Richtlinie 2000/60/EG, EUR-LEX, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32000L0060>.

⁷ Europäische Union (o. D.): Richtlinie 2007/60/EG, EUR-LEX, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32007L0060>.

⁸ Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (o. D.): Beispielgebende Projekte <https://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/bauen-wohnen/wohnraumoffensive-baden-wuerttemberg/patenschaft-innovativ-wohnen-bw/patenschaft-innovativ-wohnen-bw-beispielgebende-projekte>.

⁹ Bertelsmann Stiftung (2022): Pressemitteilung - 2023 fehlen in Baden-Württemberg rund 58.000 Kita-Plätze, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/Pressemitteilung_Laendermonitor-Fruehkindliche-Bildungssysteme-2022_Baden-Wuerttemberg_20221020.pdf.

¹⁰ Reck, Thomas/Bohner, Carmen/Futterer/Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (2024): Lehrkräfteeinstellung 2024 Viele Stellen bleiben unbesetzt, <https://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/viele-stellen-bleiben-unbesetzt-1#:~:text=Die%20Versorgung%20der%20Schulen%20mit,innen%20belasten>.

¹¹ Bellenberg, Gabriele/Forell, Matthias (2012): Schulformwechsel in Deutschland - Durchlässigkeit und Selektion in den 16 Schulsystemen der Bundesländer innerhalb der Sekundarstufe I, Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Schulformwechsel_in_Deutschland.pdf.

¹² Statistisches Landesamt (2025): Pressemitteilung 139/2025 - Mit 95 000 unverändert hohe Zahl der Schulwechsel an weiterführende Schulen, <https://www.statistik-bw.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/mit-95000-unveraendert-hohe-zahl-der-schulwechsel-an-weiterfuehrende-schulen/>.

¹³ Lernhaus Ahorn (o. D.): Startseite, <https://www.lernhaus-ahorn.de/>.

¹⁴ Gymnasium Mainz-Mombach (o. D.): Startseite, <https://gymmo.de/>; Kell, Caro (2025): Dieses Gymnasium in Mainz macht alles anders, swr.de, <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/gymnasium-mainz-mombach-mit-radikal-neuem-schulkonzept-schulstart-als-schule-der-zukunft-100.html>.

VERWEISE

- ¹⁵ Alemannenschule Wutöschingen (o. D.): Startseite, <https://www.asw-wutoeschingen.de/>; Ruppaner, Stefan/Willers, Anke (2025): Das könnte Schule machen! Wie ein engagierter Pädagoge unser Bildungssystem revolutioniert, Rowohlt Polaris, Hamburg.
- ¹⁶ Kersting Christoph (2015): Finnland - Laborschule für angehende Lehrer, www.deutschlandfunk.de, <https://www.deutschlandfunk.de/finland-laborschule-fuer-angehende-lehrer-100.html>.
- ¹⁷ Bundespsychotherapeutenkammer (2018): BPTK-Faktenblatt: Psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, https://api.bptk.de/uploads/Faktenblatt_Psychische_Erkrankungen_bei_Kinder_und_Jugendlichen_4479e5e537.pdf.
- ¹⁸ Poethko-Müller, Christina/Kuntz, Benjamin/Lampert, Thomas/ Neuhauser, Hannelore (2018): Übergewicht und Adipositas im Kindes- und Jugendalter in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends, Journal of Health Monitoring, 3(1), 16–23. <https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/3030/24lyOw6Nt8Qz2.pdf?sequence=1&isAllowed=y>.
- ¹⁹ HBSC-Studienverbund Deutschland (2024): Konzept und Methodik der Studie Health Behaviour in School-aged Children (HBSC) – Einblicke in den aktuellen Survey 2022 und die Entwicklung in Deutschland, https://www.rki.de/DE/Aktuelles/Publikationen/Journal-of-Health-Monitoring/GBEDownloads/JConceptsMethods/JHealthMonit_2024_01_Konzept_Methodik_HBSC.html.
- ²⁰ Hoebel, Jens/Michalski, Niels/Baumert, Jens/Nowossadeck, Enno/Tetzlaff, Fabian (2025): Die Lebenserwartungslücke: Sozioökonomische Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen Deutschlands Regionen, <https://edoc.rki.de/handle/176904/12441>.
- ²¹ Greenberg, M. (2023): Evidence for social and emotional learning in schools [Brief], Learning Policy Institute, <https://learningpolicy-institute.org/product/evidence-social-emotional-learning-schools-brief>; Summanen Anna-Mari/Rautopuro Juhani/Kannas Lasse K./Paakkari, Leena T. (2021): Objective health literacy skills among ninth graders in Finland: outcomes from a national learning assessment. Scandinavian Journal of Public Health, <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/14034948211019798>
- ²² Cipriano, C./Strambler, M. J./Naples, L. H./Ha, C./Kirk, M./Wood, M./Sehgal, K./Zieher, A. K./Eveleigh, A./McCarthy, M./Funaro, M./Ponnock, A./Chow, J. C./Durlak, J. (2023): The state of evidence for social and emotional learning: A contemporary meta-analysis of universal school-based SEL interventions. Child development, 94(5), 1181–1204. <https://doi.org/10.1111/cdev.13968>
- ²³ Bundesregierung (2024): Drucksache 20/10912, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/109/2010912.pdf>
- ²⁴ Olweus Dan/Solberg Mona E./Breivik Kyrre (2018): Long-term school-level effects of the Olweus bullying prevention program (OBPP) Scandinavian journal of psychology, <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/sjop.12486>.
- ²⁵ Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (2024): Jede dritte Lehrkraft sieht häufig Mobbing unter Schülerinnen und Schülern, <https://www.dguv.de/de/mediencenter/pm/umfrage-gewalt.jsp#:~:text=H%C3%A4ufige%20oder%20Befragten%20h%C3%A4ufig%20wahrgenommen,%C3%BCber%20Internet%20und%20soziale%20Medien>.
- ²⁶ Ein Exzellenzcluster ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftenden, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, die gemeinsam an einem hochrangigen, meist interdisziplinären Forschungsthema arbeiten. Ziel ist es, Spitzenforschung zu fördern, innovative Lösungen zu entwickeln und international sichtbar zu sein.
- ²⁷ ZTM Bad Kissingen GmbH (o. D.): Rettungskette 5G, <https://rettungskette5g.de/>
- ²⁸ Protector/Kalscheuer, Britta (2012): Einsatzleitsystem für dänische Rettungsleitstellen, <https://www.protector.de/einsatzleitsystem-fuer-daenische-rettungsleitstellen>.
- ²⁹ Heilmittelverbände e.V. (SHV) (2024): Positionspapier Berufspolitische Forderungen für eine Verbesserung der Qualität der Patientenversorgung mit Heilmitteln, https://www.shv-heilmittelverbaende.de/wp-content/uploads/2024/11/Positionspapier-SHV_November-2024_.pdf.
- ³⁰ Physio Deutschland - Deutscher Verband für Physiotherapie e. V. (2025): Gemeinsam für eine gestärkte Patient*innenversorgung in Europa, https://www.physio-deutschland.de/fileadmin/data/bund/news/pdfs/Positionspapier_Forderungspapier_5_L%C3%A4ndertreffen.pdf.

VERWEISE

- ³¹ Physio Deutschland - Deutscher Verband für Physiotherapie e. V. (2025): Gemeinsam für eine gestärkte Patient*innenversorgung in Europa, https://www.physio-deutschland.de/fileadmin/data/bund/news/pdfs/Positionspapier_Forderungspapier_5_L%C3%A4ndertreffen.pdf.
- ³² Bombien, Daniel (2023): Kritische Betrachtung - Rundumschlag Osteopathie - Alternativmedizin oder sinnvolle Unterstützung?, <https://www.physio.de/community/news/rundumschlag-osteopathie/99/10972/1>.
- ³³ NDR/Visite (2020): Zweitmeinung: Unnötige OP an Rücken und Gelenken verhindern, ndr.de, <https://www.ndr.de/ratgeber/gesundheit/Zweitmeinung-Unnoetige-OP-an-Ruecken-und-Gelenken-verhindern,zweitmeinung104.html>.
- ³⁴ Jahanpeyma, Parinaz/Kayhan Koçak, Fatma Özge/Yıldırım, Yasemin/Şahin, Sevnaz/Şenuzun Aykar, F. (2021): Effects of the Otago exercise program on falls, balance, and physical performance in older nursing home residents with high fall risk: a randomized controlled trial, European Geriatric Medicine, <https://doi.org/10.1007/s41999-020-00403-1>; Robertson, M. Clare/Campbell, A. John / Gardner, Melinda M./Devlin, Nancy (2002): Preventing Injuries in Older People by Preventing Falls: A Meta-Analysis of Individual-Level Data, in: Journal Of The American Geriatrics Society.
- ³⁵ Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH (2025): RABus: Betrieb mit selbstfahrenden Shuttles erfolgreich abgeschlossen, <https://www.stadtverkehr-fn.de/neuigkeiten/details/news/rabus-betrieb-mit-selbstfahrenden-shuttles-erfolgreich-abgeschlossen.html>; Kaiser, Oliver S./Malanowski, Norbert (2020): Autonome Klein- und Omnibusse im öffentlichen Verkehr, Working Paper Forschungsförderung, No. 179, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, <https://hdl.handle.net/10419/217254>.
- ³⁶ Energieatlas Baden-Württemberg (o. D.): Solarkataster Gebäude, <https://www.energieatlas-bw.de/sonne/gebaeude/karten?active-layer=solarkataster>.
- ³⁷ Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) (2024): Mobilität im ländlichen Raum stärken, <https://www.vdv.de/mobilitaet-im-laendlichen-raum-staerken.aspx>.
- ³⁸ Klinge, Alexander/Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2021): Ländliche Mobilität, <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/335912/laendliche-mobilitaet>.
- ³⁹ Verkehrsclub Deutschland (VCD) (2021): Factsheet: Verkehrswende im ländlichen Raum, https://www.vcd.org/fileadmin/user_upload/Redaktion/Themen/soziale_Verkehrswende/VCD_Factsheet_Verkehrswende_laendlicher_Raum.pdf.
- ⁴⁰ Peiseler, Florian/Runkel, Matthias/Collmer, Florin/Zahn, Paulin/Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) (2024): MIV und ÖPNV im Kostenvergleich: Einsparung gesellschaftlicher Kosten durch den öffentlichen Personennahverkehr, https://foes.de/publikationen/2024/2024-04_FOES_OEPNV.pdf.
- ⁴¹ Peiseler, Florian/Runkel, Matthias/Collmer, Florin/Zahn, Paulin/Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) (2024): MIV und ÖPNV im Kostenvergleich: Einsparung gesellschaftlicher Kosten durch den öffentlichen Personennahverkehr, https://foes.de/publikationen/2024/2024-04_FOES_OEPNV.pdf.
- ⁴² Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC) (o. D.) Utrecht: In zehn Jahren zur Fahrradstadt der Superlative, <https://www.adfc.de/artikel/utrecht-in-zehn-jahren-zur-fahrradstadt-der-superlative>.
- ⁴³ Peiseler, Florian/Runkel, Matthias/Collmer, Florin/Zahn, Paulin/Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) (2024): MIV und ÖPNV im Kostenvergleich: Einsparung gesellschaftlicher Kosten durch den öffentlichen Personennahverkehr, https://foes.de/publikationen/2024/2024-04_FOES_OEPNV.pdf.
- ⁴⁴ Tagesschau (2025): Öffentlicher Nahverkehr: Kosten und Leistungen, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/oeffentlicher-nahverkehr-kosten-leistungen-100.html>.
- ⁴⁵ Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) (2013): Nahverkehr in Dresden – Unternehmensbroschüre, <https://www.dvb.de/-/media/files/die-dvb/dvb-broschuere-nahverkehr.pdf>.

VERWEISE

- ⁴⁶ Swarco (o. D.): C-ITS V2X-Priorisierung: Vernetztes Fahren, <https://www.swarco.com/de/loesungen/vernetztes-fahren/c-its-v2x-priorisierung>.
- ⁴⁷ Trafi (o. D.) Vilnius App – integrierte Mobilitätslösung, <https://www.trafi.com/de/vilnius-app>
- ⁴⁸ MDR (2018): Das Ende des privaten Autos?, www.mdr.de, <https://www.mdr.de/heute-im-osten/litauen-trafi-verkehrsapp-100.html>.
- ⁴⁹ Peiseler, Florian/Runkel, Matthias/Collmer, Florin/Zahn, Paulin/Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) (2024): MIV und ÖPNV im Kostenvergleich: Einsparung gesellschaftlicher Kosten durch den öffentlichen Personennahverkehr, https://foes.de/publikationen/2024/2024-04_FOES_OEPNV.pdf.
- ⁵⁰ Tagesschau (2025): Öffentlicher Nahverkehr: Kosten und Leistungen, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/oeffentlicher-nahverkehr-kosten-leistungen-100.html>.
- ⁵¹ Herbert, Geraldine (2023): Was sind die wirtschaftlichen Vorteile autofreier Städte?, euronews.com, <https://de.euronews.com/next/2023/09/21/was-sind-die-wirtschaftlichen-vorteile-autofreier-staette>.
- ⁵² Orth, Nadja (2025): SUV-Fahrer zahlen mehr: Stadt nutzt Parkgebühren für Deutschlandticket-Rabatt, Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/verbraucher/suv-fahrer-zahlen-mehr-stadt-nutzt-parkgebuehren-fuer-deutschlandticket-rabatt-zr-93862668.html>.
- ⁵³ Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Straftaten gegen Frauen und Mädchen steigen in allen Bereichen – Fast jeden Tag ein Femizid in Deutschland, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/241119_PM_BLB_Straftaten_gegen_Frauen.html?nn=27906.
- ⁵⁴ Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Straftaten gegen Frauen und Mädchen steigen in allen Bereichen – Fast jeden Tag ein Femizid in Deutschland, https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/241119_PM_BLB_Straftaten_gegen_Frauen.html?nn=27906.
- ⁵⁵ Goebel, Katja/WDR (2025): Schützen Fußfessel für Täter Frauen vor Gewalt?, 1.wdr.de, <https://www1.wdr.de/nachrichten/fussfessel-gewalt-frauen-100.html>.
- ⁵⁶ NDR/Christina Harland (2023): Frauenhäuser: Überbelegt und unterfinanziert, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/frauenhaeuser-deutschland-100.html>.
- ⁵⁷ tagesschau.de (2024): Fall Oury Jalloh: Neues Gutachten nährt alte Zweifel, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/tod-jalloh-gutachten-101.html>.
- ⁵⁸ Lukas Bernhard/Leonie Schulz/Cathleen Berger/Kai Unzicker (2024): upgrade democracy Studie Februar 2024: Verunsicherte Öffentlichkeit - Superwahljahr 2024: Sorgen in Deutschland und den USA wegen Desinformationen, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/UpgradeDemocracy/2024_UpDem-Studie-Verunsicherte-Oeffentlichkeit_DE.pdf.
- ⁵⁹ Corporate Europe Observatory/Lobby Control (2021), The Lobby Network: Big Tech's Web of Influence in the EU, https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Study_en_LobbyNetwork_31.8.2021.pdf.
- ⁶⁰ (engl.) "Strategic Lawsuit Against Public Participation", also strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung, die den Zweck haben, Kritiker:innen einzuschüchtern und ihre öffentlich vorgebrachte Kritik zu unterbinden.
- ⁶¹ Lamberty, Pia/Holnburger, Josef/Tort, Maheba Goedeke /CeMAS (2022): CeMAS-Studie: Das Protestpotential während der COVID-19-Pandemie, <https://cemas.io/blog/protestpotential/>; Das Progressive Zentrum (2023): Studie: Extrem einsam?, https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/02/Kollekt_Studie_Extrem_Einsam_Das-Progressive-Zentrum-1.pdf; Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Makros (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte - Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821-fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>.

VERWEISE

⁶² Frankreichs Generalsekretariat für Verteidigung und Nationale Sicherheit (Service de vigilance et protection contre les ingérences numériques étrangères) (2022), Composantes - Service de vigilance et protection contre les ingérences numériques étrangères, <https://www.sqdsn.gouv.fr/notre-organisation/composantes/service-de-vigilance-et-protection-contre-les-ingerences-numeriques>; Schwedens Behörde für psychologische Verteidigung (Myndigheten för psykologiskt försvar) (2024), Vårt uppdrag, <https://mpf.se/om-oss/vart-uppdrag>.

⁶³ Verwaltungsgericht Berlin (2025): Beschluss vom 02.06.2025, Aktenzeichen 6 L 191/25.

⁶⁴ ARD/Markwald, Nicole (2025): Grenzkontrollen kosteten bislang mehr als 80 Millionen Euro, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/grenzkontrollen-kosten-millionen-100.html>.

⁶⁵ idem

⁶⁶ ARD/Schmid, Kathrin (2025): Starker Rückgang bei Asylanträgen in Europäischer Union, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/asylantraege-eu-gesunken-100.html>.

⁶⁷ Lamberty, Pia/Holnburger, Josef/Tort, Maheba Goedeke /CeMAS (2022): CeMAS-Studie: Das Protestpotential während der COVID-19-Pandemie, <https://cemas.io/blog/protestpotential/>; Das Progressive Zentrum (2023): Studie: Extrem einsam?, https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/02/Kollekt_Studie_Extrem_Einsam_Das-Progressive-Zentrum-1.pdf; Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Makros (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte - Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821-fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>.

⁶⁸ Polizei Hessen (2021): INNOVATION HUB 110, <https://www.polizei.hessen.de/die-polizei/ausstattung-technik/innovation-hub-110/>.

⁶⁹ Göpfert, Angela (2025): Trump und Peter Thiels Palantir: eine gefährliche Allianz?, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/palantir-trump-thiel-ki-aktie-daten-100.html>; Meyer-Fünffinger, Arne (2025): Mehrere Bundesländer gegen Einsatz von US-Analyse-Software Palantir, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/palantir-polizei-behoerden-analysesoftware-100.html>.

⁷⁰ Legal Tribune Online (LTO) (2025): Verfassungsbeschwerde gegen umstrittene Polizei-Software, lto.de, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/gff-verfassungsbeschwerde-gegen-palantir-bayern-polizei-ueberwachung>.

⁷¹ Meyer-Fünffinger, Arne (2025): Mehrere Bundesländer gegen Einsatz von US-Analyse-Software Palantir, tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/palantir-polizei-behoerden-analysesoftware-100.html>.

⁷² Kersting, S./Naplava, T./Reutemann, M./Heil, M./Scheer-Vesper, C. (2019), Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht. Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, https://www.hspv.nrw.de/fileadmin/user_upload/190429_Bodycam_NRW_Abschlussbericht.pdf.

⁷³ Ärztekammer Westfalen-Lippe (o. D.): Berichts- und Lernsystem für kritische Ereignisse in der Patientenversorgung, <https://www.cirs-nrw.de/>.

⁷⁴ Humanistische Union (2019): Chancen und Risiken des Einsatzes von Elektroimpulsgeräten (TASER) durch die Polizei, humanistische-union.de, <https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/227/publikation/chancen-und-risiken-des-einsatzes-von-elektroimpulsgeraeten-taser-durch-die-polizei-1/>.

⁷⁵ idem

⁷⁶ idem

⁷⁷ Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (2021): Forty-seventh session, 21 June–9 July 2021,

VERWEISE

Agenda items 2 and 9 - Annual report of the United Nations, https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Issues/Racism/A_HRC_47_CRP_1.pdf.

⁷⁸ Behörden Spiegel Newsletter (2025): Behörden Spiegel Newsletter Nr. 1.151 Berlin und Bonn, ISSN 1867-2000, Seite 7; Humanistische Union (2019): Chancen und Risiken des Einsatzes von Elektroimpulsgeräten (TASER) durch die Polizei, <https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/227/publikation/chancen-und-risiken-des-einsatzes-von-elektroimpulsgeraeten-taser-durch-die-polizei-1/>.

⁷⁹ Wolf, Julika (2025): Ehrenamt in Baden-Württemberg - Feuerwehren bereiten sich auf Unwetter und Krieg vor, [stuttgarter-nachrichten.de, https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt/ehrenamt-in-baden-wuerttemberg-feuerwehren-bereiten-sich-auf-unwetter-und-krieg-vor.a6e220a3-ab7f-417f-bcae-e6004895146c.html](https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt/ehrenamt-in-baden-wuerttemberg-feuerwehren-bereiten-sich-auf-unwetter-und-krieg-vor.a6e220a3-ab7f-417f-bcae-e6004895146c.html).

⁸⁰ Legal Tribune Online (LTO) (2023): EU-Kommission: Deutschland muss Richter besser bezahlen, [lto.de, https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/eu-kommission-geld-gehalt-richter-richterbesoldung-besoldung-richtermangel-justiz-rechtsstaat](https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/eu-kommission-geld-gehalt-richter-richterbesoldung-besoldung-richtermangel-justiz-rechtsstaat).

⁸¹ Bauer, Kathrin (2024): Die Blockversager: Welches Signal das JPA Hamm damit an seine Examenskandidat:innen sendet, [jurios.de, https://jurios.de/2024/08/14/die-blockversager-welches-signal-das-jpa-hamm-damit-an-seine-examenskandidatinnen-sendet/](https://jurios.de/2024/08/14/die-blockversager-welches-signal-das-jpa-hamm-damit-an-seine-examenskandidatinnen-sendet/).

⁸² Juristische Fakultät Heidelberg (2025): Juristische Fakultäten in Heidelberg, Tübingen und Freiburg wollen den integrierten Bachelor einführen, <https://www.uni-heidelberg.de/de/newsroom/juristische-fakultaeten-in-heidelberg-tuebingen-und-freiburg-wollen-den-integrierten-bachelor>.

⁸³ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (o. D.): Studiengangsuche Studiengang Rechtswissenschaft (Bachelor), <https://www.studieren-in-bw.de/studiengangsuche/studiengang-detail/rechtswissenschaft-27466/>.

⁸⁴ Tim Hopperdietzel /Baumgärtel, Lukas (2024): Der integrierte Bachelor kommt nach Rheinland-Pfalz – Ziel erreicht?, [jurios.de, https://jurios.de/2024/10/15/der-integrierte-bachelor-kommt-nach-rheinland-pfalz-ziel-erreicht/](https://jurios.de/2024/10/15/der-integrierte-bachelor-kommt-nach-rheinland-pfalz-ziel-erreicht/).

⁸⁵ Baden-Württemberg § 8 Abs. 2 Nr. 7 b) JAPrO; Bayern § 18 Abs. 2 Nr. 4 b) JAPO; Berlin § 3 Abs. 4 Nr. 2 b) JAO; Bremen Prüfungsgegenstände-VO § 2 Abs. 2 Nr. 2; Hamburg PrüfungsgegenständeVO § 2 Nr. b); Hessen § 7 Nr. 3 b) JAG; Mecklenburg-Vorpommern § 11 Abs. 2 Nr. 2 b) JAPO M-V; Niedersachsen § 16 Abs. 2 Nr. 2 NJAVO; Nordrhein-Westfalen § 11 Abs. 2 Nr. 7 b) JAG NRW; Rheinland-Pfalz in der Anlage zu § 1 Abs. 2 Nr. 1 JAPO: B. II.; Saarland § 8 Abs. 2 Nr. 8 b) JAG; Sachsen § 14 Abs. 3 Nr. 7 b) SächsJAPO; Sachsen-Anhalt § 14 Abs. 2 Nr. 4 b) JAPrVO; Schleswig-Holstein in der Anlage zu § 3 Abs. 2 JAVO; Thüringen § 14 Abs. 2 Nr. 3 b) ThürJAPO.

⁸⁶ Baden-Württemberg.de (2023): Elektronische Gerichtsakte im ganzen Land eingeführt, [Baden-Württemberg.de, https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/elektronische-gerichtsakte-im-ganzen-land-eingefuehrt](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/elektronische-gerichtsakte-im-ganzen-land-eingefuehrt).

⁸⁷ Gemeindetag Baden-Württemberg (2024): Gemeindefinanzbericht 2024, https://www.gemeindetag-bw.de/system/files/downloads_buch/Gemeindefinanzbericht%202024%20-%20Autor%20Ingo%20W%C3%B6ner.pdf.

⁸⁸ Schwab, Peter (2024): Kommunen rechnen mit miesen Zahlen, Staatsanzeiger BW, <https://www.staatsanzeiger.de/nachrichten/kreis-und-kommune/kommunen-rechnen-mit-miesen-zahlen/>.

VERWEISE

⁸⁹ Brutto-Lebenseinkommen: Männer etwa 2,36 Mio. €, Frauen etwa 1,66 Mio. €, aus Emmerich, Nadine (2021): So viel verdienen wir in unserem Berufsleben, capital.de, <https://www.capital.de/karriere/lebenseinkommen-berufsleben>.

⁹⁰ Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung verdienen durchschnittlich ca. 950.000 €, Meister/Techniker oder Hochschulabsolvent:innen ca. 1.400.000 € über das Erwerbsleben, aus IHK München / IAW Tübingen (2019): Lebenseinkommen von Berufsausbildung und Hochschulstudium im Vergleich, https://www.ihk-muenchen.de/ihk/documents/IAW_Studie_Vergleich_Lebenseinkommen_Ausbildung_Studium_2019_2.pdf.

⁹¹ Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration (2024): Landesbehindertenbeauftragte zu den Zahlen der Eingliederungshilfe des Statistischen Landesamtes, Baden-Württemberg.de, <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/landesbehindertenbeauftragte-zu-den-zahlen-der-eingliederungshilfe-des-statistischen-landesamtes>.

⁹² Deutscher Bundestag (2023): Bundestag debattiert Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts, Deutscher Bundestag.de, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw09-de-inklusive-arbeitsmarkt-933854>.

⁹³ Deutscher Bundestag (2023): Bundestag debattiert Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts, Deutscher Bundestag.de, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw09-de-inklusive-arbeitsmarkt-933854>.

⁹⁴ Boban, Ines/Hinz, Andreas (2003): Index für Inklusion Lernen und Teilhabe in der Schule der Vielfalt entwickelt von Tony Booth & Mel Ainscow, <https://www.eenet.org.uk/resources/docs/Index%20German.pdf>.

⁹⁵ Centrum Inclusieve Arbeidsorganisatie (o. D.): Inclusive Work Redesign Model 2.0, <https://www.inclusiveworkredesign.com/methods-instruments/inclusive-work-redesign-model-20>.

⁹⁶ AOK-Bundesverband (2025): Einsamkeit: WHO-Bericht warnt vor weitreichenden Folgen, www.aok.de, <https://www.aok.de/pp/gg/update/who-zur-einsamkeit/>.

⁹⁷ Ruhe, Inke/Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e. V. (2023): Dritte Orte - Begegnungsräume für Ältere in der Stadt, www.bvpraevention.de, <https://bvpraevention.de/cms/index.asp?inst=newbv&snr=14016&t=Dritte+Orte++Begegnungsr%C3%A4ume+f%C3%BCr+%C3%84ltere+in+der+Stadt+>.

⁹⁸ Bundesministerium für Arbeit und Soziales Referat EF3 - Europäischer Sozialfonds: Information, Kommunikation, Public Relations (o. D.): Europäischer Sozialfonds für Deutschland - ESF Plus 2021 bis 2027 in Deutschland - Zusammenhalt stärken - Menschen verbinden, https://www.esf.de/portal/DE/ESF-Plus-2021-2027/Foerderprogramme/bmbfsfj/zusammenhalt_staerken.html.

⁹⁹ Spitzl, M. /Kretschmer, S. /Schwarz, B. (2003): Expertise: Hilfeplan in der Jugendhilfe im europäischen Vergleich, https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/209_2257EUDeu.pdf.

¹⁰⁰ Landtag von Baden-Württemberg (o. D.): Transparenzregister, <https://www.landtag-bw.de/de/der-landtag/transparenzregister>.

VERWEISE

¹⁰¹ daten-bw.de (o. D.): Open Data für Baden-Württemberg Open Government: Verwaltungsdaten transparent, offen und frei nutzbar, <https://www.daten-bw.de/>.

¹⁰² beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de (o. D.): Startseite, <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/>.

¹⁰³ Robert Bosch Stiftung. (o. D.): Diskussion - Bürgerbeteiligung: „Wir brauchen echte Partizipation“, <https://www.bosch-stiftung.de/de/stories/buergerbeteiligung/echte-partizipation>.

¹⁰⁴ Umweltbundesamt/Deutsche Emissionshandelsstelle (o. D.): Moore, https://www.dehst.de/DE/Themen/Klimaschutzprojekte/Natuerlicher-Klimaschutz/Moore/moore_node.html#doc284160bodyText2.

¹⁰⁵ CRISPR/Cas ist eine molekulare Methode, um Gene an gezielten Stellen zu verändern. Ein Ziel kann z. B. die Züchtung robusterer Pflanzen und damit mehr Ertrag trotz Klimawandel sein.

¹⁰⁶ Nach Gesetzen wie dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) oder dem Tierschutzgesetz (TierSchG) gelten als Wildtiere Tiere, die in der Natur heimisch sind oder wildlebend vorkommen und nicht domestiziert sind. Auch exotische Arten, die nicht heimisch sind, werden in der Praxis als Wildtiere eingeordnet, wenn sie privat gehalten werden.

¹⁰⁷ Qualzuchtmerkmale sind durch gezielte Zucht entstandene Eigenschaften, die bei Tieren zu Schmerzen, Leiden, Schäden oder Einschränkungen führen. Sie entstehen meist, weil bestimmte äußerliche Merkmale von Menschen als besonders „niedlich“ oder „schön“ empfunden werden, obwohl sie für die Tiere selbst gravierende Nachteile haben.

¹⁰⁸ Aftonbladet (2025): EU-länder stödjer svenskt krav om pyroteknik, <https://www.aftonbladet.se/nyheter/a/25wvQy/eu-lander-stodjer-svenskt-krav-om-pyroteknik>.

OHNE EUCH GEHT'S NICHT!

Ein riesiges DANKESCHÖN an alle, die an der Erstellung dieses Programms beteiligt waren!

Wenn auch du deine Ideen zum Programm machen willst, mach mit bei Volt Europa bei dir vor Ort! Alle Infos und Kontaktdaten findest du auf:

voltdeutschland.org/bw/vor-ort-bw

Volt